David Georg Struben
Königlich Großbrittanniſchen und Kurfürſtlich Braunſchweig-Lüneburgiſchen Canzley-Directoris

Nebenſtunden.

Zweiter Theil.

Neueſte Auflage.

Gedruckt im Jahr 1789.

Vorrede.

Es wird meinen Leſern hoffentlich angenehm ſeyn, daß ich ihnen vorläufig bekannt mache, was mich hauptſächlich veranlaſſet hat, die in dieſem zweiten Theile der Nebenſtunden enthaltene Abhandlungen zu verfertigen, und welchen Nutzen ich durch ſolche Arbeit zu ſchaffen ſuche.

Ich liefere nämlich in der Sechſten Abhandlung ein wichtiges Stück der Hildesheimiſchen Kirchenhiſtorie, und gebe darin von verſchiedenen merkwürdigen, bisher nicht bekannt geweſenen Umſtänden, welche bey Annehmung und Erhaltung der Evangeliſchen Religion in dieſem Lande vorgegangen, glaubwürdige Nachrichten. Solches bringet nicht nur die Verdienſte einiger fürtreflichen Männer, welchen man die Religionsfreiheit der daſigen Evangeliſchen fürnemlich zu danken hat, in rühmliche Erinnerung, ſondern es träget auch ein groſſes dazu bey, daß man den wahren Sinn des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes ausfündig machen, mithin die wichtigſten von dem Recht Catholiſcher Landesherren über ihre Evangeliſchen Unterthanen in Kirchenſachen obſchwebenden Streitigkeiten gründlich erörtern könne. Schon zu Münſter, Oßnabrück und Nürnberg wurde darüber geſtritten, wie weit die Gewalt des Catholiſchen Biſchoffes zu Hildesheim über ſeine Evangeliſche Unterthanen, in Kirchenſachen, ſich erſtrekke. Die Catholiſchen wollten eine Ausnahme von der Regel machen, und dem Biſchoffe die Rechte beigeleget wiſſen, welche er ſich in dem mit dem Hauſe Braunſchweig und Lüneburg Anno 1643. errichteten Receß ausgedungen hatte. Die Evangeliſchen zogen hingegen deſſen Gültigkeit in Zweifel, weil die Hildesheimiſchen Stände und Unterthanen darin nimmer gewilliget, kein Dritter aber ihre auf das beſte gegründete Religionsfreiheit ſchmälern können. Sowohl der Catholiſchen, als Evangeliſchen

Reichsſtände Geſandten äußerten vor und nach entſchiedenem Streit ihre Gedanken darüber, was es für Wirkungen haben müßte, wenn man bey der Regel bliebe, und die Evangeliſchen in den Stand ſetzte, worin ſie ſich im Jahr 1624. befunden. Dieſe Männer ſind Verfaſſer des Friedensſchluſſes, und niemand kann daher die Vernunft in Zweifel ziehen, daß er ihren Begriffen gemäß zu erklären, folglich deren Erforſchung eine ſehr nützliche Sache ſey. Selbige verdienen um deſto mehr Aufmerkſamkeit, weil ſie größtentheils nicht in der Abſicht, um bekannt gemacht zu werden, ſondern in ſolchen Relationen geäußert ſind, von welchen niemand vermuthen können, daß ſie jemals ans Licht treten würden. Denn dieſer Umſtand nimmt allen Verdacht hinweg, daß man zu Erreichung gewiſſer Abſichten, und damit den Glaubensverwandten ein Vortheil verſchaffet würde, anders geſchrieben, als gedacht habe.

Die Erwegung der innerlichen Uneinigkeit, welche in den Landen, deren Einwohner ſich nicht zu einer Religion bekennen, die Streitfragen, ſo ich in der Sechſten Abhandlung erörterte, gemeiniglich erregen, hat mir Anleitung gegeben, die Siebende, von Religionskriegen, zu verfertigen.

Faſt alle Menſchen, ſo einer Religion zugethan ſind, und ſie für wahr halten, wünſchen, daß dieſelbe von allen andern Menſchen angenommen werde, nicht ſowohl weil man derjenigen ewige Wohlfahrt eifrig zu befördern ſuchet, deren zeitliches Ergehen oft ſchlecht zu Herzen genommen wird, als weil ein jeder Recht haben will, und es übel empfindet, daß andere, die ſeinen Glaubensſätzen nicht beiflichten, ihn vor ſo einfältig, oder von irrigen Vorurtheilen eingenommen halten, daß er nicht ſo wohl, als ſie das Wahre von dem Falſchen unterſcheiden könne. So lange demnach die Menſchen hier auf Erden einen Obſieg in den entſtandenen Religionsſtreitigkeiten hoffen, richten ſie ihre Handlungen und Rathſchläge darnach ein, daß ſolcher erfolge möge. Wären Catholiſche und Evangeliſche überzeuget, daß ſie nothwendig zuſammen leben, und einer den andern dulden müſſe, ſo würden beide Theile öfters nachgeben, was dieſelbe jetzt mit dem

größten

größten Eifer zu behaupten ſuchen, ob wohl es gemiſſet werden kan, ohne der Religion im Hauptwerk Eintrag zu thun. Nicht nur der Pöbel, ſondern auch viele kluge Leute ſind in beſtändiger Erwartung einer groſſen, ihren Religionsverwandten vorträglichen Revolution, welche man durch Erregung allerhand Zwiſtigkeiten zu veranlaſſen ſuchet. Ich bemühe mich aus der beſten Abſicht die Nichtigkeit dieſer Hofnung begreiflich zu machen, und zu zeigen, wie weit kluge Catholiſche und Evangeliſche Regenten davon entfernet ſind, Religionskriege anzufangen, welche dem Staat Schaden bringen, und daß, nach der jetzigen Beſchaffenheit der Sachen, kein anderer, als ein dem größten Theil der Welt verderblicher Religionskrieg möglich iſt, weil die Obergewalt der Kirche, worin man ſich befindet, nur mit dem Verluſt der politiſchen Freiheit faſt aller Catholiſchen und Evangeliſchen Staaten erkaufet werden kan. Ich erweiſe ferner, wie viele Catholiſche die Befugniß Chriſtlicher Regenten, Irrglaubige zu dulden, ſo wenig, als die Verbindlichkeit der Religionsverträge in Zweifel ziehen; daß ſolche bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten ihre größten Leute geiſtlichen und weltlichen Standes erkannt, und keinesweges dafür gehalten haben, daß man zu erfüllen unverbunden ſey, was die Gewalt der Waffen uns nöthiget, andern Religionsverwandten zu verſprechen.

Um ſo vielmehr auſſer Zweifel zu ſtellen, daß ein von den Catholiſchen glücklich geführter Religionskrieg den Verluſt ihrer politiſchen Freiheit vorausſetzet, oder doch nach ſich ziehen wird, ſuche ich in der Achten Abhandlung die bekannte politiſche Lehre vom Gleichgewicht zu befeſtigen, und die Reflexions touchant l'Equilibre zu widerlegen, in welchen man jüngſthin die Welt glauben machen wollen, es ſey ſelbige auf falſche Erdichtungen gegründet, und gereiche zu nichts anders, als ganz Europa ohne Nothwendigkeit in beſtändige Unruhe zu ſetzen. Es iſt ſo viel nöthiger, das Gegentheil darzuthun, je verderblichere Wirkungen bey jetzigen Weltläuften die ſorgloſe Sicherheit nach ſich ziehet, welche der Verfaſſer dieſer Schrift anpreiſet, deren fürnemſter Endzweck zu ſeyn ſcheinet, die Europäiſchen Staaten einzuſchläfern, und ihnen die Gefahr, worin ſie ſich be-

 finden,

finden, aus dem Sinn zu bringen. Ich bemerke inſonderheit, daß gegenwärtig überall die Frage iſt: Ob man zu Erhaltung des Gleichgewichts jemanden etwas nehmen dürfe, was ihm ſonſt von Rechtswegen zuſtehet, ſondern ob die Rechte erlauben, und die Regeln der politiſchen Klugheit von andern auch den entſerntern Staaten erfordern, daß ſie den Schwächern wider die Mächtigeren Hülfe leiſten, wann dieſelbe nicht überzeuget ſind, daß der leztern Sache gerecht iſt, und zu fürchten Urſach haben, man werde ſie mit der Zeit nicht weniger als andere mißhandeln? mithin, wie eben deswegen die Trennung der Oeſterreichiſchen Macht zu verhindern, und der Franzöſiſchen Gewalt Ziel und Maaß zu ſetzen iſt. Sowohl in dieſer als in den übrigen Abhandlungen habe ich vielfältig die eigenen Worte derjenigen Schriftſteller angeführet, welche meine Sätze bekräftigen, um durch deren Verteutſchung, oder wenn ich einen Auszug daraus machte, der Sache weder zu viel, noch zu wenig zu thun.

In der Neunten Abhandlung von dem Steurweſen und des Adels Steurfreiheit in den mittlern Zeiten erfülle ich mein in des erſten Theils VI. Abhandlung §. 18. gethanes Verſprechen. Es iſt nichts natürlicher, als daß die Glieder des gemeinen Weſens zuſammen bringen, was zu deſſen Erhaltung nöthig. Dieſes geſchahe ſchon in den älteſten Zeiten, aber ſeltener als heutiges Tages mit Geldbeiträgen, weil man auf den Unterhalt geworbener Soldaten nicht viel verwenden durfte, noch die Hofhaltungen und andere Regierungslaſten, groſſe, die Aufkünfte der Cammergüter überſteigende Summen erforderten. Ob eine wahre Nothwendigkeit fürhanden, das Land mit Steuren zu belegen, davon haben die Landesherren und ihre Unterthanen öfters nicht einerley Begriffe, und da jene dieſen in den mittlern Zeiten ſelten anmuthen durften, ihrem Willen blindlings zu befolgen, ſo hat man ſich daher bemühet der Landſtände vorgängige Einwilligung zu erlangen, oder Kaiſerl. Befehle auszuwircken, wenn die Länder Schatzungen aufbringen ſollen, auch der Cleriſey und Ritterſchaft die alte Freiheit wegen der Güter, welche ſie nicht zu Lehn gegeben, oder um Zinß ausgethan und vermeiert hatten, gelaſſen,

laſſen, damit ſich ſelbige in Güte bequemen, und nicht dawider ſetzen mögten, daß man nebſt der Bürgerſchaft ſowohl ihrer, als andern Bauern Laſten vermehrete.

Die Zehnte Abhandlung von Landſtänden enthält eine Zugabe zu demjenigen, ſo ich in meinen Obſervationibus juris & hiſtoriae germanicae Obſ. VI. von dieſer Materie geſagt habe. Ich genieſe des ſeltenen Vortheils, hievon mit Unpartheilichkeit ſchreiben zu dürfen. Was der Hofrath Treuer in den Anmerkungen über Schrödern vom abſoluten Fürſtenrecht p. 94. 95. von der Glückſeeligkeit der Braunſchweig-Lüneburgiſchen Stände gemeldet hat, iſt noch bis dieſe Stunde der Wahrheit gemäß. Se. Königl. Majeſtät von Großbritannien gönnen Dero getreueſten Teutſchen Landſchaften einen ſo ohngekränkten Genuß ihrer *hergebrachten* Rechten und Freiheiten, daß man in Dero Landen ſolche nicht *verhehlen*, ſondern die Gründe, worauf ſie gebauet ſind, anzeigen, und dieſelbige befeſtigen darf. Es iſt aber auch nöthig, daß man ihre *Schranken* beſtimme, und dem Mißbrauch vorzubeugen ſuche, welcher nicht ſelten groſſes Unheil veranlaſſet. Auch dieſes ohne Furcht zu thun, erlauben mir meine jetzige Umſtände. Ich bemühe mich daher in gegenwärtiger Abhandlung den uralten Urſprung der Landſtände zu bekräftigen, und die dawider erregten Zweifel abzulehnen. Ich zeige, daß es unerlaubet iſt, durch willkührliche Geſetze die mit ihnen gemachte Verträge aufzuheben, unter dem Vorwand einer unerweislichen Landesnothwendigkeit die Unterthanen mit Steuren neuerlich zu beläſtigen, die Landesbeſchwerden jedesmal vom Landtag zum Proceß an die Gerichte zu verweiſen, die Verbindlichkeit der Landesreverſalen in Zweifel zu ziehen, und alle landesfürſtl. Reſolutiones wie ſolche Verordnungen anzuſehen, die nicht länger gelten, als es der Landesherr gut findet. Hingegen aber vermeine ich auch dargethan zu haben, daß es ein Mißbrauch iſt, wenn die Stände ihrem Landesherrn in wahren Nothfällen nicht unter die Arme greifen, weil er ſich *weigert*, ſeine wohlgegründete Gerechtſame ihnen Preiß zu geben; Daß *ein wahrer* Nothfall fürhanden ſeyn könne, wenn es gleich an einem den

Bei-

Beitrag erfordernden Reichs- oder Creisſchluß fehlet; daß nicht alle den Ständen ertheilte Reſolutiones für unwiederruflich zu halten, ſondern die auf deren Verlangen ohne Schuldigkeit zu Beförderung des gemeinen Beſtens ergangenen Verordnungen, gleich andern Geſetzen, aufgehoben werden können, ſo oft der Landesherr befindet, daß der erwartete Nutzen daraus nicht entſtehet; daß, wenn auch die Verträge zu gewiſſen Handlungen der Stände Einwilligung erfordern, dieſe jedoch ſolche nicht verweigern können, dafern ihre Weigerung der Landeswohlfahrt zuwider läuft; daß es übel gehandelt iſt, die Erledigung ſolcher Sachen auf dem Landtage zu begehren, welche einer gerichtlichen Erörterung bedürfen, und daß *keine* allgemeine Einſchränckung der Landeshoheit, mithin daß man die Stände zu allen Regimentsgeſchäften ziehen müſſe, heutiges Tages zu vermuthen iſt.

Endlich befeſtige und erleutere ich in der Eilften Abhandlung, was im Erſten Theil von des Adels Jagdgerechtigkeit ausgeführet worden, und bemühe mich darzuthun, daß im völligen Zweifel die Vermuthung für den Beſitzer eines adelichen Guts ſtreitet, daß er zu jagen berechtiget ſey, dieſe Regel gleichwohl aber verſchiedene Abfälle leidet. Hannover den 30ten Mart. 1747.

Inhalt des zweiten Theils.

VI. Erläuterung der Lehre vom Simultaneo und dem Iure Conſiſtoriii Evangeliſcher unter Catholiſcher Landesobrigkeit geſeßener Unterthanen aus den Kirchengeſchichten des Stifts Hildesheim.

VII. Von Religionskriegen.

VIII. Prüfung der ans Licht getretenen Reflexions touchant l'Equilibre.

IX. Von dem Steurweſen und des Adels Steurfreiheit in den mittlen Zeiten.

X. Von Landſtänden.

XI. Von des Teutſchen Adels Jagdgerechtigkeit.

Sechſte Abhandlung,

enthaltend

eine Erläuterung der Lehre vom Simultaneo und dem jure Conſiſtorii Evangeliſcher, unter Catholiſcher Landesobrigkeit geſeſſener Unterthanen, aus den Kirchengeſchichten des Stifts Hildesheim.

§. I.

Der gröſſere Stift Hildesheim nahm die Evangeliſche Religion an, als er noch Catholiſche Landesherren hatte.

Zu den Zeiten der Reformation war der größte Theil des Stifts Hildesheim in der Herzoge von Braunſchweig und Lüneburg Gewalt, welche ſolchen dem von Kaiſer in die Acht erklärten Biſchof Johann mit dem Degen genommen, und demnächſt die Kaiſerliche Belehnung darüber erlanget hatten. Herzog Heinrich der Jüngere vereinigte die acht Aemter Wintzenburg, Woldenberg, Liebenburg, Bilderlah, Schladen, Steinbrück, Wiedela und Vienenburg mit dem Fürſtenthum Braunſchweig-Wolffenbüttel, und da bekannt, wie ſehr er Lutherum und ſeine Anhänger gehaſſet, ſo iſt leicht zu ermeſſen, daß er deſſen Lehre in dem eroberten Lande nicht einführen laſſen. Herzog Erich der Aeltere zu Calenberg, welcher die vier Hildesheimiſche Aemter, Ruthe, Poppenburg, Gronau und Hundsrück überkam, war eben wenig geneigt, die Reformation zu befördern, und weil der ſo genannte kleinere Stift, nemlich die Domprobſtey, nebſt den Aemtern Steuerwald, Peina und Marienburg dem Biſchof verblieben, ſo geſchahe auch in ſelbigen das äuſſerſte, die Religionsänderung zu verhindern,

welcher ſich inſonderheit der Anno 1537. erwählte Biſchof Valentin von Teutleben heftig widerſetzte, deſſen Eifer für die Römiſche Kirche SECKENDORF *in Hiſt. Lutheraniſmi Lib. I. §. 69. Lib. III.* §. 121. anmerket. Aller dieſer Hinderungen ohngeachtet, bekannte ſich bald darauf faſt das ganze Land zur Evangeliſchen Religion. Als Herzog Heinrich dem Jüngern Anno 1542. vom Churfürſt Johann Friederich zu Sachſen und Landgraf Philipp zu Heſſen ſein Fürſtenthum genommen wurde, ſo reformirten dieſe Herren darin alle Kirchen, und beſtelleten der Lehre Lutheri zugethane Prediger. Selbige wurden zwar, als Herzog Heinrich der Jüngere Anno 1547. wieder zu dem Seinigen gelangte, verjaget, zu deſſen ihm Anno 1568. in der Regierung folgenden Sohns Herzogs Julius, eines eifrigen Bekenners der Evangeliſchen Religion, Zeiten, dennoch aber das ganze Land Evangeliſch. Ob wohl auch Herzog Erich der Aeltere zu Calenberg bis an ſein Ende bey dem Römiſchcatholiſchen Glauben verharrete, ſo ließ er gleichwohl geſchehen, daß ſeine gröſſere Städte Lutheri Lehre annahmen, und, nachdem er Anno 1540. verſtorben, führte die hinterlaſſene Wittwe Eliſabeth, gebohrne Marggräfin von Brandenburg, ſelbige im ganzen Lande ein. Ihr Sohn, Herzog Erich der Jüngere, wurde zwar nachmahls Römiſchcatholiſch, und hätte die Unterthanen gerne beweget, ihm hierin zu folgen. Auf der Mutter Zureden ließ er jedoch von dieſem Vorhaben ab und „verſprach „Anno 1553. ſeinen Landſtänden der wahren chriſtlichen Religion und dem al„lein ſeeligmachenden Wort Gottes ſich weiter nicht zu widerſetzen, alle vertrie„bene Prediger wieder in ihre vorige Pfarren und Aemter zu revociren, und ſie „ihr Amt, ſonder einigen Hinderniß, geruhiglich künftighin verrichten zu laſſen. „Siehe PFEFFINGERS Hiſtorie des Braunſchweig-Lüneburgiſchen Hauſes *Lib. 3. cap.* 12. §. 2. *p.* 580. Als derſelbe ohne Leibeserben Anno 1580. verſtorben, fiel das Fürſtenthum Calenberg Herzog Julio zu Braunſchweig-Wolfſenbüttel an, von deſſen Eifer für den Evangeliſchen Glauben und bewerkſtelligter Reformation ich ſo eben Meldung gethan habe.

§. II.

Dieſes geſchahe auch von den mehreſten Eingeſeſſenen des kleinern Stifts.

Im kleinern Stift bekannte ſich die Stadt Hildesheim Anno 1542. zur Augſpurgiſchen Confeßion, und fehleten dem Biſchof Valentin die Kräfte, ſolches zu verhindern. Einen groſſen Theil dieſes Landes machet das Amt Peina aus. Selbiges war der Stadt Hildesheim verſetzet, und mußte deswegen der Biſchof auch allda die Religionsänderung geſchehen laſſen. Anno 1553. löſete es Biſchof Friederich zu Hildesheim, ein gebohrner Herzog von Hollſtein, mit 18000. Thaler ein. Dabey aber wurde ausdrücklich bedungen, daß die Stadt Hildesheim, das Gericht Peina, wie auch ſonſt die Unterthanen auf dem Lande mit

der

der Religion gewähren, und in dem Stande, wie ſie damals geweſen, ohnangefochten laſſen ſolte. Nach ſeinem Tode behielte deſſen Bruder, Herzog Adolph von Hollſtein, die Aemter Steurwald und Peina pfandweiſe, und brachte in ſelbigen die Reformation völlig zum Stande. Anno 1564. befreyete Biſchof Burchard das Amt Steurwald von der Pfandſchaft. Er mußte aber ſamt dem Domcapitel ſich anheiſchig machen, die Unterthanen mit der Religion gewähren, und in dem Stande, wie ſie waren, unangefochten bleiben zu laſſen; wie derſelbe dann auch keine Gewalt zur Ausbreitung des Römiſchcatholiſchen Glaubens gebrauchet, jedoch verſchiedene Pfarrer auf dem Lande beweget hat, ſelbigen anzunehmen. Siehe HAMELMANNI *Hiſt. Eccleſ. renati Evangelii per inferiorem Saxoniam, & Weſtph. P. 2. p. 944.* Auch deſſen Nachfolger, Herzog Ernſt in Bayern, trug kein Bedenken, ſeinen Unterthanen die Religionsfreiheit zu verſprechen, und lieſet man in dem Landsprotocoll vom Jahr 1581.: „Zum dritten, daß alle Stände dieſes Stifts, ſamt ihren zugehörigen Leuthen, in freyer „Uebung der Religion, der Augſpurgiſchen Confeßion gemäß, dabey ſie jetzo „befunden, in ihren Kirchen und Häuſern, krafft des aufgerichteten Landes- und „Religionsfriedens, ſicher mögen gelaſſen werden, welche ſie durch weyland „Herrn Biſchofen Friederichen zu Hildesheim, Herzogen zu Hollſtein, Erben zu „Norwegen ꝛc. ꝛc. Chriſtmildeſter Gedächtniß, nach geſchehener Reformation, „mit gutem Vorwiſſen des Domcapituls allhie, hätten empfangen, darin ſie „wären zum meiſtentheil gebohren, erzogen, gelebet, die ihren ſeliglich geſtorben, da ſich dann gleichergeſtalt der Herr Biſchof nachfolgendes Dienſtages, „vermüge jetzt gerührtes Profan- und Religionsfriedens, hat erboten, auch „durch ihre Räthe ſchrifftlich erbiethen laſſen, niemand von ſeiner Religion zu „dringen, oder in ſeinem Gewiſſen zu beſchwehren.“ Die den Ständen ſub Dato Hildesheim Monats poſt Trinitatis Anno 1581. ausgeſtellte Reverſales lauten alſo: „Von Gottes Gnaden wir Ernſt Adminiſtrator der Stifter Hildesheim und „Freiſingen, Pfaltz-Graf beym Rhein, Herzog in Ober- und Nieder-Bayern, „bekennen und thun kund, daß Wir als ein gehorſamer Fürſt des Heil. Römiſchen Reichs nie gemeinet geweſen, auch noch nicht ſeynd, jemand wider den „im Heil. Römiſchen Reich errichteten Religion- und Profan-Frieden, auch alle „hergebrachte Frey- und Gerechtigkeit zu beſchwehren, ſondern jedermänniglich „geruhiglich verbleiben zu laſſen, immaſſen Wir uns hiebevor, durch unſere abgeſandte Räthe gegen unſere und unſers Stiffts Hildesheim Landſchafft gnädiglich erklähret, der gänzlichen Zuverſicht, ſie würden uns weiter und ferner „nichts angemuthet haben. Wann aber berührte unſere Landſchaft, bey unſern „zur Hildesheimiſchen Regierung verordneten Stadthalter und Räthen angehal-

und räumeten die Biſchöffe denen Unterthanen die Religionsfreiheit ein.

„ten, daß wir deſſen ſchrifftlich und gnädiglich ſie caviren wolten; Als haben „wir ihnen ſolches nicht weigern wollen, und erklähren uns endlich mit dieſer „Schrift dahin, daß wir unſere Stifft-Hildesheimiſche Landſchafft bey der „Augſpurgiſchen Confeßion, vermöge Deroſelben auch den Religionsfrieden hal- „ten, bey wohlhergebrachten Gerechtigkeiten und Freyheiten, nicht allein ver- „bleiben laſſen, ſondern auch, ſo viel an uns, dabey gnädiglich ſchützen und „vertheidigen wollen.“ Als auch dieſer Biſchof das Amt Peina wieder einlöſete, bedunge der Herzog von Hollſtein deſſen Eingeſeſſenen die Religionsfreiheit, und wurde ihnen folgender Revers ausgeſtellet: „Von Gottes Gnaden Wir Ernſt, „erwählter und beſtätigter Erzbiſchof zu Cöln, des Heil. Römiſchen Reichs, „durch Italien Erzcanzler und Churfürſt, Biſchof zu Lüttich, Adminiſtrator des „Stifts Münſter, Hildesheim und Freiſingen, Fürſt zu Stablo, und des Pri- „mat- und Erzſtifft Magdeburg Domprobſt, Pfaltzgraf beym Rhein, in Ober- „und Niederbayern, zu Weſtphalen, Engern und Bullion Herzog, Marggraf zu „Franchimont, bekennen hiemit vor Uns und unſere Nachkommen am Stifft „Hildesheim auch Männiglich offenbahr; demnach in den zwiſchen Uns und dem „Ehrwürdigen und Hochgebohrnen Fürſten und Herrn Johann Adolphen, „poſtulirten Biſchof zu Lübeck, Erben zu Norwegen, Herzogen zu Schleßwig „und Hollſtein, Stormarn und der Ditmarſchen, Grafen zu Oldenburg und „Delmenhorſt, unſern freundlichen lieben Vettern, wegen Abtretung unſers „Stifftshauſes und Veſte Peina getroffenen Vergleich, unter andern einverlei- „bet, unſere Unterthanen in bemeldtem Amt bey der Augſpurgiſchen Confeſſion, „ſo eine zeithero daſelbſt gebräuchlich geweſen, zu laſſen, als verſichern und re- „verſiren wie hiemit, vor Uns und unſere Nachkommen am Stifft Hildesheim, „daß Unſere Unterthanen des Amts Peina, Adelich und unadelich, ſowohl in „Städten als auf dem Lande, und ihre Nachkommen bey angeregter Augſpurgi- „ſchen Confeßion, vermöge des Paſſawiſchen Vertrags, und darauf Anno 1555. „erfolgten Reichsabſchiedes, hinfür unbetrübet verbleiben, und ihnen darin kein „Einſper- oder Hinderung geſchehen ſolle. Welches Wir Thum- Scholaſter, „Senior, und ganz Capitul der Biſchöflichen Kirche zu Hildesheim, vor Uns „und Unſere Nachkommen, nebenſt höchſtgemeldetem unſerm gnädigſten Herrn „gleichfals hiemit approbiren und belieben. Deſſen zu Uhrkund haben wir Hoch- „gedachter Churfürſt dieſes mit unſerm Handzeichen und Secret, und Wir das „Thumcapitul mit unſer Kirchen Inſiegel befeſtiget. Geben reſp. auf unſerm „Schloß Arensberg und Hildesheim den 24ten Julii nach Chriſti Geburth im „Tauſend Sechs Hundert und dritten Jahr.“

Ernſt Churfürſt (L. S.)
(L. S.) Rev. Cap.

§. III.

§. III.

Hätte Churfürſt Ernſt ſeinen Hildesheimiſchen Räthen Gehör geben wollen, ſo wären dieſe theure Verſprechungen ohnerfüllet blieben. Denn ſelbige ſuchten ihn mittelſt folgenden Gutachtens zu bewegen, deren Aufhebung beim Kaiſerlichen Hofe auszuwirken. „Gnädigſter Herr. Ew. Churfürſtl. Durchl. „wiſſen ſich unſers Verhoffens noch zu erinnern, was geſtalt der Herzog zu „Hollſtein den Vertrag, welchen die Kayſerlichen Chur- und Fürſtlichen verordneten Commiſſarii Anno 1600. zu Erfurth in Sachen des Hauſes Peina, aufgerichtet, nicht eher ratificiren noch confirmiren wollen, Ew Churfürſtl. Durchl. „und das ehrwürdige Thumcapitul allhier wurden zuerſt aſſecuriren und verſchreiben, daß die Lutheriſche Religion der Augſpurgiſchen Confeſſion in der Stadt „und Amt Peina bleiben und gelaſſen werden ſollte, darauf auch dermaſſen „finaliter beſtanden, daß die Obligatio, wiewohl wieder Ew. Churfürſtl. Durchl. „des Thumcapituls und unſern Willen auf begehrte Maſſe verhenget werden „müſſen, wofern der Erfurthiſche als Elſiſche Vertrag und ganze Werk mit „Unſern und Unſers Stifts fernern merklichen Schaden und Nachtheil nicht „hinterzogen und zerſchlagen werden ſollte, wie Hollſtein vorgehabt. Deme dann „Curt von Münchauſen gefährlicher Proceß und Alienation der Feſtung Translation an Fürſtliche Braunſchweigiſche Hand zugefallen, und kein Zweifel, daß „ſolche Verhängniß bey den Succeſſoren ein übel Anſehen haben würde, wann „die Sache in dieſem Stande bleiben, und nicht etwas geholfen werden ſollte. „Welches Unſers Ermeſſens durch ſolchen Weg geſchehen könnte, dafern Ew. „Churfürſtl. Durchl. an Kayſerl. Majeſtät ſuppliciret und gebethen, daß ſowohl „der Erfurthiſcher als Elſiſcher Vertrag in ſuis ſubſtantialibus confirmiret, aber „das aufgedrungene wiederrechtliche Pactum von Ihrer Majeſtät ex plenitudine poteſtatis & ex officio caſſiret und wieder aufgehoben werden mögte, zu deren „Behuf wir beygefügtes Concept ſupplicationis verfaſſet, und Copeyen beyder „Verträge beylegen laſſen. Stellen demnach zu Ew. Churfürſtl. Durchl. Gnädigſten „Rath und Bedenken, ob ſie ſich ſolche unſre Meinung gefallen laſſen wollen. Da das geſchehe, würde der Sache geholfen, auch Ew. Durchl. und das „Capitul bey der Poſterität vielmehr entſchuldiget, zuförderſt das chriſtliche „Catholiſche Gewiſſen erlediget, und wäre nicht nöthig, daß ſolche Kaiſerl. Confirmatio und Caſſatio improbi pacti noch zur Zeit publiciret, und vorgebracht „würde, ſondern künte mans in geheim verwahrlich behalten, bis ſo lange „Gelegenheit und bequeme Occaſiones vorfielen, ſonderlich daß man mit Hollſtein der 20000 Thaler halber, ſo der Herzog von Lüneburg anhero geliehen, und „Hollſtein wiederum vorgeſetzet, allerdings richtig, und dieſelbe wieder in Hän-

Man ſuchte Churfürſt Ernſt zu bewegen, ihnen ſolche wider ſein gethanes Verſprechen zu entziehen.

„ben hätte, dazu man doch in zweyen Jahren noch nicht kommen kann, und „die Zeit, ſo Hollſtein gewilliget, abgelaufen. Ew. Churfürſtl. Durchl. wol- „len ſich hierein gnädigſt erzeigen. Das thun wir uns getröſten, und ſeynds „unterthänigſt zu verdienen willig. Datum Hildesheim den 25ten Nov. 1605.

Die Bittſchrift, welche Sr. Kaiſerl. Majeſtät übergeben werden ſollte, lautet alſo: „Allergnädigſter Herr Vetter. Was geſtalt Ew. Kayſerl. Majeſtät „auf mein unterthänigſtes Erſuchen die löblichen Chur- und Fürſten zu Maynz, „Sachſen und Heſſen, die Irrung und Gebrechen, ſo ſich zwiſchen mir und mei- „nen Stift Hildesheim eines und dem Hochgebohrnen Johann Adolphen Her- „zogen zu Hollſtein, wegen meines Hauſes und Feſtung Peina, geraume Jahre „ſtreitig gehalten, Anno 64. aufm Reichstage zu Regensburg allergnädigſt com- „mittiret, und erfolget, daß vermittelſt göttlicher Hülfe und gemeldter Ew. Kayſerl. „Maj. Commiſſion die Sachen vertragen, zu deren Behuf Anno 1600 durch die Sub- „delegirten ein Vertrag aufgerichtet, und ad referendum angenommen, wie „Copia ſub Lit. A. meldet, das iſt Ew. Kayſerl. Majeſtät und Deroſelben Reichs- „Hofrath meines Verhoffens ohnentſunken, bin davor allerunterthänigſt dank- „bar. Es hat aber des von Hollſtein Liebden ſolche Transaction nicht ratifici- „ren wollen, ich und mein Capitul würden dann aſſecuriren und verſchreiben, „daß die Lutheriſche Religion der Augſpurgiſchen Confeſſion in meiner Stadt und „Amt Peina gelaſſen und behalten werden ſollte. Wie wohl ich mich nun Conſcientien „und Gewiſſens, wie auch ſonſten mehrer erheblichen Urſachen halber hart da- „wider geleget, und zum heftigſten urgiren laſſen, die Religion in dies weltlich „Werk gar nicht gehörig, in Ew. Kayſerl. Majeſtät Commiſſion auch nicht ge- „dacht, ſo iſt doch alles Einwenden vergeblich abgangen, und iſt Hollſtein fina- „liter darauf beſtanden, daß der Punct der Religion mit hinein gezogen, und „verſichert werden ſollte. Damit nun dies ganze Werk nicht zerſchlüge, ohne „daß Curd von Münchauſen wieder ſein Pflicht und Eydt des von Hollſtein „Liebden der Veſtung ſpoliiret, und zu ſeinen Behuef occupiret, darnach hart be- „mühet, das Haus an des von Braunſchweig Liebden Hand zu transferiren, „ſo bin ich mein und würdig Thumcapitul zu Hildesheim wieder unſern Willen „endlich gedrungen, den Religionspunct zu verſchreiben, wie verwahrte Copia „mit B. ausweiſet, doch allezeit vorgehabt, Ew. Kayſerl. Majeſtät unterthä- „nigſt zu erſuchen, ſie den Vertrag mit Hollſtein confirmiren, und das abge- „drungene wiederrechtliche Pactum caſſiren mögte, daß ich auch ſchon längſt „zu Werke gebracht hätte, wenn nicht etzliche incomplirte Conditiones verhin- „dert. Wann aber dieſelbe nunmehr auch purificiret, denn auch die Verhängniß „improbi pacti mir und meinem Capitul das chriſtliche Gewiſſen jemehr und mehr

„drücket,

„drücket, und bey der Poſterität hart verweißlich ſeyn wollte, ſo bitte ich alles „unterthänigſtes Fleißes Ew. Kayſerl. Majeſtät wollen vorgeſetzte Gelegenheit „der Abnöthigung aus Höchſtbeywohnenden Kayſerlichen Verſtande erwegen, „und allergnädigſt geruhen, der Chur- und Fürſten Transaction mit nachge- „folgtem Appendice zu Abtretung des Hauſes gehörig allergnädigſt confirmiren, „und dahero Urſach ſchöpfen, den Religionspunct, als mit der That abgedrun- „gen, ex Plenitudine Caeſareae Majeſtatis gänzlich caſſiren und aufheben. Das „gereichet zu Gottes Ehren, zu Errettung mein und meines Capituls desfalls „gravirten Gewiſſens. Ew. Kayſerl. Majeſtät wollen ſich in dieſem allergnä- „digſt erzeigen, das thue ich mich getröſten, bin es unterthänigſt zu verdienen, „auch neben meinen Thumcapitul und ganzen Cleriſey gegen den Allmächtigen „emſig zu verbitten ſchuldig. Wollen auch in ſtetigen Fleiß befunden wer- den ꝛc. “

Mir iſt unbekannt, daß Churfürſt Ernſt dieſen Vorſchlag jemals gebilli- get hat, und ich kann es von dieſem Gerechtigkeitliebenden Fürſten nicht glau- ben. Wenn ein ſolcher Zwang, als derjenige war, welcher den Peiniſchen Re- ligionsrevers ausgewirket hat, die Handlung großer Herren entkräftet, ſo ſind alle Verträge nichtig, die dem einen zum Nachtheil des andern etwas mittheilen. Denn niemand giebet gutwillig das mindeſte nach, ſondern es geſchiehet immer um ein größeres Uebel abzuwenden, und keinen andern Zwang könnte der Bi- ſchof zu Hildesheim vorſchützen.

Und unter- nahmen die Catholiſche, zu Zeiten Ferdinandi die Abſchaf- fung der Evangeli- ſchen Reli- gion.

Inzwiſchen hat obgedachter Religionsrevers die Evangeliſche Eingeſeſſene des kleinen Stifts Hildesheim nicht völlig beruhiget, ſondern ſo gar der Abt zu St. Godehard in Hildesheim ſich unterfangen, eine Reformation im Dorf Schwicheld vorzunehmen, als welcher kraft des ihm zuſtehenden Juris Patrona- tus über daſige Kirche nach Abſterben des Evangeliſchen Predigers einen Ca- tholiſchen an ſeine Stelle ſetzen wollte. Weil ſich aber der Adel, und inſon- derheit die daſelbſt wohnhafte von Oberg hierüber äuſerſt beſchwereten, ſo mußte der Catholiſche Pfarrer weichen, und es wurde dem Niederſächſiſchen Creißabſchied ſub dato Braunſchweig den 29ten Mart. 1622. die geſchehene Warnung, und weſſen man ſich darauf Hildesheimiſcher Seits erkläret, fol- gender Geſtalt einverleibet: „Wegen des Abts zu St. Godehard angemaſſeter „Reformation iſt denen Hildesheimiſchen Geſandten eine glimpfliche Vorhal- „tung geſchehen, Weyl. Churfürſt Ernſt zu Cölln hochlöblichen Angedenkens „und des Thumcapituls zu Hildesheim Revers in Originali kund gethan, vorge- „zeiget, und ſie erinnert, derogleichen unzeitiges Beginnen hinführo abzuwenden, „und bey ohne das zerrütteten erbärmlichen Zeiten gröſſere Verbitterung der Ge- „müther

„müther nicht zu weiterer Diſtraction und andern Unordnungen, weil man ſie „bey den Revers zu manuteniren gemeinet, Urſach zu geben. Worauf ſie den „Irrthum durch den Weih-Biſchoff entſchuldiget, und ſich in Güte zu unver„weißlicher nachbahrlicher Erzeigung erbothen.“ Als aber im Anfang des 30jährigen Krieges das Glück der Waffen den Catholiſchen günſtig war, haben ſie ſich keine Verträge behindern laſſen, die Evangeliſche Pfarrer aus dem kleinern Stift Hildesheim zu verjagen. Wie man mit ſelbigen damals umgangen, erzählet der Paſtor Primarius zu Peina Bavermeister in einem MS., welches er betitult hat: Memorabilia Reverendi Miniſterii Peinenſis p. m. 80. alſo: „Habe ich das Predigamt geruhig verwaltet bis ad annum 1628., da Mitte„wochens poſt Invocavit, war der 6te Martii, der Hildesheimiſche Canzler D. „Mack und etzliche von den Herren Räthen, von dem Oberſten Blanckard be„gleitet, auf den Nachmittag zu Peina ankommen, und über alle Hoffnung „mich und oben gemeldeten Capellan vorigen Donnerſtags frühe um 7 Uhr auf „das Hauß Peina gar eilends citiren laſſen. Da aber Herr Jordan am Po„dagra laborirte, nicht erſcheinen können, und ich allein erſchienen, haben ſie „alſo mit Vorwendung Churfürſtl. Durchl. ernſten Befehls uns unſerer Dienſte „erlaſſen, auch ungeachtet der Einwendung des Reverſes dem Herzog von Holl„ſtein gegeben, auch der Chufürſtl. Durchl. Belehnung, wie auch des Gehor„ſams der Hildesheimiſchen Regierung auch Beamten des Hauſes Peina gelei„ſtet, in allem das Gottes Wort nicht zuwieder, haben ſie uns alle Amtsver„richtung ſo ſchleunig zu unterlaſſen ſo hart verboten, daß auch drey Kinder, „ſo noch ungetauft, nicht von uns haben getauft werden müſſen. Da auch de„ren Eltern dieſelbe eines Theils von den Bademüttern haben taufen laſſen, „ſind die Bademütter vorbeſcheiden, und ihnen das Tauffen bey Straffe des „öffentlichen Ausſtreichens verboten worden. Da ich mich in ſo plötzlicher Ent„urlaubung, vielmehr unbefugter Perſecution auf dem Rath zu Peine beruffen, „daß ich mit denen, weil ich von ihnen vociret, zuvor reden, und ihr Beden„ken darüber hören müſſe, iſt mir gar höniſch zur Antwort gegeben, der Rath „hätte allbereits dieſerwegen Beſcheid, könte mich nicht ſchützen, wären itzo mit „mir im gleichen Gradu. Da mir auf mein ferners Anhalten vergünſtiget wurde „aufs Rathhauß zu gehen, und unſer Opffermann Johannes Baumeiſter mit „den Kirchenſchlüſſeln ſich ſo bald nicht finden laſſen wollen, iſt die Rathſtube „mit Musquetiren beſetzt, und hat keiner von den Rathsperſonen, wie auch ich „nicht herunter gehen müſſen, bis ſie die Schlüſſel zur Kirche ſich bemächtiget. „Denſelben Tag um 9 Uhr Vormittags haben ſie Godefridum Ohm, in die „Kirche introduciret, und den Gottesdienſt ihrer Art nach mit großem Frolocken

„ver-

„verrichtet." Nicht geringere Bedrückung erlitten die Evangeliſche Kirchen im gröſſern Stifft. Das Braunſchweigiſche Eigenthum deſſelben war von denen Biſchöffen zu Hildesheim ſeit vielen Jahren am Kaiſerl. Cammergericht beſtritten, und zu eben der Zeit, da die Kaiſerl. und Ligiſtiſche Waffen in Teutſchland die Oberhand bekamen, erfolgte am 7ten Dec. 1629. ein Urtheil, welches die Herzoge ſchuldig erkannte, „dem Biſchoff die im Jahr 1521. des Bisthums „und Stiffts Hildesheim abgenommene Schlöſſer, Städte, Burge, Flecken, „Clöſter, Dörfer und alle andere in Actis benannte Güter ſamt aufgehobene „Nutzungen, und ſo davon aufgehoben werden mügen, auch erlittenen Schaden und Intereſſe zu reſtituiren." Churfürſt Ferdinand zu Cölln, als Biſchof zu Hildesheim, ſetzte ſich auch nicht nur ſogleich in den Beſitz des ihm erkzuannten Landes, ſondern ſchritte überdem ſofort zur Kirchenreformation.

§. V.

Solche zu behindern, ſchickten die Evangeliſche Landſtände Henning von Steinberg und Philipp Adolph von Münchhauſen an denſelben und gaben ihnen, beſage der Inſtruktion auf, nachdrücklich vorzuſtellen, „weil ſie ſämtlich „in der Religion Augſpurgiſcher unveränderter Confeßion, wie dieſelbe Anno „1530. Kaiſer Carl V, auch geſamten Churfürſten und Ständen des Reichs iſt „übergeben, erzogen, und vermittelſt göttlicher allergnädigſter Hülfe, der eigentlichen und ohngezweifelten Hofnung lebeten, darin ſelig zu werden, auch „ohne nicht daß Weyl. Ihro Churfürſtl. Durchl. Hochgebietender Herr Vetter „und Vorfahr Churfürſt Ernſt hochſeligſten Angedenkens, auch Weyland Biſchof Friederich und Biſchof Burchard, Chriſtmildeſter Gedächtniß, ſämtliche „Eingeſeſſene im Stifft Hildesheim, auf Landtagen und ſonſten in annis 1564. „1581. und 1603. für ſich und ihre Nachkommen gnädigſt und gnädig verſichert, „daß Ihro Churfürſtliche Durchl. Sie und ihre angehörige Leute, dabey zu laſſen und zu mainteniren gnädigſt mögten geruhen." Sie erhielten aber nichts als folgende, am 30ten Octob. 1630. abgegebene zweideutige Reſolution: „Die „Churfürſtl. Durchl. zu Cölln und Biſchof zu Hildesheim, Herzog in Bayern, „unſer gnädigſter Herr rc. haben nicht allein ſelbſt angehöret, ſondern auch ihr „mit mehren referiren laſſen, was Deroſelben Stifft Hildesheimiſche Ritterſchafft durch ihre Deputirte Henning von Steinberg, und Philip Adolph von „Münchhauſen, in unterſchiedlichen Puncten unterthänigſt anbracht und geſuchet, und zugleich in Schrifften übergeben, darauf dann Hochgemeldte Ihro „Churfürſtl. Durchl. ermeldten Deputirten in Gnaden anzuzeigen befohlen: Als „viel anfänglich das Religionswerk betrifft, demnach in denen zwiſchen beiderſeits Religionsverwandten Churfürſten, Fürſten und Ständen, aufgerichteten

„Religionsfrieden, klärlich verſehen, welchergeſtalt die Landesfürſtl. Obrigkeit „gegen den Unterthanen, und die Unterthanen hingegen gegen die Obrigkeit ſich „in Religionsſachen zu verhalten und zu bezeigen, ſo ſeynd Ihro Churfürſtliche „Durchl. geneigt, ſich desfals dem angedeuteten Religionsfrieden gemäß zu ver„halten, und ihre Unterthanen dagegen nicht beſchwehren zu laſſen, des Gnä„digſten Zuverſehens, es werden die Ritterſchafft und Landſtände Ihro Chur„fürſtl. Durchl. hingegen nicht allein kein anders anmuthen, ſondern auch ihres „Theils ſich demſelben gebühr- und gehorſamlich accommodiren und bequemen, „ſich auch gegen Ihro Churfürſtl. Durchl. alſo gehorſahm und gewärtig erzeigen, „daß dieſelbe Urſach haben, gegen denen ihres Stifts Hildesheim nicht weniger, „als auch anderer ihrer Stifter angehöriger Ritterſchaften ſich in Gnaden zu „bezeigen. Die andern von ermeldten Deputirten fürgebrachte Puncte betref„fend, befindet Ihro Churfürſtl. Durchl. dieſelbe alſo beſchaffen, daß ſie ſich „darüber ſo wohl bey ihrem Domcapitul, als Räthen zu Hildesheim fernern „Bericht erholen müſſen. So bald nun derſelbe einkommen wird, wollen Ihro „Churfürſtl. Durchl. ſich darüber auch ferners in Gnaden erklären, und bleiben „Dieſelbe ſowohl ihrer Ritterſchaft, als auch deren Deputirten mit Gnaden „wohl beygethan. Uhrkund Höchſtgedachter Ihro Churfürſtl. Durchl. Hand„Zeichens und aufgedruckten Secrets Signatum Regenspurg den 30. Oct. 1630.

Ferdinandt, (L. S.)

Strauß.

Deutlicher ließe ſich der Churfürſt gegen die Deputirte mündlich heraus, daß er gewillet, die Evangeliſche Unterthanen des Stifts Hildesheim wieder in den Schafſtall der Römiſchen Kirche zu führen, wie ſolches aus folgender merkwürdigen Relation des Deputati Henning von Steinberg erhellet: „Nach„dem den $\frac{1}{11}$ten Sept. 1630. zu Regenſpurg, vermittelſt göttlicher Verleihung, „glücklich angelanget bin, ſo haben der von Münchhauſen und ich, uns folgen„des Tages in der Inſtruction von der ſämmtlichen Ritterſchaft des Stifts Hil„desheim verſiegelt, und unterſchrieben, mit Fleiß erſehen, auch Copiam des „Schreibens an Churfürſtl. Durchl. zu Cölln, durchleſen und erwogen. Weilen „denn ſolches etwas weitläuftig geweſen, ſo haben wir aus erheblichen Urſachen „daſſelbe secundum iſtius curiae ſtylum nach beygelegter Copia ſub Lit. A. etwas „kürzer eingezogen, und die Beſchwerungspuncte in ein abſonderlich Memoriale „nach Copia ſub Lit. B. gebracht, ſolch bey der Audienz zu überreichen. Wir „haben auch nicht unterlaſſen, des Hollſteiniſchen und Darmſtädtiſchen Canzlers „Gutachten hierüber einzunehmen, darauf den $\frac{4}{14}$ ejusdem bey Ihro Durchl.

Hof-

„Hofſtaat wir uns präſentiret, das Creditiv Herrn von Olinghofen Oberſten „Cammerern übergeben, und bey Ihro Durchl. durch denſelben unterthänigſt „Audienz ſuchen laſſen. Weilen es aber damahls eben keine Gelegenheit geben „wollen, als ſeynd wir des andern Tages vorgeſtattet worden, da denn Ihro „Durchl. gar allein im Zimmer geweſen, und unſern Anbringen nicht allein gnä„digſt angehöret, ſondern auch ſelber darauf nachfolgendes geantwortet: Sie „hätten von uns, als Deputirten von der Ritterſchaft des Stifts Hildesheim, „das Anbringen wohl verſtanden. Nehmen zuforderſt die geſchehene Glückwün„ſchung zu ſondern gnädigſten Willen, auch vermerkten danebenſt ganz gerne, „daß die Ritterſchaft ſich Dero Schuldigkeit erinnert, und etzliche aus „ihren Mitteln anhero abgeordnet. Zumahl nun hierab ihr Gehorſam „zu verſpühren, als wären ſie auch geneigt, ſolches um dieſelbe hin„wiederum gnädigſt zu erkennen, und wären vorhin von ihrer Hildeshelmi„ſchen Regierung berichtet, welchergeſtalt die Huldigung von der Ritterſchaft „mit einem Handgelübd abgeſtattet worden. Nun hätten ſie ſich aber zwar wohl „verſehen, man würde das Homagialeid abgeleget haben. Könnten das Be„denken nicht abſehen, müſten ſich aber gleichwohl vor dießmahl bis zu ihrer per„ſöhnlichen Anhinkunft (ſo, gönnets Gott, eheſter Möglichkeit angeſtellet wer„den mögte) damit ſo weit contentiren, und macheten demnach ſich die unge„zweifelte Hoffnung, es werden die von der Ritterſchaft als Adelsperſonen „in der geleiſteten Treue und bey dem Gelübd beſtändig verbleiben. Hingegen „hätte man ſich anders nicht zu verſehen, denn daß ſie als ein Landesvater „dahin trachte, wie ihrer Angehörigen Wohlfahrt mögte befördert werden. „Wären auch gemeinet als ein chriſtlicher Fürſt, in allen, nach billigen Sachen, „was ſalva conſcientia geſchehen könnte, verfahren zu laſſen. Sie meinten es „mit ihrer Landſchafſt treulich gut, und daß dieſelbe in den ruhigen Stand, in „welchem dieſelbe für etwa 100 Jahren geweſen, mogte hinwieder geſetzet wer„den. Sie wären ein geiſtlicher Fürſt, Gott hätte ſie zu dem Stande ſonder„lich geordnet, wären ihren Kirchen mit Pflichten verwandt, müſten derowe„gen dahin ſehen, was zu Deroſelben Aufnahme gereiche. Inſonderheit wünſch„ten ſie aber nichts höhers, denn daß ihre Unterthanen mögten erleuchtet, und „auf den rechten Weg der Wahrheit geführet werden, maſſen ſie denn der Men„ſchen Seele Heil und Wohlfahrt weit mehres als alles andere ſich lieſſen ange„legen ſeyn. Und nachdem ſie gleichwohl hiebey ſich einer fürſtl. Diſcretion ge„dächten zu gebrauchen, als verhoften ſie auch, man würde ihnen hierunter nichts „zumuthen, ſo wieder ihr Gewiſſen wäre. Sonſten erfreueten ſich hierüber „nicht wenig, daß der vor 100 Jahren zerriſſene Stifft, durch ein rechtmäßig

 Urtheil,

„Urtheil nunmehr wäre wieder zuſammen geſetzet. Könnten nicht abſehen, mit „was Fugen ihr Herr Vetter der Herzog zu Braunſchweig, mit welchem ſie vor „dieſen gute Freundſchaft gehalten, auch der nahen Anverwandtniß nach, mit „Ihre Liebden fürters zu continuiren gemeinet wären, dieſe Sache urgirte, und „nicht acquieſciren wollte. Wäre nicht abgeneigt, da der Fructuum percepto„rum halber, durch Kayſerl. Interpoſition ſollte Handlung geflogen werden, ſich „gültig finden zu laſſen. Ihro Liebden und Dero Voreltern gleichwohl viele „Jahr hero dieſe Stifsgüter in genießlichen Gebrauch gehabt, und überdas wä„ren ſie ihrer Kirchen Wohlfahrt in Acht zu nehmen ſchuldig. Uebergebenes Me„morial wollten ſie durchleſen, in Rath ziehen, und Uns hernächſt mit einer Re„ſolution hinwiederum verſehen laſſen. Demnach haben wir gleichergeſtalt bey „Herrn Biſchof zu Oßnabrück Fürſtl. Gnaden als Directoren des geheimten „Raths auch Audienz gehabt, und gebührlich angeſuchet, daß Ihro Fürſtl. „Gnaden an Ihren hohen Ort ſich wollten gnädig gefallen laſſen, zu befördern, „daß auf der Ritterſchaft Supplica eine erfreuliche Reſolution erfolgen mögte. „Darauf haben dieſelbe mit ziemlicher Vertröſtung ſich erkläret, da von Ihro „Durchl. ihr dieſerwegen etwas aufgetragen würde, wären ſie der Ritterſchaft, „ſo viel thun und möglich, zu willfahren geneigt. Wir haben auch fürters „nicht unterlaſſen, bey Churfürſtl. Durchl. zu Sachſen und Brandenburg Her„ren Abgeſandten uns anzumelden, denſelben, praemiſſis praemittendis, der „Ritterſchaft Schreiben überreichet, den Zuſtand ausführlichen berichtet, und „ſie danebenſt erſuchet, ſelbige Schreiben nicht allein beyderſeits Durchl. för„derlichſt gebührlich einbehändigen zu laſſen, ſondern auch vor Ihre Perſon „bey dieſer Sache, ſowohl dem Vermögen, als ſonderbaren Vertrauen nach, „unbeſchwehrt gute officia zu leiſten. Es iſt von beyderſeits Abgeſandten faſt „gleichmäßig geantwortet worden, wie daß ſie mitleydentlich vernommen, daß „die löbliche Ritterſchaft in der Gefahr Religionis reformationis begriffen wäre. „Wollten nicht verabſäumen, was zu derſelben Erſprießlichkeit gereichte. Wären „auch überdas vorhin von ihrem Gnädigſten Herrn befehliget, bey vorweſen„den Churfürſtl. Collegial-Tage in der Hildesheimiſchen Sache zu negotiiren. „Uebergebene Schreiben ſollten per poſta an gehörige Orte übermacht, und ein„kommende Reſolutio uns ſo bald communiciret werden. Nach hinc inde vor„gangenen Discours haben ſich die Herrn Abgeſandte vor ihre Perſon der Rit„terſchaft zu angenehmen Dienſten anerbietig gemacht. Nach gehabter Audienz „bey Churfurſtl. Durchl. zu Cölln, haben wir uns faſt täglich bey Deroſelben „Hofſtaat präſentiret und aufgewartet, auch ſo wohl bey Ihro Fürſtl. Gna„den zu Oßnabrück als andern Geheimten Räthen um Reſolutionem ſollicitiret,

auch

„auch, ſo viel der Gelegenheit nach immer geſchehen können, aus der In-„ſtruction und Beylagen nothdürfftig Erinnerung gethan. Es iſt uns aber we-„gen vieler Publica ehiſt am 2ten Novemb. Stilo novo beyliegend Original-„Decretum ſub Lit. C. unter Ihro Durchl. Subſcription aus der Canzley zu-„kommen, und nachdemmahl ſolch etwas general geſetzet, als haben wir gehoffet, „durch beider Durchl. Sachſen und Brandenburg Herren Abgeſandten Inter-„ceßional vielleicht ein beſſer Decret zu erlangen, haben Derohalben bey ihnen „angehalten: Ob ſie nicht etwa zwey von ihren Gelahrten dieſerwegen an Ihro „Durchl. abordnen mögten, auch hiebey des Reſcripts von ihren Gnädigſten „Herrn uns erkundiget. Hierauf haben ſie ſich erklähret, daß ſie von ihrem „Gnädigſten Herrn in Commiſſione hätten, in cauſa principali zu handlen, wie „denn in Churfürſtl. Collegio davon bereits etwas vorgangen wäre. Da ſie „nun etwas abſonderlich ſollten ſuchen, befürchteten ſie, daß ſolches dem Haupt-„werk zum Präjudiz und Nachtheil gereichen mögte. Sonſten wären ſie ihres „Theils ganz willfährig, nicht allein in dieſen, ſondern mehren der Ritterſchaft „zu gratificiren. Es wäre auch unlängſt von ihrem Gnädigſten Landesherrn „auf der Ritterſchaft Schreiben ihnen anderweit Befehl zukommen, daß ſie im „Hauptwerk möglichen Fleiß anwenden ſollten. Verhoffen auch, es ſollte ohne „Frucht nicht abgehen, und würde dadurch der Ritterſchaft Suchen zugleich ge-„holfen werden. Damit nun gleichwohl kein Mittel verabſäumet würde, als „[illegible] bey Ihro Churfürſtl. Durchl. zu Cölln, wir mit einem unterthänigſten „[illegible]orial am 6. ejusdem ſtyli novi abereinſt einkommen, davon Copia ſub „Lit. D. worauf aber keine Erklärung erfolget. Wie nun am $\frac{13}{3}$ November „Ihro Churfürſtl. Durchl. zu Cölln, von Regensburg gleich aufbrechen wol-„len, bin ich zur Audienz von Ihro Durchl. gefordert worden, und wie in der „Ritterſchaft Sache ich nöthige Erinnerungen thun wollen, ſo haben Ihro „Durchl. unerwartet des Vortrages folgenden Anfang zu reden gemacht: Sie „hätt n auf der Ritterſchaft des Stift Hildesheim ſchriftliches, denn auch unſer, „als der Deputirten, beſchehenes mündliches Anſuchen nach gehaltenen Rath-„ſchluß eine ſolche Reſolution, wie es hergebracht, auch noch im Heil. Reich „üblich und gebräuchlich, ertheilen laſſen, in gänzlicher Hoffnung, man hätte „damit friedlich ſeyn können. So wäre ihr aber überdas von uns noch ein „Memorial zukommen. Vermeinten man hätte dazu keine Urſach gehabt, nach-„demmahl abgefaßte Reſolution der Reichsordnung und Satzung (wie geſaget) „allerdings gemäß wäre, verſehen ſich derentwegen, man würde weiter in ſie „nicht dringen. Es wäre genugſam bekannt, was ſie ihren Erz- und Stiftern „dieſerwegen vor einer Diſcretion ſich gebrauchen. Es lege ihr ob, als ein

„desvater, davor man ſie dann billig erkennen müſte, ihrer angehörigen See„len Heyl in Acht zu nehmen. Sie wollten, als ein guter Hirte, ungern, daß „ihre anvertrauete Schäflein nicht ſollten recht geweidet werden. Hätten ſol„ches vor Gott auch nicht zu verantworten. Es ſolle ſich auch die Ritterſchaft, „ſo dem Bericht nach anſehnlich ſeyn ſolle, verſichern, daß ſie es gut mit ihr „meineten. Wollten ihr daher nichs böſes rathen, ſondern nur was zu ihrer „ewigen Wohlfahrt gereichte. Verhoften derowegen, man würde ihr, als ihrer „von Gott geordneten Obrigkeit, gerne folgen, und auf den rechten Weg der „Wahrheit treten, ſich auch nicht wiederſinnig erzeigen, und der Sanftmüthig„keit mißbrauchen, damit zu andern Mitteln keine Urſach gegeben würde, und „nachdem ſie der Menſchen Seelen Wohlfahrt, inſonderheit aber ihrer Angehö„rigen, ſich lieſſen mächtig angelegen ſeyn, als wollten ſie ihr Gebeth dahin „richten, daß Gott dieſelbe zur Erkänntniß erleuchten wolle. Im übrigen ver„blieben ſie der ſämmtlichen Ritterſchaft, wie auch uns mit Churfürſtl. Milde „und Gnaden zuförderſt wohl beygethan. Ob nun wohl hierauf von mir, ge„ſtalten Sachen nach, iſt repliciret worden, ſo haben Ihro Durchl. faſt voriges „doch etwas weitläuftiger und beweglicher wiederholet, und darauf einen gnä„digſten Abſchied ertheilet, dabey es alſo vor dießmahl verblieben iſt. Der Höch„ſte wolle ſeine Gnade verleihen, daß alles dahin gelangen möge, was zu ſei„nen göttlichen Ehren und Ausbreitung ſeines göttlichen Worts gereichet.“ Es hat auch Churfürſt Ferdinand nicht lange angeſtanden, die beſchloſſene Religionsänderung ins Werk zu richten. Nachdem nemlich der Kayſerl. General Pappenheim die Stadt Hildesheim anno 1632. erobert, fande ſich Biſchof Franz Wilhelm von Oßnabrück, Namens des Churfürſten, daſelbſt ein, ſchafte die Evangeliſche Geiſtliche weg und beſetzte die Pfarren mit Catholiſchen. Hielte auch einen Synodum zu Hildesheim. Siehe **den kurzen Bericht von dem** *in* **dem Hochſtift Hildesheim am 25ten Jan. 1633. gehaltenen** *Synodo in* LUNIGS *Cont. ſpicil. eccleſ. p.* 535. 536. Die Freude dauerte aber nicht lange, ſondern als die Schweden und Lüneburger in Niederſachſen Meiſter wurden, ſetzten ſie die verjagte Evangeliſche Prediger wieder ein. Nachdem das Kriegesglück bald den Catholiſchen, bald aber den Evangeliſchen günſtig war, ſo erlangten auch jene oder dieſe in Kirchenſachen Vortheile. Wie endlich anno 1643. das Stift Hildesheim Churfürſt Ferdinanden von den Herzogen zu Braunſchweig und Lüneburg mittelſt eines Vergleichs abgetreten wurde, errichteten dieſe Herren einen Nebenreceß, in welchem der Religion halber Art. I. folgendes bedungen iſt: „Laſſen aus ſonderbah„rer Begierde und Neigung zu den heylſahmen Frieden wir der Churfürſt und „und wir Thumprobſt, Thumdechant und Capitul gemein Kraft dieſes zu, und con-

Im Braunſchweigiſchen Nebenreceß wurde ih-

„concediren, daß das Exercitium publicum Auguſtanae Confeſſionis, wie dieſelbige „Confeßion Anno 1530. zu Augspurg von Churfürſten, Fürſten, Ständen und „Städten, ſo ſich der Zeit dazu bekant, Kayſer Carl V. Glorwürdigſten Anden„kens übergeben worden, wie auch dieſelbige unter den abgelebten Herrn Her„zogen zu Braunſchweig-Lüneburg, Wolffenbüttel, und Calenbergiſcher Linie „im berührten Stift und bis jetzo im Schwang gangen, in demſelbigen Stifte, „die in dem Hauptreceß für den Adel 70. und die übrige Unterthanen 40. ſpeci„ficirte Jahre über öffentlich an Lehren, Kirchen-Ceremonien, und was davon „dependiret, gebrauchet und verübet: Auch die Pfarrherren, Schul- und Kir„chendiener, deroſelben Wittiben und andere Geiſtliche Perſohnen bey ihrer „Immunität, Frey- und Gerechtigkeit, in realibus & perſonalibus gelaſſen. Und „Art. 5.: Als auch wir der Churfürſt darauf hart und feſt beſtanden, daß das „Exercitium Catholicae Religionis zugleich und noch bey wehrenden verwilligten „Jahren introduciret, auch nach Abſterben eines oder des andern Evangeliſchen „ein Catholiſcher Prieſter wiederum angeſetzt und beſtellet werden ſollte; Wir „die Herzogen aber in ſolche Surrogation nicht gehelen können, als iſts durch „mühſame Interpoſition endlich dahin vermittelt und abgeredet, daß es die „vorgedachte verwilligte Zeit und Jahre über, bey dem libero & publico exer„citio Auguſtanae Confeſſionis ſein Verbleiben habe, doch Uns den Churfürſten, „als Biſchoffen zu Hildesheim, unſern Succeſſoren und mitbeſchriebenen das „publicum Exercitium Catholicae Religionis darbeneben überall in denen abtreten„den Städten, Flecken und Dörffern ſolchergeſtalt einzuführen freyſtehen, daß, „wofern an einem Orte zwo Kirchen fürhanden, diejenige Kirche den Evangeli„ſchen verbleiben, darin ſie bishero ihren Gottesdienſt verrichtet, die andere „aber den Catholiſchen anzurichten zugelaſſen ſeyn ſolle. An den übrigen Orten „aber, wo allein eine Kirche, ſoll beyden Theilen in derſelbigen auf gewiſſe Zeit „und Stunde, wie ſie ſich deſſen zu vergleichen, ihren Gottesdienſt (jedoch daß „ein Exercitium das andere nicht verhindere) zu üben unbenommen, ſondern in „Kraft dieſes zugelaſſen ſeyn, dero Behuef ſo wohl den Catholiſchen als Evan„geliſchen der Beicht- und Predigtſtuhl, Taufe, Glocke, Schlüſſel, Kirchhoff und „zu der Sepultur gehörige Oerter gemein verbleiben; In den Clöſtern aber das „Exercitium Catholicae Religionis allein eingeführet und geübet werden ſolle. „Ingleichen Art. 11.: Wann obbeſtimmte Jahre und Zeit vorbey, wollen wir der „Churfürſt, unſere Succeſſores oder, ſede vacante, ein Thumcapitul dieſes bis „dahin verwilligtes Exercitium Auguſtanae Confeſſionis ferner zu indulgiren nicht „verbunden ſeyn, ſondern uns alsdenn freye Macht und Gewalt fürbehalten „und reſerviret haben, in dieſem gröſſern Stift, das Exercitium Catholicae Religionis

nen auf gewiſſe Zeit und unter gewiſſen Einſchränkungen die Religionsfreyheit bedungen.

„ligionis einzuführen, denen aber, welche ſolchem ſich nicht bequemen oder ac=
„commodiren wollen, den freyen Abzug vermöge dieſes Accords auch des Reli=
„gionsfriedens, die Verſilberung und Verkauffung ihrer Güther gegen gewöhn=
„lichen Abtrag der Nachſteuren verſtatten zu laſſen; Es wäre dann, daß einer
„oder der andere von uns den Churfürſten oder unſern Succeſſoren ein anders
„erhalten würde.“ Die Evangeliſche Landſtände beſchwerten ſich heftig, daß
man in dieſem Receß ohne derſelben Zuziehung ihrer Kirchenrechte und Religions=
freiheit geſchmälert habe. Bedungen auch bey der Huldigung quaevis compe-
tentia dawider.

§. VI.

Sie bemüheten ſich bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten es dahin zu bringen, daß ſolche beſtändig dauren, und ihnen gleiches Recht mit andern Evangeliſchen Unterthanen Catholiſcher Landesherren beygeleget würde.

Währender Weſtphäliſchen Friedenshandlung bemüheten ſich dieſelbe
äußerſt, es dahin einzuleiten, daß beſagter Receß, ſo fern er ihnen nachthei=
lig, im Inſtrumento pacis ausdrücklich aufgehoben werden mögte. Man ſchickte
deswegen den Landſyndicum D. Johann Kunnecke nach Oßnabrück, welcher,
was man ihm aufgegeben, nach Wunſch ins Werk richtete. Fürnemlich auf ſei=
ne Veranlaſſung wurde der Evangelicorum fernerer Errlärung in puncto gra-
vaminum de 9ten Iunii 1646. folgendes einverleibet: „Denenjenigen Unterha=
„nen, welchen das pulicum Exercitium Evangelicae Religionis, vermöge der Fer=
„dinandeiſchen Declaration de dato 24ten Sept. 1555. zuſtändig, oder die ſie ſon=
„ſten per pacta, privilegia oder langen Gebrauch erworben und herbracht, *ſoll*
„es nochmals gelaſſen, auch alle wiedrige gemachte Anordnungen, Urtheile,
„Transactiones, Accord, Revers und dergleichen caſſiret und aufgehaben ſeyn;
„Derohalben die Ritterſchaft, Städte und Unterthanen der Stifter Minden und
„Oßnabrück, Halberſtadt, Hildesheim, Münſter, Paderborn, Fulda ꝛc. wie
„auch auf dem Eichsfeld und in der Abtey Corvey, nicht weniger die Städte
„Erfurth, Duderſtadt und Hoͤxter, Hilpolſtein, Heideck und alle andere Pfalz=
„Neuburgiſche Unterthanen unter dieſer Regul gehören, und müſſen alle dem
„zuwieder und Abbruch gemachte Pacta, Accord und dergleichen hiermit gänzlich
„aufgehoben ſeyn. Siehe des ſeligen Geheimen Juſtizraths von Meiern Acta
„Pacis Weſtphalicae, P. 3. pag. 164. In dem Aufſatz der Evangeliſchen zu Mün=
ſter begehrte man im Monat Julio 1646. faſt eben dieſes d. l. pag. 282. alſo:
„Die Evangeliſche Mediat=Ritterſchaft, Städte, Communen und Unterthanen,
„ſo unter Catholiſcher Obrigkeit geſeſſen, und das publicum exercitium ihrer Re=
„ligion Anno 1621. quacunque anni parte im Brauch gehabt, oder die es ſon=
„ſten retro per pacta, privilegia oder langen Gebrauch erworben und hergebracht,
„ſollen auch hinführo dabey gelaſſen und geſchützet, die aber berührten Exercitii
„quovis modo entwehrete in vorigen Stand, ohngehindert aller darwieder ergan=
„genen

„genen Urtheile, Tranſactionen, Accord und Reverſalen allerdings hinwieder „geſetzet werden, derohalben dann in ſpecie die Ritterſchaft, Städte und Unter„thanen der Stifter Minden, Oßnabrück, Halberſtadt, Münſter, Hildesheim, „Paderborn, Fulda, wie auch auf dem Eichsfelde, und in der Abtey Corvey, „nicht weniger die Städte Erfurt, Duderſtadt und Höxter, ingleichen Pfaltz„Sultzbach und dahin gehörige Landſaſſen und Subditi, Hilpoltſtein, Heideck „und alle andere Pfaltz-Neuburgiſche Unterthanen unter dieſer Regul gehören, „und alle deme zuwieder und Abbruch gemachte Verordnungen Pacta, Accord „und dergleichen gänzlich aufgehaben ſeyn ſollen.“ Es enthält auch ſolches der „Evangeliſche Schluß zu Lengerich oder Gegenerklärung n. 12. ibid. pag. 336. In der Conferenz am 6ten Febr. 1647. erinnerte der Schwediſche Geſandte Herr Salvius, es wären in dem Catholiſchen Project die mittelbahren Grafen, item die Städte Hildesheim, Halberſtadt, Oßnabrück, Minden, Duderſtadt, Erfurt, ſo wohl die Unterthanen und Angehörige in denen Stiftern Halberſtadt, Hildesheim, Oßnabrück, Minden, Münſter, Verden, Paderborn, Fulda, und aufm Eichsfelde ausgelaſſen. Worauf der Kaiſerl. Geſandte Herr Volmar antwortete: Man hätte dafür gehalten, ſie würden unter der Generalität begriffen ſeyn. Siehe des von Meiern *Acta Pacis Weſtphalicae Tom.* 4. *p.* 66. Die Evangeliſche beharreten aber bey ihrer Forderung, und ließen ſich in der endlichen Erklärung in Puncto Gravaminum de 25. Febr. 1647. *d. l. pag.* 104. 105. ferner alſo vernehmen: „Die Evangeliſche Mediat-Grafen, Freyherrn, Ritterſchaft, „Städte, Stifte, Clöſter, Commenthureyen, Communen und Unterthanen, ſo „entweder auf gewiſſe Maaß und Weiſe, oder pure und ſimpliciter Catholiſcher „Obrigkeit ſubject, oder unter dieſelbe nachmahls gerathen mögten, und das „publicum Auguſtanae Confeſſionis exercitium anno 1624. quacunque anni parte „im Gebrauch gehabt, oder die es ſonſt retro per pacta, privilegia, alten Erbſchutz „oder langen Gebrauch erworben und hergebracht, ſollen auch hinführo dabey, „und was denſelben anhängig, als Beſtellung der Conſiſtorien, Miniſterien, „Schul- und Kirchendienern, jure patronatus und allen andern oben angezo„genen Gerechtſamen, und bey denen der Zeit ingehabten Kirchen, Stift, Clö„ſtern, Hoſpitalien und dazu gehörigen Nützungen und Gefällen und Intraden, „bis zu endlicher Vergleichung der Religion, gelaſſen und geſchützet, „und von niemand, er ſey auch wer er wolle, in einigerley Weiſe „darüber betrübet oder angefochten werden, die auch berührten Exercitii quovis „modo entwehrete, der Religion halber reformirte und vertriebene Prediger, „Schuldiener und Unterthanen ſollen ohne alle Exception in vorigen Stand wie„der geſetzet, und die denen Evangeliſchen neu aufgedrungene Catholiſche Prie-

„ſter und Ordensleute wieder abgeſchaffet, und reſpective in politicis & eccleſia-„ſticis in den Stand, wie es Anno 1624. geweſen, gelaſſen werden, ungeach-„tet und ungehindert aller dawider ergangenen Urtheile, Reverſalien, Accor-„den, Transactionen, und darunter inſonderheit des Braunſchweigiſchen Haupt-„Receſſus, und darůber Anno 1643. zum Nachtheil der Stift Hildesheimiſchen „Landſchaft und Unterthanen aufgerichteten Religionsreceß, und allen andern „vorher und nachgehends der Religion zuwider mit und ohne Conſens der In-„tereſſirten erpreſſeten Pacten oder ſonſt aufgerichteten Vertråge. Derhalben „dann reſpective die obgeſetzte Grafen, Freyherren, Ritterſchaft, Stådte, Stift, „Clöſter, Commenthureyen, Communen und Unterthanen ſamt und ſonders, ſie „ſeyn oder werden kůnftig auf ein oder andere obgeſagte Weiſe ſubject, ſon-„derlich in den Stiftern Minden, Oßnabrůck, Halberſtadt, Hildesheim, Můn-„ſter, Paderborn, Fulde, wie auch auf dem Eichsfeld, in der Abtey Corvey „und anderer Orten, nicht weniger die Stadt Erfurt, Duderſtadt und Hör-„ter, imgleichen alle Pfaltz-Neuburgiſche Landſtånde und Unterthanen unter „dieſer Regul gehören, und alle dem zuwider und Abbruch gemachte Verord-„nungen, Pacta, Accorden, und dergleichen gånzlich caßiret und aufgehoben „ſeyn ſollen.“ Die Catholiſche weigerten ſich dieſes alles gut zu heiſſen, und lieſet man in der Declaratione ultima Caeſareanorum d. 5. Mart. Svecis exhibita *d. l. pag.* 143. wie ſie das Gegentheil folgendergeſtalt dem Inſtrumen*to Pa*cis einverleibet wiſſen wollen: Quod ſi vero aliqua inter tales immediatos Imperii Status eorumque ſubditos & ſtatus provinciales antehac pacta interceſſiſſent, tranſactiones & conventiones de exercitio religionis vel introducendo, permittendo, conſervando, aut abrogando initae eſſent, hujusmodi pacta, tranſactiones, conventiones & permiſſiones, ſicut nominatim ea, quae hoc nomine ab Electore Moguntinenſi cum civitate Erſurdia, itemque Colonienſi de Episcopatu Hildeſienſi cum Ducibus Brunſvicenſibus pacta, itemque in Epiſcopatibus Oſnabrugenſi & Mindano usque ad annum 1624. permiſſa ſunt, rata illa atque firma permanento, nec ab iisdem niſi mutuo paciscentium conſenſu recedere liceat. Es erinnerte aber der Schwediſche Geſandte Salvius am 13ten Mart. 1647. Ibid. p. 178. hiebey: Quae de pacto inter Electorem Moguntinum & civitatem Erfurdenſem, nec non Colonienſis Electoris cum Ducibus Brunſvicenſibus adducuntur, propterea rejicienda, quae adverſantur obſervantiae anni 1624., quia pactum Erſurdenſe in terminis nudi tractatus ſubſtitit, & permanſit, pactum vero Brunſvicenſe Hildeſienſibus civitati & ſubditis, utpote tertiis, jus ſuum auferre non potuit. Es wurde ferner in differentiis inter media compoſitionis Evangelicorum & media a dominis Caeſareanis propoſita ibid. p. 192. bemerket, omiſ-

ſam

ſam eſſe exemplificationem pacti Colonienſis de Episcopatu Hildeſienſi; und der formulae Evangelicorum de autonomia ſubditorum imperii Suecicis Legatis exhibita ibid. p. 522. folgende Worte einverleibet: Quod ſi vero aliqua inter tales immediatos Imperii Status, eorum ſtatus provinciales & ſubditos ſupra dictos antehac pacta intercesſiſſent, & tranſactiones, conventiones atque conceſſiones de publico vel etiam privato exercitio religionis introducendo, permittendo & conſervando initae & factae ſunt, hujusmodi pacta, tranſactiones & conceſſiones, quatenus obſervantiae dicti anni 1624. non adverſantur, ratae ac firmae manento, nec ab iisdem, niſi mutuo conſenſu recedere liceat, non attentis, ſed annihilatis omnibus anni 1624. obſervantiae, utpote quae vel ſola inſtar regulae obtineat, contrariis latis ſententiis, reverſalibus, pactis, quibuscunque tranſactionibus, & quae Epiſcopus Hildeſienſis & Duces Brunſvicenſes & Luneburgenſes de religione Statuum & ſubditorum Episcopatus Hildeſienſis, nonnullis pactis anno 1643. tranſegerunt. Welchen Paſſum denn auch endlich die Catholiſche ſich gefallen ließen, und ihn in das von den Kaiſerl. Geſandten denen Schwediſchen übergebene Concept rückten. Siehe ibid. p. 542. Wie groſſe Freude dieſes dem Hildesheimiſchen Landſyndico Künnecke verurſachet hat, gabe er in einem Briefe am 12ten Maji 1647. dem Herzogl. Wolffenbüttelſchen Hofrichter und Stift Hildesheimiſchen Schatzrath Liborio von Wrisberg (deſſen Verdienſte um die Evangeliſche Kirche und ſein Vaterland unſterblich ſind) folgender geſtalt zu erkennen: „Wie herzlich gern ich mit Ew. Hochedl. Geſtr. ſelber geredet, das habe durch „jüngſtes notificiret. Kann leicht ermeſſen, daß die jetzige Erndtezeit, Unſicherheit und andere obgelegene Geſchäfte dieſelbe davon zurückgehalten. Herr D. „Syring und Bürgermeiſter D. Mellinger ſind alſo die erſten geweſen, welchen „ich die fröliche, Gott gebe! beharrliche Zeitung gebracht, daß wir ſamt und ſonders „nunmehro, Gott ſey dafür von Herzen Dank geſaget, der Religion zu ewigen „Zeiten verſichert. Was es vor Mühe und Sorge gekoſtet, das iſt Gott bekannt, und wird es nicht leicht jemand, als welcher es ſelber geſehen, glauben können. Wie ich zuletzt das Wort gehöret, daß die Clauſula concernens, „nemlich daß die Pacta inter Episcopum & Duces Brunſvicenſes inita ſolten ſpecifice caßiret, und des Stifts Stände und Unterthanen bey der Religion Auguſtanae Confeſſionis gelaſſen werden, daß ich gleichſam für Freuden geweinet, und wenn mir gleich einer viel Tauſend Thaler verehret hätte, nicht ſo „angenehm geweſen wäre. Nun iſt noch übrig, daß ich erſtlich ſehe, wie es „möge ins Teutſche gebracht, und nicht noch zuletzt etwas möge darunter verſäumet werden. Es wollen ſich aber Ew. Hochedl. Geſtr. und die Landſchaft „keiner ſonderbahren Freude gegen die Catholiſche vermerken laſſen, auch bey

„Leibe im geringſten hierüber, mit niemand als mit hochvertrauten etwas reden. „Dann ich bin verſichert, daß es unſer Canzler und Canzler Buſchmann vor eine „unmögliche Sache gehalten, daß dieſes dergeſtalt, wie Gott Lob! geſchehen, „per expreſſum ſollte aufgehoben werden können. Sie ſollten lieber zwey Aem-„ter, ja mehr vom Stift wieder weggeben, dann mit Willen dieſes eingeräu-„met haben.

§. VII.

Erreichten auch endlich dieſen End-zweck größ-tentheils.

Es waren aber hiedurch noch nicht alle Schwierigkeiten überſtiegen. Der bekannte Adamus Adami, vieler Catholiſcher Prälaten Geſandter bemühete ſich äußerſt, den gefaßten Schluß zu ändern, und eine Beſtättigung desjeni-gen, was in oben angeführtem Hildesheimiſchen Religionsreceß beliebet worden, auszuwirken. Zu ſolchem Ende führete er in einem der Kaiſerl. Geſandſchaft den $\frac{1}{11}$ Junii übergebenen Memorial an: „Es will auch zum Sechſten verlau-„ten, ob ſollte durch gegenwärtige Friedenshandlung der zwiſchen Ihro „Churfürſtl. Durchl. zu Cölln als Biſchof zu Hildesheim eines, und den Herrn „Herzogen zu Braunſchweig-Lüneburg andern Theils im Jahr 1643. aufgerich-„tete Vertrag entweder völlig, oder ſo viel die Vergleichung der Religion hal-„ber im Stift Hildesheim betrift, aufgehoben, und wohl gar eine Aenderung „mit dem Stift vorgenommen werden; wiewohl aber ſolches nicht, ſondern „viel ein beſſeres zu vermuthen und zu verhoffen. Weilen dennoch unterſchied-„liche Prälaten, von denen ich Iura zu beobachten erſuchet, auch der Catholi-„ſchen Religion Intereſſe hiebey verſiret, als habe ſub Lit. D. eine kurze und „Eventual-Anzeige thun ſollen, was für Gefährlichkeiten der Religion ſo wohl, „als den Geiſtlichen Stiftungen durch Aufhebung gedachten Vertrages, und „vielmehr durch gänzliche Veränderung des Stifts können zugezogen, denen „aber Ew. Ew. Excell. ohne Zweifel vorkommen, und zu Erhaltung dieſes „Stifts, des Catholiſchen Glaubens, und vieler Kirchen und Clöſter genug-„ſame Verfügung von ſelbſt thun werden.“ Beſagtes Eventual-Bedenken lautet alſo:

(1) „Iſt der Braunſchweig-Hildesheimiſche Vertrag dem Stift Hildes-„heim in vielen Paſſibus hochbeſchwerlich geweſen, und deswegen in Odium des „Stifts nicht weiter zu extendiren.

(2) „Iſt der Ritterſchaft im Stift Hildesheim 70 Jahr, den übrigen „Unterthanen aber 40 Jahr lang die Freyheit der Religion erlaubet, welche aber „durch Umſtoſſung des Vertrages in perpetuum extendiret würde.

(3) „Das

(3) „Das Simultaneum exercitium Religionis, als welches vermöge der Braunſchweigiſchen Tractaten an allen Orten des Stifts hätte ſollen einge„führet werden, würde verhindert und abgeſchaffet.

(4) „Würden in perpetuum verlohren gehen an der Zahl wohl 200 Kir„chen, matrices et filiales, auch in den kleinen Städten, und auf dem Lande „viele Beneficia, Capellen, Vicarien, Hoſpitalien und Schulen.

(5) „Die Clöſter Lamſpring, Eſcherde, Dernburg, Grauhoff, Reiffen„berg, Woltingerode, Dorſtatt, Heiningen und Ringelheim, wo derenthalben „nicht gnugſame Verſicherung geſchehen, dörften in Gefahr ſtehen.

(6) „Diejenige Clöſter, welche in obgemeltem Vertrag als dubiae poſ„ſeſſionis inter eximenda geſetzt, als Franckenberg, Ohlhoff oder Neuwerk, Wit„tenbrug, Wülffinghauſen und die Probſtey Olsburg mögten gar verlohren „gehen.

(7) „Mögten die Actiones wohl aufgehoben werden, ſo den Intereſſirten „ſonſten vorbehalten, wegen der ihnen abgenommenen Kirchen zu St. Michael „ordinis *St. Benedicti*, Collegiatae St. Andreae, St. Martini Franciscaner-Clo„ſter, *St. Pauli* ſamt dem Dominicaner-Cloſter, Parochialis St. Lamberti auf „der Neuſtadt, St. Iacobi, St. Georgii, St. Nicolai, St. Lamberti bey St. Michael, und andern unterſchiedlichen Kirchen, Capellen und Stiftungen, woſern „diesfalls nicht per expreſſum diſponiret wird.

(8) „Gleichfalls müßte vielleicht der Schade, welcher von den Bürgern „dem Stift St. Mauritii, Cloſter in der Sültze, der Carthaus und andern zuge„füget, nachgeſehen werden. Siehe von Meiern *d. l. T.* 5. *p.* 308. 311. 318. 319. Es war auch dieſer Widerſpruch nicht ohne Wirkung. Der Hildesheimiſche Landſyndicus Künnecke übergabe zwar folgendes Pro Memoria dawider:

(1) „Der Stift Hildesheim iſt erſt vor vier Jahren, nemlich den $\frac{17}{27}$ten „April 1643. auf vorgegangenen Particularvertrag zwiſchen Ihro Churfürſtliche „Durchl. zu Cölln, als Biſchoffen zu Hildesheim, und den Herren Herzogen zu „Braunſchweig und Lüneburg-Wolffenbüttel- und Calenbergiſchen Theils, re„dintegriret, und das größere Stift, wie es genennet wird, zu dem kleinen „wieder gebracht worden.

(2) „Der kleine alſo genannte Stift, worin die Metropolis Hildesheim, „und die Stadt Peina belegen, ſind per pactum cum defunctis Epiſcopis p. m. „& Capitulo olim initum, auch ſonſten multis modis der Augſpurgiſchen Confeſ„ſion und deren öffentlichen Exercitii cum pertinentiis genugſam verſichert, und „hat E. E. Rath der Stadt Hildesheim, welcher ſchon vor dem Paſſauiſchen „Vertrage in ann. 1542. beſagter Religion zugethan geweſt, dieſerwegen das

 „Hauß

„Hauß und Gericht Peina, als welches ſie mit Darſtreckung ihrer Bürger Leben, „Guts und Bluts in der Stiftsfehde an ſich gebracht, und eine geraume Zeit „inne gehabt, dem Herrn Biſchof Friederich p. m., wie Sr. Fürſtl. Gnaden „Anno 1552. zum Biſchof erwählet, mit dieſer Condition wieder zugeſtellet, „daß Sr. Fürſtl. Gnaden vor ſich und ihre Succeſſoren am Stift zugeſaget, die „Stadt Hildesheim, das Gericht Peina, wie auch ſonſt die Unterthanen auf dem „Lande mit der Religion gewehren, und in dem Stande, wie ſie damahlen „geweſen, unangefochten laſſen wollten.

(3) „Solche Pacta haben die nachfolgende Biſchöffe am Stift, als Bi- „ſchof Burchard in ann. 1562. 1564. 1569. beſtättiget, und hat ein Ehrwürdi- „ges Domcapitul allemahl darin conſentiret, und wie der Biſchof Ernſt dem- „ſelben ſuccediret, haben Ihro Churfürſtl. Gnaden, ehe ſie zum Erzbiſchof zu „Cölln erwählet, nicht allein in einem Schreiben ſub dato d. 15. December 1576. „ſich ſchriftlich erkläret, ſondern auch in eigener Fürſtl. Perſon in anno 1581. „Dienſtags poſt Trinitatis auf dem Ritterſaal vor der Capitulſtube zu Hildesheim, „praeſentibus omnibus Statibus, gnädigſt verſprochen und zugeſaget, alle Stän- „de und Unterthanen des Stifts Hildesheim, Adeliche und Unadeliche, ſo wohl „in Städten, als auf dem Lande, und ihre Nachkommen bey altem Herkommen, „Frey- und Gerechtigkeit, in ſpecie bey dem Profan- und Religionfrieden, in- „ſonderheit aber bey der Augſpurgiſchen Confeſſion nicht allein bleiben zu *laſſen*, „ſondern auch gnädiglich zu ſchützen, und zu vertheidigen, und niemanden von „der Religion dringen und beſchwehren zu laſſen; ſondern auch noch in anno „1603. den 21ten Julii mit wiederholtem Conſens des Domcapituls gnädig con- „firmiret, und zu unſterblichem Nahmen bis in ihr höchſtſeligſtes Ende beſtändig „gehalten: Und müſſen dannenhero nach Ausweiſung ſolcher und dergleichen „Pacten mehr (welche mit den Originalien können jedesmahl beleget werden) „werden) die Stadt Hildesheim und übrige Stände und Unterthanen des klei- „nern alſo genannten Stifts in dem reſpective nunmehr recuperirten Stande, „worin ſie vor der Kriegesunruhe und noch in anno 1624. in politicis & eccle- „ſiaſticis geweſen, billig gelaſſen und reſpective die daraus entſetzte nothwendig „reſtituiret werden.

(4) „Der ſo genannte gröſſere Stifft iſt von Anno 1519. an bis ad annum „1643. in der Herren Herzoge zu Braunſchweig und Lüneburg Händen und Ad- „miniſtration geſtanden, und von Zeiten vorgegangener Reformation kein ander, „als der Augſpurgiſchen Confeßion Exercitium darinnen in öffentlicher und ohn- „unterbrochener Uebung geweſen. Gleichwie nun berührtes Exercitium publi- „cum ohne Vorwiſſen und Belieben der Stiftsſtände und Unterthanen, und zu

„ver-

„verfänglichem Präjudiz derſelben ad certum 70. & 40. nimirum annorum tem-
„pus a terris per praedicta pacta nouiſſima nicht können determiniret, und ein-
„geſchränket werden, alſo müſſen ſie auch bey ſolchem ihrem darin hergebrach-
„ten Exercitio, Glauben, Kirchengebräuchen, Conſiſtorien, Ceremonien und
„Ordnungen, wie ſelbige Anno 1624. aller Orten in öffentlicher Uebung gewe-
„ſen, ohne einige Neuerung oder Nebeneinführung der Catholiſchen Religon ge-
„handhabet, zumahl auch bey denen dazu gehörigen Kirchen, Schulen, Clö-
„ſtern, Hoſpitalien und andern nach Ausweiſung des Inſtrumenti Pacis Art. 5.
„§. 6. ohne Schmälerung und Abbruch gelaſſen werden, wo anders die Obſer-
„vanz des 1624. Jahrs pro regula gehalten, und ſelbige durch einige Exceptio-
„nes, von beyderſeits Religionsverwandten nicht evaniret und aufgehoben wer-
„den ſollte.

(5) „Daß aber der widrigen Pactorum ausdrückliche Caſſation §. 12. re-
„ſpective begehret, und mit Vorwiſſen der Intereſſenten geſuchet und geſetzet
„worden, iſt geſchehen, künftige ſchädliche Diſputen zu verhüten, und ſonderlich
„ungleiche Gedanken zu benehmen, ob ließe ſich die daſelbſt gemachte und von
„Catholiſcher Obrigkeit Evangeliſcher und vice verſa geſeſſener Unterthanen re-
„dende Regul und Religionspacta auf gegenwärtigen Fall darum nicht appli-
„ciren, weil der größere Stift, wie eben gemeldet, in ann. 1624. nicht unter
„Catholiſcher, ſondern Evangeliſcher Obrigkeit geweſen. In andern Puncten
„verbleiben ſelbige Pacta & Transactiones bey ihren Kräften ohngehindert.
„Siehe von Meiern *d. l. p.* 319. 320. Auch der Kaiſerl. Abgeſandte Graf
von Trautmansdorf war noch am 18ten Junii 1647. damit friedlich, daß die
Pacta zwiſchen Hildesheim und Braunſchweig, was die Geiſtliche Sachen und
das Exercitium Religionis anlanget, aboliret wurden. Siehe *Ibid. Tom.* 4.
pag. 619. Die übrige Catholiſche äußerten aber bald eine gantz andere Meinung,
und beſchwerten ſich über dasjenige, was die Kaiſerliche wegen des Stifts
Hildesheim eingeräumet hatten. Siehe von Meiern *d. l. p.* 768. 804. 809.
810. Inſonderheit bemühete ſich Chur-Cölln, den Religionsreceß von 1643.
zu mainteniren. Siehe Ibid. pag. 793. 799. Selbſt der Kaiſer erklärte ſich am
14ten Octob. 1647., wie er vermeine, die Evangeliſche überſpanneten den Bo-
gen mit der Unterthanen Religion, ſonderlich im Stift Hildesheim, und deſſen
Abgeſandten trachteten eine Aenderung des §. pacta autem &c. zu erlangen,
wenigſtens aber denen Catholiſchen die 9. Klöſter auszudingen, welche Anno
1624. in Evangeliſchen Händen geweſen, nachdem aber Churfürſt Ferdinand
zum Beſitz des größern Stifts Hildesheim gelanget, mit Catholiſchen Geiſtlichen
beſetzet worden. Der Hildesheimiſche Landſyndicus Künnecke ertheilte dem
Hof-

Hofrichter und Schatzrath Liborio von Wrisberg am $\frac{18}{28}$ Junii 1647. folgende Nachricht von der Sache: „Vor zwey Tagen habe Ew. Hoch-Edl. Geſtr. auch „geſchrieben, daß ich ſonderlich der Clöſter wegen in großen Sorgen ſtünde. „Solches kommt nun an den Tag, und leget ſich unter andern Catholiſchen „ſonderlich Herr Canzler Buſchmann, ſo von wegen Ihro Chur-Fürſtl. Durchl. „bevollmächtiget, auch von Hildesheim aus ſehr animiret wird, hier ſtarck „dagegen, alſo, daß ich ſehr beginne zu wanken, ohnangeſehen, daß es ſchon „von den Herren Kaiſerlichen bewilliget geweſen, daß die Clauſula caſſatoria „wird dergeſtalt ſtehen bleiben. Aber da ſorge ich, Gott Lob! nicht mehr vor, daß „die löbliche Landſchaft der Religion halber zu ewigen Zeiten verſichert. Es „laufen nun die Sachen noch ab, wie ſie wollen, ſo muß man es dennoch „mit Geduld erwarten, und wird nunmehr ſtarke Hofnung gemacht, daß der „liebe Friede bald werde erfolgen. Unterdeſſen iſt doch vonnöthen, daß keiner „von der löblichen Landſchaft, vielweniger der Herren Prieſter einer, bey den „Herrn Canzler und Räthen, oder ſonſten der Clöſter halber ſich im Diſcours „oder im allergeringſten nicht einlaſſen, ſondern ſich ſtellen, als wenn ſie in ſpe- „cie von meiner Inſtruction nichts wiſſen. Imgleichen ſind die Herren Prie- „ſter, ſonderlich Herr Senior und Primarii zu erinnern, daß ſie auch des „Conſiſtorii halber ganz keine Erwehnung machen, ſondern in Geduld ſich „halten, bis ich mit Gott des Herrn Hülfe wieder zu Haus angelanget. Bis „dahin muß man ſich an das liebe Gebeth halten. Der Höchſte wird alles, „was zu Leib und Seel wird nöthig ſeyn, und mehr als wir wünſchen und „begehren, aus Gnaden geben. Weil es das Anſehen gewonnen, als wollten zwar die Catholiſche denen Evangeliſchen eine beſtändig daurende freye Uebung der Religion einräumen, die Clöſter aber und das Simultaneum exercitium Religionis Catholicae bedingen, ſo übergabe der Hildesheimiſche Landſyndicus denen Schwediſchen Plenipotentiariis folgende Gegenvorſtellung:

(1) Non unum, ſed plura pacta religionem & ejus ſtatum concernentia inter Epiſcopum Hildeſienſem & Duces Brunſvicenſes anno 1643. erecta ſunt.

(2) Si ergo ſolum tollerentur dicti 70. & 40. anni, permanerent, reliqua, quae in praejudicium religionis Auguſtanae Confeſſionis transacta ſunt, ſalva.

(3) Et ſimul tollerentur etiam iſta pacta, quae olim in favorem religionis in minori, ut vocant, Epiſcopatu a beatis Epiſcopis conceſſa & erecta ſunt.

(4) Remaneret quoque obtruſum illud ſimultaneum Catholicae & Auguſtanae Confeſſionis exercitium in illis locis ac templis, ubi antea omnino non fuit uſitatum.

(5) Neque

(5) Neque reſtituerentur Evangelicis (qui jam tum a ſeptem Capitulis & reliquis ſummis Canonicatibus praeter aequum excluſi ſunt) monaſteria a centum & pluribus annis ab ipſis poſſeſſa, inque conſervationem & educationem nobilium & aliorum liberorum a piis anteceſſoribus dotata & exſtructa.

(6) Nec perciperent Auguſtanae Eccleſiae miniſtri ſumme neceſſarium ordinatum Conſiſtorium, quod tamen ſub Ducibus Brunſvicenſibus ſemper habuerunt.

(7) Et deterioris omnino conditionis eſſent hujus Episcopatus ſtatus & ſubditi prae reliquis Evangelicis omnibus, ſi non pacta iſta eo modo, quo a Dominis Caeſareanis & Dominis Svecis ſublata ſunt, ſublata quoque maneant, reliquis in dicta transactione contentis in ſuo vigore permanentibus. Wie zweifelhaft die Sache damals geſtanden, äuſſert D. Künnecke in einem Briefe von $\frac{17}{27}$ Junii 1647. alſo: „Unterdeſſen müſſen die Herren Evangeliſche auf dem Lande ſich patientiren, und im geringſten ſich nichts merken laſſen. Denn ich ſorge „noch, wie geſaget, ſehr, daß mir die Clöſter nicht werden gelaſſen, und wohl „gar das *Simultaneum* exercitium Catholicae Religionis aufgedrungen werden.“ Im gleichen am $\frac{13}{23}$ Julii 1647.: „Mein voriges hoffe ich, werde ebener geſtalt recht eingelaufen ſeyn, gleichwie jetzo Ew. Geſtr. vom 13ten hujus wohl „erhalten. Gleichwie nun aus mitüberſchickter corrigirter Clauſul Dieſelbe erſehen, daß zwar Catholici die 70 und reſp. 40 Jahr wohl caßiren laſſen, aber „das Simultaneum exercitium und die Clöſter behalten wollten, als bearbeite „ich mich nun aufs fleißigſte, daß es bey dem vorigen Auffatz (welches ich aber „ſchwerlich hoffe) mögte verbleiben. Was nun der Höchſte Gott geben wird, „ſolches wird ſich bald erweiſen. Es ſcheinet allem Anſehen nach, daß die Partheyen allerſeits noch vorher gerne ſehen wollen, wie es mit der Campagne „mögte ablaufen. Der Allerhöchſte wird ſein Völklein und ſeine chriſtliche „Kirche wohl zu ſchützen wiſſen.“ Aus Liebe zum Frieden erklärten ſich die Braunſchweigiſche Geſandte Langenbeck und Lampadius gegen den Kaiſerlichen Vollmar am 15ten Jan. 1648. man wolle Churcölln von den acht Hildesheimiſchen Clöſtern vier überlaſſen. Die Kaiſerl. Geſandte beſchwerten ſich aber am 22ten Jan. 1648., daß man dem Churfürſten die Clöſter entziehen wolle, da doch ſelbige Ihro Churfürſtl. Durchl. jure territorii gebührten, und vom Hauſe Braunſchweig per transactionem übergeben wären. Siehe von Meiern *d. l. Tom.* 4. *p.* 901. 920. und in der Catholicorum declarationibus ultimis hatten ſie den das Stift Hildesheim betreffenden Paſſum alſo gefaſſet: Cum autem in Episcopatibus Magdeburgenſi, Hildeſienſi, Osnabrugenſi, Mindano & Halberſtadenſi anno 1624. non ſolum Catholicae Religionis, ſed etiam Auguſta-

nae Confeſſionis exercitium publicum in uſu fuerit, porro etiam maneat, ita quidem, ut nobilitas & ſubditi Episcopatus Hildeſienſis, non obſtante transactione inter Dominum Episcopum & Duces Luneburgico-Brunſvicenſes inita, qua exercitium Auguſtanae Confeſſionis dictae Nobilitati ad 70, ſubditis vero ad 40 duntaxat annos permittitur, eodem exercitio indeſinito tempore gaudere pariterque in poſſeſſione eccleſiarum, ſcholarum, hoſpitalium, eoque pertinentium bonorum, aedificiorum & proventuum, quemadmodum eadem de iisdem disponit, relinqui debeant, reliquis ibidem contentis in ſuo vigore permanentibus. Ibid. p. 928. Ja es wurde dem Churcöllniſchen Geſandten Buſchmann von ſeinem Herrn aufgegeben, dem mit Braunſchweig-Lüneburg ehehin errichteten Vergleich praeciſe zu inhäriren und ſelbigen dazu publica lege beſtätigen zu laſſen. *Ibid. part.* 5. *p.* 514. Siehe auch ADAMI *Relationem de pacificatione Osnabrugo-Monaſterienſi c.* 25. §. 10. *p.* 488. Hingegen beſchloſſe man in der Evangeliſchen Conferenz den 24ten Febr. 1648., „dahin zu ſehen, daß es ratione autonomiae „bey dem Kayſerl. Auffſatz verbleiben möge, die Clöſter aber entweder zu thei-„len, oder, da der Sache auch damit nicht geholfen, die Handlung denen Sve-„cis pure heim zu geben, und auf ſie zu ſtellen, ob ſie denen Evangelicis da-„ſelbſten 4. 3. 2. oder am Ende nur eines behalten können." Siehe von MEIERN *d. l. p.* 523. Endlich iſt der Schluß dahin ausgefallen, daß die Catholiſche zwar alle Clöſter behalten, ihnen aber die Einführung des Simultanei *gänzlich* verſaget worden, wie aus des Braunſchweig-Calenbergiſchen Geſandten LAMPADII Relation vom 2ten Mart. 1648. alſo erhellet: „Wegen des Stift „Hildesheim, und zumahl, daß darin das Simultaneum exercitium aufgehoben „werden ſolle, hat es über die Maſſe große Difficultäten abgeben. Die Chur-„bayriſche und Würzburgiſche haben darunter Churcölln nicht präjudiciren, „Herr Buſchmann aber der Churcöllniſche nicht weichen wollen. Wir haben „endlich neben den Königl. Schwediſchen dafür gehalten, man mögte in dem „Stift Hildesheim die Evangeliſche Religion in Sicherung, auch Adel und „Unadel in perpetuum der Religion halber in Ruhe ſtellen, und dagegen die „abgetretene neun Clöſter den Catholiſchen hinterlaſſen ꝛ ꝛ In realibus waren ſie „(die Kaiſerliche Geſandten) mit unſern Marginalibus faſt allerdings einig, „erinnerten aber, daß Herr Buſchmann wegen des Simultanei exercitii gar nicht „weichen wollte, mögten wir demnach auf Temperamenta gedenken, ſonſten wolle Herr Buſchmann davon ziehen. Nos: Herr Buſchmann wäre zu keinem an-„dern Ende anhero kommen, als die Friedenstractaten zu turbiren und aufzu-„halten, und mögte unſernthalben davon ziehen, wann er wolle. Die Neun „von dem Hauß Braunſchweig-Lüneburg abgetretene Clöſter gehörten in den

Ter-

„Terminum anni 1624., welchen Herr Buſchmann ſelber beliebet hätte, und hät„ten wir demnach unwiederlegliche Urſachen, ſolche neun Clöſter für die Evan„geliſche zu behaupten. Wir hätten aber unſere Friedfertigkeit zu erweiſen, ſel„bige neun Clöſter aus obgerührtem Termino eximiren laſſen, damit die Unter„thanen im Stift Hildesheim in ihren Kirchen ohne Eintrag verbleiben mög„ten. Auch würde das Simultaneum exercitium im Stift Hildesheim nicht auf„gehoben, ſondern die wenige Catholiſche Unterthanen, ſo etwa in dem Stift „Hildesheim vorhanden ſeyn mögten, könnten ihr Exercitium in den abgetrete„nen Clöſtern überflüßig haben. Dazu wären in der Stadt Hildesheim noch „ſieben Catholiſche Stifter, auch wären in dem kleinern Stift noch unterſchied„liche Catholiſche Kirchen, darinn die Catholiſche jederweilen ihr Exercitium be„halten hätten, und wären alſo mehr Kirchen im Stift Hildesheim, als die Ca„tholiſche Unterthanen zu ihrem Exercitio vonnöthen hätten. Sollte nun Herr „Buſchmann bey ſo beſchaffenen Dingen ohne einige Urſach den Frieden fürter „hindern, und nicht weichen wollen, ſo erklärten wir uns ein für allemahl da„hin, daß wir die abgetretene neun Clöſter aus dem Termino de a. 1624. nicht „wollten eximiren, vielweniger das Simultaneum paßiren laſſen, und wenn wir „ſchon vor unſere Perſon einigerley maſſe weichen würden, ſo wäre uns doch „bekannt, daß hierunter der Herren Königl. Schwediſchen Conſens nimmermehr „zu erheben ſeyn würde. Herr Volmar ſagte: Wir haben nunmehr Bericht ge„nug. : : : Wir begaben uns von dannen ſo bald zu den Herren Schwediſchen, „erzehlten ihnen, was allerſeits vorgangen, welches ſie ganz gerne hörten, mit „Erbiethen uns zu ſecundiren, und iſt alſo der Schluß, Gott Lob! heute gemacht, „wie obbemeldte Beylage Num. I. beſaget. Eben dieſer Lampadius erzehlet den Schluß der Sache in ſeinem Diario M. S. folgender Geſtalt: Mittlerweile „ließen die Herren Schweden Sachſen-Altenburg, D. Langenbecken und mich an „ſich erfordern. Wir nahmen den Straßburger mit, und erzehlten ſie uns ob„gehörten Verlauf. Wir referirten ſolches den übrigen Evangeliſchen, und er„warteten der Herren Kaiſerlichen Wiederkunft und der Catholiſchen Erklärung. „Dieſelbe ware nun nicht uneben. Buſchmanns Simultaneum exercitium war „gefallen. Die Confirmation des Erfurtiſchen Vergleichs war auch remittiret; „doch wollte der Churmaynziſche in ſubſcribendo ſeiner Perſon halber Verwah„rung dabey ſetzen.“ Der Braunſchweig-Wolffenbüttelſche Geſandte Colerus ſtattete am 4ten Mart. 1648. Herzog Auguſto folgenden Bericht von der Sache ab: „Sie (die Kaiſerl. Geſandte) haben gleichwohl angezeiget, daß der Chur„cölniſche hart urgirte, daß neben den neun Clöſtern auch das Simultaneum ex„ercitium religionis im Stift Hildesheim dem Domino territorii unſtreitig ver-

 blei-

„bleiben mögte. Es iſt aber den Herren Kayſerlichen remonſtriret, weilen die „Herren Catholiſche den Terminum 1624. ſelbſt vorgeſchlagen und verwilliget „hätten, die Clöſter aber unter den Terminum nicht gehörten, dann unſtreitig „wäre, daß die zu derſelben Zeit Evangeliſch geweſen, daß die Evangeliſche „nicht gehalten wären, dieſelbe den Catholiſchen zu überlaſſen. Es hätten aber „dieſelben um des Friedens willen Jhro Churfürſtl. Durchl. zu Cölln darin „gratificiren wollen. Es hätten alſo die Catholiſche im Stift Hildesheim in„nerhalb der Stadt an 5 Orten, und auſſerhalb auſſer andern Catholiſchen „Kirchen in dieſen neun Clöſtern das Exercitium religionis, und bedürften de„rowegen des Simultanei nicht ꝛ ꝛ ꝛ Den Maynzer hat die Stadt Erfurt, und „das mit derſelben Anno 1618. aufgerichtete Pactum, Cölln das Simultaneum „im Stift Hildesheim, Cölln und Aach die Obſervanz anni 1624. angelegen. „Dennoch ſind die Herren Kayſerliche auf Zureden der Herren Schwediſchen zu „den Catholiſchen gangen, und haben ſie endlich diſponiret, daß ſie den ganzen „Auffatz, auſſer wenigen, einmüthig beliebet haben ꝛ ꝛ ꝛ Der Churcöllniſche iſt „endlich von dem Simultaneo im Stift Hildesheim gewichen, daß ich verhoffen „will, es ſey den geſammten Unterthanen, wie auch Ew. Fürſtl. Gnaden Schutz„verwandter Stadt Huxar in cauſa religionis völlig geholfen.“ Siehe auch Herr von Meiern *d. l. Tom.* 5. *p.* 535.

§. VIII.

Die mehreſten Evangeliſchen Kirchenrechte des Stifts Hildesheim gründen ſich in keinen auſſerordentlichen Verträgen, ſondern in der allgemeinen Regul, welche das Instrumentum pacis Weſtphalicae zum Grunde leget.

Das bisher erzehlte träget zur Erläuterung des Evangeliſchen Kirchenrechts in Teutſchland nicht wenig bey. **Erſtlich** iſt bekannt, wie in den heftigen Streitigkeiten, welche das Simultaneum religionis exercitium erreget hat, man ſich Evangeliſcher Seits mit darauf berufen, daß von Churfürſt Maximilian Henrich zu Cölln deſſen Einführung im Stift Hildesheim Anno 1681. ſelbſt misbilliget, und dieſelbe a. 1696. durch ein Kaiſerl. Cammergerichts Mandat Biſchof Jobſt Edmunden zu Hildesheim verboten worden. Siehe das Examen vindiciarum Rittmeierianarum p. 112. **Ungrund des ſogenannten** *Simultanei num.* 58. **Urſprung des ſogenannten** *Simultanei in* Hofmans **gründlicher Vorſtellung der Religionsbeſchwerden** *p.* 238. 245. 247. Ludolf *Obſ. For.* 275. *p.* 199. Meditationes de jure reformandi P. II. c. 3. §. 55. 56. Der gelehrte Autor **der zufälligen Gedanken über das** *Simultaneum* vermeynet §. 36. 64. es gründe ſich dieſes Hildesheimiſche Kirchenrecht nicht in der allgemeinen Regul, ſondern in einer den Evangeliſchen im Stift Hildesheim durch beſondere Verträge ausgedungenen Gerechtigkeit, und könnten ſich daher andere Evangeliſche auf gedachten Churfürſtens Bekenntniß, und das wider Biſchof Jobſt Edmund ausgewirkte Mandatum nicht berufen. Das Gegentheil erhellet aber

aus dem angeführten ganz deutlich. Es fehlet ſo viel, daß der Braunſchweigiſche Religionsreceß von 1643. die Einführung des Simultanei dem Biſchof zu Hildesheim verbietet, daß er ihm vielmehr ſolche ausdrücklich erlaubet, weswegen die Evangeliſche Landſtände ſich ſo große Mühe geben müſſen, deſſen Aufhebung durch den Weſtphäliſchen Friedensſchluß zu bewirken, hingegen aber die Catholiſche ihr äußerſtes gethan, ihn bey Kräften zu erhalten. Dieſe gründeten ſich in einem beſondern Vertrage, jene aber in dem allen Evangeliſchen in Teutſchland mitgetheilten Recht, welches auch ihnen angedeihen müſſe, weil die Herzoge von Braunſchweig und Lüneburg durch den Receß von 1643. ihre Religionsfreiheit und Kirchenrechte nicht ſchmälern können. Der ganze Vorgang leget ſolches vor Augen, inſonderheit aber folgende Erzehlung der Schwediſchen Geſandten, welche ſich gegen die Evangeliſche alſo vernehmen ließen: „Es ſey „derjenige Receß, welcher Anno 1643. wegen des Stifts Hildesheim mit dem „Hauſe Braunſchweig und Lüneburg errichtet worden, um deswillen, weil ſol„cher contra obſervantiam anni 1624. laufe, namentlich caſſiret und aufgehoben „worden, ohnerachtet ſich der Churcöllniſche Geſandte aufs äußerſte dagegen „geſetzet habe. Denn von dieſer Regul und Norma obſervantiae anni 1624. „dürfte man nicht um ein Haar breit weichen, wenn man nicht neuen Diſput, „Zank und Unruhe anſtiften wollen.“ Siehe Herr von Meiern *d. l. Tom.* 5. *p.* 535. Daß auch die Hildesheimiſche Landſtände kein Vorrecht, ſondern nur ein gleiches Recht mit den übrigen Evangeliſchen Unterthanen Catholiſcher Landesherren begehret haben, erweiſet ihres Syndici ſchriftliche Remonſtration, worin er begehrte, ne deterioris conditionis reddantur hujus Epiſcopatus ſtatus & ſubditi prae reliquis Evangelicis omnibus. Wann demnach Churfürſt Maximilian Henrich im Reſcripto de 1681. zu erkennen giebet, daß er die Einführung des Simultanei dem Braunſchweigiſchen Receß nicht gemäß zu ſeyn glaube, ſo redet er von beſagtem Receß, ſo fern er durch das Inſtrumentum pacis entkräftet war, und misbilliget die Meinung ſeiner Räthe, welche ihn überreden wollten, es ſey derſelbe nur ſo fern aufgehoben, daß die dem Adel auf 70 Jahr, Bürger und Bauern aber auf 40. Jahr Anno 1643. eingeräumte Religionsfreiheit immerwährend gemachet worden, übrigens aber er ohnverändert geblieben, und könne alſo kraft deſſelben das Simultaneum eingeführet werden.

§. IX.

Der Hildesheimiſche Canzler von Zimmermann will in Vindiciis des hochverletzten Landesfürſtl. Reſpects und Gehorſams p. 47. gleichwohl annoch behaupten, daß einem zeitlichen Biſchof und Landesfürſten zu Hildesheim laut Art. 5. §. 13. & 27. Inſt. p. der Terminus anni 24. nicht hinderlich

Sie verſtatten keine Einführung des Simultanei in denen

von den Evangeliſchen anno 1624. allein beſeſſenen Kirchen.

lich ſey, noch einiges Ziel und Maas gebe, zumal da dasjenige, was in §. pacta autem 33. von Aufhebung der Hildesheimiſchen Pacten gemeldet werde, nur auf die 70. und 40. Jahr reſpective zu verſtehen ſey, nach deren Abfließung die proteſtirende ſo wohl Adeliche, als Unadeliche Unterthanen zur Catholiſchen Religion zu kehren, oder den Stift zu räumen, kraft des zwiſchen dem Stift Hildesheim und dem Fürſtl. Hauſe Braunſchweig und Lüneburg aufgerichteten und von Ihrer Kaiſerl. Majeſtät beſtättigten Receſſes ſchuldig waren. Wann dieſer gelehrte und der Hildesheimiſchen Sachen ſehr kündige Mann die Weſtphäliſchen Friedenshandlungen geleſen hätte, ſo hätten ſie ihm vom Gegentheil gewiß überzeuget. Freilich bemüheten ſich die Catholiſche, es dahin zu bringen, daß die Aufhebung oftgedachten Religionsreceſſes dergeſtalt eingeſchränket würde, wie er vermeinet, daß es geſchehen ſey, und begehrten deswegen, man mögte folgende bereits oben angeführte Worte dem Inſtrumento pacis einverleiben: Cum autem in Epiſcopatibus Magdeburgenſi, Hildeſienſi, Osnabrugenſi, Mindano & Halberſtadenſi anno Domini 1624. non ſolum Catholicae religionis, ſed etiam Auguſtanae Confeſſionis exercitium publicum in uſu fuerit, porro etiam maneat, ita quidem, ut nobilitati & ſubditis Epiſcopatus Hildeſienſis, non obſtante transactione inter Dominum Epiſcopum & Duces Brunſvico-Luneburgenſes inita, qua exercitium Auguſtanae Confeſſionis dictae Nobilitati ad 70., ſubditis vero ad 40. duntaxat annos permittitur, eodem indefinito tempore gaudere pariterque *in poſſeſſione* eccleſiarum, ſcholarum, hoſpitalium eoque pertinentium bonorum, aedificiorum & proventuum, quemadmodum eadem de iisdem diſponit, relinqui debeant, reliquis ibidem contentis in ſuo vigore manentibus. Siehe Herr von Meiern *d. l. Tom.* 4. *p.* 928. Wäre dieſer Vorſchlag durchgegangen, ſo fehlte es der Deutung des Herrn von Zimmermann an einem guten Grund nicht. Aber er iſt von den Evangeliſchen ſchlechterdings verworfen, und hat nach langem Streit der Churcöllniſche Canzler Buſchmann das Simultaneum fallen laſſen. Solches alles beſtärket des Adami unverwerfliches Zeugniß. Denn dieſer eifrige Verfechter der Catholiſchen Kirchenrechte geſtunde in ſeinem Eventual-Bedenken über die Caſſir- und Aufhebung des Hildesheimiſchen Vertrages, daß, wenn dieſelbe geſchehe, das Simultaneum exercitium religionis catholicae im Stift Hildesheim verhindert und abgeſchaffet würde. Nun iſt aber die Aufhebung mit ausdrücklichen Worten geſchehen, und alſo zugleich das Simultaneum abgeſchaffet.

§. X.

Mithin laufet ſelbi-

Nicht nur denen Evangeliſchen im Stift Hildesheim, ſondern in ganz Teutſchland kommt dieſe Anmerkung zu gute. Denn man hatte, wie bereits ge-

zeiget iſt, den Willen nicht, denen Evangeliſchen Eingeſeſſenen des Stifts Hil-desheim ein Vorrecht für andern Evangeliſchen Unterthanen Catholiſcher Landes-herren beyzulegen, ſondern ſie nur ſelbigen gleich zu machen. Was konnte doch die Verfaſſer des Friedensſchluſſes bewegen, dem Biſchof zu Hildesheim ein Recht zu entziehen, welches andern Catholiſchen Fürſten eingeräumet war, da ihm nicht nur ſowohl als dieſen die landesherrl. Hoheit zuſtunde, ſondern über-dem der Braunſchweigiſche Receß die Einführung des Simultanei ausdrücklich erlaubte? Indem denſelben alſo ſolche unterſaget worden, iſt ſie allen Catholi-ſchen Reichsſtänden unterſaget, und deutlich zu erkennen gegeben, wie den Evangeliſchen Unterthanen der alleinige Gebrauch derjenigen Kirchen und Schu-len zu gönnen, welche ſie Anno 1624. im alleinigen Beſitz gehabt. Man muß daher bewundern, daß die Catholiſche ſchon bey den Nürnbergiſchen Executions-Tractaten mit eben der Auslegung des Inſtrumenti pacis hervorgangen, welche von vielen noch heutiges Tages zum großen Nachtheil der Evangeliſchen be-hauptet werden will. Denn der Bambergiſche Geſandte ließ ſich in Conferentia am 3ten Aug. 1650. vernehmen: „Die Evangeliſchen behielten ja die Kirchen, „wenn gleich das Simultaneum exercitium eingeführet würde, und geſchähe da-„durch nichts wider das Inſtrumentum pacis. Denn darin ſtünde, daß den „Evangeliſchen die Kirchen, ſo ſie Anno 1624. gehabt, ſollten gelaſſen werden. „Das ſtünde aber nicht dabey, daß darum die Catholiſche nicht das Simulta-„neum exercitium darinnen haben ſollten.“ Worauf der Altenburgiſche und Braunſchweig-Lüneburgiſche Geſandte antwortete: „Dieß wäre eine weitaus-„ſehende Interpretation des Inſtrumenti pacis, der ſie im Namen ſämmtlicher „Evangeliſchen per expreſſum contradiciret haben wollten. Denn ſolchergeſtalt „würden aller Orten die Evangeliſche Reſtituti gezwungen ſeyn, die Catholicos „in Gemeinſchaft der Kirchen auf- und anzunehmen, welches der Intention und „Buchſtaben des Inſtrumenti pacis ſchnurſtracks zuwider liefe. Es würde ſich „auch keiner bereden laſſen, der ein Hauß hätte, daß daſſelbe Hauß ſein ganz „verbliebe, wenn ein anderer die Helfte davon nähme, oder wider ſeinen Willen „ſich in Gemeinſchaft zu ihm eindrünge:“ Siehe des ſeel. Geheimen Juſtiz-Raths von Meiern Acta pacis executionis P. II. p. 599. 600. Was nach-mals in der Höxterſchen und Siegiſchen Sache ergangen, iſt ſo bekannt, daß es hier zu erzehlen unnöthig. Hätten immittelſt der Canzler Buſchmann und Adamus Adami ſowohl, als die Evangeliſche Geſandten ſich die Deutung des Bambergiſchen Geſandten in den Sinn kommen laſſen, ſo ſtehet nicht zu begrei-fen, warum jene der Aufhebung des Braunſchweigiſchen Receſſes ſo eifrig widerſprochen, und warum die Evangeliſche ſo feſt darauf beſtanden, daß ſie

ge dem Inſtrumento pacis zuwi-der.

geſche-

geſchehen ſolle, ohnerachtet ſelbiger nicht einmahl das Simultaneum auf das weiteſte ausdehnet, ſondern nur in dem Fall, wann an einem Orte keine zwey Kirchen ſind, denen Catholiſchen den Mitgebrauch der bisher von den Evangeliſchen beſeſſenen Kirchen bedinget. Daß auch deſſen ſich die Catholiſche begeben müſſen, und zwar vermöge der Regul, nach welcher alles in den Stand zu ſetzen, worin es ſich Anno 1624. befunden, leget die im §. VI. erzehlte Handlung für Augen, und erhellet alſo klärlich, daß das angemaſſete Simultaneum exercitium religionis catholicae in den Kirchen, welche die Evangeliſche Anno 1624. allein beſeſſen, dem Sinn des Friedensſchluſſes gänzlich zuwider läufet. Siehe auch LUDOLF *Part. III. Obſ.* 275. und Herr Hofrath LEYSER *ad ff. Sp.* 23. *Med.* 3. 4. 5. 6.

§. XI.

Solches erlaubet auch nicht, daß durch Erbauung neuer Kirchen das Simultaneum an den Orten eingeführet werde, wo Anno 1624. die Evangeliſche Religion allein geübet iſt.

Mehrern Schwierigkeiten iſt es unterworfen: Ob nicht wenigſtens der Catholiſche Landesherr wider die Obſervanz des Jahrs 1624. durch Erbauung neuer Kirchen, eine Mitübung des Catholiſchen Gottesdienſtes an den Orten einführen könne, wo Anno 1624. die Evangeliſche Religion allein geübet worden? Denen, welche es verneinen, theilet die Hildesheimiſche Kirchenhiſtorie ſtarke Gründe mit, als woraus erhellet, daß, indem man das Simultaneum im Stift Hildesheim, vermöge der allgemeinen Regul des Inſtrumenti pacis, abgeſtellet hat, auch diejenige Mitübung gemißbilliget iſt, welche nicht in Evangeliſchen, ſondern in neuerbaueten Catholiſchen Kirchen geſchiehet. Denn (1) erzählet Lampadius in oben angeführter Relation, daß er den Catholiſchen vorgehalten, es würde durch die Aufhebung des Braunſchweigiſchen Receſſes das Simultaneum exercitium im Stift Hildesheim nicht aufgehoben, ſondern die wenige Catholiſche Unterthanen, ſo etwa in dem abgetretenen Stift Hildesheim fürhanden ſeyn mögten, könnten ihr Exercitium in den abgetretenen Clöſtern überflüßig haben. Man verſtunde alſo bey der Handlung durch das Simultaneum nicht nur den Mitgebrauch der Kirchen, ſondern auch die Mitübung der Religion an einem Ort in beſondern Kirchen, weil es Lampadius ein Simultaneum nennet, daß die Catholiſche Religion in denen den Catholiſchen allein gehörigen Cloſterkirchen geübet wird. Da man nun dieſes Simultaneum auf die Clöſter und andere damals fürhanden geweſene Catholiſche Kirchen einſchränket, ſo iſt es denen Catholiſchen im übrigen unterſaget. Ferner (2) führete Lampadius, beſage der Relation an, es wären auſſer den Clöſtern in der Stadt Hildesheim noch ſieben Catholiſche Stifter, auch in dem kleinern Stift noch unterſchiedliche Catholiſche Kirchen, darin Catholiſche ihr Exercitium behalten hätten, und wären alſo mehr Kirchen im Stift Hildesheim, als die

Catholiſche Unterthanen vonnöthen hätten. Was bedurfte man doch aber dieſes Behelfs, wenn von den handelnden Theilen fürausgeſetzet worden, daß der Catholiſche Landesherr neue Catholiſche Kirchen an den Orten bauen könne, wo An. 1624. keine geweſen? Alsdann hätte man den Gegnern vorgehalten, es ſey die Frage von keiner gar großen Wichtigkeit, und betreffe nicht ſowohl die Religion, als den Beutel, woher nemlich die zu Erbauung neuer Catholiſcher Kirchen nöthige Koſten zu nehmen? Denn nachdem die Catholiſche in der am 24ten Jun. 1648. übergebenen Formul ſich der Pfarraufkünfte begeben hatten, ſo verlohren ſie durch die Verweigerung des Simultanei kein mehres, wenn ihnen erlaubet geblieben, ihren Gottesdienſt an den Orten öffentlich zu verrichten, wo es Anno 1624. nicht geſchehen. Mit beſagter Antwort hätte man zugleich den ſehr wichtigen Zweifel heben können, daß vermuthlich die Anzahl der Catholiſchen Einwohner ſich mehren, und ſolchenfalls die anjezt fürhandene Kirchen zur Uebung ihres Gottesdienſtes unzulänglich ſeyn würden. Da aber ihnen die Evangeliſche nur die würklich fürhandene Kirchen einräumen wollen, hingegen aber die Catholiſchen mit größtem Eifer auf die Einführung des Simultanei gedrungen, ſo erhellet daher, daß man denenſelben keine nicht hergebrachte Mitübung verſtattet, wenn ſie gleich in beſonders erbaueten Kirchen geſchähe. Dieſes erweiſet (3) des Adami Eventualbedenken, worin er geſtehet, es würde nach Aufhebung des Braunſchweigiſchen Receſſes das Simultaneum exercitium Religionis Catholicae, welches an allen Orten des Stifts hätte ſollen und können eingeführet werden, verhindert und abgeſchaffet. Der Hildesheimiſche Landſyndicus hielte es auch dafür und ſchriebe in ſeiner Remonſtration, tunc remanere obtruſum illud Simultaneum Catholicae & Auguſtanae Confeſſionis exercitium in *illis locis* ac templis, ubi antea omnino non fuit uſitatum. Das Coexercitium in locis iſt aber diejenige Species Simultanei, wovon allhier gefraget wird. Siehe Henniges ad Inſtrumentum pacis Caeſareo-Svecicum Spec. 4 p. 561. Meditationes de jure reformandi Sect. 2. c 3. §. 53. Eben dieſer Landſyndicus hielte es auch für eine Wirkung des abzuſchaffenden Simultanei, daß Evangelici bey ihrer Religion, wie ſelbige Anno 1624. in öffentlicher Uebung geweſen, ohne einige Neuerung oder Nebeneinführung der Catholiſchen Religion gehandhabet würden, mithin war von dem Recht, auch auſſer den Evangeliſchen Kirchen die Catholiſche Religion einzuführen, die Frage.

§. XII.

Die Catholiſche wollen das Gegentheil mit dem Zeugniß des bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten gebrauchten Kaiſerlichen Geſandten Volmars erweiſen, welcher in einem wegen der bekannten Capucinerſache nach Hildesheim abge-

Wehrender Tractaten haben Catholiſche

und Evangeliſche das Instrumentum Pacis alſo ausgeleget, und dieſe der von jenen nach dem Friedensſchluß gemachten widrigen Deutung ſofort widerſprochen.

abgelaſſenen Schreiben am 6ten Junii 1649. ſich unter andern folgender geſtalt vernehmen ließe: Potuit igitur D. Epiſcopus Hildeſienſis tum jure Epiſcopali proprio, tum jure Principis immediati ex conſtitutionibus imperii in fundo ad ſe privatim ſpectante intra civitatem (Hildeſiam) novam pro religione Catholica extruere eccleſiam & quoscunque religioſos ad celebranda ibidem divina officia inducere, modo non derogaret exercitio ad Magiſtratum civicum ſpectanti. Siehe Hofmans Vorſtellung der Religionsbeſchwerden p. 192. Allein es iſt (a) eines Theils Auslegung nicht hinlänglich, den Sinn der Verträge auſſer Zweifel zu ſtellen. Daß aber die Evangeliſche ganz andere Gedanken von der Sache gehabt, lieget deutlich vor Augen. Der Braunſchweig-Wolffenbüttelſche Geſandte Colerus berichtete am 13ten April 1649. alſo: „Die Stadt Hildesheim „läſſet ſich die Ausſchaffung der Capuciner noch ſehr angelegen ſeyn. Die Evan„geliſche halten faſt insgeſamt davor, daß ſie weichen müßten, maſſen ſie dann „am vorerwehnten Dato dieſe Sache mit ernennet haben, und dörften ſich der „Sache ſehr annehmen.“ Es iſt viel glaublicher, daß dieſer Mann in einer Relation, welche nimmer bekannt gemacht werden ſollen, ſeine Meinung aufrichtig ohne Partheiligkeit geäuſſert hat, als daß ſolches von Volmar in einem Briefe geſchehen, der den Capucinern zu Liebe geſchrieben, und publiciret werden ſollen. Daß die Schwediſche Geſandte keine andere Gedanken von der Sache gehabt, erhellet aus ihren Animadverſionibus über die ex parte Capituli *entworfene* Oßnabrückiſche Capitulation, worin es heiſſet: „Ad Art. 2. kan den Catho„licis (& vice verſa den Evangelicis) ihr Gottesdienſt, Begräbniſſe und publicum „religionis exercitium, wie es Anno 1624. den 1ten Jan. befunden, gelaſſen, die „Proceſſiones nicht aber weiter, als ſolche dazumahl in und auſſer den Städten „in obſervantia geweſen, verſtattet werden.“ Siehe des ſel. Geheimten Juſtizraths von Meiern Acta Pacis Weſtphalicae P. 6. pag. 501. Da nun der Catholiſche Landesherr keine Proceſſiones verſtatten ſollen, wo ſie Anno 1624. nicht gehalten ſind, ſo mag er deſtoweniger an ſolchen Orten die Catholiſche Religion beſtändig üben laſſen, und zu dem Ende neue Kirchen erbauen. Beſagte Schwediſche Geſandten verlangten auch bey den Nürnbergiſchen Executionstractaten, daß die Capuciner von der Stadt Hildesheim abgewieſen werden mögten. Siehe Herrn von Meiern Acta pacis executionis *Tom. I. pag.* 104. 577. 752. Die Niederſächſiſche Creisſtände hatten eine gleiche Meinung von der Sache, und faſſeten deswegen am 7ten Septemb. 1652. zu Lüneburg folgenden Schluß: „Weſſen die Landſtände, Ritterſchaft und Städte des Stifts Hildesheim ſub dato „den 10ten October ſub num. 20. in unterſchiedenen Puncten ſich beſchweret, daß „nehmlich die Patres Ieſuitae zu Unternehmung des Simultanei exercitii religionis

„ein

„ein Hauß zu Hohenhameln zu einer Capellen allernächſt der Evangeliſchen Kirche „angerichtet, und darin die Sacra zu halten ſich unterſtanden; Denn die Capuci„ner auf dem Berge vor der Stadt in dem Lande herum wandern, und die Leute „in der Religion und Gewiſſen verunruhigen, imgleichen die Mönche in dem „Jungfrauen-Clöſtern Lamſpringe, Derneburg und Eſcherde, dieſelbe annoch „den Monialen nicht eingeräumet hätten, und den Unterthanen des Stifts, theils „Evangeliſche Kirchen und geiſtliche Güter, in deren Poßeß ſie Anno 1624. „den 1ten Jan. geweſen, bis dato vorenthalten, ſolches alles hat anders nicht als für Contraventiones des beliebten Friedens können angeſehen werden. Iſt de„rowegen nothwendig erachtet worden, an Churfürſtl. Durchl. zu Cölln wohl„gedachten Landſtänden ein Recommendationsſchreiben num. 21. zu ertheilen, auch, „im Fall ſolches nicht wirken, noch verfangen wollte, ihnen ſowohl, als ober„wehnter Stadt Höxter, Duderſtadt und anderen Gravaten in ihren Deſideriis „auf bevorſtehendem Reichstag treulich zu aſſiſtiren, und dahin bemühet zu ſeyn, „damit dem Friedensſchluß doch endlich ein Genügen geſchehen, und des Heil. „Römiſchen Reichs Churfürſten und Stände und Unterthanen zur Ruhe und Si„cherheit deſſen, welches ſo hoch verbunden, einſten gelangen mögen. Siehe Londorp *Acta publica T. 6. p.* 690. Es wurde auch Churfürſt Maximilian Henrich zu Cölln, als Biſchof zu Hildesheim, von beſagtem Creis erſuchet, „in höchſtbegabter Erwegung, daß nicht unbillig alles in den Stand, worin „es ſich den 1ten Jan. 1624. befunden, wieder zu ſetzen ſey, Dero zu Hand„habung des Friedesſchluſſes, auch Stift- und Erhaltung gutes Vertraues im „Heil. Römiſchen Reich und dieſem Niederſächſiſchen Creiſe höchſtrühmlichen „bekannten Eifer nach kraft tragender Landesregierung es dahin gnädigſt zu „verfügen, damit das angemaßete Simultaneum religionis exercitium ſamt denen „zu ſolchem Ende angerichteten Gebäuden ehiſt wieder abgeſchaffet werde.“ Woraus dann erhellet, daß die Einführung des Simultanei nicht, wie der Herr Autor der zufälligen Gedanken über das Simultaneum §. 13. vermeinet, ſtillſchweigend genehmiget, ſondern demſelben ſofort von den Evangeliſchen feyerlichſt widerſprochen worden. Inſonderheit aber verdienet (b) in Obacht genommen zu werden, daß des Volmars und anderer Catholiſcher gemachte Deutung erſt nach geſchloſſenem Frieden, und wie die gegenwärtige Controvers bereits entſtanden, vorgebracht worden, Lampadii, Coleri und der Evangeliſchen Aeuſſerungen von dem Simultaneo aber gegen die Catholiſche wehrender Tractaten geſchehen, da es noch Zeit war, der Landesherren Befugniſſe auſſer Zweifel zu ſetzen, und die Formulam pacis darnach einzurichten. Nicht nur die Evangeliſche, ſondern auch die Catholiſche, beſonders aber der Adamus Adami, haben

zu ſelbiger Zeit eingeräumet, es ſey die Einführung des Simultanei wider das Herkommen des Jahrs 1624. unerlaubt, wenn nicht der Braunſchweigiſche ſolche billigende Receß de 1643. bey Kräften bliebe.

§. XIII.

Denen Evangeliſchen Unterthanen Catholiſcher Landesherren iſt vor Errichtung des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes ſelten erlaubet, Conſiſtoria anzuordnen.

Es träget aber die Hildesheimiſche Kirchenhiſtorie nicht nur vieles zur Entſcheidung der wegen des Simultanei entſtandenen Streitigkeiten bey, ſondern ſie befreyet auch das jus Conſiſtorii der Evangeliſchen Unterthanen Catholiſcher Landesherren von verſchiedenen dawider erregten Zweifeln. Die Catholiſche Biſchöffe ſahen es als einen Eingrif in ihre geiſtliche Gerichtsbarkeit an, wann die Evangeliſche Religion wider derſelben Verbot geübet würde. Es erhellet ſolches aus folgendem beim Graf KHEVENHULLER Annal. Ferdinand. *Tom.* 3. *p.* 485. und in LONDORPS Actis publ. *Tom.* 3. *p.* 776. befindlichen Decreto: „Von der Römiſch Kaiſerlichen Majeſtät wegen, denen zweyen von Herren und Ritterſchaft Augſpurgiſcher Confeßion zugethanen Unter-Enſeriſchen Landſtänden hiemit anzuzeigen. Sie werden ſich zu berichten haben, was maßen Kaiſer Matthias unterm dato 23. April 1615. und abſonderlich den 15ten Dec. „auf des Biſchofs zu Wien eingebrachte Klage, daß ihm von gemeldter Augſpurgiſchen Confeßion zugethanen Prädicanten in der Stadt Wien durch ihr angemaßetes Exercitium unerträgliche Eingriffe, zu Schmälerung ſeiner geiſtlichen Jurisdiction, zugefüget worden, auferlegen laſſen, daß ſie der Augſpurgiſchen Confeſſion zugethane ihren Prädicanten weder in der Stadt Wien, „noch andern Jhro Majeſtät Städten und Märkten ein mehrers Exercitium nicht „geſtatten ſollten. Dem allen aber zuwider käme Jhro Majeſtät vor, daß kurz „verſchiedener Tage ein Prädicant, von Hernals in Wien in die Biſchöfliche „Jurisdiction zu greifen, und ſeine vermeinte Sacramenta denen Kranken „zu adminiſtriren, ſich ſträflicher Weiſe unterſtanden: Derowegen ſich der Wieneriſche Official bey Jhro Majeſtät beſchwerte, und um Abſtellung angerufen. „Wann dann dergleichen Eingriffe zum Präjudiz und Schmälerung der „geiſtlichen Jurisdiction, auch Verſchimpfung Jhro Kaiſerl. Majeſtät in ihrer „Reſidenzſtadt ungeſcheuet geübet werden, welches derſelben zum höchſten Mißfallen gereichte, und daher den ergangenen und angezogenen Verordnungen und „Reſolution gänzlich inhärirten, ſie von Dero Landſaſſen und Unterthanen, wie „ihnen gebührete, gehalten haben wolte, auch dergleichen uncatholiſches Exercitium in ihrer Reſidenzſtadt Wien, noch derſelben Vorſtädten und Märkten zu „gedulden keinesweges gedacht: So wäre dieſemnach Jhrer Kaiſerlichen Majeſtät ernſtlicher Befehl, ſie, der Augſpurgiſchen Confeßion zugethane, ſolten „daß durch die Prädicanten ſo wohl in der Stadt Wien und derſelben Vorſtädten

„und

„und Märkten angemaſſete unbefugte Exercitium alſobald abſtellen, damit Ihro „Majeſtät nicht andere ernſtlichere Mittel gegen ſolche Prädicanten vorzunehmen „verurſachet werden.“ Jngleichem aus einem Schreiben, welches der Biſchof von Augſpurg an den Magiſtrat daſelbſt abgelaſſen, und darin zu erkennen gegeben: „Er hätte zwar ihnen vor dieſes aus guter Wohlmeinung, ihrer un„catholiſchen Bürgerſchaft halben, zugeſchrieben, daß er ſie in dem Religions„und Glaubens-Weſen nicht gedachte zu übereilen. Sintemahl ihm aber vor„kommen, daß ſie ſolche Gutwilligkeit gar mißverſtändig angezogen, alſo, daß „ſie wider alle Zuverſicht nicht allein keine Catholiſche Kirche zu Anhörung der „Predigt beſuchet, ſondern auch mit großer der benachbarten Catholiſchen „Aergerniß, und zu Schmälerung ſeiner Rechten an uncatholiſchen Orten in „Gutſchen und Hauffenweiſe ſich begeben, welches ein vor allemahl nicht zu „leiden, und das gemeine Volk bey Unterlaſſung der Predigten in einen Atheis„mum und ruchloſes Leben und Weſen gerathen würde, derohalben damit wei„ter Unheil verhütet, und der Kaiſerl. Intention in alle Wege nachgelebet „würde, wäre ſein Begehren an ſie, ſie wolten Ihro Kaiſerl. Majeſtät Befehl, „unausgeſtellet ins Werk richten.“ Der Kaiſerl. Befehl, worauf ſich der Biſchof allhier berufet, lautet alſo: „Demnach Ihro Majeſtät von der genomme„nen Reſolution der Abſchaffung halber des Exercitii Augſpurgiſcher Confeßion „keinesweges auszuſetzen entſchloſſen, ſie, Stadt-Pfleger auch den Kaiſerlichen „Befehlen und Verordnungen fleißig nachzukommen verſprochen, und dieſes „Orts ganz unbillig wäre, daß durch obberührtes Auslaufen, dem Biſchof zu „Augſpurg an ſeinen Juribus parochialibus einiger Eintrag und Schmälerung „geſchehe, hierum befehlen Ihro Majeſtät hiemit, daß ſie bey gedachter Bür„gerſchaft ſolches Auslaufen nicht nur abſtelleten, ſondern auch dieſelbe zu Hö„rung der Catholiſchen Predigten und Catechismi, und Abwartung des Got„tesdienſtes durch geziemende Mittel anhielten.“ Siehe Graf von Khevenhuller *d. l. Tom.* II. *p.* 516. 517. Die Ertheilung des freyen Exercitii der Evangeliſchen Religion führte daher jedesmal eine Aufhebung der Biſchöflichen Gerichtsbarkeit mit ſich. Dieſe aber wurde nicht an allen Orten gänzlich ſondern nur in einigen Stücken aufgehoben. Alſo erlaubte man den Evangeliſchen Oeſterreichern zwar die Religion Augſpurgiſcher Confeßion öffentlich zu üben, und Kirchenagenda aufzurichten. Siehe Graf von Khevenhuller *d. l. Tom.* 10. *p.* 505. 506. Ihnen wurde aber nicht erlaubet, Conſiſtoria anzuordnen, wie aus den von Erzherzogs Matthias, Kaiſer Rudolph II. Anno 1599. zugeſandten Bedenken erhellet, als worin er riethe, den Landſtänden folgende Bedeutung zu thun: „Solten auch hinführo Ihro Fürſtl. Durchl. indem wie

„andere nicht weniger als Ihre Majeſtät ſelbſt reſpectiren und gehorſamen, und „ihre Prädicanten im Zaum halten, und wie ſie wohl wiſſen, daß weder vorige, „noch jetzige Kaiſerl. Majeſtät ihnen, ungeachtet ihres öftern Bittens, kein „Conſiſtorium geſtatten wollen, Ihre Majeſtät aber in Erfahrung kommen, daß „zu Loßdorf, Wilferstorf, Horn und vielleicht andern Orten dergleichen aufge„richtet werden, dazu die weltlichen verordneten aus gemeiner Landſchaft Seckel „einen jährlichen Verlag und Hülf geben, ſo wolle Ihre Majeſtät, daß ſolche „Conſiſtoria und alle Perſonen, ſo ſich dabey aufhalten, im Angeſicht wieder „abgeſchaffet werden. Behalten Ihro auch gegen denſelben Landleuten die „Strafe bevor, daß ſie wider ſo gemeſſenes Abſchlagen, dergleichen ſich unter„ſtehen dürfen.“ Siehe Graf von Khevenhuller *d. l. Tom.* 5. *p.* 2088. Die Anordnung Evangeliſcher Conſiſtorium iſt auch ſonſt vor Errichtung des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes gar ſelten denen Evangeliſchen Landſchaften, oder andern Unterthanen Catholiſcher Herrrn erlaubet. Ich gebe daher dem Herrn Moser gerne Beifall, wann er in ſeiner alſo genannten **auf das allerbeſt gegründeten** *Jurisdictio eccleſiaſtica* **Catholiſcher Landesherren über** ihre **Evangeliſche Unterthanen** §. 10. ſchreibet: es würden ſehr wenige Evangeliſche Kirchen, welche Catholiſcher Landesherrſchaft unterworfen ſind, erweiſen können, daß ſie im anno decretorio die geiſtliche Jurisdiction über ſich ſelbſt geübet haben. Jedoch fehlet es einigen an ſolchem Beweis nicht, und *können* ihn inſonderheit verſchiedene große Städte führen, welche zur Zeit der Reformation ſich an die Biſchöffe wenig kehreten, und von dem Vermögen waren, das Recht, welches die Catholiſche Geiſtlichkeit bisher geübet hatte, ſelbſt zu behaupten. Siehe die Vindicias juris circa ſacra & Conſiſtorii pro ſenatu civitatis Hildeſienſis, welche Anno 1706. zum Druck befördert worden.

§. XIV.

Vermöge ſolches Friedensſchluſſes ſind ſie denjenigen Evangeliſchen Unterthanen Catholiſcher Landesherren zu gönnen, welche Anno 1624. unter Evan-

Diejenige, welche Anno 1624. Evangeliſchen Landesherrn unterworfen geweſen, und nachmahls Catholiſchen Reichsſtänden zu Theil worden, haben auch das Vorrecht erlanget, daß ihr Kirchenregiment durch Evangeliſche Conſtoria geführet werden muß. Denn die Evangeliſche Reichsſtände befreyeten ſich und ihre Unterthanen durch den Religionsfrieden von der Catholiſchen Biſchöffe Gewalt. Dieſe wendeten zwar viele Mühe an, ſolche Befreyung auf die Glaubensſachen einzuſchränken. Die Proteſtanten ließen aber nicht geſchehen, daß man ihnen ſo enge Schranken ſezte, welches die Catholiſche in ihrer Antwort und Gegenbeſchwerde auf die von den Augſpurgiſchen Confeßionsverwandten Fürſten und Ständen am 15. Dec. 1645. zu Oßnabrück übergebene Gravamina bey dem ſeel. Geh. Juſtizrath von Meiern in Actis Pacis Weſtphalicae *Tom.* 2.

p. 558. alſo ſelbſt bekennen: „Nichts deſtoweniger haben die Augſpurgiſche „Confeßionsverwandte Stände, bald nach dem aufgerichteten Religionsfrie- „den angefangen, die Erzbiſchöffe und Prälaten an ſolchem ihrem mit klaren „runden und teutſchen Worten reſervirten Exercitio jurisdictionis eccleſiaſticae „auf alle Weiſe und Wege zu turbiren, einige geiſtliche Gerichte und Conſiſtoria „aufzurichten, und an dieſelbe nicht allein diejenige Sachen, welche der Aug- „ſpurgiſchen Confeßion Religion, Glauben, Beſtellung der Miniſterien, Kirchen- „gebräuche, Ordnung und Ceremonien betreffen, ſondern auch alle andere der „geiſtlichen Jurisdiction und deren Exercitio oblauts reſervirte Sachen zu ziehen, „ihre Unterthanen und Angehörige von der Erz- und Biſchöffe ordentlichen „geiſtlichen Gerichten und Conſiſtoriis mit Gewalt abzuhalten. gelischer geiſtlicher Obrigkeit geſtanden.

Als man bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten feſt ſtellete, einen je- den wieder in den Stand zu ſetzen, worin er ſich Anno 1624. befunden, ver- langten die Evangeliſche billig, daß ihre Glaubensgenoſſen, welche zu ſelbiger Zeit den Catholiſchen Biſchöffen nicht unterworfen geweſen, auch künftig von ihrer *geiſtlichen* Gewalt befreiet bleiben mögten. Die Schweden pflichteten ih- nen gar *leicht* hierin bey, als welche überzeuget waren, daß die Evangeliſche Kirchen ſchwerlich erhalten werden könnten, wann ſie nicht durch Conſiſtoria ihres Glaubens regieret würden, wie denn dieſelbe in den Anmerkungen über *das* Concept der Oßnabrückiſchen Wahlcapitulation ſich hievon alſo vernehmen ließen: „In Miniſtros A. C. müſſen die Archidiaconi keine Jurisdiction haben, „etiam in illis, quae pure non concernunt res fidei. Man muß den Wolf nicht „zum Schafhirten ſetzen. Wie leicht können ſie eine Urſach finden, ihr Müth- „lein an den Evangeliſchen Prieſtern zu kühlen. Beſonders iſt nöthig ein Evangeli- „ſches Conſiſtorium anzuordnen. Siehe den ſeel. Geheimten Juſtizrath von „Meiern *d. l. Tom.* 6. *p.* 501. Dieſes zu begehren, war inſonderheit dem Hildesheimiſchen Landſyndico D. Künnecke aufgegeben, und er hat ſeine Com- mißion ſehr glücklich ausgerichtet. Selbiger ſchriebe am $\frac{27}{17}$ Jun. 1647. an den Hofrichter und Schatzrath Liborium von Wrisberg: „In angeſchloſſenem novo „Inſtrumento ſtehen wir, Gott Lob! noch feſt, und wofern es dabey ſein Verblei- „ben behält, ſoll es künftig ratione Conſiſtorii mit Göttlicher Hülfe keine Noth „haben. Unterdeſſen müſſen die Herren Evangeliſche auf dem Lande ſich patien- „tiren, und im geringſten ſich nicht merken laſſen. Denn ich ſorge noch, wie „geſagt, ſehr, daß mir die Clöſter nicht werden gelaſſen, und wohl gar das „Simultaneum exercitium Catholicae Religionis wird zuletzt aufgedrungen werden; „Da ich denn mich, ſo viel möglich, werde opponiren: zuletzt aber den beſten „Rath bey mir ſelber finden müſſen. An mir ſoll mit Göttlicher Hülfe keine

Dieſes begehrten wehrend der Friedenshandlung inſonderheit die Stift Hildesheimiſche Landſtände.

„Ver-

„Verſäumniß verſpühret werden. Unterdeſſen bitte ich Ew. Hochedl. Geſtr. „wollen hiervon gleichſam mit niemanden als den Herren Alfeldenſi Conſule, „und etwa noch einem, als Herr Mylio, in höchſter Hehle reden, und mir ihre „Gedanken ſchleunig wieder zuſchreiben. Und am $\frac{18}{8}$ Julii 1647.: „Nunmehr findet ſichs mit allem Ernſt, was ich allzeit befürchtet und beſorget, „nemlich das wir die Clöſter nicht erhalten würden. Denn obwohl ſie in zweyen „Projectis, ſo gedrucket, von den Herren Kaiſerlichen bewilliget, und ausge- „ſtellet worden, ſo kommen doch jetzo die Catholici, und fangen an den Pun- „ctum autonomiae de novo zu diſputiren, und in ſpecie legen ſich die Colonien- „ſes, inter quos Dn. Epiſcopus Oſnabrugenſis & Cancellarius Buſchmannus pri- „marii ſeyn, und von Hildesheim aus ohnzweifentlich genugſame Inſtruction „erhalten, wider die Clauſulam caſſatoriam, wollen dieſelbe alſo, wie ich ſie jüngſt „mit überſendet, eingerichtet haben. Ich habe dagegen, warum es nicht alſo „einzurichten, eine kurze Declaration übergeben. Vermerke aber, daß ſich die „Kaiſerliche von den Colonienſibus werden moviren laſſen, und von voriger Meinung zurück treten. Die Herren Schwediſche thun zwar noch zur Zeit das „Ihrige, aber befohlen mir jüngſt einen andern Aufſatz zu machen, und der „Clöſter halber nicht ſo hart auf meiner Meinung zu bleiben; welches ich nun „reſp. den Herren Kaiſerl. und Herren Schwediſchen inſinuiret, und durch an- „dere, als die Herren Altenburgiſche, recommendiren laſſen. Und wird nun- „mehro mit Gottes Hülfe das Werk dahin gedeihen, daß wir das Simulta- „neum exercitium werden verhoffentlich klärlich aufheben, und nach Ausweiß „des allbereits concedirten, und von den *Catholicis* nicht *de novo* in Diſputat ge- „zogenen §. 12. ein *Conſiſtorium* werden beſtellen können. Woher aber die „Sumtus dazu genommen werden, das kann ich noch zur Zeit nicht wiſſen. „Gott wird helfen. Ich hatte zwar die Hofnung, wie geſagt, ſolche aus den „Clöſtern zu erlangen, aber darf nunmehr kein gewiß Facit darauf machen. So „weit es wird immer möglich ſeyn, will ich mich halten, aber zulezt werde ich „weichen müſſen; und zwar ſo will anfänglich nur auf der Helfte, dann auf „den dreyen, als Eſcherde, Derneburg, und Lamſpring beſtehen, und, da „dann nichts möglich, um der Religion und deren Conſervation halber, alles „fahren laſſen. Es iſt demnach in Inſtrumento pacis Art. 5. §. 31. die Inſtitutio Conſiſtoriorum ausdrüklich inter annexa religionis gezehlet, welche den Evangeli- ſchen Unterthanen verbleiben ſollen, quatenus anno 1624. ea exercuerunt, aut exercita fuiſſe probare poſſunt.

§. XV.

Dieſer Verordnung zufolge wurde nun bey den Nürnbergiſchen Friedens-Executionstractaten, das Hildesheimiſche Conſiſtorium ſowohl von denen Schweden, als der Reichsdeputation unter die reſtituenda geſetzet. Siehe des ſeel. Geheimen Juſtizraths von MEIERN Acta Pacis Executionis Part. I. p. 104. 577. 650. 751. 788. 812. Auch die Catholiſchen rechneten es dahin. Ibid. p. 751. und in der Deſignatione reſtituendorum in tertio termino lieſet man: „Stadt „Hildesheim und Evangeliſche Landſchaft wider Churcölln als Biſchoffen ſelbi„gen Stifts Hildesheim, das Conſiſtorium und anders betreffend..“ Siehe Theatrum Europaeum T. 6. p. 1041. Die Evangeliſche Landſchaft vermeinte alſo ihr Conſiſtorium völlig behauptet zu haben. Es wurde aber bald darauf eine Schwierigkeit erreget, welche aus dem Wege zu räumen, man ſich große Mühe geben mußte. Der Biſchof von Hildesheim zoge zwar in keinen Zweifel, daß ein Evangeliſches Conſiſtorium anzuordnen ſey: Er wollte aber demſelben nicht alle geiſtliche Gerichtsbarkeit, ſondern nur diejenige Jura, quae ſunt ordinis, einräumen. Dieſen Streit beyzulegen, und den Friedensſchluß zu vollſtrecken, truge die Reichsdeputation dem Churfürſten von Mainz und Herzog Auguſto zu Braunſchweig-Wolfenbüttel auf. Das an den erſten abgelaſſene Schreiben lautet alſo:

Es geſchahe die Anordnung des Hildesheimiſchen Conſiſtorii durch eine vom Reich erkannte Commiſſion.

Gnädigſter Herr.

„Ew. Churfürſtliche Gnaden iſt ſonder Zweifel von Dero dieſes Orts an„weſenden Geſandten mit mehrern unterthänigſt referiret worden, was es Zeit„hero auf Königl. Schwediſcher Seite wegen dato ein und andern Orts annoch „unvollzogener Execution ex capite amneſtiae & gravaminum vor vielfältige Diſ„ficultäten abgeben, und welchergeſtalt endlichen zu Abhelfung derſelben, con„ſequenter dermaligen Erhebung der höchſtnöthigen und von männiglichen ſo hoch „verlangten Friedenseffect man ſich erboten, in caſibus liquidis die Vermitte„lung zu thun, damit ein und andere annoch ermangelnde Reſtitutiones aus „dem Inſtrumento Pacis, und nach deſſelben geſezten Norma terminorum a quo, „regulis item tam generalibus quam ſpecialibus unpartheyiſch und unaufhältlich „und zwar noch in den beſtimmten Terminis exauctorationis und evacuationis „vollzogen werden mögen. Wann ſich dann nun unter andern auch der Aug„ſpurgiſchen Confeßion zugethane Landſtände des Stifts, in ſpecie aber der „Muncipalrath der Stadt Hildesheim dieſes Orts angeben, und begehret, „die Verordnung zu thun, damit von Ihro Churfürſtl. Durchl. zu Cölln ex „capite gravaminum die Patres Capucini daſelbſt ausgeſchaffet, die drey Clöſter

„Lamſpring, Eſcherde und Derneburg wiederum mit den alten Cloſterjung-„frauen beſetzet, ſodann den Landſtänden und Unterthanen eine eigenwillige „Anſtellung des Conſiſtorii verſtattet werde, höchſtgedacht Ihro Churfürſtl. „Durchl. zu Cölln anweſende Geſandte dagegen aber allerhand Exceptiones „welchergeſtalt nemlichen dieſelbe in kraft des Friedensſchluſſes weder zu „einem, noch anderm obligiret, vorgeſchützet, und man dahero für nöthig be-„funden, daß beide Theile, vermittelſt einer gewiſſen Commißion, in ſpecie „aber Ew. Churfürſtl. Gnaden nebſt des Herrn Herzogs Auguſti zu Braun-„ſchweig und Lüneburg Fürſtl. Gnaden in loco gegen einander zu vernehmen, „ſich der wahren Beſchaffenheit eines und des andern zu erkundigen, und den „klagenden Landſtänden des Stifts und der Stadt Hildesheim dasjenige, wozu „ſie obangezogener maſſen, vigore Inſtrumenti Pacis fundiret, förderlichſt wie-„derfahren zu laſſen, als erſuchen und bitten Ew. Churfürſtl. Gnaden wir ge-„horſamſt, Sie geruhen über allen vorigen zu gänzlicher Vereinigung des Heil. „Römiſchen Reichs und deſſen Glieder in viele Wege erwieſenen höchſtrühmlich-„ſten Eifer, Fleiß und Sorgfalt noch ferner dem geliebten Vaterlande zum Be-„ſten, ſich ſolcher Commißion gnädigſt und gutwillig zu unternehmen, mit und „beneben hochgedachtem Herren Herzogen zu Braunſchweig-Lüneburg Fürſtl. Gna-„den (ſo wir ebenmäßig hierunter belanget, und an deren willfährigen Bezei-„gung nicht zweifeln) auch Ihre bevollmächtigte ſubdelegirte Räthe, *und Die-„ner* demnächſten dorthin abzuordnen, und, nach fleißiger Ueberlegung der „Sache, auch dieſen Beſchwerden aus dem Inſtrumento Pacis, und nach deſſel-„ben geſezten Norma terminorum a quo, regulis tam generalibus quam ſpeciali-„bus ihre abhelfliche Maſſe geben, und im Fall die klagende Partheyen fundi-„ret, ohne Verzögerung, und zwar noch ante tertium exauctorationis & eva-„cuationis terminum zur Execution bringen zu laſſen Ein ſolches, gleichwie es „zu gänzlichem Effect des Friedensſchluſſes gereichet, alſo zweifeln wir auch an „Ew. Churfürſtl. Gnaden gnädigſter Willfährigkeit zumahl nicht, Dieſelbe „dabey Göttlicher Obhut treulichſt empfehlend. Nürnberg den 30ten Aug. 1649.

Ew. Churfürſtl. Gnaden

unterthänigſte
Des Heil. Römiſchen Reichs Churfürſten
und Stände daſelbſten anweſende
gevollmächtigte Räthe, Botſchafter
und Geſandten.

Ein

Ein Schreiben gleiches Inhalts erhielte Herzog Auguſtus zu Braunſchweig-Wolfenbüttel. Es übernahmen auch beide Fürſten dieſe Commißion, und ließen folgende Ladung an die Evangeliche Landſtände ergehen:

Von Gottes-Gnaden.

Johann Philip Erzbiſchove zu Mainz und Churfürſt, Biſchove zu Würzburg, und Herzoge zu Franken ꝛc.

Auguſtus Herzoge zu Braunſchweig und Lüneburg ꝛc.

„Unſern Gnädigſten Gruß zuvor, Würdige, Veſte, Ehrſame, und Hoch„gelahrte, liebe Andächtige und beſondere. Wir mögen euch gnädiglich nicht „bergen, wasmaſſen uns ohnlängſthin von des Heil. Römiſchen Reichs Chur„fürſten und Ständen zu Nürnberg anweſenden gevollmächtigten Räthen, „Bothſchaften und Geſandten eine Commißion, die PP. Capucinos, Wiederbe„ſetzung der dreyen Clöſter Lamſpring, Eſcherde und Dernberg mit den alten „Cloſterjungfrauen, und freywillige Beſtellung eines Conſiſtorii betreffend, auf„getragen worden. Nun hätten wir zwar wohl leiden mögen, daß unſer mit „dieſer Commißion verſchonet worden, in Anſehung wir vorhin mit vielen wich„tigen Reichs- Erz- Stifts- und andern angelegenen Sachen beladen. Dieweil „wir jedoch nicht gern etwas unterlaſſen, ſo zu verhofter völliger Reichs Be„ruhigung gereichet, auch ohnedas dem Friedensſchluß gemäß iſt; Als haben „wir uns mit einander dahin bereits verglichen, daß unſere beiderſeits Sub„delegirte den $\frac{1}{6}$. Dec. dieſes noch laufenden Jahrs in der Stadt Hildesheim „einkommen ſollen, welches wir euch zu dem Ende notificiren wollen, damit vor „unſern Subdelegirten eure Abgeordnete mit genugſamer Inſtruction und Voll„macht auf angedeutete Zeit erſcheinen, ſolche Commißion gebührend anhören, „und fürters gewärtig ſeyn mögen, was, dem buchſtäblichen Inhalt und dem „Inſtrumento Pacis gemäß, die Unſrige vornehmen, und verrichten werden; „Wir verſehen uns deſſen alſo ohnfehlbar zu geſchehen zuverläßig; und bleiben „euch im übrigen zu Gnaden neben allem Guten wohl gewogen. Datum „Würzburg den $\frac{19}{9}$ten Nov. 1649.

Johann Philipp	Auguſtus
El. A. M. E. W.	H. Z. B. U. L.

Die Aufſchrift war: Den Würdig, Veſt, Erſamb, und Hochgelehrten Unſern lieben, Andächtigen und beſondern ſämtlichen Landſtänden auch Burgermeiſter und Rath der Stadt Hildesheim.

Weilen aber der Adminiſtrator zu Magdeburg, Herzog Auguſtus die Capuciner das in der Stadt Hildesheim bisher gehabte Cloſter zu räumen genöthiget hatte, ſo weigerte ſich der Churfürſt von Cölln für deren Wiedereinſetzung beſagte Commißion zu erkennen, wozu ihn die Reichsdeputirte in folgendem Schreiben ermahnten:

Durchlauchtigſter ꝛc.

„Ew. Churfürſtl. Durchl. tragen Gnädigſt die Wiſſenſchaft, welchergeſtalt wegen unterſchiedlicher der Landſchaft wie auch Stadt Hildesheim angegebenen Gravaminum halber den 31ten Aug. abgewichenen Jahrs Ihro Churfürſtl. Gnaden zu Mainz und Herren Herzogen zu Braunſchweig-Lüneburg Fürſtl. Gnaden, von hieraus Commißion aufgetragen worden, und daß dieſelbe bis dato mit großem Nachtheil der Intereſſenten der Urſachen halber unerlediget blieben, dieweil des Herrn Adminiſtratoris zu Magdeburg Fürſtl. Durchl. auf Anhalten der Stadt Hildesheim die PP. Capucinos allda aus der Poſſeſſion geſetzet, welches hernach Ew. Churfürſtl. Durchl. vor einen Eingrif der Commißion gehalten, die PP. Capucinos ante omnia zu reſtituiren begehret, und ſich alsdann erſt ſowohl der Capuciner halber, als was die Landſchaft wegen des Conſiſtorii und ſonſt geſuchet, durch die Ihrigen bey der Commißion einzulaſſen erbothen. Da hingegen die Landſchaft ihr Suchen, mit deme, was die Stadt Hildesheim und Capuciner betreffen, dieweil ſie es nicht angienge, nicht zu connectiren, ſondern darin zu verfahren gebethen, und hätten ſich mit dem nicht zu beladen, was die Subdelegirte der Capuciner halber vornehmen würden. Nun laſſen wir zwar die hinc inde angeführte Rationes dermahlen dahin geſtellet ſeyn, und begehren hierin weder einem, noch anderm Theil das geringſte zu präjudiciren. Dieweil gleichwohl angeregter Difficultät halber dieſe Commißionsſache ſich nunmehr über acht Monat verzögert, und ſolcher Verzug ohne Zweifel Ew. Churfürſtl. Durchl. ſowohl, als dem andern Theil, und den Herren Commiſſarien ſelbſt, öfters beklagter maſſen, ſehr beſchwerlich fallt, auch dadurch das ganze Werk ſich noch immerzu hemmet, als ſeynd uns in wohlmeinender Erwegung der Sachen, dieſe unvorgreifliche Gedanken zu Gemüth gangen, ob nicht bey dieſer geſtaltſam rathſam und gut ſeyn mögte, daß, ſalvo in reliquis jure, die Subdelegirte zu Hildesheim vor allen Dingen die Quäſtion von den Capucinern vornehmen, und ſo ſie befinden, daß die PP. Capucini vermöge Inſtrumenti Pacis aus der Stadt zu weichen ſchuldig, ſo thäte die Reſtitution vor ſich ſelbſten fallen, und könten alsdenn die Subdelegirte der Landſchaft Sachen ohne fernern Verzug examiniren, und dermahleinſt

„zum

„zum Ende bringen. Haben ſolchemnach Ew. Churfürſtl. Durchl. dieſes un„ſer wohlgemeintes Sentiment gehorſamſt eröfnen, und Dieſelbe erſuchen wol„len, Sie geruhen, der zu Beförderung des Friedens Execution tragenden löb„lichen Begierde nach, Jhro dieſen ohnmaßgeblichen Vorſchlag nicht mißfallen „zu laſſen, ſondern ſolchenfalls Dero Regierung zu Hildesheim gnädigſt anzube„fehlen, damit ſie auf obgedachte beliebende Maſſe und Weiſe ſich bey der Com„mißion einzulaſſen, und des Entſcheids erwarten thue. Gleichwie nun ſolches „Ew. Churfürſtl. Durchl. nichts präjudiciret, alſo gereichet es zu Abſchneidung „undienlicher Weitläuftigkeit, und Deroſelben thun wir uns zu Churfürſtl. „Gnaden und Hulden in Unterthänigkeit gehorſamſt befehlen. Datum Nürn„berg den 9ten Aug. 1650.

Ew. Churfürſtl. Durchl.

unterthänigſt gehorſamſte

Des Heil. Römiſchen Reichs Churfürſten und Stände ad punctum executionis ex capite amneſtiae & gravaminum verordnete gevollmächtigte Räthe, Geſandte und Botſchaften.

Hierdurch iſt dann endlich die Eröfnung der Commiſſion veranlaſſet, bey welcher die Evangeliſche Landſtände darauf antrugen, daß ein ſolches Conſiſtorium beſtellet werden mögte, wie dasjenige beſchaffen geweſen, welches Anno 1624. im Stift Hildesheim das Kirchenregiment führete. Dieſem Begehren widerſprachen die Churcöllniſche Bevollmächtigte, und wandten ein, es bedeute das im Inſtrumento Pacis §. 31. befindliche Wort quatenus nicht wie, ſondern wofern, mithin ſey zwar ein Evangeliſches Conſiſtorium anzuordnen, ſelbigem aber diejenige Gewalt nicht mitzutheilen, welche das Braunſchweig-Lüneburgiſche Conſiſtorium Anno 1624. im Stift Hildesheim gehabt. Dieſen Satz vermeinte man mit folgender ſchriftlichen Vorſtellung zu behaupten: „Cum reſervatione priori, daß neulich in cauſa Capucinorum „zuvor mögte geſprochen werden, erachteten ſie (die Churcöllniſche) auf den „geſtrigen meiſterloſen Receß dieſer Landſchaft zu antworten faſt unnöthig, „und ſagen gleichwohl darauf, daß es kein unnöthiges Wortgezänk und „Scrupulirung, des Worts *quatenus* propriam & genuinam ſignificationem „zu urgiren, und dabey unbeweglich zu beſtehen, wie dann Jhro Churfürſtl. „Durchl.

„Durchl. nicht gemeinet, noch ſchuldig, ſich von klaren Worten und deren rech-„ten approbirten Verſtand ab, und auf eines andern privat- und ab imperio nicht „approbirte, noch ratificirte widerſinnige Interpretation und Explication, „vielweniger der Landſchaft unbegründete Deuteley verweiſen zu laſſen. Dann „billig darauf zu ſehen, quam vim ſignificandi genuinam & ab approbatis auto-„ribus receptam das Wort *quatenus* habe, maſſen dann Domini ſtatuentes ſelbſt „den Unterſcheid inter voculas *quatenus* & *prout*, vel *quemadmodum* gehalten und „gemachet, und dieſelbe als Verſtändige dafür zu achten, daß ſie in oratio-„nis ſive ſermonis ſerie, da man eine Reſtriction andeuten wollen, und im „Teutſchen das Wort ſo fern, ſo weit, oder wofern zu ſetzen geweſen, ſich „des Worts *quatenus*, und nicht des Worts *prout* vel *quemadmodum* gebrauchet „hätten. Vice verſa, da man eine Simultudinem vel relative ad aliud vel eandem „qualitatem zu verſtehen geben will, und im Teutſchen das Wort wie oder gleich-„wie in Sermonis ſerie gebrauchen wollte, daraus lauter Confuſiones und Ab-„ſurditäten folgen würden, quod maxime evitandum. Und weil das Inſtrumen-„tum Pacis expreſſe vermag, daß der Catholiſchen Reichsſtände Landſaſſen das „Exercitium religionis cum annexis ſeu Conſiſtorio zu laſſen, quatenus illa dicto „anno 1624. exercuerunt, nemlich ſofern, oder wofern ſie ſolches hergebracht, „ſo laſſen es zwar Ihro Churfürſtl. Durchl. dabey, daß ein Conſiſtorium in „Dero Stift Hildesheim vor Dero Evangeliſche Landſaſſen und Unterth*anen im* „gröſſern Stiftstheil anzuſtellen; daß aber dieſelbe vermöge Inſtrumenti Pacis ob-„ligiret und gehalten ſeyn ſollen, ein ſolches Conſiſtorium in dieſem Dero Stift „anſtellen zu laſſen, wie es die Landſchaft Anno 1624. unter dem Fürſtlichen „Hauſe Braunſchweig und Lüneburg gehabt, deſſen ſeynd Ihro Churfürſtliche „Durchl. beſagter Dero Landſchaft durchaus nicht geſtändig, zumahlen ein „ſolches der wahre klare Inhalt des Inſtrumenti Pacis nicht vermag, „noch andeutet, maſſen denn derſelbe ein mehres von den Catholiſchen Stän-„den nicht requiriret, als daß derſelben Landſaſſen und Unterthanen das „Exercitium Auguſtanae Confeſſionis und Inſtitutio Conſiſtorii &c. zu „laſſen, quatenus und ſofern ſie ſolches hergebracht, dahero und weil „die Diſpoſitio und Verba hell und klar und untrüglich, ſo können ſich „auch Ihro Churfürſtl. Durchl. auf einen fremden und unbegründeten Ver-„ſtand derſelben nicht verweiſen, vielweniger an Dero Landſchaft oder eines „andern, ſo zu der Verteutſchung des Inſtrumenti Pacis von Kaiſerl. Majeſtät „und dem Reich noch nicht gewidmet oder approbiret, irrige und falſche Aus-„deuteley binden laſſen. Daß aber daraus, wann die Diſpoſitio Inſtrumenti Pa-„cis hoc loco, nicht alſo zu expliciren, nemlich wie es die Landſaſſen Augusta-

„nae

„nae Confeſſionis herbracht, ſondern alſo, wofern es berührte Land-„ſchaft herbracht, ausgedeutet werden wollte, alsdann dieſe Abſurdität, „(1) daß es die Statuentes nicht klar genug geſetzet, und (2) den Catholiſchen „Ständen eine freye Hand bliebe, wie es ihnen gefällig, Dero Landſaſſen Au-„guſtanae Confeſſionis ein Conſiſtorium einzuräumen, nothwendig folgen müſſe, „ſo wird darauf geantwortet, daß (1) Sequela ex praemiſſis nicht inferiret wer-„den könne, und mögte man gerne vernehmen, wie die Landſchaft die Conſequenz „daraus machen wolle, daß, wann den Landſaſſen der Auguſt. Confeſſ. die „Inſtitutio Conſiſtorii anderer geſtalt nicht gelaſſen werden ſollte, als woferne „ſie daſſelbe gehabt zu haben beweiſen könnten, alsdann der Friedensſchluß nicht „klar genug geſetzet, bevorab, da man, wie billig, conſideriren und beobach-„ten will, woferne nicht der Catholiſchen Reichsſtände Landſaſſen Aug. Conf. „dieſes, daß ſie nemlich ein Conſiſtorium anno 1624. gehabt, darthun „können, ſondern ſie die geiſtliche Jurisdiction der Catholiſchen erkannt, „ſie auch hinführo derſelben Jurisdiction & ibidem ſpecificatis &c. unterwor-„fen ſeyn und bleiben ſollen; woraus nun hieſige Landſchaft zu erſehen, daß „angeregte Diſpoſitio & illius exercitium klar genug, und nicht vergeblich, „quatenus illa, nempe Conſiſtorii conſtitutio probari poterit, geſetzet ſey, und „per conſequens hieſiger Landſchaft gemachte Sequela prior im Rauch aufgehen müſſe. „Secunda ſequela rühret her ex falſis praemiſſis, dann man allhie in den Ter-„minis nicht, ob ſollten Ihro Churfürſtl. Durchl. der Meinung ſeyn, daß ſie „nur ein gefälliges Conſiſtorium der Landſchaft zulaſſen wollten, ſondern ſtehet „hierein Κρινόμενον: Ob Ihro Churfürſtliche Durchl. ſchuldig, der Landſchaft „ein ſolch Conſiſtorium, wie ſie es unter dem Fürſtl. Hauſe Braunſchweig 1624. „gehabt, zuzulaſſen, id eſt, daß ſie in ſolchem Conſiſtorio nicht allein ihre Cau-„ſas ſpirituales, oder mere eccleſiaſticas, als Ordinatio, examinatio &c. tracti-„ren, ſondern auch mixtas und politicas; item der Pfarrherren, Kirchen- und „Schuldiener Perſonen und Realſachen dahin ziehen mögen, wie ſolches im „Fürſtenthum Braunſchweig gehalten, worauf, wie auch ſchon geantwortet, „daß, weil Ihro Churfürſtl. Durchl. vermöge Inſtrumenti Pacis nicht ſchuldig, „Dero Landſchaft ein ſolches Conſiſtorium, wie ſie im Fürſtenthum Braun-„ſchweig gehabt, zuzulaſſen, ſondern wie in andern Aug. Conf. Ständen Arbi-„trio ſtehet, ob ſie neben obberührten Cauſis mere eccleſiaſticis, auch die mixtas „& politicas ſive perſonales & reales gegen die Kirchen- und Schuldiener ad „Conſiſtorium verweiſen, oder bey ihren Canzeleyen behalten wollen, alſo blei-„bet billig auch bey Ihrer Churfürſtl. Durchl. Arbitrio, was ſie von den mixtis „& politicis ſtatuiren werden, und ſeynd von Dero Landſchaft nicht gewärtig,

„Jhro etwas in dem, was in Dero und andern Aug. Conf. Verwandten Arbi„trio ſtehet, fürſchreiben zu laſſen. Daß ſonſten die Landſchaft in Kirchen- und „Conſiſtorienſachen die Fürſtlich-Braunſchweigiſche Kirchenordnung einzufolgen „bedacht, dabey läßt man es, jedoch ſoweit, als oben angeführet, und daß „Reviſio & Examinatio zuvorderſt geſchehe, vor dismal, auch ſonſten caeteris „paribus bewenden, und davon Jhro Churfürſtl. Durchl. der Gebühr referiret „werden ſoll, zu Dero gnädigſten Ratification und Reſolution es ausgeſtellet „wird.“ Die Evangeliſche Stände antworteten hierauf. „Sie hätten wohl „nicht vermeinet, daß die Churfürſtl. Herren Mandatarii würden in dem von „ihnen angefangenen Wortgezänke ſeyn fortgefahren, und von dem Wörtlein „*quatenus* ſo viel ſcrupulirens gemachet, und zuletzt durch ohnbegründete Deu„tungen und Explicationes eine ganz nicht daraus folgende Conſequenz gema„chet haben: Dann geſetzt, daß das Wort *quatenus* die vim des Worts *veluti*, „*quemadmodum*, wie oder gleichwie nicht, ſondern den Verſtand des Teutſchen, „wofern oder ſofern haben ſollte, ſo folget ja daraus noch lange, ja gar nicht, „ſoferne oder woferne die Evangeliſche, daß ſie gedachten 1624. Jahrs die Re„ligion und deſſen Anhang die Conſtitutionem des Conſiſtorii im Gebrauch behal„ten und geübet, oder ſie es exerciret hätten, beweiſen können, ſo ſollen Catho„liſche Obrigkeiten denſelben nicht ein Conſiſtorium, wie es die Evangeliſchen „gehabt, und noch faſt aller Orts haben, ſondern nur ein eingeſchränktes, und „wie es der Catholiſchen Obrigkeit wird gefällig ſeyn, den Evangeliſchen Untertha„nen einzuräumen gehalten ſeyn. Wie aber ſolches ganz abſurd, und von dem buch„ſtäblich- und klaren Verſtande des Inſtrumenti Pacis gar abweichet, als worin ge„ſetzet, daß alles, ſo in nonnullis pactis inter Epiſcopum & Duces Brunſvicenſes ini„tis, ſo der Biſchof zu Hildesheim u. die Herzoge zu Braunſchweig u. Lüneburg über „die Religion und deſſen Exercitio der Stände und Unterthanen des Bisthums Hil„desheim nonnullis pactis in anno 1643. unterſchiedliche mahl ſich verglichen, „ſollen gänzlich caſſiret und aufgehoben ſeyn. Nun iſt ja, was der drey vor„nehmſten Predigerverrichtung halber diſponiret, und jetzo de novo will pro „Conſiſtorio offeriret werden, darunter mit begriffen, und aufgehoben, und kan „dahero ſolche Wiederbeſtätigung pro Conſiſtorio nicht erkennet, reſpective offe„riret werden. Man verwundert ſich aber, wie gemeldet, daß die Herren Man„datarii ſolche Captationes verborum dörfen zur Bahn bringen, und dabey noch „die Evangeliſche Hildesheimiſche Landſtände beſchuldigen, als wenn dieſelbe „irrige und falſche Deuteleyen, welches harte Worte, beybrächten, dazu doch „dieſelbe nicht gewidmet wären. Es geben aber mehr beſagte Landſtände hier„mit zwey Churfürſtl. Exemplaria des in Teutſch gebrachten Friedensſchluſſes

über

„über, davon eines mit Kaiſerlichen und Churmainziſchen Privilegio zu Mainz, „das andere mit Churfürſtl. Durchl. zu Sachſen Freiheit zu Leipzig gedrucket, „worin befindlich, daß höchſtermeldt beide Churfürſten das Wort *quatenus* auf „gut Teutſch, und nach dem Verſtande und Context der allda in dict. §. gepflo- „genen Handlung mit dem wie, *uti*, *ſicut*, oder gleichwie transferiret haben; „Ob nun jemand darwider etwas einzuwenden, und verba captando, eine neue „und plane incongruam explicationem beizubringen, und höchſtermeldte J. J. „Churfürſtliche Gnaden und Durchl. in der Teutſchen Sprache ſo meiſterlich zu „ſyndiciren erlaubet, ſolches ſtehet dahin, und dörften es vermuthlich die Herren „Churmainziſche ob ſummum imperii, & Reverendiſſimi Dn. Moguntini Electoris „reſpectum nicht gut heiſſen. Was aber nun das Vocabulum wie oder gleichwie „vor Significationem habe, nemlich, daß es tam in ſubſtantia, quam qualitate „omnimodam ſimilitudinem denotire, hoc conſtat ex l. ſicut C. de Act. & Oblig. „Socin. Iun. Confer. 76. numer. 44. Libr. I. Schrader Conf. 14. num. 201. Vol. I. „und laſſen ſich dergleichen Velamenta etiam excogitatis artibus nicht herbeibrin- „gen, *prout dicitur* in L. 35. §. fin. de Donat., ſondern heiſſet es nunmehr, „quod *illa*, quae ab initio fuere voluntatis, ex poſt facto jam ſint neceſſitatis per „notiſſima. Darum dann die Hildesheimiſche Stände, ſemotis his logomachiis, „ihre vorige beigebrachte Deſideria anhero repetiren.“ Dieſen wurde auch Platz gegeben, und am 24ten Mart. 1657. ein Conſiſtorialreceß errichtet, der im Ein- gang alſo lautet: „Zu wiſſen: Als zwiſchen der Churfürſtl. Durchl. zu Cölln, „als Biſchoffen zu Hildesheim, und Dero Wohlehrwürdigen Thumcapituls da- „ſelbſt zu dieſer Commiſſionsſache conſtituirten Mandatariis an einem, und dann „den Stifts-Hildesheimiſchen Augſpurgiſcher Confeßion Landſtänden und Unter- „thanen am andern Theil, wegen Wiederanſtellung eines Evangeliſchen Conſi- „ſtorii ſich einige Differentien ereignen wollen; So ſeynd dieſelbe auf friedliche „wohlmeinentliche Interpoſition der Herren Churmainziſchen und Fürſtl. Braun- „ſchweig-Lüneburgiſchen Subdelegirten, nach Anweiſung des *Inſtrumenti Pacis* „*Art.* 5. §. 12. und dem klaren Buchſtaben beſagten Friedensſchluſſes (welche „beide Theile ihnen per expreſſum vorbehalten, und hiemit ſich nicht präjudici- „ren wollen) endlich verglichen, wie folget &c. Darin wurde unter andern ver- „ordnet: „Zum andern ſollen vor dieſem Conſiſtorio nicht allein ea, quae ſunt „ordinis & jurisdictionis eccleſiaſticae, velut examinatio, inſpectio, viſitatio, „der Prediger, Schul- und Kirchendiener ſuſpenſio & remotio, & caetera eo „de jure pertinentia, ſondern alle partes hujus jurisdictionis nach Inhalt der „Fürſtl. Braunſchweig-Lüneburgiſchen Kirchenordnung (welche mit deren Obſer- „vanz ſamt denen von den Herren Herzogen zu Braunſchweig und Lüneburg

„Wolffenbüttelſchen Theils abſonderlich den 6ten Januarii 1593. und andern „disfalls ausgelaſſenen Conſtitutionibus die einzige Norma und Regula dieſes „Conſiſtorii ſeyn und bleiben) ſowohl quoad praedictas cauſas & negotia mere „eccleſiaſtica, & ſpiritualia, als auch quoad actiones reales, perſonales vel mix„tas & matrimoniales, ſoferne dieſelbe ihrer Art und Eigenſchaft nach de jure, „wie auch vermöge der Fürſtl. Braunſchweigiſchen Kirchenordnung, und wie „ſolches alles Anno 1624. notorie zu Wolffenbüttel in uſu geweſen, tractiret, „gerechtfertiget und exequiret werden.

„Woferne aber hierin, ob nemlich ein Caſus dahin gehörig, einiger Zwei„fel vorfallen würde, ſollen die Conſiſtoriales allemal bey dem Fürſtl. Conſiſtorio „zu Wolffenbüttel, wie es daſelbſt in Anno 1624. gehalten worden, nachfragen, „bey welcher Reſolution es unſtreitig alsdann verbleiben ſoll.

„Alles, was drittens in dieſem Conſiſtorio ventiliret, decidiret, und exe„quiret wird, ſolches ſoll, vermöge der Kirchenräthe dieſerwegen Ihrer Chur„fürſtl. Durchl. abgeſtatteter Eide und Pflichte, unter Dero Autorität und deren „Succeſſoren am Stift Hildesheim einzig und allein geſchehen, und dieſen Con„ſiſtorialen weiter keine Macht zugelaſſen ſeyn, als die Fürſtliche Braunſchwei„giſch-Lüneburgiſche Kirchenräthe gehabt haben, dero Behuf Ihro Churfürſtl. „Durchl. ihnen ein abſonderliches Sigillum geben, auch einen bequemen Ort und „Logiment, darin dieſes Gerichte füglich gehalten werden kann, aßigniren laſ„ſen wollen.

„Was nun zum vierten in ſolchem Conſiſtorio beſagter maſſen cognoſ„ciret, geſchloſſen und decidirt wird, daſſelbe ſoll eben die Kräfte und Autori„tät haben, gleichwie bey Ihrer Churfürſtl. Durchl. Canzeley und anſtellenden „Hofgericht, die Droſten, Gerichtsherren, Beamte und Unterthanen auch dem„ſelben zu gehorſamen ſchuldig, und dafern ihnen hiewider einige Decreta oder „Befehlig zukommen ſollten, dieſelben ſollen nicht attendiret, ſondern pro ſub- „& obreptitiis gehalten, und einzig und allein, was bey dieſem Gericht geſchloſ„ſen, gültig, und die Beamte und Gerichtsherren demſelben ohne einige Exce„ption zu folgen ſchuldig, hingegen alles Widrige hiemit abgethan und caſſiret „ſeyn, und was in ſolchem Conſiſtorio erkannt, und decidiret, daſſelbe ſoll ohne „alle Appellation und Exception bey Vermeidung hoher und willkührlicher Strafe „ſchleunig von denen Beamten exequiret werden.

§. XVI.

Die Verbindlichkeit des Hildeshei-

Als dieſen Receß das Hildesheimiſche Domcapitel nach der Zeit anfechten wollte, verſprach der Adminiſtrator des Erzſtifts Magdeburg den Evangeliſchen

liſchen Landſtänden deſſen Erhaltung bewirken zu helfen, weil er dem Friedens-ſchluß gemäß ſey, mittelſt folgenden Schreibens:

mischen Conſiſto-rial-Receſ-ſes iſt ohne Urſach in Zweifel ge-zogen.

Von Gottes Gnaden Auguſtus, Poſtulirter Adminiſtrator des Primat- und Erzſtifts Magdeburg, Herzog zu Sachſen, Jülich, Cleve und Bergh.

Unſern gnädigen Gruß zuvor: Veſte, auch Ehrſahme, Weiſe, Liebe Beſondere.

„Aus Eweren vom 28ten nechſt abgewichenen Monats und Jahres, an „uns abgelaſſenen unterthänigſten Schreiben, haben wir gnädigſt vernommen, „was Uns ihr wegen der, zu Wiederanſtellung des Evangeliſchen Conſiſtorii, „vor den Churmainziſchen und Fürſtl. Braunſchweig-Lüneburgiſchen Wolffen-„büttelſchen Subdelegirten Kaiſerl. Commiſſariis am 24ten Mart. 1651. getrof-„fenen, und nachhero von des Herrn Churfürſten zu Cölln, als Biſchofs zu „Hildesheim ꝛc. L. zwar ratificirten, von dem Domcapitel aber ſelbiges Stifts, „ungeachtet daſſelbe ſolcher Handlung per Deputatos mit beigewohnet, und die-„ſelbe ſubſcribendo mit beſtätigen laſſen, zu ratihabiren verweigerten Verglei-„chung *unterthänigſt* zu erkennen gegeben, und darbey mit Anführung Eurer dieß-„falls habenden Beyſorge, auch zu uns geſetzten unterthänigſten Zuverſicht, ge-„ſucht und gebethen. Und wie wir uns nun deſſen, was hiebevorn dieſer, und „anderer Ewren Angelegenheiten wegen fürgangen, genädigſt wohl erinnern, „*auch* gerne vernommen, daß ſolches Ewer, im Inſtrumento Pacis gegründetes „Deſiderium, zu Ewer guten, billig- und friedensſchlußmäßigen Satisfaction „gedeihe; Alſo werden wir nicht unterlaſſen, Unſere zu dem bevorſtehenden „Reichstage abſchickende Geſandſchaft auch dieſes Punkts halber gnädigſt, ge-„bethener maſſen, zu inſtruiren, und nebſt andern Evangeliſchen Churfürſten und „Ständen, durch dieſelbe dahin cooperiren zu helfen, damit dasjenige, was „*dergeſtalt*, nach Inhalt des Friedensſchluſſes einmal abgehandelt und verre-„ceßiret worden, kräftiglich gehalten und befeſtiget werde, und ihr Euch, we-„der jetzo, noch inskünftige, einiger Gefährlichkeit zu beſorgen haben möget.

„Erkennen im übrigen den unterthänigſt wohlgemeinten chriſtlichen Neuen „Jahrswunſch mit gnädigſtem Dank und hinwieder Anwünſchung aller Er-„ſprießlichkeit: Und verbleiben Euch mit Gnaden wohlgewogen. Datum „Hall den 3ten Ianuarii anno 1653.

Auguſtus H. Z. S.
MPP.

Denen Veſten, auch Ehrſahmen und Weiſen, Unſern lieben beſondern Landſtänden der Ritterſchaft und Städte des Stifts Hildesheim.

Das Domcapitel zog in keinen Zweifel, daß dem Conſiſtorio A. C. die geiſtliche Gerichtbarkeit über die Evangeliſche Eingeſeßene des größern Stifts zu übergeben ſey. Nur wollte es nicht geſchehen laſſen, daß man den Conſiſtorialen die Salaria aus der Landescaſſe reichte, und ihnen auch im kleinern Stift wider die Obſervanz des Jahrs 1624., einige Gewalt einräumete. Von Seiten der Evangeliſchen Stände wurde aber dawider vorgeſtellet, daß durch den übernommenen Unterhalt des Conſiſtorii nicht ſowohl ihnen und ihren Glaubensverwandten, als den Catholiſchen Landesherren eine Wohlthat angediehe, welchen die Salarirung der Conſiſtorialen obläge, weil ſie in anno decretorio von den Herzogen zu Braunſchweig und Lüneburg aus ihren Cammergütern geſchehen, und hätten die Catholiſche ſich um deſto weniger über dasjenige zu beſchweren Urſach, was der Conſiſtorialreceß hievon ordnet, weil das geringe, dem Conſiſtorio gewidmete Geldquantum der 700 Thlr. größtentheils von den Evangeliſchen Bürgern und Bauern aufgebracht würde. Wäre auch im kleinern Stift beſagtem Conſiſtorio ohne Noth etwas eingeräumet, ſo hätte man hingegen im größern und kleinern Stift denen Catholiſchen verſchiedenes nachgegeben, ſo ſie zu fordern unbefugt geweſen, wie dann die Zulaſſung des Catholiſchen Canzlers im Conſiſtorio der Obſervanz des Jahrs 1624. zuwider liefe, auch der Official nicht erweiſen könne, zu ſelbiger Zeit überall im kleinern Stift, bevorab aber in den adelichen Dörfern, die geiſtliche Gerichtbarkeit über die Evangeliſche geübet zu haben. Es iſt unnöthig, daß ich der Evangeliſchen Landſtände oben angeführte Deutung des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes vertheidige, da deren Richtigkeit einem jeden in die Augen fällt, und hat Henniges kein Bedenken getragen, in Medit. ad Inſtrument. Pac. Weſtph. Sp. 4. p. 543. die Auslegung der Churcöllniſchen Mandatariorum manifeſtum ſcripturae publicae cavillum zu nennen.

§. XVII.

Er erweiſet, daß vermöge des Weſtphäliſchen Friedensſchlußes auch denjenigen Evangeliſchen Unterthanen Catholi-

Aus dem bisher angeführten erhellet nun klärlich, daß mittelſt des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes nicht allein denjenigen, welche die geiſtliche Jurisdiction Anno 1624. über ſich ſelbſt geübet haben, ſondern auch denen, die zu ſolcher Zeit von der Catholiſchen geiſtlichen Obrigkeit befreyet und einer Evangeliſchen unterworfen geweſen, das jus Conſiſtorii, und die Befreyung von der Catholiſchen Obrigkeit Gewalt in Kirchenſachen mitgetheilet worden. Denn ſonſt hätte man den Biſchof zu Hildesheim nicht nöthigen können, ein Evangeliſches Conſiſtorium zum Behuf ſeiner Evangeliſchen Unterthanen anzuordnen, maſſen von dieſen die geiſtliche Jurisdiction niemals geübet iſt, ſondern ſie genoſſen nur Anno 1624. die Befreyung von der Catholiſchen Biſchöffe

ſchöffe geiſtlichen Gewalt, und des Vortheils, daß ihr Kirchenregiment durch Evangeliſche geführet wurde. Dem ohngeachtet haben ſowohl die Catholiſche als Evangeliſche Verfaſſere des Friedensſchluſſes einmüthig dafür gehalten, es müſſe im Stift Hildesheim ein Evangeliſches Conſiſtorium beſtellet werden. Die ad punctum executionis ex capite amneſtiae & gravaminum deputirte Reichsſtände ſezten (1.) das Hildesheimiſche Conſiſtorium in die Deſignation der reſtituendorum, obwohl ihnen ganz bekannt war, daß die Evangeliſche Stift Hildesheimiſche Eingeſeſſene die geiſtliche Juriſdiction nimmer über ſich ſelbſt geübet haben. Der Biſchof zu Hildesheim geſtunde auch (2), daß ein Conſiſtorium angeordnet werden müſſe, und man konnte ſich nur über die Schranken der demſelben zu übergebenden Gewalt nicht gleich vereinigen. Endlich wurde (3.) Catholiſcher Seits eingeräumet, daß dem Hildesheimiſchen Conſiſtorio die ſämtliche geiſtliche Juriſdiction im größern Stift gebühre, weil dieſelbe Anno 1624. von dem Braunſchweig-Lüneburgiſchen Conſiſtorio exerciret worden, und zwar nach Anweiſung des Inſtrumenti Pacis, und des klaren Buchſtabens beſagten Friedensſchluſſes, folglich keinesweges mittelſt eines beſondern Exceptionem a regula machenden Vertrages. Es hat auch (4.) annoch zu neuern Zeiten der Herr Pfalzgraf von Sulzbach erkannt, daß in ſeinem Lande vermöge Inſtrumenti Pacis ein Evangeliſcher Kirchenrath angeſtellet werden müſſe, Siehe Fabri Staatscanzley *P.* 71. *p.* 39. ohnerachtet in ſelbigem die Landſtände und Unterthanen die geiſtliche Juriſdiction nimmer über ſich ſelbſt geübet haben. Ich ſchmeichele mir mit der Hofnung, es werden den Herrn Geheimten Rath Moser dieſe ihm zum theil ſonſt verborgen geweſene Umſtände bewegen, von den Conſiſtorialrechten der unter Catholiſcher Obrigkeit ſeßhaften Evangeliſchen Unterthanen eine andere Meinung zu faſſen, als er in der Schrift, ſo von ihm die auf das allerbeſt gegründete *Juriſdictio eccleſiaſtica* Catholiſcher Landesherren über ihre proteſtirende Unterthanen genennet worden, und in den Anmerkungen über die geſezmäßige Beantwortung der Frage: ob ein Catholiſcher Landesherr in Teutſchland die *Juriſdictionem eccleſiaſticam* über die in ſeinem Lande befindliche, der Augſpurgiſchen Confeßion Verwandte Unterthanen zu exerciren befugt ſey? vertheidigen wollen.

ſcher Landesherrn das jus Conſiſtorii zuſtehet, welche Ao. 1624. die geiſtliche Juriſdiction nicht über ſich ſelbſt geübet haben.

§. XVIII.

Es erweiſet das Hildesheimiſche Conſiſtorium aber nicht nur, daß diejenige, welche Anno 1624. unter einem ſolchen geiſtlichen Gericht geſtanden, billig begehren, daß ihr Kirchenregiment durch Evangeliſche Geiſt- und Weltliche ferner geführet werde, ſondern daß auch dergleichen Conſiſtoria den Catholiſchen Landesherrn keinesweges dergeſtalt unterwürfig ſind, wie ſie den Evangeliſchen

und daß ſolche Conſiſtoria nicht dergeſtalt den Catholiſchen Lan-

desherrn unterworfen ſind, wie ſie Evangeliſchen Landesherrn zu Gebote ſtehen.

ſchen Landesobrigkeiten zu Gebot ſtehen müſſen. Denn ſonſt hätte man in dem Hildesheimiſchen Conſiſtorialreceß Art. 4. nimmer verordnet, daß die wider des Conſiſtorii Verfügungen ergangene Decreta und Befehle nicht attendiret, und einzig und allein, was bey dieſem Gericht geſchloſſen, gültig, das Widrige aber abgethan und caßirt ſeyn ſolle. Es iſt ſolches eine natürliche Folge der den Catholiſchen Biſchöffen im Weſtphäliſchen Friedensſchluß nur alsdenn vorbehaltenen geiſtlichen Jurisdiction über ihre Evangeliſche Unterthanen, wann ſie dieſelbe Anno 1624. geübet haben, und es würden dieſen, die Evangeliſche Conſiſtoria geringen Nutzen ſchaffen, wenn die Catholiſche Landesobrigkeiten deren Erkenntniſſe aufheben, oder auch durch Avocationes cauſarum behindern könnten. Um die im Inſtrumento Pacis ſo deutlich enthaltene Einſchränkung der Biſchöflichen Gewalt den Augſpurgiſchen Confeßionsverwandten unnütz zu machen, will man jezt an einigen Orten behaupten, daß, weil die Suſpenſio juris Epiſcopalis keine Suſpenſionem juris territorialis mit ſich führet, die Landeshoheit auch denen Catholiſchen Reichsſtänden ſowohl, als den Evangeliſchen zuſtehet, und die leztern einräumen, es ſey das Jus circa Sacra oder die Jurisdictio eccleſiaſtica ein Theil derſelben, kraft ſolches Hoheitsrechts Catholiſche Landesherren befugt wären, das Regiment in den Kirchen ihrer Evangeliſchen Unterthanen zu führen, mithin denſelben in Kirchenſachen Ordnungen vorzuſchreiben, wenn dadurch denen Gewiſſen kein Zwang geſchiehet, auch Rechtshändel von den Conſiſtoriis zu avociren, und darüber zu erkennen: Ob deren Verfügungen den Rechten gemäß ſind, oder nicht? Wenn dieſes der Friedensſchluß erlaubet, ſo haben deſſen Verfaſſer, was ſie den Evangeliſchen Unterthanen Catholiſcher Landesherren mit einer Hand gegeben, ihnen mit der andern hinwieder genommen, und einen bloſſen Schulſtreit dahin entſchieden, daß man der Catholiſchen Landesobrigkeit Gewalt in Kirchenſachen keine Biſchöfliche, ſondern eine Landesherrl. Gewalt nennen ſolle. Mit dergleichen Fragen halten ſich wohl Schulleute auf. Man machet aber ſo geringfügige Zänkereyen durch keine Kriege und Friedensſchlüſſe aus. Das Herkommen ſetzet auch auſſer Zweifel, wie im Weſtphäliſchen Frieden der Einſchränkung des Rechts Catholiſcher Obrigkeiten in ihrer Evangeliſchen Unterthanen Kirchenſachen auf dem Beſitz des Jahrs 1624., viel wichtigere Wirkungen beigeleget ſind. Denn eben diejenige Männer, welche an der Verfaſſung ſolches Friedensſchluſſes den größten Theil gehabt, und von denen bald darauf ſelbigem gemäß in den Stiftern Hildesheim und Oßnabrück das Religionsweſen eingerichtet worden, haben den Catholiſchen Biſchöffen ausdrüklich unterſaget, die Conſiſtorialverordnungen aufzuheben, und ſelbigen nicht die mindeſte Gewalt in den Evangeliſchen Kirchenſachen eingeräumet, welche ihnen

Catholiſchen Landesherren gebühret vermöge der Landeshoheit keine Gewalt in den Kirchenſachen ihrer Evangeliſchen Unterthanen, wenn ſie ſelbige Anno 1624. nicht geübet haben.

ihnen jedoch verbleiben müſſen, wenn ſie diejenige Rechte behalten ſollen, welche Evangeliſche Landesherren in den Kirchen ihrer Evangeliſchen Unterthanen üben.

§. XIX.

Herr Banniza in *Subſidiis interpretationis doctrinalis Pacis Religioſae & Weſtphalicae*, hat wider ſolches alles noch neulich eingewandt, es enthalte (1.) das Oßnabrückiſche Exempel eine Exceptionem a regula, welche wegen daſiger Alternation beliebet worden, und ſey | Beantwortung der dawider gemachten Einwürfe.

(2) nicht zu begreifen, warum die Catholiſche Reichsſtände ein geringers Recht haben ſollten, als die Evangeliſche, da jedoch der Friedensſchluß Artic. 5. §. 48. eine Gleichheit unter ihnen beobachtet wiſſen wollte.

Er vermeinet (3.), man müſſe die Gerechtſame der Catholiſchen Landesherren in den Kirchenſachen ihrer Evangeliſchen Unterthanen denen Principiis der Proteſtanten gemäß feſt ſtellen, und könnten (4.) Catholiſche mit gutem Gewiſſen das Evangeliſche Kirchenregiment führen, weil ſolches nicht in der Abſicht geſchehe, die Evangeliſche Religion zu billigen, ſondern der gemeinen Ruhe halber, um zu behindern, daß nicht mehrere neue Lehren eingeführet würden.

Endlich ſetzet er (5.) dieſen Satz zum Grunde: Quidquid Catholicis expreſſe non ademtum, id omne manet conceſſum. E contra quidquid Confeſſioniſtis expreſſe non conceſſum, id omne illis videtur denegatum.

Nun iſt es (1.) allerdings an dem, daß die Oßnabrückiſche Capitulatio perpetua verſchiedene Exceptiones a regula enthält. Die Alternativa, kraft deren dieſes Stift wechſelsweiſe ein Catholiſcher und Evangeliſcher Biſchof haben ſoll, war der Obſervanz des anni decretorii ungemäß, und um ſelbige beiderſeitigen Religionsverwandten erträglicher zu machen, wurde eines und das andere auſſerordentlich eingeführet. Solches geſchahe aber nur, wenn beſondere Urſachen es erforderten. In allen übrigen bliebe man bey der Obſervanz des Jahrs 1624., und beſtättiget ſelbige die Capitulatio perpetua in den mehreſten Articuln ausdrücklich. Es ſtehet keine Urſach zu ergründen, warum man dem Catholiſchen Biſchof unterſaget haben ſollte, ſich einiges Rechts in der Evangeliſchen Kirchenſachen anzumaſſen, wenn man nicht ſolches als eine Folge der ſuſpendirten Catholiſchen geiſtlichen Gerichtbarkeit über dieſelbe angeſehen hätte. Deren Mißbrauch war der Alternativae halber im Stift Oßnabrück weniger, als in denjenigen Ländern zu fürchten, welche beſtändig Catholiſchen Landesherren unterworfen ſind. Denn in jenem kan der Evangeliſche Nachfolger im Regiment die Beſchwerden abſtellen, welche ſein Vorfahr den Augſpurgiſchen Confeßionsverwandten zugefüget hat, und die Klugheit erfordert von den Catholiſchen, daß

ſie

ſit mit den Evangeliſchen glimpflich umgehen, damit nicht dieſe, wann ihnen künftig die Landesregierung zu Theil wird, das jus retorſionis gebrauchen. Man hat es auch in beſagter Capitulatione perpetua Art. 5. wie eine ſonderbare Exceptionem a regula angemerket, als wider die Obſervanz des Jahrs 1624. etwas das Kirchenregiment betreffendes eingeräumet worden, mithin geäuſſert, daß im übrigen es bey der Regel bleiben ſolle.

Geſezt jedoch, die Oßnabrückiſche Einrichtung hätte ihre beſondere Urſachen, ſo kan man dennoch von der Hildesheimiſchen nicht mit dem mindeſten Schein ſolches vorgeben, welche obangeführtem nach eben auch die Autonomiam Conſiſtoriorum Evangelicorum beſtärket.

(2.) Haben allerdings Catholiſche und Evangeliſche vermöge Inſtrumenti Pacis Art. 5. § 48. ein gleiches Recht in den Kirchenſachen ihrer zu einer andern Religion ſich bekennenden Unterthanen. Ein jeder übet diejenige Gewalt, welche ihm Anno 1624. zugeſtanden. Catholiſchen Layen kan ſolche nach den Grundſätzen ihrer Religion damals nicht wohl zugeſtanden haben, weil ſie verbunden waren, den Catholiſchen Biſchöffen dieſelbe zu überlaſſen, mithin ſtreitet die Obſervanz des Jahrs 1624. wider dieſelbe, und obwohl ſie in ſofern mit wenigerm Recht begabet ſind, als die Evangeliſche weltliche Reichsſtände, ſo entſtehet doch daher keine Ungleichheit zwiſchen beiderſeitigen Religionsverwandten, weil, was ihnen abgehet, keineswegs denen Evangeliſchen, ſondern denen Catholiſchen Biſchöffen zuwächſet, dafern nicht die Unterthanen A. C. anno 1624. unter geiſtlichen Obern ihrer Religion geſtanden, welchenfalls ſie keines beſſern Rechts genieſen, als die Catholiſche, die ebenfalls ihren Biſchöffen unterworfen bleiben, wenn deren geiſtliche Gewalt ſich im Anno decretorio über ſelbige erſtrecket hat.

(3.) Werden die Evangeliſche gerne geſchehen laſſen, daß man ſie nach ihren Grundſätzen richte. Vermöge dieſer hat aber ein Catholiſcher und Evangeliſcher Landesherr kein gleiches Recht über die Kirchen ſeiner Evangeliſchen Unterthanen. Die aus der höchſten Gewalt herflieſſende Befugniß der Landesobrigkeit in Kirchenſachen beſtehet nur darin, daß ſie Ruhe und Friede erhalten, mithin die entſtandene Proceſſe richterlich entſcheiden darf, wenn ſolches nicht von den Gemeinden gütlich oder durch Schiedsleute und judicia conventionalia geſchehen kan. Dieſe Gemeinden mögen auch nach Gutbefinden Ordnungen machen, mittelſt ſelbiger die Art und Weiſe des Gottesdienſtes beſtimmen, und alles dasjenige verfügen, was ſie gut zu ſeyn erachten, um Gott auf die ihm gefälligſte Weiſe zu dienen, auch in der Erkenntniß ſeines Willens, und der Beſſerung des Lebens zuzunehmen. Solche Befugniß haben die mehreſte Evangeli-

ſche

ſche Gemeinden denen Landesherren ihres Glaubens übertragen, weil ſie gehoffet, es würde ſelbigen ſo wenig am Willen, als Vermögen fehlen, ihrer aller Beſtes zu befördern. Gleichwie man aber ein gleiches von der Catholiſchen Landesobrigkeit nicht erwarten kan, ſo iſt auch keinesweges zu vermuthen, daß ihr eben diejenige Gewalt von der Kirche übertragen worden, welche ſie der Evangeliſchen Landesobrigkeit ertheilet hat.

Ferner verſtatten die Principia Evangelicorum, daß durch Verträge die Gerechtſame der Obrigkeit eingeſchränket werden, und niemand in Zweifel ziehet, daß ſolches durch den Weſtphäliſchen Friedensſchluß geſchehen. Man verſtehet die Evangeliſche Rechtslehrer ſehr übel, wenn man glaubet, daß ſelbige die Gewalt, welche ſie einem Fürſten beilegen, dem keine Geſetze oder Verträge die Hände binden, unſern Catholiſchen Fürſten zubilligen, welchen der Weſtphäliſche Friedensſchluß engere Schranken ſetzet. Einiger Privatleute beſondere Meinungen geben und nehmen auch niemand etwas, und wenn man die Evangeliſche aus ihren Lehrſätzen beſtreiten will, ſo müſſen es ſolche Sätze ſeyn, die von denjenigen gebilliget ſind, wider welche man ſie gebrauchet. Denn es laufet aller Vernunft zuwider, jemanden ein Recht zu nehmen, weil einer oder der andere ſeiner Glaubensgenoſſen dafür hält, daß ihm ſolches nicht zuſtehe.

Lieget (4) demjenigen, welcher das Kirchenregiment gebührend führen will, ob, nicht etwan nur zu verhindern, daß keine mehrere von ſeinen Meinungen abgehende neue Lehrſätze angenommen werden, ſondern vielmehr ſich zu beſtreben, damit die Lehrſätze, welche die Kirche zum Grunde leget, beſtärket, folglich die Evangeliſche Religion auch gegen die Römiſchcatholiſche Widerſacher vertheidiget werde. Ein Catholiſcher Biſchof thut unter andern dem Pabſt folgende eidliche Verheiſſungen: Jura, honores, privilegia, autoritates eccleſiae Romanae, Pontificis & ejus ſucceſſorum conſervari, defendi, augeri, & promoveri curabo. Non ineſſe volo ulli concilio, foederi, vel decreto, quo quicquam contra Pontificem vel eccleſiam Romanam, eorumque jura, ſedes, honores vel poteſtatem decernitur - - - Haereticis, Schismaticis & rebellibus contra *S∙um* noſtrum Patrem ejusque ſucceſſores reſiſtam, eosque, quantum potero, perſecutionibus opprimam. Wie kann er ſich dann angelegen ſeyn laſſen, das Kirchenregiment dergeſtalt zu führen, damit die Evangeliſche Religion erhalten werde, welche der Pabſt als ketzeriſch anſiehet, und deren Uebung für einen Eingrif in ſeine Gerechtſame hält?

Endlich (5) iſt es dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß ganz ungemäß, daß die Evangeliſche jedesmahl Beweiß führen ſollen, wann ihnen die Catholiſche eine Befugniß in Religions- und Kirchenſachen ſtreitig machen. Herr Banniza

begehet die Fallaciam petitionis principii, wenn er voraus ſetzet, daß jener Gerechtigkeiten ſich auf der Catholiſchen Conceſſiones gründen. Darüber ſtreitet man eben: Ob die Catholiſche rechtmäßige Beſitzer oder Uſurpatores ſolcher Güter und Gerechtſame, mithin zu deren Erlangung ihre Conceßion nöthig geweſen? Die Proteſtanten verneinen das leztere, und leiten ihre Religions- und Kirchenfreiheit aus dem natürlichen Recht und der Lehre unſers Heilandes her. Geſchiehet dieſes mit Fug, ſo ſind die in den Reichsgeſetzen enthaltene Einſchränkungen ſolcher Freiheit ſtricte zu erklären, und dafür zu halten, quidquid non expreſſe conceſſum Catholicis in eccleſia Evangelica, id omne illis denegatum. Weil es aber unmöglich war, ſich während der Religionsſpaltung in dieſem Streit eines gewiſſen Principii zu vereinbaren, ſo wurde einmüthig beliebet, ihn ohnentſchieden zu laſſen, und nur das Poſſeſſorium auszumachen, mithin jedwedem die Rechte und Güter zu gönnen, welche er Anno 1624. beſeſſen hat. Man kan alſo nicht ſagen, daß die Augſpurgiſche Confeßionsverwandte jedesmahl und mehr den Beweiß führen müſſen, als die Catholiſche. Verträge ſind nach dem Sinn derjenigen, welche ſie errichtet haben, zu erklären Wer mag ſich aber vorſtellen, daß die Evangeliſche, welche zur Zeit des Weſtphäliſchen Friedensſchluſſes die ſtärkſte waren, und von denen Adamus ADAMI *in Relat. Hiſtor. de Pacificatione Weſtphalica c.* 14. §. 1. ſchreibt, eos nil gravius tuliſſe, quam religionem ſuam a Catholicis vel in minimo ſuperari, damals *eingeräumet* haben, daß ſie ihre Kirchenrechte und Güter mit Unrecht beſeſſen, wann ihnen die Catholiſche ſolche nicht zugeſtanden hätten, und alſo derſelben Conceßion bey erwachſenden Streitigkeiten jedesmal zu erweiſen, von denenſelben übernommen worden.

Sie-

Siebende Abhandlung.

Von Religionskriegen.

§. I.

Einen der gehäßigſten Vorwürfe, womit der chriſtliche Glaube von den Freigeiſtern angefochten wird, veranlaſſet der Religionshaß, welchem die Chriſten nur gar zu oft den Zügel ſchieſſen laſſen. Der bekannte TINDAL in dem Buch: **Beweiß, daß das Chriſtenthum ſo alt, als die Welt,** ſchreibet nach der Teutſchen Ueberſetzung p. 86. „Wenn die Liebe, welche in ſich begreiffet, daß man ſeinen Nebenmenſchen alles mögliche gute erweiſet, um des „Glaubens willen ſoll abgeſchaffet werden, oder wenn die Ausſchlieſſung von „allen Ehrenämtern, Geldbuſſe, Gefängniß, Staupenſchlag, Galgen, Folter „und Feuer, Proben der Liebe ſind, ſo haben die Chriſten es allen andern Menſchen in den Werken der Liebe längſt zuvorgethan.“ Indem derſelbe, aber gleich hinbey füget: „Allein die Beſchreibung, welche der Heilige Paulus von „der Liebe giebet, will ſogar nicht haben, daß wir andern Leid zufügen ſollen, „daß ſie vielmehr ſelbſt lange zuſiehet, nicht das ihrige ſuchet, alles erträget, „alles erduldet, und uns auf das ernſtlichſte anbefielet, eben ſo zu thun; ſo hebet er ſelbſten den gemachten Zweifel, und bekennet, daß die Verfolgungen, welche ein Chriſt vom andern des Glaubens halber erduldet, dem wahren Chriſtenthum zuwider laufen. Es iſt von verſchiedenen auf eine überzeugende Art erwieſen, daß die Lehren derjenigen, welche das Gegentheil behaupten wollen, mit der Vernunft und Lehre Chriſti auf keine Weiſe vereiniget werden können. Meine Abſicht gehet nicht dahin, die Frage allhier zu erörtern: Ob das Göttliche Geſetz erlaube, zu Ausbreitung der chriſtlichen Religion Zwangsmittel zu gebrauchen? Ich will mich nur bemühen zu zeigen, wie kein vernünftiger Menſch, er ſey Catholiſcher oder Evangeliſcher Religion, bey gegenwärtiger Beſchaffenheit der Welt, einen Religionskrieg anrathen könne, wenn er gleich nicht allen Religionszwang für unerlaubet hält, mithin ein ſolcher ſchwerlich entſtehen werde, dafern man nicht, unter dem Dekmantel der Religion, politiſche Abſichten zum Nachtheil beiderſeitiger, Religionsverwandten zu erreichen ſuchet.

Die Religion durch Gewalt der Waffen auszubreiten, iſt nicht nur unrecht, ſondern laufet auch bey jetziger Beſchaffenheit der Welt denen Regeln der Klugheit zuwider.

§. II.

Die Römiſchcatholiſche misbilligen ſolches, wenn daraus mehr böſes, als gutes entſtehen wird.

Ich ſetze voraus, daß auch diejenigen, welche wider vermeinte Irrglaubige gewaltſame Mittel brauchen würden, wenn keine Hinderungen im Wege lägen, gleichwohl dafür halten, es ſey ein jeder bey ſeinem Glauben ohngekränkt zu laſſen, falls es glaublich, daß der Gewiſſenszwang und ein Religionskrieg mehr böſes als gutes würken werde. Die Proteſtanten können ſolches nicht in Zweifel ziehen, als welche nach den Grundſätzen ihres Glaubens ſelbigen niemand aufdringen dürfen. Auch vernünftige Römiſchcatholiſche Gottesgelehrte pflichten dieſer Lehre bey, und kluge Staatsleute bringen ſie bey aller Gelegenheit zur Uebung. Der Jeſuit BECANUS in ſeinem *Manuali controverſiarum Lib. 3. c. 15. n.* 10. behauptet: licitam eſſe tolerantiam, quando non poteſt impediri haereſis, vel ex permiſſione ſperatur majus bonum, vel ex ea evitatur majus malum, quod aliter evitari non poteſt; und der Graf von Trautmansdorf führete bey den Weſtphäliſchen Friedenshandlungen denen Catholiſchen zu Gemüthe, conſilia plurimorum Theologorum in hanc rem varie adhibita, qui omnes una conſentiant, poſſe pro ſtabilienda in imperio pace haereticis non ſolum ad annos aliquot, ſed imo indefinite usque ad religionis concordiam in Germania relinqui bona eccleſiaſtica (a). Das Concluſum, welches die Kaiſerliche Theologi damals von ſich geſtellet, führet auch ausdrücklich im Munde, „daß nach Rath und Gutachten vortreflicher Theologorum & Politicorum zu „Erhaltung der Ruhe und Einigkeit im Heiligen Römiſchen Reich beſſer und „verträglicher ſey, die Repetitiones der geiſtlichen Güter allerdings einzuſtellen, „bis ſich eine gemeine Vergleichung der Religionsſtreitigkeiten durch Gottes Gna„de ereignen thäte (b).“ Es lege daher Kaiſer Ferdinand III. zum Grunde der ſeinen Geſandten am 11ten Jan. 1646. ertheilten Inſtruction, „daß ihm erlau„bet ſey eine Diſpoſition de bonis eccleſiaſticis pro pace publica imperii zu ma„chen, dummodo intendat pro virili avertere majus periculum, & aliunde dam„num reſarcire (c); und in einer andern Kaiſerlichen Inſtruction vom 24ten April 1646. heiſſet es gar merkwürdig: „Ich weiß auch genug den Vortheil, ſo „Schweden dadurch an der Weſer und Elbe erlanget, aber ich vernehme weder „von dem Biſchof von Oßnabrück, noch andern ſeinen Catholiſchen oder auch „uncatholiſchen Mitſtänden nicht, wie ſie mir getrauen, zur Continuation des „Krieges unter die Arme zu greiffen, und von dergleichen Petitis die Cron Schweden „mit Gewalt abzuhalten, ja was noch mehrers iſt, wie ſie die Chriſten gegen „den Erbfeind chriſtlichen Namens (durch deſſen Vorbruch nicht ein Stift, ſon„dern deren viel und mit viel tauſend Seelen extinguiret, und in ewige Dienſt„barkeit gebracht werden können) mir retten, ſchützen und helfen wollen, deren

„Ver-

„Verantwortung mir gleichwohl von Gott auch anvertrauet, und welcher Ver„luſt dies Orts, und vor das Reich ſelbſt weit gröſſer, als dorten iſt (d).

(a) Adami de pacificatione Oſnabrugo-Monaſterienſi *c. XI.* §. 3. *pag.* 209.

(b) Herr Appellationsrath Gaertners Weſtphäliſche Friedenscanzley *P.* 9. *p.* 874.

(c) Gaertner *d. l. P.* 7. *p.* 488.

(d) Gaertner *d. l. P.* 9. *p.* 192. 193.

§. III.

Einige ſcheinen zwar eine andere Meinung zu hegen.

Man wird hierwider einwenden, daß dieſe Lehre nicht aller Römiſchcatholiſchen Beifall finde. Der Reichshofrath Gebhard erzehlte Anno 1647. dem Schwediſchen Reſidenten Snoilsky: „man hätte wohl vier Jahr conſuliret, „und der Theologorum in Oeſterreich und Baiern Iudicia begehret, ob man „die Stifter mit gutem Gewiſſen ewig weggeben könnte? Die Oeſterreicher hät„ten geſaget: ja, daß es pro pace publica obtinenda wohl ſeyn könnte, die „*Bairiſchen* hätten allemal das Contrarium ſtatuiret, da hätte der eine Teufel „*zu einem* Loch alſo, der ander zum andern heraus geblaſen. Der Churfürſt „hätte deswegen niemals gerade heraus gehen wollen, und wenn der Kaiſer „ex plenitudine poteſtatis hätte durchdringen wollen, ſo hätten alle diejenige, „*ſo aus* Scheineifer den Heiligen die Füſſe abbeiſſen wollen, dagegen geſchrien: Man wolle Chriſtum aufs neue creutzigen (a). Der Römiſchcatholiſchen Cleriſey iſt wohl eher Schuld gegeben, daß ſie den Türken mehr gutes gönne, als den Proteſtanten, und ließe ſich Churſachſen gegen den Churbrandenburgiſchen Abgeſandten von Ruck Anno 1682. vernehmen: ſibi certo conſtare, bellum demum ſuper ſacris oriturum, ac Ieſuitas, qui in praeſens Galliae rationibus innexi ſint, apud Pontificem impedire conari, ne Caeſari ſuppetiae adverſus Turcam ſubmittantur, ea ratione adducta, quod Gallus promiſerit, ſi autoritatem ſuam in Germania, quo ſpes ſit, provehere queat, ita ſe res temperaturum, ut per pacem Weſtphalicam detracti Romanae eccleſiae ſedecim praeſulatus ac omnia reliqua bona ſacra eidem reſtituantur. Unde ſi maxime in Hungaria Sedi Romanae per Turcarum progreſſus quid detrahatur, id tamen decuplo in Germania penſatum *iri* (*b*). Es ſoll auch der Päbſtliche Nuntius Caraffa Kaiſer Ferdinand II. zu überreden geſuchet haben: Eſſe bonum politicum imperii extirpationem haereſium, non habito humano quocunque reſpectu (c).

(a) Meiern Acta Pacis Weſtphalicae *Tom.* 5. *p.* 18.

(b) Pufendorf Rer. Brand. *L.* 18. §. 79.

(c) Pfanner Hiſt. Pacis Weſtph. *Libr.* 1. §. 16.

§. IV.

Dieſe wird aber bey Staatsverſtändigen ſchwerlich Eingang finden.

Dieſes alles aber erweiſet nicht, daß die Menſchen ihre eigene Erhaltung dem Religionseifer aufzuopfern pflegen. Vermuthlich zogen die Bayerſche Theologi nicht den Satz, welchen ich zum Grunde lege, ſondern daß er bey damaligen Umſtänden Platz finde, und die Gefahr ſo groß ſey, in Zweifel. Der Päbſtliche Nuncius und die Jeſuiten mögen ſich zwar wohl bemühet haben, ihrer Cleriſey Beſtes mit des Hauſes Oeſterreich Schaden zu befördern, und ich glaube gerne, daß der Religionseifer dergleichen Rathſchläge mehrmalen veranlaſſet hat. Bey ſtaatsverſtändigen Männern, und auch denjenigen, welche, wenn es die Umſtände leiden, nichts unterlaſſen, um ihre Religion auszubreiten, finden ſie aber ſelten Beifall. Sie bemühen ſich zwar vielfältig einen Vortheil zu erwerben, wenn es ohne ihren Schaden möglich iſt, und ich will unten zeigen, wie die Cron Frankreich, ſo oft es die Staatsabſichten verſtattet haben, den Römiſchcatholiſchen Kirchen ſtarken Beiſtand wider die Proteſtanten verliehen, daß ſie hingegen dieſe auf das Beſte wider jene vertheidiget hat, wenn ſie deren Hülfe gegen ihre Römiſchcatholiſche Feinde benöthiget geweſen. Die gänzliche Unterdrückung der Proteſtanten würde aber (wie ich demnächſt ausführen will) den mehreſten Römiſchcatholiſchen Staaten, und ſelbſt der Cleriſey Nachtheil bringen. Meinungen, die nicht nur auf ſtarke Gründe gebauet ſind, ſondern auch die menſchliche Leidenſchaften vergnügen, finden *in unſere* Herzen gar bald Eingang. Was iſt aber natürlicher, als daß man ſeine eigene Erhaltung für allen ſuche, und ſelbige nicht deswegen in die Schanze ſchlage, damit andern geholfen, folglich vermeinte Irrgläubige auf den rechten Weg gebracht, und das Reich des Pabſts erweitert werde? Es ſind (1) alle Religionskriege, welche zwiſchen den Römiſchcatholiſchen und Proteſtanten bisher entſtanden, nicht bloß in ſolcher Abſicht geführet, ſondern man hat mit einer Klappe mehrere Fliegen ſchlagen, und die führende politiſche Abſichten zugleich befördern wollen. Wenn auch (2) ſich die eifrigſte Römiſchcatholiſche Könige ihrer mächtigern Feinde nicht erwehren können, ſo haben dieſelbe kein Bedenken getragen, mit vermeinten Ketzern wider ihre Glaubensverwandte Bündniſſe zu machen.

§. V.

Die Religionskriege, welche zwiſchen den Römiſchcatholi-

Was (1) die Religionskriege anlanget, ſo ſchreibet Basnage (a) ganz recht: L'article de la religion a pu faire un motif de Guerre dans ce ſiecle tenebreux & ignorant, ou l'on croyoit rendre ſervice à Dieu en ſe croiſant, ou les Papes voulans ſoumettre les Princes à leur obeiſſance, les envoyoient ſous pretexte de devotion, commettre des crimes enormes, des attentats inouis, & uſurper

per des provinces & des royaumes ſur les legitimes poſſeſſeurs. Mais les Princes revenus de cet aveuglement, n'employent plus dans leurs declarations de guerre dans les alliances, qu'ils ſont, les motifs de la Religion, que pour eblouir les pretres & les ſots. Kaiſer Carls V. Abſicht gienge wohl mit dahin, die Proteſtanten zu unterdrücken. Es war ihm aber nicht allein darum zu thun, ſondern er ſuchte fürnemlich eine ohnumſchränkte Gewalt in Teutſchland zu erwerben, und die ihm den Kopf bietende mächtigere Fürſten zu erniedrigen. Doch konnte er dieſes ohne der Proteſtanten Hülfe nicht thun, und wäre ſchwerlich ſo weit kommen, wann er nicht Herzog Moritz von Sachſen auf ſeine Seite gebracht hätte. Als aber dieſer Herr verſpürete, omnia eo ſpectare, ut ſub durum ſervitutis jugum miſſa Germania, illam tandem Europae totius monarchiam pariant, quam tot jam annis parturiant (b), ſo verließe er die Parthey des Kaiſers, und eben derjenige König Heinrich II. von Frankreich, welcher ſeine Proteſtantiſche Unterthanen ſo ſehr mißhandelte, trug kein Bedenken, ihm Hülfe zu leiſten, die Proteſtanten in Teutſchland vom Untergang zu erretten, weil er wohl ſahe, daß deren Verderben auch ihn nöthigen würde, ſich unter das Oeſterreichiſche Joch zu beugen. Das Interim, welches der Kaiſer einzuführen ſuchte, giebet zu erkennen, wie er die Ausrottung der Proteſtanten bey damaligen Umſtänden für unmöglich gehalten, und deswegen die Mittelſtraſſe nehmen, mithin beide Theile vergnügen wollen. Wie ſtarken Einfluß die Begierde das Haupt einer mächtigen Parthey zu ſeyn, und dadurch groſſe Vortheile, ja wohl Cron und Zepter zu erlangen, in den Religionseifer des Hauſes Guiſe gehabt (c), daß die Prinzen von Condé auch mehr als die bloße Religionsfreiheit durch die Anführung der Proteſtanten zu behaupten getrachtet, und wie ſo gar die Königin Catharine von Medicis bey dieſen Zwiſtigkeiten ihre Rechnung zu finden vermeinet, mithin daher ſo mancher blutiger Religionskrieg in Frankreich entſtanden, iſt ſattſam bekannt. Der Duc de Nevers ſchreibet (d) davon alſo: Chacun a été aſſez eclairé s'il a voulu, que toutes les guerres, qui ont été faites depuis careme prenant de l'année 1560. qu'elles commencerent à eclorre à Amboiſe, jusques à maintenant, ont été toutes entrepriſes par des Huguenots & des Catholiques ſous pretexte de la religion & du public, pour s'en ſervir ſeulement de voile à ſouler leur ambition effrenée. Les uns pour s'etablir en autorité pres de nos Roys, comme ils y etoient auparavant, & qu'ils deſiroient d'y etre, & les autres pour empieter la Couronne, & non pour reſtaurer la religion, & ſoulager le peuple. Und der Jeſuit Maimbourg läſſet ſich von der Catholiſchen Ligue folgender geſtalt vernehmen (e): La pluspart de ceux, qui s'y precipiterent aveuglement avec tant d'ardeur & de paſſion, & principalement les pen-

ſchen und Proteſtanten bisher geführet, worden haben fürnemlich politiſche Abſichten veranlaſſet.

peuples, les eccleſiaſtiques, & les moines, ne furent que les dupes de ceux, qui formerent cette cabale, ou l'ambition, la malice, & l'interet eurent plus de part, que la religion, qui n'y entra qu'en apparence, pour tromper le monde. Die Niederländiſche Unruhe rührete auch nicht allein von der Religion, ſondern fürnemlich mit daher, daß man die Eingebohrne von den wichtigſten Geſchäften ausſchloſſe, fremden verhaßeten Perſonen das Ruder des Regiments in die Hände gab, und der Stände Privilegia kränkete, maſſen ſich unter den mißvergnügten und als Rebellen mit der Todesſtrafe belegten, ſowohl Catholiſche, als Proteſtanten fanden (f). Daß den teutſchen 30jährigen Krieg nicht nur Religio, ſondern auch Regio, nemlich der Streit um das Königreich Böhmen veranlaßet hat, weiß jedermann. Beſonders aber iſt es merkwürdig, daß nach dem Bericht des Römiſchcatholiſchen Grafen Khevenhuller (g) ein Cardinal, nemlich Richelieu, um die Oeſterreichiſche Macht zu ſchwächen, Kaiſer Ferdinand II. durch übermäßig eifrige Geiſtliche bewegen laſſen, zu gleicher Zeit ſein Kriegesvolk abzudanken, und die Reſtitution der geiſtlichen Güter den Proteſtanten anzumuthen, auf daß er dieſe zu ſeinen unverſöhnlichen Feinden machen, Frankreich aber Gelegenheit geben möchte, mit Heeresmacht in Teutſchland zu ziehen, und gegen Verſprechung der Religionsfreiheit zum Kaiſerthum zu gelangen; welches beſagter Graf billig als einen Fehler des Kaiſers anſiehet, und alſo die Meinung, daß kluge Leute, die ſich mit Herz und Mund zur Römiſchen Kirche bekennen, dergleichen Eifer misbilligen, folglich ganz andere Rathſchläge von denſelben zu erwarten ſind, ſtattlich beſtärket.

(a) Annales des Provinces unies *Tom. II. p.* 374.
(b) Sind Worte Thuani Hiſt. *Lib.* 10. *p.* 188. In den Memoires des Duc de Nevers *Part. II. p.* 3. 4. 5. 6. wird Kaiſer Carls V. ſchlechter Religionseifer mit mehren gezeiget.
(c) Bayle Diction. Hiſt. crit. art. Guiſe.
(d) *d. l. p.* 2.
(e) Hiſtoire du Calviniſme *p.* 490. 491.
(f) Hiſtoire des Provinces Unies des Païs Bas par Mr. le Clerc *Tom. I. p.* 14. 15. 326.
(g) Annal. Ferdinand. *Tom. XI. p.* 427. 428. 429. 430.

§. VI.

Und ſelbſt Römiſchcatholiſche vielfältig

Aus ſolcher Lehre fließen denn auch (2.) die häufige Bündniſſe der Römiſch-Catholiſchen Mächte mit den Proteſtanten, kraft welcher jene von dieſen wider den Gewiſſenszwang zum öftern vertheidiget worden.

Man

Man hat zwar des Hauſes Oeſterreich übermäßigen Religionseifer längſt bemerket (a), und ließe Churfürſt Friedrich Wilhelm zu Brandenburg Anno 1657. an die Dänen dieſe Warnung ergehen: Ne nimium confiderent Auſtriacis, quod experientia teſtetur, nondum Proteſtantium quempiam felici ſucceſſu cum iis ſeſe conjunxiſſe, aut iisdem ſociatum diu durare potuiſſe; quod, quicquid verbis jactent, deſtinata ſua praecipua ad propagationem Romanorum rituum dirigant (b.) Er erinnerte auch Anno 1658. durch ſeinen Geſandten Jena am Kaiſerl. Hofe: ſe hactenus perſpexiſſe, Anglos juxta Belgasque ab Auſtriacis partibus abhorrere, quod Caeſar Proteſtantes ita acriter perſequatur, unde iſtos religioni ſibi ducere, conſilia viresque ſuas firmandis Auſtriacis impendere, a quorum victoria ſuis ſacris exitium immineat (c). Ingleichen mußte der Churbrandenburgiſche Geſandte Brand Anno 1673. am Kaiſerl. Hofe vorſtellen: Caeſaris majores ſatis agnoviſſe, nulli Principum jus eſſe ad conſcientias civium cogendas, ac magnopere dolendum eſſe, Principibus domus Auſtriacae, ac cumprimis Caeſari, congenitae clementiae ac benignitatis gloria conſpicui, pravorum ſacerdotum inſtinctu hanc maculam inuri, ut in fidiſſimos civium ideo duntaxat ſaeviant, quia Deum ad ſimplicem oraculorum ſuorum ductum colere volunt, inſuper habitis interpretamentis atque additamentis, ſacerdotum ambitioni atque avaritiae alendae inventis: quo inſtituto nil Domui iſti pernicioſius eſſe, optimis civibus ac integerrimis nationibus ab ejus amicitia alienatis (d). Inzwiſchen iſt doch dieſer Religionseifer nimmer ſo weit gangen, daß man, um die Proteſtanten zu unterdrücken, ſich vorſetzlich ſelbſt in Gefahr ſtürzen wollen, unterdrücket zu werden. Der Comte de Brienne beſchuldigte vielmehr die Oeſterreicher Anno 1645., daß die Religion nur ein Deckmantel ihrer ganz andere Abſichten habenden Handlungen ſey, mit folgenden Worten: Lesquels Deputez ont pris connoiſſance d'un Traité conclu entre ceux de la Maiſon d'Autriche & les Seigneurs des Ligues, auxquels par exprés il eſt ſtipulé, qu'ils abandonnent l'interet & la fortune des Catholiques & conſentent, que la Religion Proteſtante ſoit etablie à Chiavenne & pour contrechange ont ſtipulé, que leur Alliance ſeroit ſeule, & excluroit celle de France. Ainſi ils ne ſe ſont pas contentez de ruiner la Religion Catholique, & d'en etablir une heretique, mais ont mis tous les empechemens, qui pouvoient dependre d'eux, pour empecher qu'ils ne fuſſent ſoulagez. Qui examinera bien ce procedé, avouëra, que la religion ne leur eſt en nulle conſideration, & qu'ils ne s'en ſervent de pretexte, qu' à defaut de tout autre (e). Gewiß iſt es, daß der eifrig Catholiſche Kaiſer Leopold kein Bedenken getragen, die Proteſtanten in Holland und England vom äuſſerſten Verderben erretten zu helfen. Von dem zum Beſten der Holländer mit Churbrandenburg Anno 1672. errichteten Bündniß ſchreibet

der Proteſtanten Gewiſſensfreiheit vertheidigen helfen, auch mit ihnen Bündniſſe wider ihre Glaubensverwandte gemachet.

Pufendorf ſehr merkwürdig alſo: Nimirum Gallus per obnoxios ſacerdotes omnibus Catholicis Principibus, ac praecipue Caeſari & Hiſpano ingeſſerat, ſibi nil aliud propoſitum, quam haereſin in munitiſſima ſua arce expugnare, per manifeſtam Numinis gratiam validiſſimis ejusdem propugnatoribus Anglis atque Belgis jam in mutuam deſtructionem incumbentibus, velut divinitus immiſſo furore, uti quondam hoſtes populi Iſraelitici in mutua vulnera ruentes. Quibus offuciis effectum fuerat, ut Caeſar, candidi juxta devotique animi Princeps, ſcrupulo conſcientiae ab iſtis indito fascinatus, per otium ſpectaturus, videbatur Belgium ſubverti, ni Elector torpentem excitaſſet, ut tandem animadverteret, incendium poſt conſumtas vicinorum aedes mox ad alios trajecturum, ac haut pernicioſius graſſari ambitionem, quam religionis larva adornatam (f). Selbſt der Pater Emmericus riethe den Krieg wider Frankreich an, ob wohl es zu Wien an Leuten nicht fehlete, qui coeca ſuperſtitione imbuti, gaudebant a Gallo haereticos, quos ipſe in odium domus Auſtriacae foverat, nunc ultro oppugnari, ac nemeſin divinam manifeſte inde perſpici, quod is partim adjuvantibus, partim conniventibus Principibus proteſtantibus magnum iſtum haereticorum nidum deſtruat, ubi omnes tam eccleſiae quam Principibus ſuis rebelles aſylum invenerint, & unde tot libri pro nova doctrina propugnanda per orbem ſparſi ſint (g). Der Kaiſerl. Hof bliebe aber beſtändig bey der Meinung, daß weder das Haus Oeſterreich, noch Teutſchland ſeine Freiheit wider Frankreich ohne ein Bündniß mit *Holland* behaupten könne (h). Als König Jacob II. von Großbritannien ſeinen unzeitigen Religionseifer mit dem Verluſt dreyer Königreiche büſſen mußte, und König Wilhelm die zum Verderben der Proteſtanten in England gefaßte Rathſchläge zu Waſſer machete, vereinigte ſich auch Kaiſer Leopold mit dem letztern, weil es nicht möglich war, der Franzöſiſchen Sclaverey auf andere Art zu entgehen (i).

(a) Pufendorf *d. l. Lib.* 13. §. 13.
(b) Pufendorf *d. l. Lib.* 6. §. 59.
(c) Pufendorf *d. l. Lib.* 7. §. 63.
(d) Pufendorf *d. l. Lib.* 11. §. 84.
(e) Gaertner in der Weſtphäliſchen Friedenscanzley *P.* 4. *p.* 58. 59.
(f) *d. l. p.* 50.
(g) Pufendorf *d. l. Lib.* 11. §. 51.
(h) Pufendorf *d. l.* §. 97.
(i) Vassor Hiſtoire de Louis XIII. *Tom* 3. *Lib.* 14. *p.* 515.: Si les Princes & les Etats Proteſtans obligez de penſer à leur propre conſervation, n'euſ-

n'euſſent pas ſoutenu la Maiſon d'Autriche prete à ſuccomber, que ſeroit elle devenuë en Eſpagne & en Allemagne.

§. VII.

Der Catholiſchen Könige in Spanien Eifer für die Römiſchcatholiſche Religion erſtrecket ſich nicht weiter. Ihre Glaubensgenoſſen ſchreiben, daß man den Spaniern Schuld gegeben, ſie hätten dem Marachal de Bouillon, welcher das Haupt der Reformirten in Frankreich ſeyn wollen, wider ſeinen Römiſchcatholiſchen König nur mit Gelde Beiſtand zu leiſten verſprochen, weil er keine Hülfsvölker begehrte, um ſich bey den Seinigen nicht verhaſſet zu machen (a). Der Cardinal Ludoviſius, des Pabſts Nepote, ließ ſich in einem Schreiben an den Päbſtlichen Nuntium zu Madrit Anno 1623. alſo heraus: „Dann einer Seiten wollen ſie (die Spanier) und die Valtelina, als wenn wir da Mitleiden „haben mögten, wegen der daraus verhoften Gelegenheit zu ihrem Nutzen nicht „abtreten laſſen, anderer Seits wollen ſie dem Pfalzgrafen, damit die Engeländer wider die Holländer aufgehetzet werden, wieder auf den Fuß helfen, „und, was mehr, lieber ſich dem Pfalzgrafen, als dem Herzog aus Baiern, „wegen der Aemulation zum Römiſchen Reiche, vertrauen. Wo iſt nun jetzt „Religion, Gewiſſen und Mitleiden, davon man in allen Occaſionen ſoviel Geſchrey machet? Und mit alle dem vermeynen ſie noch, wir ſind ſo einfältig, daß „wir ihren Demonſtrationen Glauben geben. Hinführo aber mögen ſie wohl „andere Farben und Manieren, damit ſie uns, daß ſie ihre Waffen allein zu „Beſchützung der Catholiſchen Religion gebrauchen, verfärben, und glaublich „machen mögen, ſich ausſuchen, weil das friſche Exempel, ohne daß man ſich „um andere umſehen darf, uns ewig vor Augen liegen, und gewiß dis Gedächtniß bey der lieben Poſterität von der wenigen Gottesfurcht des gegenwärtigen Spaniſchen Königes und ſelbiger Crone behaften wird (b). Die mehreſte Spaniſche Miniſtri widerriethen auch ihrem König, Frankreich behülflich zu ſeyn, „den Reformirten die Rochelle zu nehmen, weil, ſo lange der Hugenotten befeſtigte Oerter in Frankreich in eſſe, der König fremde Impreſſen „vorzunehmen gebunden ſey, und wenn er ſich derſelben bemächtigen ſollte, „ſeine Gedanken weiter zu des Erzhauſes merklichem Abbruch an Autorität, Reputation, Land und Leuten ſetzen, und vielleicht viele Sachen behaupten; Zudem der König von Spanien hievon weder bey Gott, noch den Menſchen ein „Meritum und Dank erhalten würde: Denn durch dieſe Eroberung der Stadt „Rochelle wäre der Religion nichts geholfen, weil man die Reformirten doch „frey laſſen würde, und daß der Krieg nur zu mehrerer Macht des Königes von „Frankreich angeſehen, welche jemehr ſie zu- jemehr des Erzhauſes ſeine ab- Von der Cron Spanien.

 „nehme:

„nehme: Derohalben unbedächtlich ihm ſelbſt Ungeziefer in den Pelz zu ſetzen (c). Der groſſe Feldherr Spinola hielt es ſo gar für nöthig zu verhindern, daß ſich Frankreich Meiſter von dieſer Stadt machte, und den Reformirten Beiſtand zu leiſten. Der Spaniſche Hof faſſete auch würklich dieſen Entſchluß, jedoch zu ſpät, und wurde nicht ſowohl durch den Religionseifer eine geraume Zeit daran verhindert, als vielmehr durch die Hofnung, währender innerlichen Franzöſiſchen Kriege, die Niederlande unter das Joch zu bringen, und ſich des Valtelins zu bemächtigen (d). Vassor (e) erzehlet von der Handlung mit den Reformirten folgende merkwürdige Umſtände: Philippe voulut que ſes propoſitions du Duc de Rohan fuſſent examinées dans ſon Conſeil de conſcience. En voici la Reſolution: Que ſa Majeſté Catholique obligée à procurer la conſervation des Etats & des Roiaumes, que Dieu lui a donneé, peut ſe ſervir de tous les moiens licites & neceſſaires. Qu'ajant recu & recevant tous les jours des dommages conſiderables, par le ſecours, que les Rois de France ont accordé & accordent encore à des ſujets revoltez en Hollande & ailleurs contre leur Souverain legitime, ſans que ſa Majeſté Catholique ait donné ſujet aux Rois de France d'en uſer de la ſorte, elle peut en conſcience accepter les offres du Duc de Rohan. L'affaire fur concluë le 3. Maj., & un Secretaire d'Etat ſigna le traité conjointement avec Clauzel. Dieſer Hiſtorienſchreiber (f) beſchuldiget die Spanier, daß ſie gleich den Franzoſen nicht nur zu ihrer Erhaltung, ſondern um andere zu unterdrücken, das Beſte der Religion aus den Augen ſetzen, alſo: Il y a longtemps que les Maiſons d'Autriche & de France font de pareilles recriminations l'une contre l'autre. Diſons la verité. Toutes deux ont ſouvent raiſon. Uniquement attentives à leur agrandiſſement elles violent egalement les regles de la juſtice, & ſacrifient l'avantage de leur Religion à leurs interéts particuliers. Dieſes geſchahe auch Anno 1661, als man ſich bemühete, König Carl II von Engeland zu bewegen, eine Proteſtantiſche Prinzeßin zu heirathen, damit die Portugieſiſche den Großbritanniſchen Thron nicht beſteigen mögte, welches Vertot (g) alſo erzehlet: Le Roi d'Eſpagne fit offrir à Charles jusqu'à trois millions, s'il vouloit epouſer une Princeſſe Proteſtante, & ſon Ambaſſadeur lui propoſa les Princeſſes de Dannemarc, de Saxe & d'Orange, & il lui dit, que le Roi ſon maitre marieroit comme ſa fille la Princeſſe, ſur laquelle ſon choix tomberoit; mais le Chancelier d'Angleterre repreſenta ſi vivement au Roi, quel interet il avoit à maintenir la Maiſon de Bragance ſur le Throne, & à ne pas ſoufrir, que tontes les Eſpagnes fuſſent ſous la domination du meme Prince, qu'il determina Charles II., epouſer l'Infante; & on vit un Miniſtre Proteſtant faire epouſer à ſon Roi une Princeſſe Catholique, pendant qu'un Prince de cette communion offroit

des

des treſors, pour l'engager à ne ſe marier qu'avec une Princeſſe Proteſtante; tant il eſt vrai que la raiſon d'Etat eſt la première Religion de Souverains, qui ne conſultent, que leur interet. Wie man in neuern Zeiten ſelbſt in Spanien ſich der Proteſtanten wider Catholiſche Feinde gerne bedienet hat, iſt bekannt, und ſchriebe der Kaiſerl. Abgeſandte am Spaniſchen Hofe Graf von Harrach am 8ten Nov. 1697. an den Kaiſer Leopold: Tout le monde ſait ici, que les deux tiers des Troupes, que le Prince Darmſtad y a conduit, & dont le nombre etoit de cinq mille hommes, ſont Lutheriennes: Cependant elles ont eté fort bien recues; & mieux traitées des Catalans, que les autres. Celles qui y ſont encore, ſont ſi contentes, qu'elles ne ſouhaitent rien moins, que de retourner chez elles; Il y a longtemps, que les Eſpagnols ſont revenus de leurs anciens prejugés, & qu'ils ſavent auſſi bien que nous, que les heretiques ſont hommes comme eux, ils ne s'imaginent plus, de trouver en leurs perſonnes la figure d'un ſatyre, ou les pieds d'un bouc, ou d'un oye, ayant ſouvent experimenté leur ſincerité, & une fidelité, qu'ils ſouhaiteroient trouver parmi les Catholiques (h).

(a) Perefixe Hiſtoire du Roi Henri le Grand *p.* 408.

(b) Khevenhuller *d. l. Tom. X. p.* 69.

(c) Khevenhuller *Tom. XI. p.* 342. Siehe auch die Ambaſſade du Marechal de Bassompierre en Eſpagne *p.* 60 61.

(d) Vassor Hiſtoire de Louis XIII. *Tom.* 5. *p.* 710. 711. 771. *Tom.* 6. *p.* 67.

(e) Vassor *d. l. Tom.* 6. *p.* 66.

(f) Vassor *d. l. Tom.* 8. *Lib.* 38. *p.* 551. 552.

(g) Hiſtoire des revolutions de Portugal *p.* 144. Siehe auch die Memoires d'Ablancourt *p.* 74. 75.

(h) Memoires de Ferdinand Bonaventure Comte d'Harrach *Tom.* I. *p.* 166. 167. 168.

§. VIII.

Von der Cron Frankreich.

Frankreich hat niemals in Zweifel gezogen, daß es erlaubet ſey, mit vermeinten Irrgläubigen wider die Rechtgläubige Bündniſſe zu machen. König Franciscus I., Heinrich II. und Heinrich III. verbanden ſich mit den Proteſtanten auf das genaueſte (a). Heinrich IV. that es nicht weniger, und ſelbſt die Eiferer, welche dieſem König die Crone ſtreitig machten, weil er der Reformirten Religion zugethan war, gebrauchten Proteſtantiſches Kriegesvolk, wie denn der päbſtliche Legat Cajetan ſich nicht wenig darüber ärgerte, daß ihn die Ligiſten von Dijon nach Paris durch ſelbiges begleiten ließen (b). Der Cardinal Richelieu wußte ſein Gewiſſen nach reifer Ueberlegung der Sache ſehr wohl zu beruhigen, wie man ihn glauben machen wollte, daß es ſündlich ſey, den Ketzern

zern beyzuſtehen (c). Den Proteſtanten in der Schweiz und Teutſchland gediehe deswegen zu ſeiner Zeit ſtarke Franzöſiſche Hülfe an. Der Cardinal Mazarin wandelte auf eben dem Wege, daher dann die Kaiſerl. Geſandte denen Catholiſchen Reichsſtänden bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten am 19ten Junii 1647. zu Gemüth führeten, daß der Cron Frankreich Maxima ſtatus niemals zugeben wollen, daß ſie der Catholiſchen Religion halber mit ihren Bundsgenoſſen, ſo der widrigen Religion zugethan ſind, zum Befehd kommen ſollen (d). Bey dieſer Friedenshandlung ſagten die Catholiſche: Luce meridiana clarius eſſe, Gallorum cum Proteſtantibus aliisque haereticis ſocietatem unicam eſſe cauſam oppreſſae avitae in imperio Romano fidei, & ob quam afflicti Catholici in eas eſſent redacti anguſtias, ut in compoſitionem grauaminum condeſcendere forſan omnino Confeſſioniſtarum ad arbitrium cogantur (e). Der Franzöſiſche Geſandte in Schweden berichtete: qu'on croyoit, que la France tenoit pour doctrine conſtante, qu'on pouvoit pour la religion violer ſans blame la foy de toutes les alliances. Le Chancelier Oxenſtiern etoit d'avis contraire. Il diſoit, que l'interet etoit la ſeule regle des reſolutions politiques. Qu'il etoit impoſſible que la France gouvernée par des perſonnes ſages voulut rompre avec la Svede (f). Ludwig XIV, welcher eine ſo ausnehmende Begierde die Ketzer zu vertilgen äußerte, trug dennoch kein Bedenken, denen Proteſtanten in Ungarn wider den Kaiſer beizutreten, daher PVFENDORF (g) *von ihm* ſchreibet: Ambitioni ſuae litantem Regem nullo religionis ſenſu tangi, indicio erat, quod dum proprio in regno a ritibus Rominis diſſidentes, fidiſſimos alias civium, acerrime perſequitur, alibi proteſtantem Tekelium pecunia ſublevaret ad arma Principi ſuo inferenda, ac nunc ipſum & Turcam orbi chriſtiano immitteret. Der bekannte Baron LISOLA (k) ſcherzet hierüber alſo: En un mot pour l'erection de leur Monarchie les Francois imitent & appliquent à des mauvais uſages la maxime, que S. Paul pratiqua pour l'agrandiſſement de celle de Chriſt: Factus ſum omnibus omnia; & comme cet Apotre s'accommodoit à toute ſorte de Genies, pour les gagner à l'Egliſe, qui pleuroit avec les affligez, & prenoit part à la conſolation de ceux, qu'il voyoit ſatisfaits, ceux ci par une fauſſe imitation de cette ſainte conduite, s'accommodent aux interets de tout le monde, pour les faire ſervir aux leurs, & ſacrifient la religion toutes les fois, qu'elle entre en competence aupres d'eux avec l'interet d'Etat. Les exemples ſont trop recens, pour avoir beſoin d'en faire de denombrement, & l'on pourroit dire beaucoup de choſes ſur ce ſujet, pour ce qui concerne la dernière guerre contre les Turcs, ſi la modeſtie ne nous obligeoit, de les ſupprimer. Wie kann man auch Catholiſchen Fürſten ſolches ver-

denken

denken, da ihr geiſtliches Haupt, der Pabſt, ſelbſt kein Bedenken trägt, türkiſche Hülfe wider chriſtliche Könige zu gebrauchen? Der Duc de NEVERS ſchreibet (i): Le Pape Alexandre VI. ne fit point de difficulté de demander ſecours au Grand Turc Bajazet pour la ſeule apprehenſion, qu'il eut de la venue de notre Roi Charles VIII. en Italie, & depecha pour ſe fait vers le dit Mahumetiſte avec des preſens à lui & à ſes Bachats, Georges Bucciardo Genevois, que le Pape Innocent y avoit autrefois envoyé à même effet, ſans que l'un ni l'autre euſſent egard à la dignité du ſaint ſiege, ni à la Religion chretienne, ni à la grande ſurpriſe d'une infinité d'ames, que l'armée Turquesque eſt coutumière de faire, lorsqu'elle vient en Chretienté. Zu deſſen Beweiß der Herzog den Guicciardin anführet, und findet ſich die ganze Inſtruction des päbſtlichen Geſandten in dem von LEIBNITZ heraus gegebenen Specimine Hiſtoriae arcanae de vita Alexandri VI p. 15. 16. 17. 18., woraus jedoch erhellet, daß der Pabſt nur eine Geldhülfe von den Türken begehret hat.

(a) KHEVENHULLER *d. l. T. 3. p.* 738.

(b) Memoires du Duc de NEVERS *II. Part. p.* 41.

(c) VASSOR *d. l. Tom.* 5. *p.* 93. 106.

(d) MEIERN *d. l. P.* 4. *p.* 624.

(e) ADAMI *d. l. c.* 7. §. 3.

(f) Memoires de CHANUT *T. I. p.* 200.

(g) *d. l. Lib.* 18. §. 96.

(h) Bouclier d'Etat & de juſtice contre le deſſein manifeſtement decouvert de la Monarchie univerſelle ſous le vain pretexte des pretenſions de la Reine de France p. 336.

(i) *d. l. p.* 8.

§. IX.

Die Proteſtanten ſind noch vielweniger gewöhnet, ihre zeitliche Wohlfahrt in die Schanze zu ſchlagen, um das Beſte der Religion zu befördern, und ihren Glauben andern aufzudringen. Die Brandenburgiſche Miniſtri ſtelleten dem Churfürſten Anno 1659. für: Duo extrema eſſe, Catholicorum zelum, & Svecorum inſolentiam, illum ita cavendum, ut huic janua non aperiatur. Ubi ille ſemper reſpiciatur, hanc nunquam compreſſum iri, ac utrique, prout ſeſe exerit, reſiſtendum (a); und daß die Proteſtanten politiſcher Urſachen halber der Reformirten in Frankreich Untergang wenig zu Herzen genommen, meldet VASSOR (b) umſtändlich alſo: Par un ſoudain changement d'interet, que cauſa la mort de Vincent Duc de Mantoue, & la rapidité des victoires de l'Empereur en Allemagne tous les Princes Proteſtans ne furent pas fachez de la priſe

Die Proteſtanten verfahren eben alſo.

de

de la Rochelle, ni de la ruine des Reformez de France. Ils y contribuerent du moins indirectement; au lieu que la Maiſon d'Autriche & le Duc de Savoie ſouhaiterent, que la Rochelle ſe conſervat, & que les Reformez ne fuſſent pas opprimez. Le Duc de Rohan s'appercut fort bien de cette revolution. C'eſt pourquoi il negocie peutetre plus maintenant en Eſpagne, qu'en Angleterre. Les Venitiens voyant, que le ſiege de la Rochelle etoit la ſeule choſe, qui empechoit le Roi de France d'envoier la meilleure partie de ſes troupes au ſecours du Duc de Mantoue, firent des propoſitions de paix à Louis & Charles. Le Senat en parla encore au Comte de Carlile & à d'Avaux Ambaſſadeurs d'Angleterre & de France à Veniſe. On mit en même temps ſur le tapis cette ligue generale ſi ſouvent propoſée, & jamais conclue contre la maiſon d'Autriche. Les Etats Generaux des Provinces-Unies ſe joignirent aux Venitiens, & je trouve que la mediation des premiers, ajant été acceptée en France, on nomma des Commiſſaires pour conferer avec leurs Ambaſſadeurs. Le Roi de Dannemarck & les Princes Proteſtans d'Allemagne ravis, que l'Empereur & le Roi d'Eſpagne ſe brouillaſſent avec la France à l'occaſion de l'affaire de Mantoue, preſſerent de leur coté Sa Majeſté Britannique, & le Duc de Buckingham de laiſſer à part l'interet particulier des Reformez, & de penſer au bien general de l'Europe, parce que la Maiſon d'Autriche auroit le temps de ſubjuguer l'Allemagne & l'Italie, pendant que le Roi de France engagé d'honneur à prendre la Rochelle, ſeroit *occupé* à faire la guerre à ſes propres ſujets (b). Auch riethe der Prinz von Oranien den Holländern mit folgenden Gründen an, ſich einem Catholiſchen Franzöſiſchen Prinzen zu unterwerfen: Qu'encore qu'il ne fut pas fort exercé dans l'etude de la Theologie, il ſe ſouvenoit neanmoins de divers exemples d'alliances entre les Catholiques Romains & les Reformés, dont les Theologiens ne s'etoient jamais ſcandaliſés; que les Princes d'Allemagne s'etoient accordez à elire des Empereurs Catholiques, & à leur etre ſoumis, que tous les ordres de l'Empire s'etoient ligués contre les Turcs, ſans ſe mettre en peine de la Religion de ceux, avec qui ils ſe liguoient: que les Suiſſes en partie Catholiques & en partie Reformés s' engageoient par un ſerment mutuel à defendre la liberté de leur païs: que les Ecoſſois avoient renouvellé leur ancienne alliance avec la France, quoique le Roi d'Ecoſſe eut chargé d'opinion ſur la Religion: Que les Princes de la Confeſſion d'Augsbourg s'etoient ligués avec le Roi de France contre Charles V., que pluſieurs Princes Chretiens & la Republique de Raguſe s'etoient ſoumis aux Turcs, que le Roi de France avoit ſecouru les Genevois contre le Duc de Savoie (e).

(a) PUFENDORF *d. l. Lib.* 8. §. 20.

(b) *d. l. Tom.* 5. *p.* 819. 820.

(c) Hiſtoire de Provinces Unies des Païs bas par le CLERC *T. l. p.* 86.

§. X.

Die jeztige Weltläufte ſcheinen die Unterdrükkung der Proteſtanten möglich zu machen, und alſo ſie den Römiſchcatholiſchen anzurathen.

Man wird mir vielleicht entgegen ſetzen, daß, wenn gleich alles, was bisher geſaget iſt, ſeine vollkommene Richtigkeit hätte, es jedoch die Furcht für einem Religionskrieg nicht hinweg nehme, weil die jetzige Weltläufte die Unterdrückung der Evangeliſchen thunlich machten, und den Catholiſchen anriethen, dieſe günſtige Gelegenheit nicht zu verſäumen.

weil dieſer vereinigte Kräfte jener Macht weit überſteigen.

Nun überſteigen allerdings die vereinigte Catholiſche Kräfte der Proteſtanten Macht, und es ſiehet anjezt in der Welt ganz anders aus, wie zu den Zeiten, als die leztern ihre Gewiſſensfreiheit mit dem Degen behaupteten. Das Haus Oeſterreich war im dreißigjährigen Kriege ſeiner eigenen Unterthanen nicht mächtig, als welche größtentheils der Lehre Lutheri anhiengen, da ſie hingegen anjezt faſt alle dem Römiſchcatholiſchen Glauben zugethan ſind. Die Religionsveränderung, welche ſich in den Häuſern Sachſen, Pfalz und Würtenberg begeben, hat den Evangeliſchen ſehr ſtarke Stützen im Teutſchen Reich entzogen.

Beſonders aber Frankreich zur Univerſalmonarchie wohl gelangen mögte.

Frankreich iſt endlich zu einer ſolchen Macht gelanget, für welcher ganz Europa zittert, da es hingegen im 16. und 17. Jahrhundert durch innerliche Uneinigkeit getrennet, und anbey genöthiget wurde, zu ſeiner eigenen Erhaltung der Proteſtanten Parthey zu nehmen. Dieſer Crone politiſche und des Pabſts geiſtliche Univerſalmonarchie mögte demnach wohl zugleich behauptet werden.

§. XI.

Solcher Crone fehlet es an Willen nicht, das Beſte der Römiſchen Kirche zu befördern.

Denn es fehlet den Franzoſen an Willen nicht, die vermeinte Irrgläubige zu unterdrücken. Dieſe ſind eben diejenige, welche ſich ihren Abſichten am ſtärkſten widerſetzen, und unter das Joch zu beugen weigern. Der Religionseifer gehet zwar in Frankreich nicht ſo weit, als in andern Catholiſchen Landen. Man hat jedoch auch daſelbſt nimmer eine Gelegenheit verſäumet, den Proteſtanten Abbruch zu thun, wenn ſolches ohne Gefahr und Nachtheil der Staatsabſichten geſchehen können. Der Braunſchweig-Calenbergiſche Geſandte bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten LAMPADIUS meldet in ſeinem Diario MS. vom 21ten Septemb. 1646. daß die Franzöſiſche Geſandte ausdrücklich zu erkennen gegeben, „ſie dürften ſich in den Punct der geiſtlichen Gravaminum „nicht vertiefen, widrigenfalls würden ſie ihre Königin, die Catholiſche in „Frankreich, ſonderlich die Geiſtliche äußerſt offendiren, auch ihres guten Leumuths halber Gefahr erleiden. Sollten ſie auch dieß Orts (zu Oßnabrück) das

„Inſtrumentum Pacis und darunter die Gravamina erledigen helfen, ſo würde „ihnen ſolches zu Münſter bey dem Nuntio und andern Catholiſchen zu großen „Verdruß gereichen, und hätten demnach die Herren Schwediſchen großen Zwei„fel, ob mit den Franzoſen in Puncto Gravaminum begehrter maſſen hindurch zu „kommen (a). Die Vertilgung der Reformirten in Frankreich iſt ein vollkommener Beweiß des übermäßigen Religionseifers, der auch in dieſem Königreich herrſchet, und die Rißwickiſche Clauſel giebet zu erkennen, wie begierig Frankreich die Gelegenheit ergreiffe, das Beſte der Römiſchcatholiſchen Kirche zu befördern.

(a) Dieſes beſtärken auch des von Meiern Acta Pacis Weſtphalicae *T. I.* p. 389. und was Pufendorf de Rebus Brandenb. *Lib.* 2. §. 20. 53 60. 66. erzählet, inſonderheit aber die Inſtruction der Franzöſiſchen Abgeſandten bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten, welche in Herrn Gaertners **Weſtphäliſcher Friedenscanzley** *P.* 9. *p.* 1035. zu finden.

§. XII.

An die Religionsverträge wird man ſich wenig kehren.

An die Religionsverträge mögte man ſich wohl wenig kehren, und diejenige vor nichtig halten, welche zum Nachtheil des Römiſchen Hofes gemachet ſind (a). Lampadius erzehlet in ſeinem Diario ad d. 22. Sept. 1647., daß ihm der Graf von Oxenſtirn geſaget, wann die Kaiſerliche die Autonomiam begehrter maſſen in der Catholiſchen Stände Landen ſchon willigen würden, ſo würden doch die Catholiſche ſolches nicht unterſchreiben, oder falls ſie es unterſchreiben würden, ſo würden ſie es doch nicht halten. In Erzherzog Matthiä zu Oeſterreich Kaiſer Rudolph II. zugeſandtem „Gutachten will ausdrücklich behauptet werden, daß keine gegebene Privilegia „gültig und verfänglich, wo dergleichen Privilegia contra libertatem eccleſiae „mit Einführung neuer Religion und Glaubens, ſo zum Abbruch und Abneh„mung der uralten Religion gereichet, und nach ſich ziehen, gegeben worden. „Dann wie die geiſtliche Gewalt der weltlichen Obrigkeit in ihren Rechten und „Jurisdiction fürzugreifen nicht befugt, alſo könne auch die weltliche hohe und „niedrige Obrigkeit in denen mere ſpiritualibus und Religionsſachen, ſo die Con„ſcienz und Gewiſſen berühret, der geiſtlichen nicht präjudiciren, wo es aber „geſchehe, würden die Erben Gewiſſens halber ſolches nicht halten können.“ Auch ſchreiben die PP. S. I. in ihrer Apologie (c): „daß alle Sachen, ſo die „Religion betreffen, vor allererſt an den Römiſchen Pabſt, als den oberſten „Regenten der Kirchen auf Erden, und Richter aller Spän und Irrthümer in „Religionsſachen gehören, alſo, daß der Stand der Religion ohne deſſelben „Wiſſen und Erlaubniß nirgend ſolle und müſſe verändert werden.“ Niemals aber

aber hat der Pabſt die Religionsverträge genehmiget, ſodern vielmehr denenſelben eifrigſt widerſprochen, daher man denn noch zu neuern Zeiten kein Bedenken getragen, das Edit de Nantes in Frankreich zu wiederrufen, und eben alſo kann es allen Religionsverträgen ergehen, wenn ſelbige, wie MAIMBOURG (d) behaupten will, nur ſo lange Kraft haben, als die Urſachen dauren, welcherwegen ſie errichtet, und den Proteſtanten die Gewiſſensfreiheit ſamt andern Vortheilen verwilliget iſt.

(a) PUFENDORF *d. l. Lib.* 6. §. 18. VASSOR *d. l. Lib.* 4. *p.* 432.

(b) KHEVENHULLER Annal. Ferdin. *Tom.* 6. *p.* 2786.

(c) LONDORP Acta publica *Tom. I. p.* 434.

(d) Hiſtoire du Calviniſme *p.* 499.

§. XIII.

Die innerliche Uneinigkeit der Proteſtanten erleichtert ihre Unterdrükkung.

Die innerliche Uneinigkeit der Proteſtanten erleichtert den Römiſchcatholiſchen derſelben Unterdrückung. Der Cardinal BENTIVOGLIO ſchreibet (a): Les Lutheriens ont plus d'averſion pour les Calviniſtes, que pour les Catholiques. Dieu *veuille detruire* cette hydre de l'hereſie. Kaiſer Ferdinand II. erinnerte Anno *1631.* (*b*) den Churfürſten von Sachſen, wohl zu erwegen, ob es den „Augſpurgiſchen Confeßionsverwandten nützlich, die Calviniſche den Namen „ihrer Religionsverwandten, nach welchen ſie ſo lange getrachtet, rumpiren zu „*laſſen*, ſie wiederum erheben zu helfen, damit dieſelbe durch ihre ſtarke Adhärentien auswärtiger Potentaten, und Communen ihre vorige böſe Intentiones „ſowohl gegen die Catholiſche, als auch Augſpurgiſche Confeßionsverwandte abermals auslaſſen, und zu dem lang affectirten Dominat im Reich durch gänzliche Abolition voriger Geſtalt und Form deſſelben gelangen mögen" und ADAMI läſſet ſich (c) hiervon alſo vernehmen: Catholici, quos non latebat gliſcens inter utriusque Religionis ſectatores perenne odium, illud fovere potius nitebantur, quam compoſitione aliqua ſedare, expediens ſibi non rati adverſariorum numerum diſceptando ſeorſim cum Reformatis augere. Ergo an & quousque in Auguſtanae Confeſſionis conſortium adſciſcere Calviniſtas Lutherani velint, ipſis relinquunt. Deventum nonnunquam inter eos eſt ad acres concertationes non facili conventione ſopiendas, niſi de Catholicorum ſuppreſſione fuiſſet actum. Wie es denn von jeher eine Hauptmaxime der Römiſchcatholiſchen geweſen, daß ſie die Evangeliſche zu trennen, unter ſich aber Einigkeit zu erhalten, geſuchet haben (d).

(a) Lettres de BENTIVOGLIO *p.* 42.

(b) KHEVENHULLER *d. l. Tom. XI. p.* 1609.

(c) in Relatione de pacificatione Osnabrugo-Monaſterienſi *c.* 27. §. 24.

(d) Burnet in den Geſchichten, die er erlebet. *Tom. I. p.* 220. Vassor *d. l. Tom.* 3. *p.* 566.

§. XIV.

Wie auch ihre Kaltſinnigkeit in Religionsſachen.

Man verſpüret endlich bey denen Evangeliſchen bey weitem den Eifer nicht, ihre Religion auszubreiten, welcher die Catholiſche anfeuret. Vielmehr laſſen ſich jene öfters bewegen, ſelbige einem zeitlichen Vortheil gar aufzuopfern. Leibnitz (a) beklaget ſich darüber alſo: J'ai quelque honte de voir, que nôtre parti eſt ſi peu ſcrupuleux en matière de religion, & qu'on ne fait de difficulté de faire changer des Princeſſes, ſans que le contraire ſe faſſe de l'autre coté? Churfürſt Carl Ludewig von der Pfalz hielte dafür, es ſey ſein Churhauß zur Calviniſchen Religion getreten, um das Haupt einer Secte zu werden, wofür ſelbiges die an Churſachſen hängende Lutheraner nicht erkennen wollen. Nachdem ſeine Familie zu Grunde gangen, habe Churbrandenburg aus eben der Urſach die Reformirte Religion, und hingegen Pfalz-Neuburg die Römiſch-catholiſche angenommen, weil ſein kleines Fürſtenthum ſo nahe an Oeſterreich und Bayern gelegen iſt. Dieſes erzehlete der Churfürſt, wie Fabricius ſagte, mit lachendem Munde, um dadurch zu erweiſen, daß es andern Fürſten eben ſo wenig, als ihm um die Religion zu thun ſey (b). Ich ſtelle dahin, wiefern dieſes alles der Wahrheit gemäß, und trage Bedenken, neuere Exempel von dergleichen Religionsveränderungen anzuführen, welche häufig und *bekannt genug* ſind. Wer nicht mehr aus der Religion machet, als ſolche Fürſten, wird zu deren Vertheidigung keine große Opfer thun, ſondern ſich leicht unter das geiſtliche Joch beugen, wann er nur das weltliche abſchütteln kann.

(a) Miscellanea Leibnitiana *p.* 65.

(b) Burnet *d. l. p.* 12.

§. XV.

Dieſem allem ohngeachtet aber, glaube ich noch nicht, daß die Zeit kommen, welche der Evangeliſchen Kirche den Untergang drohet, und zweifle daher gar ſehr, daß vernünftige Catholiſche Staatsleute, die keine andere Abſichten, als die Beförderung ihrer Religion haben, die Proteſtanten bey jetzigen Umſtänden durch gewaltſame Mittel wieder in den Schooß der Römiſchen Kirche zu bringen ſuchen werden. Denn dieſes kann nicht geſchehen, ohne daß ein Catholiſches Reich zu ſolcher Macht gelange, daß alle übrige ſich entſchließen müſſen, demſelben zu gehorſamen. Ich habe aber bereits oben §. VI. VII. VIII. gezeiget, wie wenig die Catholiſche des Sinnes ſind, mit dem Verluſt ihrer politiſchen Freiheit die geiſtliche Obergewalt des Römiſchen Stuhls zu erkaufen.

kaufen. Als Kaiſer Leopold ſich durch einen unzeitigen Religionseifer bewegen laſſen, die Wohlfahrt ſeines Hauſes hindanzuſetzen, bathe ihn ſein Schwiegervater der eifrige Catholiſche Pfalzgraf zu Neuburg inſtändigſt, ne Sacerdotum conſilia ita addicte amplecteretur, ſi proprias rationes, ac futuram parvulorum filiorum fortunam, ſimul ditionum ſuarum ſalutem amaret (a). Und der Spaniſche Geſandte Ronquillo riethe König Jacob II. von Engeland an, ne is ſacerdotibus aut aliis aurem praebeat, qui ad mutationem circa ſacra ſuſcipiendam ipſum impellere conentur; welches auch andere Catholiſche misbilligten, weil es den Regeln der Klugheit zuwider liefe (b). Selbſt der Römiſche Hof ſah es ungern, daß dieſer König eine Religionsveränderung in England zu veranlaſſen ſo eifrig ſuchte, und ſich nicht vielmehr der Franzöſiſchen Macht widerſetzte, welche damals der Pabſt zu fürchten Urſach hatte (c). Die Erhaltung des Päbſtlichen Anſehens beruhet lediglich auf dem Gleichgewicht zwiſchen den mächtigern Catholiſchen Reichen (d), und Catholiſche Geſchichtſchreiber haben längſt angemerket, Pontificis cervicibus vires Hiſpanorum eſſe graves, at, ſi frangerentur, Gallorum mores ſuſpectos (e). Selbſt der Pabſt wird alſo wenig dazu beitragen, daß Frankreich die Univerſalmonarchie behaupte, weil ſodann ihm ſchwerlich mehrere Gewalt verbleiben würde, als das Haupt der Geiſtlichkeit bey den Griechen hat, und er ſelbſt ehemals unter den Römiſchen Kaiſern gehabt.

(a) PVFENDORF *d. l. Lib.* 18. §. 64.

(b) *Idem d. l. Lib.* 19. §. 3.

(c) BVRNET *d. l. p.* 758.

(d) PVFENDORF *d. l. Lib.* 11. §. 1.

(e) BVRGVNDVS Hiſt. Belgic. *L. I. p.* 5.

§. XVI.

Es iſt noch ſehr zweifelhaft, ob Frankreich die Obergewalt behaupten werde, nach welcher es trachtet.

Man darf aber auch noch zur Zeit nicht fürchten, daß Frankreich bald die Kräfte erlangen werde, dem ganzen Europa Geſetze vorzuſchreiben. Freilich iſt ſelbiges anjetzt mächtiger, wie es zur Zeit des dreißigjährigen Krieges geweſen, der Proteſtanten Macht aber auch weit gröſſer, als ſie damals war. Großbritannien ließe ſelbige unter der Regierung König Jacob I. hülflos, und unter Carl I. war von dieſer Cron der innerlichen Kriege halber kein Beiſtand zu erlangen. Holland konnte ſich wider Spanien kaum ſelber ſchützen. Die Häuſer Brandenburg und Braunſchweig befanden ſich auch in weit ſchlechtern Umſtänden, als worin wir ſie heutiges Tages ſehen. Anjezt werden Großbritannien und die vereinigte Niederlande den Untergang der andern Proteſtanten mit keinen gleichgültigen Augen betrachten, und die Erfahrung lehret, wie vermögend

mögend dieſe Mächte ſind, den weitausſehenden Franzöſiſchen Abſichten einen Riegel vorzuſchieben. Selbſt in Teutſchland halten die Evangeliſche den Catholiſchen annoch das Gewicht. Beſitzen gleich dieſe mehrere Länder, ſo müſſen jedoch aus denſelben viele Geiſtliche reichlich erhalten werden, und entgehet dadurch dem gemeinen Weſen ein groſſes, da man hingegen in den Evangeliſchen Landen den größten Theil desjenigen, was die Unterthanen aufbringen, zur Vermehrung der Macht des Landesherrn anwendet. Auf Rußland nahme im 17ten Sec. niemand ein beſonders Augenmerk. Anjezt aber giebet deſſen Beitritt den Sachen ein groſſes Gewicht, und es wird ſich ſo wenig in Geiſtlichen dem Pabſt unterwürfig machen, als in Weltlichen ein Reich zu ſolcher Macht kommen laſſen, daß ſolches allen andern Geſetze geben könne. Wenn ſich demnach der Catholicismus vereinigte, ſo wäre es zweifelhaft, ob er den Proteſtantismum zu Boden zu bringen, vermöge? Es iſt aber eine ſolche Vereinigung keineswegés zu vermuthen, ſondern vielmehr glaublich, daß ſelbſt die mehreſte Catholiſche Staaten ihre Waffen wider Frankreich wenden würden, wenn dieſes Reich von den Proteſtanten Meiſter zu werden, und auf deren Ruin ſeine Obergewalt zu bauen beginnte. Das Haus Oeſterreich, der König von Sardinien, die Republik Venedig und verſchiedene andere Catholiſche Mächte treten bey einer ſolchen Begebenheit den Evangeliſchen viel eher bey, als ſie zu ihrem Untergang das mindeſte beitragen. Was wir nach dem Tode *Kaiſer Carl* VI. erlebet haben, iſt zwar bewundernswürdig. Es erweiſet jedoch nicht, daß keine Vereinigung der Europäiſchen Mächte wider das Haus Bourbon zu hoffen. Man hat geglaubet, ohne Weitläuftigkeit groſſe Länder erwerben, und wenn ſolches geſchehen, die Sache wieder in den vorigen Gleiß bringen zu können. Bisher iſt es den wenigſten geglücket, und die gänzliche Trennung der Oeſterreichiſchen Macht behindert. So lange dieſe unterbleibet, dürfen wir keine Franzöſiſche Feſſeln befürchten.

§. XVII.

Nicht alle Römiſchcatholiſche halten die Religions verträge für unverbindlich.

Es geſchiehet vielen redlichen Männern, welche der Römiſchen Kirche anhängen, zu viel, wenn man ihnen beimiſſet, daß ſie es für recht halten, wider die Verträge zu handeln, ſo oft die Wohlfart der Römiſchen Kirche dadurch befördert werden kann. Die Patres S. I. lehnen dieſen Vorwurf in ihrer Apologie (a) alſo ab: „Daß aber die Stände ſub utraque dabey fügen, die Societät lehre öffentlich, man ſey nicht ſchuldig den Ketzern Glauben zu halten, „thun ſie ihr öffentlich unrecht, denn ſolches wird von ihr mit nichten, ſondern „vielmehr von ihr das Widerſpiel gelehret, und iſt uns gemein von dem, was „man ſowohl den Gläubigen, als Ungläubigen, ſie ſeyn Ketzer, Juden oder

Tür-

„Türken mit Eidſchwur verheißen, man es halten ſoll." Und Kaiſer Ferdinands II. Geſandter gab dem König von Spanien zu erkennen: „daß, ehe zu„vor Kaiſerl. Majeſtät die Succeßion ihrer Königreiche und Länder annehmen „wollen, ſie mit vornehmen und gelehrten Theologis, ob ſie denen Evangeli„ſchen ihre verliehene Privilegia mit gutem Gewiſſen confirmiren könnten, be„rathſchlagen laſſen, die ſich dahin erkläret, daß, wenn Ihro Kaiſerl. Majeſtät „nicht mehr, als die, ſo ihnen zuvor geben, würden confirmiren, ſie es bona „conſcientia thun ſollen und können. Daß auch die Päbſtliche Heiligkeit Ihro „Kaiſerlichen Majeſtät einen vornehmen Geiſtlichen geſchikt, approbiret, und „nachdem die Unteröſterreichiſchen außer etlichen wenigen wi[illegible]lich zu der Huldi„gung geſchritten, ſo erſcheinet ja für billig, dasjenige ihnen, was man ſo oft „offeriret und zugeſaget, nicht abzuſchlagen, auch die Catholiſche Religion mit „Güte zu beſtätigen, ſintemal gewiß, daß ſie mehreres in Zeit des Friedens mit „guten Mitteln und chriſtlichen Exempeln, als zur Zeit des Krieges mit Gewalt „und Waffen (ſo allerley gefährlichen Succeſſen unterworfen) erwächſt und „aufnimmt, und ſoll gar bald, wenn mans alſo aventuriren wollte, unwieder„bringlicher Verluſt dardurch hernach weder Ihro Kaiſerliche Majeſtät zu ihren „Intenten gereichen mögten, erfolgen (b)." Auch ſchreibet BECANUS S. I. Theologus (c) ſehr wohl: Obligatio pacti ſeu mutuae promiſſionis oritur ex triplici virtute, nempe veritatis, fidelitatis & juſtitiae. Et quidem virtus veritatis ad hoc obligat, ut ſincere, non ficte promittas, id eſt, ut, quod verbo promittis, etiam animo promittas, ne mendax ſis. Virtus fidelitatis ad hoc obligat, ut opere praeſtes, quod promiſſum eſt, ne perfidus. Virtus juſtitiae ad hoc obligat, ut alteri, cum quo pactus es, tribuas jus ſuum; quod illi debetur ratione pacti ſeu mutuae promiſſionis, ne injuſtus ſeu injurioſus ſis. At hae virtutes aeque te obligant ſive apud Catholicus, ſive apud Evangelicos verſeris. Nusquam enim licet mentiri, nusquam perditum eſſe, nusquam jus alterius violare, ſeu injuriam facere. Et ſane ſi ſemel concederes, haec idio licite fieri, quia haeretico mentiris, haeretico perfidus es, haeretico injuriam facis, quidni conſequenter concedas, licere tibi haereticum occidere, furto res ejus auferre, odio eum proſequi? quae omnia abſurda ſunt, & divinae legi repugnantia. Eben derſelbe lehret cap. 16. num. 14.: Poſſe Principem Catholicum non ſolum tolerare haereticos, ſed etiam paciſci ſe eos toleraturum, quia tunc poteſt aliquis licite promittere, quando rem licitam promittit. Er behauptet aber num 10., licitam eſſe tolerantiam, quando non poteſt impediri haereſis, vel ex permiſſione ſperatur majus bonum, vel ex ea evitatur majus malum, quod aliter evitari non poteſt. Mehrere die Bündlichkeit der Religionsverträge befeſtigende Zeugniſſe Römiſchcatholiſcher Scribenten

finden

finden ſich beim Londrp (d), und der Biſchof von Oßnabrück Franz Wilhelm bezeugte; „die Jeſuiten hätten nicht wenig zum Weſtphäliſchen Frieden beige„tragen. Denn Ihro Majeſtät Beichvater Pater Gans, dann des Churfür„ſten zu Baiern Beichtvater Pater Bourve, ingleichen der Churmainziſche ein „gründliches und ausführliches Conſilium geſtellet hätten, daß der Friede zu „halten ſey, weil er geſchloſſen, und wäre wohl ſonſt nicht ſo weit gekommen, „wann dieſes Conſilium nicht geweſen (e).“ Inſonderheit iſt merkwürdig, daß bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten der Päbſtliche Nuncius und nachmalige Pabſt Alexander VII. dafür gehalten, es könne kein Theologus dem Kaiſer widerrathen, ſich mit den Proteſtanten, ſo gut als möglich, zu ſetzen. Denn alſo ſchrieben die Kaiſerliche Abgeſandte an ihren Herrn den 21ten December 1645.: „Sollen hiemit gehorſamſt unangezeigt nicht laſſen, daß wir geſtern von „den Spaniſchen Ambaſſador Comte Peneranda, als wir ihn deſſen, ſo zu Oß„nabrück bey der Schweden gegen Herrn Grafen zu Trautmannsdorf verrichte„ter Viſita verſtändigt, vernommen, es hätte ihn gemeldter Nuncius in Confi„denz geſaget, ob er zwar ſeines Standes und Commißion halber zu denjeni„gen, was Ew. Kaiſerliche Majeſtät mit den Proteſtirenden in cauſis & re„bus eccleſiaſticis negotiiren, und handeln laſſen mögten, keinen Abfall, oder „Einwilligung geben möge, ſo müßte er jedoch benebenſt bekennen, daß er nicht „dafür halte, daß einiger Theologus ſo gelehrt, oder einer ſo gewiſſenhaft zu „erfinden ſeyn werde, welcher Ew. Majeſtät Unrecht geben könnte, daß ſie bey „ſolchen ihren ſchweren Zuſtand ſich mit den Schweden und Proteſtirenden, ſo „gut immer möglich, zu vergleichen ſuchten (f).“ Es hat auch der Bambergiſche Geſandte erzehlet, ſe legiſſe aliquando in inſtructione Nuncii Gvinetti, quod Papa ipſe octavum Electoratum pro remedio pacis proponere eum juſſerit (g).

(a) Graf von Khevenhyller in Annal. Ferd. *Tom. IX. p.* 131.

(b) *Idem d. l. p* 1175.

(c) In manuali Controvers *c.* 15. *n.* 1.

(d) Acta publica *Tom. I p.* 293. 294. 295.

(e) von Meiern Nürnbergiſche Friedens Executionshandlungen *P. II. p.* 194.

(f) Herrn Gaertners Weſtphäliſche Friedenscanzley *P. VII. p.* 179.

(g) von Meiern. *d. l. p.* 97.

§. XVIII.

Viele unter ihnen mißbilligen den Gewiſſens-

Viele rechtſchaffene Glieder der Römiſchcatholiſchen Kirche haben ferner erkannt, daß der Zwang ein ganz unbequemes Mittel iſt, die Religion auszubreiten, und weit mehr Böſes, als Gutes wirket. Der Kaiſerl. Geheimte Rath

Geiz-

Geizkofler führte Anno 1614. dem Cardinal Cleſel zu Gemüth, „es ſchlage bey „einem Religionskriege das Glück, auf welche Seiten es wolle, ſo verliere auch „der Gewinnende, dem Erbfeind chriſtliches Namens werde Thür und Thor in „der Chriſtenheit zu tyranniſiren dadurch geöfnet, in Teutſchland werde ein un- „verſehenliches Blutvergießen und Landverderben angerichtet, und mögten bei- „de Partheyen fremden Nationen zu einem Raub werden (a).“ Der Stärkere wird dem Schwächern jedesmal die Gewiſſensfreiheit nehmen, dafern man befugt iſt, wider die feyerlichſte Verträge andere Menſchen zu nöthigen, Gott auf eine Art zu dienen, die ſie ihm mißfällig zu ſeyn glauben, oder aus dem Lande zu gehen, und das Ihrige mit dem Rücken anzuſehen. Ein eitler Behelf iſt es, daß, wenn gleich den Rechtgläubigen erlaubet ſey, ihre Religion mit Gewalt der Waffen auszubreiten, ſolches deswegen den Irrgläubigen unerlaubet bleibe. Denn da ein jeder in den Gedanken ſtehet, daß ſeine Meinung von göttlichen Sachen wahr, und er Gott auf die ihm gefälligſte Art diene, ſo verbindet ſolcher Lehrſatz alle Menſchen andere Religionsverwandte zu verfolgen, *weil auch derjenige ſündiget, welcher gegen ſein, ob wohl irrendes Gewiſſen handelt.* Wie viel Unheil und Blutvergießen dieſe gottloſe Lehre veranlaſſet hat, iſt aus der Hiſtorie ſattſam bekannt, und Herr Pfaff ſchreibet (b) mit gutem Grund, daß ſie aus der Welt eine Mördergrube und immerwährendes Blutbad mache. Der Zwang ändert niemandens wahre Herzensmeinung, ſondern behindert ihn nur, ſie zu erkennen zu geben. Prinz Wilhelm von Oranien ließ ſich beim Burgundo (c) alſo gar herrlich vernehmen: Quid edictorum ſeveritas hactenus profecit, niſi ut atrocior ſuccederet inquiſitio? Neque haec ipſa coërcendis flagitiis ſatis valida. Mitioribus remediis eluendae ſunt hae maculae. Oſtentata tormenta ingenia exaſperant. Ex unius cineribus mille renaſcuntur. Male id cogitur, ad quod perſuadendo pervenire oportet. Acrius ſtimulat, qui vim adfert - - Si crederem ad conſcientias hominum valere ſupplicium, ſuaderem exquiſitiorem quamque crudelitatem. Sed cum per tot annos, igne, ferroque nihil profectum videam, utilius judico, detrahere aliquid horrori legum, quam palam facere impares eas eſſe flagitiis. Priſcorum temporum ſectas gladius non delevit. Eruditione & eloquentia vitaeque exemplo revocati ſunt errores illi ad eccleſiam. His armis hominum animis vim inferimus. Religio imperia deſpicit. Nemo cogi poteſt, ut credat invitus. Selbſt König Philipp in Spanien ſchriebe an die Gouvernantin der Niederlande: Oſtentata ſupplicia nec mihi ſatis videntur conducere rationibus temporum, quia damnatos audio laetantium more canentes, atque invicem ſe adhortantes ultimam neceſſitatem excipere (d). Der Jeſuit Maimbourg muß die Unzulänglichkeit ſolcher Zwangsmittel fol-

Zwang, welcher den Rechten u. der politiſchen Klugheit zuwider laufet.

gender Geſtalt bekennen: On a vu de tout tems, que le mojen le plus efficace de reduire les heretiques, quand l'hereſie eſt deja puiſſament établie, n'étoient pas les ſupplices, beaucoup moins la violance & le trop de rigueur (e); auch rieß ſelbſt der König von Frankreich Anno 1618. den Holländern den Gewiſſenszwang widerrathen (f). In den Memoires d'Eſpagne (g) lieſet man von denen durch die Inquiſition zum Feuer verdammten Juden: La fermeté avec laquelle ils allerent au ſuplice, a quelque choſe de fort extraordinaire; il y en eut pluſieurs, qui ſe jetterent d'eux mêmes dans le feu, & d'autres qui faiſoient bruler leurs mains, & puis leurs pieds, les avançant ſur les flammes, & les y tenant avec une tranquillité, qui faiſoit regreter, que des ames ſi fermes n'euſſent pas été eclairées de lumieres de la foy. Il ne faut pas croire que ce rigoureux exemple ſerve à convertir les juifs: Ils n'en ſont point touchez, & il y en a dans Madrit un nombre conſiderable, qui ſont connus pour tels, & qu'on laiſſe dans les emplois de finance ſans les inquieter. Es iſt merkwürdig, was Pufendorf (h) von der jüngſten Religionsverfolgung in Frankreich alſo meldet: Sane etſi Innocentius XI. Pontifex *brevi*, ut vocant, epiſtola abolitionem edicti Nannetenſis laudaret: tamen nec ipſe, nec cordatiſſimus quisque Romae eum agendi modum probabat, per quem tot ſimulatores, & qui tremenda ſacra profano uſu temerarent, facti forent, immenſa ſimul invidia religioni Romanae contracta, velut ea homines omnia humanitatis jura exuere doceret. Ac *Epiſcopus* Gratianopolitanus Camus in univerſum omnes ſacerdotes diris illigaverat, qui recens converſos contra voluntatem ad accipiendam coenam myſticam compulſuri eſſent: Quem virum tamen Pontifex proprio motu ac nemine commendante Cardinalem creavit. Die Interceſſionales der Evangeliſchen Stände für die in den Kaiſerl. Erblanden befindliche Augſpurgiſche Confeßionsverwandte (i) enthalten ſehr gute Gründe wider den Gewiſſenszwang, und der Graf von Khevenhuller muß (k) geſtehen, daß durch die Ausſchaffung der Evangeliſchen aus den Oeſterreichiſchen Erblanden ſelbige an Adel, und Credit arm worden, welches Rousset (l) alſo beſtärket: C' eſt cette intolerance, qui a ruiné la Hongrie. Car dans quel etat eſt aujourd'hui ce grand Roiaume? Les Moines, ſur tout les Jeſuites, en y perſecutant impitoyablement les Proteſtans, non pour la gloire de Dieu, mais pour s'enrichir de leurs depouilles, ſont cauſe, que la plupart des terres ſont devenues des biens de main-morte, dont le ſouverain, graces aux immunités eccleſiaſtiques, ne tire rien. Ce que nous avançons ici, n'eſt pas mediſance; nous en apellons à la Chambre des Finances de Hongrie, nous en apellons à la Chancellerie. Als bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten der Graf von Trautmannsdorf ſich vernehmen ließ, wann die Freiheit der

Reli-

Religion verſtattet würde, ſo würde es nur Uneinigkeit und Unruhe geben, antwortete ihm der Braunſchweigcelliſche Geſandte Langebeck: Das geſchehe per accidens. Religionem ipſam non eſſe cauſam (m). Fürtreflich ſchrieben die Herzoge von Braunſchweig und Lüneburg an Churſachſen Anno 1641. alſo: „Gott„loſe Leute müſſen es ſeyn, und keine wahrhafte Chriſten, unter einem Römiſch„catholiſchen Kaiſer oder neben andern Catholiſchen Ständen nicht leben können. „Gottes Wort lehret viel anders; Im Reich iſt der Religionsfriede von unſern „hochweiſen chriſtlichen Voreltern angerichtet, daß man eines und andern „Theils friedlich leben, und kein Theil das andere wegen ſeiner Religion anfein„den, ärgern und unfriedlich tractiren ſolle (n).

(a) Londorp Acta Publica *Tom. I. p.* 182. 183.

(b) In den Academiſchen Reden über das Kirchenrecht *p.* 56.

(c) Hiſtor. Belgic. *Lib.* 2. *p.* 40.

(d) *Ibid. pag.* 43. 48.

(e) in der Hiſtoire du Calviniſme *p.* 488.

(f) *Hiſtoire* des Provinces Unies par le Clerc *Tom. I. p.* 331.

(g) *Tom. II. p.* 55. 56.

(h) Rer. Brand. *Lib.* 19. §. 16.

(i) Herr von Meiern Acta Comitialia *Tom. I. p.* 148.

(k) Annal. Ferdin. *Tom. IX. p.* 309.

(l) Interets des Puiſſances de l'Europe *pag.* 138.

(m) Herr von Meiern Acta Pacis Weſtphal. *P. XI. p.* 62.

(n) Londorp *d. l. Tom. V. p.* 350.

§. XIX.

Der Evangeliſchen Religionseifer iſt nicht ganz erkaltet.

Der Evangeliſchen Religionseifer iſt zwar freilich der größte nicht, jedoch auch keinesweges ganz erkaltet. Adamus Adami (a) ſchreibet: Proteſtantium communiter longe firmior propoſiti fuit conſtantia, qui, ut religioni ſuae commodarent, mille ſpernebant bellorum incommoda, nil gravius ferentes, quam Religionem ſuam a Catholicis vel in minimo ſuperari. Nach ſolcher Zeit hat der glorwürdigſte Churfürſt zu Brandenburg Friedrich Wilhelm für vielen andern die Erhaltung der Evangeliſchen Religion zu Herzen genommen. Als ihm einige der Seinigen widerriethen, ſich der Evangeliſchen Schleſier anzunehmen, weil ſolches der Kaiſerliche Hof übel empfinden würde, antwortete er fürtreflich: Rectoribus civitatum divina negotia haud quidquam in poſtremis habenda, quod mortales Numinis providentiæ omnes ſuas fortunas in acceptis referant, ac nullum officium Deo gratius haberi poſſit, quam verum ejus cultum modo legiti-

mo promoviſſe; nil quoque humanitati convenientius ſit, quam aerumnis illos levare, quibus id unicum objici queat, quod bona fide Deum colere cupiant (b): Und Anno 1676. empfahl derſelbe denen Herzogen zu Braunſchweig und Lüneburg inſonderheit die Curam ſacrorum im Herzogthum Bremen, ne quid circa ea a Praeſule Monaſterienſi novetur, quod iſtis neglectis ultio Divini Numinis, & perpetua apud Poſteritatem infamia ſit metuenda, quae illos, qui tractatione Osnabrugenſi Sileſios alioſque deſtituerint, manſura ſit (c). Einen Beweis dieſer preißwürdigen Geſinnung enthält auch das zwiſchen ihm und der Cron Schweden Anno 1686. getroffene Bündniß, in welchem es beim Pufendorf (d) heiſſet: Cum majorem in modum dolendum & ad altiorem animi ſenſum haud injuria revocandum ſit, quod non ita pridem nonnullibi locorum inopinatis prorſus atque atrocibus caſibus, res Evangelica vehementiſſime affligi, atque *alterari* coeperit, ingraveſcente indies malo, & ad ulteriora velut torrente quodam ſeſe diffundente, quo circa S. R. Majeſtas Sueciae atque Seren. S. Elect. Brandenburgica apud ſe reputantes, quantis calamitatibus, ac turbis fores pandi facile poſſent, ſi malum latius ſerpat, ipſumque tandem imperium Romano-Germanicum quacunque ratione involvat, communi opera atque ſtudio illud praevenire, atque omnino avertere ſummopere exoptant, proindeque vigore hujus articuli ſtatuunt, atque promittunt, velle ſe cum Sacra Caeſarea Majeſtate, Jmperiique Statibus, ex quibus etiam Religioni Romano-Catholicae addictos a tam funeſtis *coeptis atque* auſibus prorſus abhorrere minime ambigunt, eas inire rationes, per quas ejusmodi pernicioſis atque pericoloſis machinationibus atque attentatis mature obex ponetur, imprimis vero Imperii Romano-Germanici Statibus atque membris ſingulis atque univerſis ea religionis atque conſcientiarum ſervetur atque praeſtetur libertas, profanaeque aeque ac religioſae pacis ſecuritas, quae illis ex pacis Weſtphalicae luculenta diſpoſitione aliisque Jmperii pragmaticis ſanctionibus competit & debetur. Noch bey ſeinem heldenmüthigen Tode gab er zu erkennen: Evangelicos fidei conſortes hinc inde perſecutionibus oppreſſos, tum & mutuam tolerantiam ipſos inter Evangelicos magnopere ſibi cordi eſſe; ſimul Principi refugos ob ſacra Gallos impenſe commendabat (e). Was noch zu unſern Zeiten zwiſchen Kaiſer Joſeph und König Carl XII. von Schweden der Schleſier wegen vorgangen, und der Religionsbeſchwerden in Oberteutſchland, bevorab aber in der Pfalz halber verhandelt worden, erweiſet, wie die Unempfindlichkeit der Evangeliſchen Könige und Fürſten nicht ſo weit gehe, daß ſie bey offenbaren Verletzungen der Religionsverträge ſtille ſitzen, und ihre bedrückte Glaubensgenoſſen ganz hülflos laſſen ſollten.

(a) De

(a) De Pacificatione Weſtphalica *cap.* 14. §. 1.
(b) PUFENDORF Rer. Brand. *Lib.* 4. §. 46.
(c) *Ibid. Lib.* 14. §. 32.
(d) *Lib.* 19. §. 28.
(e) *d. l.* §. 100.

§. XX.

Das bisher angeführte machet daher glaublich, daß weder die Catholiſche, noch die Evangeliſche eine Gelegenheit verſäumen werden, das Beſte ihrer Religion zu befördern, wenn ſolches ohne Abbruch der politiſchen Abſichten alſo geſchehen kann, wie es bey der Weſtphäliſchen Friedenshandlung die Evangeliſche, und bey der Rißwickiſchen die Catholiſche thaten, daß aber die politiſche Abſichten nicht leicht einem Theil verſtatten, den andern gänzlich zu unterdrükken, und daß die Catholiſche keinen vollkommenen Sieg davon tragen können, ohne zu gleicher Zeit ihre politiſche Freiheit, zum Nachtheil der Cleriſey und Layen zu verlieren, mithin man billig an beiden Seiten ſolche eitele Gedanken fahren laſſen, und ſich vielmehr bemühen ſollte, alles dasjenige aus dem Wege zu räumen, was eine mehrere Trennung der Gemüther zum gemeinen Verderben erwecket.

Achte Abhandlung,

enthaltend

Eine Prüfung der ans Licht getretenen Reflexions touchant l'Equilibre.

§. I.

In den älteſten Zeiten bekümmerte man ſich aus Unwiſſenheit um die Erhaltung des Gleichgewichts wenig.

Die tägliche Erfahrung lehret, wie groſſe Gefahr ſchwächere Staaten laufen, von den mächtigern unterdrücket zu werden, und es iſt kein anderes Mittel fürhanden, ſich dawider in Sicherheit zu ſtellen, als daß jene ihre Kräfte vereinigen, und durch Bündniße eine Macht zuſammen bringen, die zu ihrer Vertheidigung hinlänglich, mithin vermögend iſt, zu behindern, daß Gewalt für Recht gehe. Die Klugheit und eines jeden Regenten Pflichten erfordern, daß er nicht nur darauf bedacht ſey, die gegenwärtige Gefahr abzuwenden, ſondern auch für die Nachkommenſchaft ſorge, und gegen entferntere beſorgliche Uebel die nöthige Vorkehrungen mache. In den ältern Zeiten hatten die Staatsleute keine ſo groſſe Erfahrung, wie heutiges Tages. Die wenigſten wußten genau, was ihren Vorfahren begegnet, und wie es auſſer ihrem Vaterlande beſchaffen war. Solcherwegen bliebe vielen Völkern ſowohl die fürhandene Gefahr verborgen, als es ihnen an dem Vermögen fehlete, ihr zu entgehen. Einige kluge Griechen und Römer ſind wohl auf die Einſchränkuug der übermäßigen Macht ihrer Nachbaren bedacht geweſen, und andere haben ſich wider diejenige verbunden, mit welchen ſie, oder ihre Freunde in Feindſchaft lebten. Wer aber keinen baldigen Ueberfall fürchten durfte, gab ſich ſelten Mühe, eine Macht zu mindern, die ihm, oder ſeinen Nachkommen dermaleins verderblich ſeyn konnte. Dieſes iſt die Urſache der entſtandenen ungeheuren Aßyriſchen, Perſiſchen, Griechiſchen, Römiſchen, Teutſchen, Türkiſchen und anderer groſſen Reiche. Ninus, Cyrus, Alexander, die Römer, Clodoveus, Carl der groſſe und verſchiedene Türkiſche Sultans griffen ein Volk nach dem andern an, und da ſie ihren Nachbaren an Macht weit überlegen waren, ſo brachten dieſelbe einen anſehnlichen Theil der Welt nach und nach unter ihr Joch, welches nimmer geſchehen wäre, wann die überwundene Völker ſich wider ſelbige verbunden,

den, und bey der Unterdrückung anderer erwogen hätten, daß auch ſie die Reihe dermaleins treffen würde.

In den mittlern Zeiten behinderten innerliche Unruhen die mehreſte groſſe Könige, ihre Nachbaren zu überwältigen, und deswegen war es unnöthig, derſelben Begierde nach fremdem Gut ſorgfältig Schranken zu ſetzen, und auf die Beibehaltung des Gleichgewichts zu gedenken.

§. II.

Die übermäßige Vergröſſerung der Oeſterreichiſchen Macht gab den Franzoſen Anlaß, die politiſche Lehrſätze vom Gleichgewicht in ein gröſſers Licht zu ſtellen.

Nachdem aber Kaiſer Carl V. die Spaniſche, Burgundiſche und Oeſterreichiſche Länder vereinigte, auch durch König Ferdinand I. Heirath mit der Ungariſchen Prinzeßin Anna, die Kräfte des Hauſes Oeſtereich einen beträchtlichen Zuwachs erhielten, ſo ſpührten die Franzoſen gar bald, was für Nachtheil dieſe überwiegende Macht ihnen und andern verurſachen würde, daher dann König Franciscus I. und Heinrich II. das äußerſte thaten, um deren Vergröſſerung zu behindern, denjenigen die Augen zu öfnen, welche eine gleiche Beſorgniß zu hegen Urſach hatten, und ſich mit ſelbigen auf daß genaueſte zu verbinden. Zwar ſtehet der Herr Verfaſſer der Erinnerungen über Herr Kahlens Abhandlung von der Balance Europens p. 54. in den Gedanken, man ſey zu ſelbigen Zeiten für dem Franzöſiſchen König Franciscus I. noch bänger geweſen, als für Kaiſer Carl V., weil dieſer mehr Bundsgenoſſen als jener gehabt. Es erhellet aber meines Ermeſſens nur daraus, daß zu der Zeit, wie es mehrmalen, auch noch heutiges Tages geſchehen, das gemeine Beſte den beſondern Abſichten nachgeſetzet worden, welche die Bundsgenoſſen des Kaiſers hatten. Denn ſonſt leidet wohl keinen Zweifel, daß Kaiſer Carl V. der Freiheit Europens weit gefährlicher geweſen, als Franciscus I. Die Kaiſerliche Würde gab jenem Gelegenheit, Teutſchlands und Italiens Kräfte wider ſeine Feinde zu gebrauchen, und dieſe Reiche wohl gar ſeiner willkührlichen Gewalt zu unterwerfen, welches die Reichthümer der neuen Welt, die ihm und nachmals ſeinen Sohn zufloſſen, gar möglich machten. Wie würde es aber, wenn ſolches geſchehen, den übrigen Europäiſchen Staaten ergangen ſeyn? Alsdenn hätte Frankreich um ſeine eigene Erhaltung bekümmert ſeyn müſſen, an ſtatt auf eine Univerſalmonarchie denken zu dürfen. Der Handel und die Manufacturen, womit anjetzt die Engeländer, Holländer und Franzoſen ſo groſſe Schätze erwerben, befanden ſich damals mehrentheils in den Niederlanden, mithin in Kaiſer Carls V. Gewalt. Die benachbarte Länder waren daher ärmer, die Seinige aber weit reicher, wie ſie anjetzt ſind.

§. III.

Dieſer bediente ſich nachmals das Haus Oeſterreich wider König Ludewig XIV.

Der Gründe, welche Frankreich eine geraume Zeit gebrauchet hat, um Hülfe und Beiſtand wider das Hauß Oeſterreich zu erlangen, bediente ſich dieſes nachmals treflich wider die Franzoſen, nachdem ſelbige durch den Weſtphäliſchen und Pyrenäiſchen Friedensſchluß ihm zu mächtig geworden. Der Oeſterreichiſche Geſandte bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten Volmar, ſagte Anno 1646. voraus, „daß, gleichwie die Franzoſen das Hauß Oeſterreich „propter ſolam potentiam ſo ſehr verfolgten, alſo mögten ſie nur glauben, daß, „wenn Frankreich ex optimis ſpoliis hujus domus gungſam bereichert, und groß „gemachet habe, ebenfalls ein groſſer Widerwille, Neid, Mißgunſt, Haß und „Feindſchaft gegen daſſelbe bey andern Potenzen entſtehen werde (a); welches gar genau eingetroffen. Es konnte auch nicht anders ſeyn, da dieſe Crone ſich mit den erlangten groſſen Vortheilen nicht vergnügte, ſondern deutlich zu Tag legte, wie ihre Abſicht dahin ginge, durch die Unterdrückung des Hauſes Oeſterreich ſich den Weg zu Univerſalmonarchie zur bahnen (b). Kluge Staatsleute bemüheten ſich demnach, ſolche Rathſchläge zu vernichtigen, und deswegen behinderte man Anno 1668. durch die Tripleallianz Ludewig XIV. die Spaniſche Niederlande zu verſchlingen, leiſtete Anno 1672. den vereinigten Niederlanden ſtarke Hülfe wider dieſen König, unterſtützte Anno 1688. die den Franzöſiſchen Abſichen ſo nachtheilige Revolution in England, wie auch den Churfürſten von Pfalz gegen die Orleaniſche Anforderungen, und die wider Frankreichs Wunſch auf den Bairiſchen Prinzen gefallene Churcöllniſche Wahl. Opferte auch endlich im Anfang des gegenwärtigen Jahrhunders ſo viel Geld und Blut auf, um die Spaniſche Monarchie dem Hauſe Bourbon zu entreiſſen.

(g) Meiern Acta Pacis Weſtphalicae *Tom.* 2. *p.* 216.

(h) Pufendorf de Rebus Brandenburgicis, *Lib. XI.* §. 1.

§. IV.

Und die Franzoſen wider das Hauß Oeſterreich zur Zeit des Utrechtiſchen Friedens.

Man hätte dieſen Endzweck erreichet, wenn die Bundsgenoſſen nicht getrennet wären. Dieſes aber veranlaſſete Frankreich, indem es den Engeländern zu Gemüthe führete, es ſey die Vereinigung der Spaniſchen und Oeſterreichiſchen Macht, welche nach des Kaiſers Joſeph Tode entſtehen würde, der Freiheit von Europa ſo gefährlich, als die Franzöſiſche, und es liefe allen Regeln der Staatsklugheit zuwider, das Hauß Oeſterreich in die Umſtände zu ſetzen, worin es ſich zu Zeiten Kaiſer Carls V. befunden. Dieſe Vorſtellungen hatten die gewünſchte Wirkung. Engeland verließ das groſſe Bündniß, und legte zum Grunde des Utrechtiſchen Friedens, daß die Oeſterreichiſche Macht ſowohl, als die Franzöſiſche, gemäßiget werden müßte. Es iſt unnöthig allhier zu unter-

terſuchen, ob man damals recht geurtheilet, und die Kräfte des Hauſes Oeſterreich nicht durch ein Vergröſſerungsglaß angeſehen hat. Zu meinem Endzweck dienet nur, daß ich zeige, wie alle Europäiſche Staatsleute die Gründlichkeit der politiſchen Lehre vom Gleichgewicht jederzeit erkannt haben, und ſie nur denjenigen ein Stachel im Auge geweſen, welche wegen ihrer überwiegenden Macht andere unter das Joch zu bringen hoffen konnten.

§ V.

Sie veranlaſſete das Hannöverſche Bündniß und die Gewehrung der Oeſterreichiſchen Pragmatiſchen Sanction.

Was nach dem Utrechtiſchen Frieden in den Welthändeln vorgangen, gründet ſich nicht weniger auf dieſe Lehre. Man iſt im Grundſatz ganz einig geweſen, und hat nur unterſchiedene Meinungen davon geheget, was zur Erhaltung des Gleichgewichts erfordert werde? Um die Macht des Hauſes Oeſterreich zu mäßigen, wurde der Oſtendiſchen Handelsgeſellſchaft ſo vieles in den Weg geleget, auch das bekannte Hannöveriſche Bündniß errichtet, hingegen aber die Gewährung der Oeſterreichiſchen Pragmatiſchen Sanction übernommen, damit durch die Trenung der Oeſterreichiſchen Länder Frankreich keine Obermacht erlangen mögte.

§. VI.

Frankreich hat zu unſern Zeiten die Welt dergeſtalt einzuſchläfern gewuſt, daß man dem Anwachs ſeiner übermäßigen Macht ruhig zugeſehen.

Obwohl dieſe Crone ſeit dem Utrechtiſchen Frieden ſich dergeſtalt erholet hatte, daß ſie nicht weniger, als in den vorigen Zeiten zu fürchten war, ſo hat dennoch das kluge Betragen derjenigen, welche am Ruder des Regiments geſeſſen, auf eine faſt erſtaunliche Art den größten Theil der europäiſchen Welt eingeſchläfert, und es dahin gebracht, daß man dem weitern Anwachs der Franzöſiſchen Macht ruhig zugeſehen. Ja es iſt ſo gar des Hauſes Oeſterreich natürliche Eiferſucht wider das Bourboniſche geſtillet, und jenes beweget, dieſes Freundſchaft ſeinen ehemaligen Verbindungen vorzuziehen. Ich will nicht unterſuchen, ob der Cardinal von Fleuri immer im Sinn gehabt, die Welt mit ſüſſen Worten zu verleiten, bey günſtiger Gelegenheit das Rauhe außen zu kehren, und denen Grundſätzen zu folgen, worauf Ludewigs XIV. Rathſchläge gegründet waren, oder ob er es für gar zu gefährlich gehalten, mit dem gröſten Theil der Welt anzubinden, und Europa durch Gewalt der Waffen unter das Joch zu bringen, vielmehr aber geſuchet hat, durch Mäßigung und Billigkeit Frankreich in ſolches Anſehen zu ſetzen, daß jedermann zu dieſer Crone, als dem allgemeinen Schiedsrichter, in wichtigen Streithändeln ſeine Zuflucht nehmen mögte, mithin ſie in ſtolzer Ruhe den innerlichen Zuſtand des Reichs verbeſſern, ſich zugleich bey Auswärtigen in die gröſte Verehrung ſetzen, und viele Gelegenheit finden könnte, Bündniſſe und Verträge zu machen, welche nebſt ihrer Freunde Wohlfart das beſondere Beſte dieſes Königreichs beförderten. Wäre aber

auch ſeine Abſicht untadelhaft geweſen, ſo ſtünde es dennoch nicht zu verantworten, daß man die zunehmende Franzöſiſche Macht mit gleichgültigen Augen angeſehen, und in keine Betrachtung gezogen, daß, wenn gleich damals deren Mißbrauch nicht zu fürchten geweſen, er dennoch, aller Vermuthung nach, ſich künftig äußern würde, wann es zu ſpät, dawider hinlängliche Vorkehrungen zu thun. Es hat ſich auch noch bey des Cardinals Leben gezeiget, wie gegründet dieſe Sorge vernünftiger Patrioten geweſen, da, nach dem Tode Kaiſer Carl VI. Frankreich, an ſtatt, ſeinen theureſten Verheißungen gemäß, deſſen nachgelaſſene Erbin bey den Oeſterreichiſchen Königreichen und Landen zu ſchützen, das äußerſte gethan, ihr den größten Theil derſelben zu nehmen, und eine Trennung der Oeſterreichiſchen Macht zu veranlaſſen, welche von allen Zeiten als das einzige Mittel angeſehen worden, dieſe Crone auf den höchſten Gipfel der Hoheit und Gewalt zu bringen, folglich die übrige Europäiſche Staaten ihr unterwürfig zu machen.

§. VII.

Der Verfaſſer der Reflexions touchant l'Equilibre will darthun, daß weder die Gerechtigkeit, noch die politiſche Klugheit verſtatte, ſich derſelben zu widerſetzen.

Damit nicht jedermann wider ein ſolches Unternehmen aufgebracht werde, will man die Welt durch neue Lehren blenden, und ſelbige glauben machen, es verſtatte weder die Gerechtigkeit, noch die Klugheit, ſich den Franzöſiſchen Abſichten zu widerſetzen. Dieſes iſt der Endzweck des Verfaſſers einer kleinen Schrift, welche unter dem Titul Reflexions touchant l'Equilibre de *l'Europe* (a) ans Licht getreten, als worin man zu zeigen ſuchet, es gründe ſich das Syſtema des Gleichgewichts auf falſche Erdichtungen, und würde dadurch die Ungerechtigkeit offenbar unterſtützet. Die hohe Häupter hätten gegen einander eine gewiſſe Schuldigkeit zu beobachten, die ihnen nicht verſtatte, das Mißtrauen äußerlich blicken zu laſſen, ſo einer gegen den andern heimlich hegen könne, und man müßte nicht aus ſeiner Ruhe ſchreiten, wenn ſich ſchon die Nachbaren durch erlaubte Wege vergrößern. Was auch bey dem einen das Gleichgewicht herſtelle, das ſtoße es bey den andern völlig um.

(a) Es findet ſich eine teutſche Ueberſetzung dieſer Schrift in der **Neuen Europäiſchen** Famae 98ten Stück.

§. VIII.

Ob es erlaubet ſey, gerechte Vergröſſerungen der Macht anderer Staaten zu be-

Nun iſt es allerdings zweifelhaft: Ob die Gerechtigkeit verſtattet, ſich der erlaubten Vergrößerung eines Staats zu widerſetzen, und z. E. einem Könige zu nehmen, was er durch Erbſchaften erlanget hat, weil zu befürchten, es mögte von ihm oder von ſeinen Nachkommen gemißbrauchet werden. Gundling in der **Gundlingian. Fünftem Stück** bejahet ſolches, weil es moraliter gewiß ſey, daß Staaten, die zu einer fürchterlichen Macht gelangen, ſie mißbrauchen wer-

werden, als welches, ſo lange die Welt ſtehet, nimmer unterblieben. Es giebet wohl Exempel friedfertiger Könige, welche ihrer Gemüthsbeſchaffenheit nach niemand ohne Noth beunruhiget haben. In keiner Monarchie findet ſich aber eine beſtändige Folge von ſolchen Regenten. Die Leidenſchaften der Menſchen können in dieſer Welt nicht erſättiget werden. Die Ehre und Reichthümer, welche dieſelbe würklich beſitzen, ſcheinen ihnen geringe zu ſeyn, in Betrachtung derjenigen, die ſie vielleicht noch überkommen könnten. Daher fehlet es den mehreſten nur am Vermögen, und nicht am Willen, mehr Ehre und Gewalt zu erwerben. Könige und Fürſten ſind den menſchlichen Schwachheiten ſowohl, als andere unterworfen. Sie fühlen die Begierden ſo viel ſtärker, je ſeltener ſie genöthiget werden, ſelbigen Zwang anzuthun, welches jedoch das einzige Mittel, ſich ihrer Gewalt zu entreißen. Um die Welt in Feuer und Flamme zu ſetzen, iſt es ſchon genung, wann auch ein ſchwacher König von einem ehrgeitzigen kühnen Miniſter geleitet wird, wie es unter Ludewig XIII. in Frankreich geſchah. Dieſerwegen vermuthet denn Gundling, daß faſt alle große Herren keine Gelegenheit *verabſäumen* werden, ihre Herrſchaft zu erweitern, und hält es für einfältig, ſich auf dieſes oder jenes gute Geſinnung zu verlaſſen.

hindern, aus Furcht daß ſelbige zu unſerer Unterdrükkung gemißbrauchet werden mögten?

Wird auch voraus geſetzet, daß der Schwächere wirklich Gefahr laufet, von den Mächtigern unterdrücket zu werden, und daß mit der Vernunft nicht *abzuſehen*, wie es möglich, ſolcher Gefahr zu entgehen, wenn jener dieſem nicht zuvor kommt, und alſo ſelbigen außer Stand ſetzet, ihm zu ſchaden, ſo darf er, ohne den Angrif zu erwarten, zum Waffen greifen, und den erſten Streich thun, weil dem ohngeachtet das Bellum defenſivum bleibet, wenn es nur in der Abſicht geführet wird, ſich wider eine fürchtende Beleidigung in Sicherheit zu ſtellen.

§. IX.

Es iſt aber unnöthig, daß man dieſe Gundlingiſche Lehrſätze annehme, um die Einwürfe des Verfaſſers der Reflexions abzulehnen, und dasjenige zu rechtfertigen, was die Vertheidiger des Gleichgewichts bisher gethan haben. Alle erregte Streitigkeiten und gemachte Einwürfe fallen hinweg, wenn man erweiſet, es ſey erlaubet zu verhindern: „daß der **Mächtigere ſeine Gewalt** „**zur Unterdrückung des Schwächern mißbrauche, oder auch zwiſchen andern Staaten entſtandene zweifelhafte Streitigkeiten, ſo wie es ihm gefällig, mit dem Degen entſcheide.**" Das Recht der Natur erlaubet jedermann, widerrechtlich Gedruckten Hülfe zu leiſten, und wenn es auch zweifelhaft wäre, wer von zwey ſtreitenden Partheyen mit dem beſten Recht verſehen, ſo muß jedoch denen ſchwächern Staaten ſowohl frey ſtehen, desjenigen Par-

Man kan ohne Ungerechtigkeit den Schwächern wider den Mächtigern Hülfe leiſten, wenn jenen zu viel geſchiehet, oder es zweifelhaft iſt, welche unter den

ſtreitenden Partheyen das beſte Recht hat.

they zu nehmen, deſſen Erhaltung ihr eigenes Beſtes erfordert, als der Mächtigere befuget iſt, dem Gegentheil Hülfe zu leiſten. So wenig Unterthanen, die nur einiges Vermögen beſitzen, wenn ſie gleich niemand vorſetzlich Unrecht zu thun gemeinet ſind, alle Rechtshändel vermeiden können, ſo wenig und noch weniger iſt es möglich, alle Irrungen zwiſchen großen Herren zu behindern. Deswegen erfüllen die Praetenſiones, welche ſie an einander machen, ganze Bücher, und deren entſtehen täglich mehr, die zum Theil dergeſtalt beſchaffen ſind, daß man mit Zuverläßigkeit nicht ſagen kann, wer Recht oder Unrecht hat. Gemeiniglich hänget die Entſcheidung von Umſtänden ab, welche der eine ganz anders angiebet, als der andere. Da kein gemeiner Richter fürhanden, ſo iſt auch niemand leicht im Stande, der Sache auf den Grund zu ſehen. Der Stärkſte, ſchreibet Graf Khevenhuller *in Annalibus Ferdinandeis T. 7. pag. 90.*, leget gemeiniglich die dunkeln Puncte und Artikuln eines Tractats nach ſeinem Willen und Vortheil aus, und muß der Schwächeſte ſolches wohl leiden, er wolle denn einen Krieg anfangen. Solcher eigenrichterlichen Gewalt bemühen ſich andere Staaten billig Ziel und Maas zu ſetzen, und deswegen fehlet es faſt nimmer an Urſachen, wider diejenigen, deren Macht überwiegend iſt, mit Gerechtigkeit Krieg zu führen, wenn es gleich nicht allein wegen ihrer fürchterlichen Gewalt erlaubet wäre. Hingegen träget ſich der Fall ſelten zu, daß man jemanden nur blos, weil er gefürchtet wird, etwas nimmt, ſo ihm von Rechtswegen auſſer Zweifel zukömmt. Die Lehre vom Gleichgewicht, welche gegen den Verfaſſer der Reflexions zu vertheidigen iſt, unterſtützet alſo keine Ungerechtigkeit, ſondern ſie wehret derſelben, und es machen diejenige Staaten ſich deren keinesweges theilhaftig, welche anjetzt Krieg führen, um der immer zunehmenden überwiegenden Franzöſiſchen Macht Schranken zu ſetzen, weil man dieſer Crone und ihren Bundsverwandten kein klares Recht nehmen, ſondern ſie nur behindern will, die über die Oeſterreichiſche Succeßion entſtandene Streitigkeiten ihren politiſchen Abſichten gemäß zu entſcheiden, und haben wenigſtens die Garants der pragmatiſchen Sanction ſo viele Befugniß, ſich des Hauſes Oeſterreich anzunehmen, als Frankreich, deſſen Feinde zu unterſtützen, wenn es auch zweifelhaft wäre, wem die Oeſterreichiſche Lande den Rechten nach zukommen. Mein Gegner formirt alſo den Statum controverſiae übel, indem er voraus ſetzet, es ſey jetzt die Frage von der Behinderung erlaubter Vergrößerungen.

§. X.

§ X.

Derſelbe irret ferner ſehr, wenn er es für ehrenrührig, und folglich unerlaubet hält, ein Mißtrauen gegen andere blicken zu laſſen. Beim Bvrgvndo *Hiſtor. Belgic. L. 2. p. 71.* heiſſet es: Quod inter caeteros mortales invidia, id in Principibus pro virtute eſt, ſuſpicio alienae potentiae. Wer zu ſeiner nöthigen Vertheidigung, und nicht zu eines andern vorſezlicher Beleidigung, etwas redet, oder vornimmt, ſo der Ehre deſſelben nachtheilig, iſt deswegen nicht ſtrafbar, weil bey ihm kein animus injuriandi fürhanden. Indem man auch eine Furcht äußert, daß der Mächtigere ſeine Gewalt mißbrauchen mögte, werden dieſem nicht eben vorſezliche Ungerechtigkeiten, ſondern menſchliche Schwachheiten beigemeſſen. Denn es fehlet nicht leicht an Gründen, welche große Herren überreden, daß ihre Unternehmungen wider die Schwächern ſowohl den Regeln der Gerechtigkeit, als der Klugheit gemäß ſind. Jedermann will gerne den Vorwurf ablehnen, daß er ein Latro gentium ſey. Quae autem volumus, credimus libenter. In allen Streithändeln beſchuldigen die Partheyen einander der Ungerechtigkeit, nicht aber eines ſchändlichen Doli. Nach des Verfaſſers Grundſätzen liefe es wider das Recht der Natur, Grenzveſtungen anzulegen. Denn dieſes geſchiehet immer, aus der geäußerten Furcht, daß uns andere überfallen mögten. Welcher Nachbar hat ſich aber wohl jemals dadurch an ſeiner Ehre beleidiget zu ſeyn erachtet?

Wer eine Furcht äuſſert, daß der Mächtigere ſeine Gewalt mißbrauchen mögte, beleidiget denſelben nicht.

§. XI.

Eben wenig laufet die Lehre vom Gleichgewicht den Reguln einer geſunden Politik zuwider. Es iſt zwar bey gewiſſen Umſtänden allerdings beſſer, ſich der Sache gemeinem Lauf zu überlaſſen, als durch Vorſehungen, die man nur gegen einen Feind zu gebrauchen pfleget, andere ſtutzig zu machen, wenn es nemlich an dem Vermögen fehlet, die ſchädliche Abſichten desjenigen, den wir billig fürchten, zu hintertreiben. Anno 1673. riethen Churfürſt Friedrich Wilhelm von Brandenburg einige ſeiner Räthe, den Frieden mit Frankreich aus dieſer bündigen Urſache an, quoniam ſapientis eſt, temporibus cedere, & quo fata, ac vis major impellat, modeſte ſequi. Ac ſi nec ipſe ſolus negotio ſuſtinendo par ſis, nec alii, quorum aeque intereſt, operam conferre velint, quid aliud ſupereſt, quam ut propriae conſervationi ſtudeatur (a). Bey andern Umſtänden wäre es aber ganz unverantwortlich, die Hände in den Schoß zu legen, und nicht alles zu verſuchen, wodurch man hoffen kann, die vor Augen ſchwebende Gefahr abzukehren. Die Churbrandenburgiſche Räthe ließen ſich daher billig

Die Staatsklugheit erfordert, daß man ſich wider ſolchen Mißbrauch, ſo viel möglich in Sicherheit ſtelle.

Anno 1656. ganz anders, und folgender Geſtalt vernehmen: Amica prius remedia tentare neceſſum haud eſt, ni ſpes ſit, per ea periculum averti poſſe. Aſt ubi conſtat, amica tractatione ſuſcepta periculum invaliturum, aut adverſarium vires interim firmaturum, aut inanibus pactis illuſurum, ſtultum fuerit humanitatis officia, ſimul egregiam occaſionem res ſuas ſtabiliendi prodigere, ac aliorum ſe ludibrio praebere; (b) welches in dem fürtreflichen Anti-Machiavel c. 26. folgender Geſtalt beſtärket wird: Il eſt de la prudence, de preferer les moindres maux aux plus grands, ainſi que de choiſir le parti le plus ſur à l'execution de celui, qui eſt incertain. Il vaut dont mieux, qu'un Prince s'engage dans une guerre offenſive, lorsqu'il eſt le maître d'opter entre la branche d'olive & la branche de laurier, que s'il attendoit à des tems deſeſperés, ou une declaration de guerre ne pourroit retarder que de quelques momens ſon eſclavage & ſa ruine. C'eſt une maxime certaine, qu'il vaut mieux prevenir, que d'etre prevenu: Les grands hommes s'en ſont toujours bien trouvés.

(a) Pufendorf *d. l' Lib. XI.* §. 88.
(b) *Ibid. d. l. Lib.* 6. §. 18.

§. XII.

Indem des einen übermäßige Macht vermindert wird, gelanget nicht immer ein anderer dazu.

Endlich iſt es allerdings andem, daß, wenn zu Beibehaltung des Gleichgewichts ein Staat erniedriget wird, ein anderer dadurch wohl zu *einer noch* fürchterlichern Macht gelanget. Alſo ergienge es, wie ein groſſer Theil der Welt Frankreich behülflich war, die Cron Spanien zu demüthigen, dadurch aber jenes die Kräfte erhielte, es ſeit 100 Jahren eben ſo arg, ja wohl noch ärger als die Spanier zu machen. (§. III.) Hieraus folget jedoch keinesweges, daß die Lehre vom Gleichgewicht nicht auf gute politiſche Reguln gegründet iſt, ſondern daß man wider ſelbige bisweilen angeſtoſſen, und das, Incidit in ſcyllam, qui vult vitare charybdin, wahr werden laſſen, welches kluge Staatsleute zu vermeiden ſuchen müſſen, und können.

§. XIII.

Der Franzoſen Verſicherungen, daß ſie ihre Grenzen nicht weiter ausdehnen wollen, iſt keinesweges zu trauen.

Dem Verfaſſer der Reflexions iſt es nicht darum zu thun, allgemeine Lehren zu befeſtigen. Er ſuchet die Welt zu überreden, es ſey ungerecht und unvernünftig, ſich denen jetzigen Franzöſiſchen Abſichten zu widerſetzen. Die Crone Frankreich will, ſeiner Meinung nach, ihre Grenzen nicht weiter ausdehnen. Sie hat mehrmalen verſichert, nichts zu begehren, als daß man ihre Bundsgenoſſen vergnüge. Nur unter ſelbige ſollen die mehreſte Oeſterreichiſche Lande vertheilet werden, und alſo anderer, nicht aber ihre eigene Macht

einen Zuwachs haben. Dieſe Lockſpeiſe träget man jetzt nicht zum erſtenmal auf. Die Franzoſen haben ſchon öfters die Welt glauben machen wollen, daß ſie ohne eigennützige Abſichten Krieg führen, dem öhngeachtet aber, wenn es zum Frieden kommen, ihren eigenen Nutzen für allen, und anderer Beſtes nur ſofern befördert, als ſie ſich ſelbſt dadurch Vortheil verſchaffet. Der Baron Lisola merket ſolches in ſeinem bekannten *Bouclier d'Etat & de Iuſtice p.* 224. alſo an: Dans les dernieres rroubles d'Allemagne, dans lesquels s'etans ingerez d'abord ſous couleur de protection, avec mille proteſtations plauſibles, qu'ils ne pretendroient jamais rien pour eux, que la ſatisfaction de leurs Alliez, quand l'affaire eſt devenue à ſa criſe, ils ont demembré l'Alſace du Corps de l'Empire, par le même artifice, qu'ils en detacherent trois Evechez ſous le regne d'Henri troiſième. Wer kann glauben, daß es jetzt anders ergehen, und Frankreich die eroberte Lande wieder abtreten werde, wenn es eine Möglichkeit abſiehet, ſie zu behaupten.

§. XIV.

Geſetzt aber dieſe Crone behielte keinen Fuß breit Landes für ſich, ſo erreichte ſie jedoch ihren Endzweck, und erlangte eine ſolche Obergewalt und Herrſchaft, daß aller Europäiſchen Staaten Wohl und Weh von derſelben Willkühr abhänget, wenn nur die Oeſterreichiſche Macht getrennet wird. Die Könige von Frankreich haben die Garantien der wichtigſten Tractaten übernommen, und thun es gewiß ferner. Unter dem Vorwand ſolche zu erfüllen, oder auch kraft der mit den Reichsſtänden errichteten Bündniſſe können ſie ſowohl, ja noch willkührlicher alle entſtehende Streitigkeiten ſchlichten, als wenn ihnen die Kaiſerliche Würde zuſtünde. Wie ſich ſelbige ſchon bisher vielfältig in Teutſche Sachen zur Ungebühr gemiſchet haben, darüber klaget Henniges *Medit. ad Inſtr. Pacis Weſtph. Sp* 9 *p.* 579. alſo: Experientia nos docet, hanc gentem nimium & amicis & clientelis in imperio poſſe, cujus ſaepe legati in Comitiis tantum non dictatores vel arbitros agebant, cum prenſatione eorum, quos ſibi faciles vel opportunos reddebant, tum intentato illis metu. qui etſi irae Regis ſui paulum propiores & expoſiti, tamen amore patriae ad fiſtulam tanti vicini ſaltare propediem noluere. Was würde wohl künftig geſchehen, wenn die Franzoſen das Hauß Oeſterreich nicht fürchten dürften? Sie erhalten ſodann Teutſchland in beſtändiger Unruhe, leiſten denjenigen Hülfe, die ſich ihrem Willen blindlings unterwerfen, und befördern aller derer Untergang, welche ihnen einige Unruhe verurſachen, und die Teutſche Freiheit zu behaupten unternehmen können.

Auch ſolchenfalls erlangen ſie die Herrſchaft über alle andere Europäiſche Staaten, wenn die Oeſterreichiſche Macht getrennet wird.

§. XV.

§. XV.

Frankreichs Macht wird vergröſſert, wenn Prinzen vom Hauſe Bourbon einen groſſen Theil der Oeſterreichiſchen Lande erhalten.

Dieſelbe ſchwächen aber nicht nur durch die im Sinn habende Zergliederung der Oeſterreichiſchen Macht andere Europäiſche Staaten, und ſetzen ſie auſſer Stand, ihnen den Kopf bieten zu können, ſondern die innerliche Kräfte des Hauſes Bourbon überkommen auch dadurch einen groſſen Zuwachs. Denn wer ſind doch die Bundesgenoſſen, denen man die Oeſterreichiſche Länder in Italien und in den Niederlanden erwerben will? Es ſind Prinzen vom Hauſe Bourbon, nemlich die Söhne König Philipp V. von Spanien. Dieſe können unmöglich ohne Franzöſiſchen Schutz behaupten was ihnen Frankreich anjetzt giebet. Um ſolchen Schutz zu erlangen, müſſen ſie alſo mit dieſer Crone in der genaueſten Vereinigung bleiben, und nichts ihr miſsfälliges vornehmen. Im Hauſe Oeſterreich gienge es für Zeiten nicht anders zu. Die Teutſche Linie war des Beiſtandes der Spaniſchen höchſt benöthiget, und dieſe leiſtete jener manchen nützlichen Dienſt. Sie lebten daher gemeiniglich in der genaueſten Freundſchaft, und der Spaniſche Abgeſandte vermogte öfters zu Wien mehr, als alle Kaiſerliche Räthe. Das Haus Bourbon folget dieſem Exempel, und wird es beſtändig thun, mithin hat man für die Freiheit Europens unzulänglich geſorget, da im Utrechtiſchen Frieden nur ausgedungen iſt, es ſollte die Franzöſiſche und Spaniſche Crone nimmer ein Haupt tragen, weil dem ohngeachtet beide Reiche ihre Kräfte vereinigen werden, und dadurch in den Stand gerathen, denen übrigen Reichen Geſetze vorzuſchreiben. Vassor hat in ſeiner *Hiſtoire de Louis XIII. Tom. VI. pag.* 627. 628. ſolches folgendergeſtalt längſt vorher geſaget: Charles (Prince de Galles) demanda ſi le Roi d'Eſpagne joindroit ſes armes à celles de S. M. Britannique, en cas que l'Empereur ne voulut pas conſentir aux propoſitions raiſonnables, dont ils conviendroient l'un & l'autre. *Monſeigneur*, repondit Olivarez au Prince de Galles, *vous demandez une choſe, que le Roi mon maitre ne peut accorder. C'eſt une maxime d'Etat conſtamment recue dans cette Cour, de n'entrer point en guerre contre l'Empereur. Une des branches de la Maiſon d'Autriche n'attaquera jamais l'autre.* La maxime etoit certainement bonne. Il ne faut point douter, qu'elle n'ait fort contribué à l'agrandiſſement de la Maiſon d'Autriche. Si celle de France prend deſormais la même methode, comme il y eſt beaucoup d'apparence, l'Europe conſervera t'elle longtems ſa liberte?

§. XVI.

Die entfernte Staaten haben

In den Reflexions wird ferner eingeworfen, man wolle ein ſolches Gleichgewicht zum Gleichgewicht Europens machen, woran die entfernte Mächte, welche von den Conqueten Frankreichs nichts zu fürchten haben, keinen Theil nehmen, und wodurch eine andere Art von Gegengewicht, welches die Fürſten und

und Stände des Reichs unter einander zu erhalten Urſach haben, über den Haufen geſtoſſen werde. Frankreich zu fürchten Urſach.

Allein welcher Europäiſcher Staat iſt wohl von Frankreich ſo weit entfernet, daß er deſſen Conqueten nicht fürchten darf? Wie dieſe Crone ihre Herrſchaft nicht auf die Nachbaren einzuſchränken gewohnet iſt, lehret das entlegene Norden, an deſſen Händeln ſie jedesmal den größten Theil genommen. Von langen Zeiten her hat ſich bey allen Polniſchen Königswahlen eine ſtarke Franzöſiſche Parthey hervor gethan, und welchen Einfluß die Franzöſiſche Rathſchläge in die Nordiſche Geſchäfte haben, davon liegen ganz neue Proben für jedermanns Augen. Iſt Teutſchland unter die Füſſe gebracht, ſo muß ganz Europa folgen. Dieſes erkannte König Chriſtian IV. von Dännemark ſowohl, als König Guſtav Adolph von Schweden, und beide widerſezten ſich deswegen mit äußerſten Kräften der Unterdrückung, die Kaiſer Ferdinand II. dem Teutſchen Reich androhete. Die Schwediſche Reichsräthe, welche Anno 1671. mißbilligten, daß ſich Schweden mit Frankreich wider die Holländer verbande, führten als einen Grund ihres Widerſpruchs an, daß man ſich der überwiegenden Franzöſiſchen Macht widerſetzen müßte, und ſchrieben: Sur tout, il eſt bien à remarquer ici, que les Etats du Roiaume, d'un commun ſouffrage, approuverent la paix, qu'on avoit renouvellée avec la Hollande, & qu'ils conſentirent au deſſein de former la triple Alliance, comme un moien propre à retenir dans ſes juſtes bornes la Couronne de France, laquelle, ſi on l'avoit abandonnée à Son ambition, auroit pu facilement aſſujettir les autres Etats. Und ferner: Si la Hollande a le malheur d'etre ſubjuguée, il ſera fort facile à la France de paſſer outre, & d'etendre les limites de ſon Roiaume, en ſorte qu'on n'aura rien avancé jusques à aujourd'hui, par tant de conſeils & de deliberations, ſi la Svede même, contre ſes anciennes regles, & contre les loix de la prudence, groſſit les forces des Francois. Quelle digue oppoſerat-on apres cela aux rapides progres d'une Couronne puiſſante en elle même, & conſiderablement agrandie.

Auch heiſſet es in einer Anno 1682. unter dem Titul: *la Suede redreſſée dans ſon veritable Interet* ans Licht getretenen Schrift: Sa Majeſté Suedoiſe eſt dans cet interet naturel, ou ſont tous les Souverains generalement quelconques, de ſe tenir ſoigneuſement ſur ſes gardes, pour que nul Potentat ſous quelque pretexte ni pour quelque occaſion, que ce puiſſe etre, ne ſe mettre jamais dans l'etat de le pouvoir ombrager, ni inquieter dans toute l'etendue de ſa monarchie, & partant il ne peut pas etre diſputé, qu'il ne ſoit de ſon devoir, mais d'un devoir indiſpenſable, d'empecher de tout ſon poſſible, par toutes voies de droit, que nulle Puiſſance dans l'Europe n'eleve & ne fortifie ſa puiſſance au deſſus

d'un certain degré, ſoit ſur terre, ſoit ſur mer; und der Verfaſſer behauptet mit gutem Grunde, qu' apres la conquete des Païs bas la France eut pû aller adminiſtrer juſtice ſelon tous ſes plaiſirs & volontés dans le Sund & ſur toutes les mers navigeables du Nord, comme elle a bien oſé l'entreprendre depuis peu avec ſes ſeules forces contre les Turcs dans l'Archipel. Dieſes alles beſtärket der Graf von Oxenſtirna in einem König Carl XII. Anno 1702. zugeſandten Gutachten alſo: La conſervation de la balance de l'Europe n'eſt pas moins le principal interet de la Suede, qu'elle eſt celui des autres puiſſances. Car ſi cette balance venoit à pancher, par la trop grande Puiſſance, de quelque Prince, la Suede n'auroit plus à attendre, que le triſte ſoulagement de Polypheme ou celui du tour, c'eſt à dire, qu'etant la plus reculée, elle ne ſeroit que la derniére à plier ſous le joug (a).

(a) *Recherches ſur les alliances & les Interets entre la France & la Suede* par Mr. ROUSSET *p.* 84. 86. 126. 127. 134. 298.

§. XVII.

Teutſchland iſt eines mächtigen Kaiſers benöthiget.

Es iſt ganz irrig, daß, wenn Frankreich ſeinen Endzweck nicht erreichet, das Gleichgewicht zwiſchen den Fürſten und Ständen des Reichs über den Haufen gehen werde. Soll dieſes unverletzet bleiben, ſo müſſen wir einen Kaiſer haben, der die ſchwächere Glieder des Reichs wider die Mächtigere ſo wohl, als wider auswärtige Feinde ſchützen kann, wenn ihm der größte *Theil von* Teutſchland anhänget, und deſſen eigene Kräfte gleichwohl nicht hinlangen, die Reichsſtände um ihre Freiheit zu bringen. Was helfen ſeine richterliche Erkenntniſſe, wenn ihm das Vermögen mangelt, ſie zu vollſtrecken? Wo des Richters Hülfe aufhöret, da beginnet die erlaubte Selbſthülfe. Nach unſerer Reichsverfaſſung ſollte dieſe nimmer gebrauchet werden, und der Kaiſerliche Schutz den kleinern nicht weniger in Sicherheit ſtellen, als den größern ſeine Macht. Es kann nichts heilſamer ſeyn, als die gebührende Handhabung des oberrichterlichen Amts. Dadurch wird aller innerliche Krieg und Blutvergieſen vermieden, mittelſt deſſen ſonſt die Irrungen großer Herren, welche keine Obern haben, auszumachen ſind. Man öfnet aber dazu Thür und Thor, ſo bald das Ruder des Regiments einem Fürſten in die Hände geräth, der ſeiner wenigen Kräfte halber weder in, noch auſſer Teutſchland zu fürchten iſt. Unter der Regierung Kaiſer Leopolds war es dahin kommen, daß die Reichsgerichte ſich ſelten getrauten, wichtige Streitigkeiten zu entſcheiden. Churfürſt Friederich Wilhelm von Brandenburg verlangte nicht einmal, daß man wider die in die Mark gefallene Schweden noch Vorſchrift der Reichsgeſetze gerichtlich verfahren ſollte (a), und der Däniſche Geſandte Liliencrona trug kein Bedenken, dem

Lü=

Lübeckiſchen Domcapitel zu ſagen: Regi ſuo ſat militum eſſe, ad iſtos adverſus chartas Vienna nullo pondere advolantes tuendum (b). Will ein ſchwacher Kaiſer ſich in den Stand ſetzen, ſein höchſtes Amt gebührend verrichten zu können, ſo müſſen entweder die mehreſte und mächtigſte Reichsſtände ihn kräftigſt unterſtützen, oder er auswärtige Hülfe durch Bündniſſe erlangen. Jenes iſt ſelten möglich, wegen der verſchiedenen Abſichten, welche die Teutſche Fürſten haben. Man beweget ſie ſchwerlich, ſich andern zum Beſten in Gefahr zu begeben, und einen großen Aufwand zu machen.

Nur der fürchtende Unwille des Kaiſerl. Hofes, oder die Noth, worin ſie ſich ſelbſt mit befinden, veranlaſſet dieſelbe mit ihren Stimmen auf den Reichstägen, auch würklicher Volk- und Geldhülfe dem Kaiſer beizutreten.

Jenen beobachten die wenigſte, bevorab die Mächtigere, wenn er nur auf dem Papier geäußert werden kann, und es iſt den mehreſten gleichgültig, in weſſen Händen ein ſtreitiges Land iſt. Ja ſie gönnen es öfters demjenigen am liebſten, der kein Recht dazu hat. Wie kann man denn hoffen, daß ſich viele *bereit* werden finden laſſen, die Kaiſerliche Verfügungen zu vollſtrecken? Auch vertheidiget man die Grenzen Teutſchlandes wider feindſelige Nachbaren ſchwerlich allein mit Reichsarmeen, weil es nicht wohl möglich, die ſtellende Mannſchaft und verwilligte Gelder ſchleunig bey einander zu bringen. Der *Kaiſer* muß alſo das Beſte thun, wenn ein mächtiger Feind Teutſchland angreifet, weswegen, als ſelbiger im dreißigjährigen Kriege ſo ſehr geſchwächet worden, daß er den Franzoſen und Schweden nicht hinlänglich widerſtehen können, dadurch viele und inſonderheit die an den Grenzen befindliche Stände faſt zu Grunde gerichtet ſind.

Auswärtige Bundsverwandten vermögen aber entweder nicht, dem Kaiſer Ehrfurcht und Gehorſam zu erwerben, oder ſie unterwerfen das Teutſche Reich in der That ihrer Herrſchaft. Verbindet ſich der ſchwache Kaiſer mit den Seemächten wider mächtige Reichsſtände, ſo nehmen die Franzoſen der leztern Parthey, und das Kaiſerliche Anſehen wird ſodann in große Gefahr geſetzet, weil die vereinigte Kräfte des ganzen Teutſchlandes und der Seemächte kaum hinreichen, Frankreich in gehörigen Schranken zu halten, wenn es eine ſtarke Parthey in Teutſchland hat. Tritt aber der Kaiſer mit den Franzoſen in ein Bündniß, alsdenn muß er derſelben Abſichten befördern, mithin die Teutſche Freiheit unterdrücken helfen, anſtatt ſie, ſeinen Pflichten gemäß, wider ſolche gefährliche Nachbaren zu vertheidigen.

(a) PUFENDORF de Rebus Brandenburgicis *Lib.* 13. §. 11.
(b) PUFENDORF *d. l. Lib.* 19, §. 66.

§. XVIII.

Es darf die Macht des Hauſes Oeſterreich nicht fürchten.

Die Macht des Hauſes Oeſterreich hat demnach die Churfürſten bewogen, ſo manchen Kaiſer aus demſelben zu erwählen. Es fehlet ſo viel, daß der Verfaſſer der Reflexions ſolche in Zweifel ziehet, daß er ſie vielmehr über die Gebühr vergrößert, und ſeine Leſer glauben machen will, es ſey dieſelbe der Teutſchen Freiheit gefährlich, und zwar (1) weil ſie immer einen Zuwachs erlangen werde, ſo oft die Erbfolge auf die Weiber fällt, wann nemlich ſelbige ſich an große Häuſer vermählen.

(2) Soll der Wieneriſche Hof aus politiſchen Urſachen die Ungariſche Macht bisher verborgen haben, deren Größe ſich aber anjezt äußern, und mit ſelbiger das Reich überſchwemmet werden können.

Nun iſt es (1) allerdings möglich, daß bey künftig entſtehender Gelegenheit ein Beſitzer der Oeſterreichiſchen Lande Luſt bekomme, ſeine Macht dergeſtalt zu vergrößern, daß ſie der Freiheit Europens gefährlich ſeyn könnte. Wenn aber dieſes geſchiehet, alsdenn werden deſſen gegenwärtige Freunde demſelben ſo ſehr entgegen ſeyn, wie ſie anjezt die Kaiſerin unterſtützen. Heirathen und Erbfälle können den kleinſten Fürſten groß und furchtbar machen. Wer folgert aber daher, man müſſe ſchon jezt ſuchen ihn zu erniedrigen? Die Sorge einer durch ungewiſſe Zufälle künftig zu ſehr anwachſenden Oeſterreichiſchen Macht iſt etwas entferntes und ungewiſſes, hingegen aber der allzugroſſe Anwachs der franzöſiſchen Macht durch die Trennung der Oeſterreichiſchen Länder für der Thür, und wirklich fürhanden, dafern die Abſichten der Cron Frankreich nicht vereitelt werden. Es iſt alſo unvernünftig, wenn man vielmehr darauf denket, wie es zu behindern, daß Oeſterreich künftig nimmer zu groß werde, als vielmehr ſeine Rathſchläge dahin richtet, daß das ſchon gar zu fürchterliche Frankreich zum Gipfel ſeiner Macht und Oberherrſchaft nicht jetzt gelange. Der Verfaſſer bemerket, daß die Republik Holland ihre verſprochene Garantie der Oeſterreichiſchen Pragmatiſchen Sanction auf den Fall eingeſchränket habe, wenn der Bräutigam der Oeſterreichiſchen Erbin ſeine Patrimonialländer einem jüngern von ſeinem Hauſe überlaſſe, und hieraus erhellet, wie die Mächte, denen an der Erhaltung des Gleichgewichts ſo hoch gelegen, dasjenige, was der Verfaſſer fürchtet, zu behindern, unvergeſſen ſind. Die Vermählungen der Oeſterreichiſchen Prinzeßinnen an zwey Prinzen aus dem Hauſe Lotharingen geben auch ſattſam zu erkennen, daß der Wieneriſche Hof durch Heirathen mit mächtigen Fürſten wider ſich Eiferſucht zu erregen vermeiden wolle. Man leget (2) ſelbigen eine gar zu feine weit ausſehende Politik bey, wenn dafür gehalten werden will, daß er die Kräfte des Königreichs Ungarn deswegen bisher

her verhehlet habe, damit ſie ſowohl geſchonet, als auch das Teutſche Reich zu gleicher Zeit deſto leichter beweget würde, in den Kriegen wider Frankreich und den Türken Volk und Geld herbey zu ſchaffen.

Das Haus Oeſterreich hat ſich mehrmalen in ſo traurigen Umſtänden befunden, daß es die äußerſte Kräfte anſpannen müſſen, und nichts ſchonen dürfen, um ſeinen Untergang abzuwenden. Wider Frankreich und Teutſchland iſt fürhin deswegen von den Ungariſchen Kriegesvölkern kein ſo groſſer Gebrauch als jezt gemachet, weil die innerliche Uneinigkeit des Königreichs Ungarn ſolches nicht verſtattet hat, man der Ungariſchen Nation wenig trauen dürfen, und dieſe der öftern Türkenkriege halber daheim genug zu thun gehabt. Dieſe Hinderniſſen ſind zwar anjezt nicht fürhanden. Sie werden aber vielleicht wieder entſtehen, und man hat nicht zu fürchten, daß die die Freiheit ſo ſehr liebende Ungarn ſich ſollten gebrauchen laſſen, eine ihre Sclaverey zugleich veranlaſſende ohnumſchränkte Gewalt in Teutſchland einzuführen, wozu auch derſelben Kräfte bey weitem nicht hinreichen. Gleichwie verſchiedene im Teutſchen Reich und dem Norden erfochtene herrliche Siege keinen Beweiß machen, daß Schweden ſolche groſſe Länder zu bezwingen vermag, ſo muß man auch den Ungarn kein ſo fürchterliches Vermögen beilegen, weil ihre Waffen in dem gegenwärtigen Kriege mit einigem Glück geführet worden. Dieſes Glück erweiſet eben wenig, daß die Oeſterreichiſche Macht hinlanget, den Beſtrebungen vieler wider ſelbige verbundener Reiche Widerſtand zu thun. Vermuthlich wäre die Kaiſerin ſchon bezwungen, wann ihr nicht die Bundsgenoſſen Hülfe wiederfahren laſſen. Einige wenige ohne groſſen Schaden geendigte Feldzüge erweiſen nicht, daß ſich ein Staat wider mächtige Feinde auf die Dauer vertheidigen könne.

§. XIX.

Der Verfaſſer der Reflexions will zwar aus demjenigen, was er von der Oeſterreichiſchen Macht angeführet hat, nicht folgern, daß die Kaiſerin ſie mißbrauchen werde. Er fürchtet aber, es mögte unter ihren Nachkommen einer ſo herrſchſüchtig ſeyn, als Carl V. und Ferdinand II. geweſen, mithin ſelbige ſich die Rathſchläge zu Nutze machen, welche Herzog Carl von Lotharingen dem Kaiſer Leopold in ſeinem politiſchen Teſtament gegeben. *Noch deſſen vorgegebene heimliche Abſichten.*

Dieſe Beſorgniß hat zum Theil Grund. Sie erweiſet aber mehr wider den Verfaſſer, als für denſelben. Denn eben aus der gegen das Haus Oeſterreich von ihm angeführten Urſach kann man keinen Franzöſiſchen Betheurungen, wenn ſie auch noch ſo wohl gemeinet wären, trauen, und da Frankreich weit mächtiger, wie beſagtes Haus, ſo iſt vielmehr zu fürchten, daß ein

herrſchſüchtiger Franzöſiſcher König, als ein Beſitzer der Oeſterreichiſchen Lande Europens Freiheit Abbruch thun werde.

Die Mittel, welche Herzog Carl von Lotharingen in Vorſchlag gebracht haben ſoll, um dem Hauſe Oeſterreich unvermerkt zur Univerſalmonarchie zu helfen, ſind dergeſtalt beſchaffen, daß bey jetzigen Umſtänden der Sachen nichts leichter iſt, als ſie zu vereiteln.

Man ſoll (1) unter dem Vorwand der Ehre oder eines conquetirenden Landes alle Teutſche Reichsfürſten dergeſtalt unvermerket ausſaugen, bis man ſie endlich zu Gouverneurs der Provinzen gemachet hat, wie es in Frankreich geſchehen.

Die Teutſche Reichsſtände laſſen ſich aber kaum bewegen, dasjenige herzugeben, was zu ihrer Erhaltung nothwendig iſt, und ſie werden nimmer eiteler Ehre halber, oder um die Grenzen des Reichs ohne ihren beſondern Nutzen zu erweitern, ſich dergeſtalt ausſaugen laſſen, daß ihnen die Landeshoheit entzogen werden könnte.

(2) Soll man ſich der natürlichen Feindſchaft zwiſchen den Ungarn und Teutſchen bedienen, um durch jener Hülfe Teutſchland als ein überwundenes Land in eine Monarchie zu verwandeln.

Solche Feindſchaft rühret aber nur daher, weil die Teutſche den Ungarn ihre Freiheit nehmen, und dem Hauſe Oeſterreich zu einer ohnumſchränkten Gewalt verhelfen wollen. Es iſt daher nicht glaublich, daß die Ungariſche Nation, wenn ſie gleich die Teutſche überhaupt haſſet, dem Wieneriſchen Teutſchen Hofe beförderlich ſeyn ſollte, eine ſolche Gewalt zu erlangen. Ihre Reuterey thut im Felde nützliche Dienſte. Sie iſt aber unvermögend, das mit groſſen wohlgeübten Kriegesheeren und ſtarken Feſtungen angefüllete Teutſchland zu bezwingen. Ueberdem machet die geringſte Bewegung der Türken dem Wieneriſchen Hofe ſo viel zu ſchaffen, daß alle Ungariſche Kräfte nicht hinreichen, ihn dawider in Sicherheit zu ſtellen, von welcher man währenden Türkenkrieges in Teutſchland nicht den mindeſten Gebrauch machen kann.

(3) Wird angerathen, die Reichsglieder, auch Holl- und Engeland wider Frankreich aufzuhetzen, und zu bewegen, ſich in Krieges- und Friedenszeiten mit Geld und Volk zu verſehen, unter dem Vorwand, daß der Rheinſtrom vertheidiget werden müſſe, deſſen Schwäche jedoch das Haus Oeſterreich groß mache.

Es iſt aber keinesweges zu vermuthen, daß die Seemächte ohne erhebliche Urſachen ſich wider Frankreich werden aufhetzen laſſen. Wenn auch die Reichsglieder in Krieges- und Friedenszeiten mit Volk und Geld verſehen ſind,

ſo

ſo fällt es dem Kaiſer um deſto mehr ſchwer, ſie unter das Joch zu bringen. Was für Vortheil die Schwäche des Rheinſtroms dem Hauſe Oeſterreich bringen könne, iſt unbegreiflich. Durch die zu deſſen Vertheidigung geführte Kriege hat es, ſeit dem Frankreich groß worden, nimmer etwas gewonnen, wohl aber durch die koſtbare Vertheidigung der Vorder-Oeſterreichiſchen Lande, welche der Wieneriſche Hof ſo oft übernehmen müſſen, zugleich Teutſchland vertheidiget.

Endlich (4) ſoll man die Teutſche Fürſten und Stände nöthigen, das Reich dem Hauſe Oeſterreich erblich zu verſichern, und ſich deſſen Oberherrſchaft gänzlich zu unterwerfen, auch, um dieſen Zweck zu erlangen, Engeland und Holland mit der Hofnung einiger im Handel gewinnenden Vortheile zu unterhalten ſuchen.

Es wird aber nicht mehr dazu erfordert, eine ohnumſchränkte Gewalt, als ein Erbrecht in Teutſchland zu überkommen, und man wird daher die Teutſche ſo wenig bewegen, dieſes als jene einem Kaiſer zu übertragen. Die Seemächte wiſſen auch aus der Erfahrung zur Gnüge, von welcher geringen Dauer die ihren Kaufleuten eingeräumte Vortheile ſind, wenn man ſie nicht mit ſtarkem Arm behaupten kann, welches unmöglich, dafern Frankreich oder das Haus Oeſterreich eine überwiegende Macht erlanget.

Der Verfaſſer der Reflexions ſchließet endlich, daß, weil der Fürſt, welcher dieſe Projecten entworfen, ſolche vor thunlich erachtet hat, man ſie zur Bewerkſtelligung bringen könne.

Dieſer Schluß iſt aber handgreiflich ſeltſam. Es ſtehet dahin, ob ſie von demjenigen herkommen, dem man dieſelbe beileget. Solchenfalls hat er gewiß ſelbſt Muthmaßungen für keine Gewißheiten ausgegeben. Alles gründet ſich darauf, daß ſowohl die Teutſche Reichsſtände, als die Seemächte werden zu verleiten ſeyn, ihr wahres Beſte hindanzuſetzen. Wenn dieſes wegfällt, und die Lehren einer geſunden Staatsklugheit bey ihnen die Oberhand behalten, ſo fällt das ganze Project hinweg.

Wie kann endlich der Verfaſſer ſchreiben, es ſey möglicher, daß das Haus Oeſterreich zu einer ſouverainen Gewalt über das Reich, als daß Frankreich zu einer Univerſalmonarchie gelange? Dieſes vermag alle der Teutſchen Freiheit nachtheilige Anſchläge des Wieneriſchen Hofes zu vernichtigen, wenn auch die Sachen in den Umſtänden bleiben, worin ſie ſich anjezt befinden, und die Oeſterreichiſche Erbfolge der Pragmatiſchen Sanction behauptet wird. Wer will aber den Franzoſen Widerſtand thun, wenn ſie ihren Entwurf ausgeführet, und die Oeſterreichiſche Macht in ſo viele Staaten vertheilet haben, daß kein einziger ihnen den Kopf bieten kann?

§. XX.

§. XX.

Vertheidigung dieſes Hauſes wider verſchiedene Beſchuldigungen.

Um das Haus Oeſterreich verhaßt zu machen, will man in den Reflexions behaupten, es gebe ſelbigem die durch die Pragmatiſche Sanction eingeführte Untheilbarkeit das Vermögen, allen andern Mächten Teutſchlandes Geſetze vorzuſchreiben, die an viele derſelben habende Anſprüche auszuführen, und inſonderheit dasjenige zurükzufordern, was durch Tractaten wider beſagte Pragmatiſche Sanction weggegeben worden.

Man beſchuldiget dieſes Haus, daß es ſich viele erledigte Lehne zugeeignet, große Titul über andere Häuſer beigeleget, ſeine Lande der Reichsgerichtsbarkeit entzogen, und hingegen viele unmittelbare Stände ſeiner Oberherrſchaft unterworfen habe.

Nun iſt in keine Abrede zu ſtellen, daß ſelbiges nicht leicht eine Gelegenheit verabſäumet hat, ſeine Macht zu vergrößern. Eben dieſes aber haben alle andere Königliche und Fürſtl. Häuſer gethan, und wenn die Menſchen bleiben, wie ſie anjezt ſind, ſo iſt keinesweges zu zweifeln, daß es auch künftig von allen ohne Ausnahme geſchehen werde. Wollte man immittelſt eine Vergleichung zwiſchen Oeſterreich und verſchiedenen andern Häuſern anſtellen, und unterſuchen, auf was Weiſe ſie zu ihrer jetzigen Macht gelanget ſind, ſo würde gewiß Oeſterreich dasjenige nicht ſeyn, welches die mehreſte gegründete Vorwürfe hören müßte. Selbiges hat für vielen andern eine Mäßigung in ſeinen Rathſchlägen geäußert, und gab ihm der Churfürſt von Sachſen Anno 1657. das rühmliche Zeugniß, neminem non Auſtriacum moderatione uſum, ac a praecipitibus conſiliis abhorruiſſe (a).

Die Oeſterreichiſche Privilegia fori hat das Reich gut geheiſſen, und es iſt ohnausgemacht, ob diejenige Oeſterreichiſche Landſaſſen, welche ſich eine Unmittelbarkeit anmaſſen, dazu berechtiget ſind. Wider weit ſchwächere Stände bringet man dergleichen Beſchwerden an, und der Verfaſſer würde es dennoch bedenklich finden, deswegen gegen ſelbige ſo gehäßig zu ſchließen, wie er gegen das Haus Oeſterreich gethan.

An Prätenſionen wird es wohl niemand leichtlich fehlen, und, da Frankreich längſtens gewohnet iſt, ſolche von den Zeiten Kaiſer Carl des Groſſen herzuleiten, es auch dieſer Crone nicht ſchwer fallen, einen Vorwand zu finden, ihre Grenzen gegen Teutſchland zu erweitern. Niemand kann freilich dafür gut ſagen, daß nicht dermaleins ein Beſitzer der Oeſterreichiſchen Lande etwas widerrechtliches begehren ſollte. Bey jetziger Beſchaffenheit der Sachen iſt aber ſolches weniger zu fürchten, als daß Frankreich, und diejenigen, welchen es ei-

nen Zuwachs gönnet, mit dergleichen Prätenſionen ihren Nachbaren beſchwerlich fallen werden.

(a) PUFENDORF de Rebus Brandenburgicis *Lib.* 7. §. 33.

§. XXI.

Damit bey denjenigen ein Widerwille gegen die Lehre vom Gleichgewicht entſtehen möge, von denen man fürchtet, daß ſie in ihre Rathſchlüſſe Einfluß haben möge, ſind den Reflexions verſchiedene Anmerkungen über die Umſtände, worin ſich ſelbige befinden, einverleibet, womit man erweiſen will, daß beſagte Lehre dieſen Mächten ſo nachtheilig ſey, als den Franzoſen. Es wird inſonderheit die Rußiſche und Preußiſche, wie auch des Kaiſers und der Kaiſerin Macht in Italien vergröſſert, und angemerket, daß ſie gleichwohl niemanden beunruhige.

Alle Europäiſche Staaten ſolten ſich billig dem Anwachs der Franzöſiſchen Macht, nicht aber der Rußiſchen Preuſſiſchen und Toſcaniſchen widerſetzen.

Nun iſt wohl keiner jemals ſo unbeſonnen geweſen, zu lehren, es müßte nicht geſtattet werden, daß ein Reich mächtiger ſey, als das andere. Wie wäre es doch möglich, eine völlige Gleichheit einzuführen? Dieſe ſtiftete vielleicht ehe Unruhe, als Ruhe. Nur eine ſolche Macht iſt allen verderblich, der ſie alle, nach menſchlichem Anſehen, ſchwerlich widerſtehen können, zu welcher Rußland bisher nicht einmal in Norden gelanget iſt, und alſo vielweniger ganz Europa ſolches fürchten darf. Es beſtehet dieſes Reich aus weitläuftigen Ländern, und kann eine ziemliche Anzahl Soldaten ins Feld ſtellen, keinesweges aber ſo viel Geld und Menſchen herbey ſchaffen, als zu Bezwingung unſers Welttheils erfordert wird. In dem Antimachiavel c. 5. wird dieſes mit folgenden Worten bekräftiget: Cette nation, qui commence à preſent à figurer en Europe, n'eſt guere plus puiſſante, que la Hollande en troupes de mer & de terre, & lui eſt beaucoup inferieure en richeſſes & en reſſources. Die zunehmende Macht des Hauſes Brandenburg kann wohl deſſen Nachbaren beſchwerlich fallen, nicht aber ganz Europa Schrecken einjagen, über welches es mit eigenen Kräften eine Herrſchaft zu erlangen, noch zur Zeit nicht hoffen darf.

Heben gleich, wie man weiter einwirfet, die Italiäniſche Staaten des Kaiſers und der Kaiſerin ſelbige über die angrenzenden Fürſten und Republiken in Italien empor, ſo ſind ſie ihnen doch bey weitem ſo furchtbar nicht, als das Haus Bourbon, wenn der gröſte Theil dieſes ſchönen Landes in deſſen Gewalt kommen ſollte.

Die Staatsklugheit erfordert zwar, daß man alles mögliche beitrage, damit unruhige Nachbaren im Zaum gehalten werden, die ſich auf anderer Koſten zu vergröſſern ſuchen, wenn gleich nicht ganz Europa ſich für ihnen fürchten darf, und deswegen haben z. E. diejenige, welchen der Lage ihrer Länder

oder des Handels halber daran gelegen, daß niemand in Norden zu mächtig werde, nimmer geſchehen laſſen, daß ſich daſelbſt ein Reich das andere unterwürfig gemachet hat. Die entferntere Staaten, z. E. Portugal und Venedig, nehmen aber ganz vernünftig an dergleichen Händeln wenigen Theil, da ſie hingegen ſowohl, als die Nordländer billig einen ſolchen Anwachs der Franzöſiſchen Macht zu verhindern ſuchen ſollten, welcher allen beſchwerlich fallen, und ſie unter das Joch bringen kann.

Der Verfaſſer der **Erinnerungen über Herrrn** Kahlens **Abhandlung von der Balance Europens** will p. 207. behaupten, daß man bey Beſtimmung der Balance nicht nur auf die Macht, ſondern auch auf die Argliſt, den Ehrgeitz und die Emſigkeit eines Prinzen ſehen müſſe. Nun verbindet zwar auch dieſes alles die Nachbaren, ſich nach Vertheidigungsmitteln umzuthun. Die Staatsbalance erfordert aber nicht eben, daß man blutige Kriege führe, um das Reich eines ſo gefährlichen Herrn auf künftige Zeiten zu ſchwächen.

Niemals können der Gewalt unſerer Könige und Fürſten ſo genaue Schranken geſetzet werden, daß ein kühner, argliſtiger und ehrgeitziger Herr ſie nimmer zu mißbrauchen vermögte. Es wäre z. E. ein Staatsfehler begangen, wenn man die Münſterſche Macht unter Biſchof Chriſtoph Bernhard von Gahlen als eine ſolche angeſehen hätte, welche gänzlich zu trennen ſey, weil dieſer kühne und geſchikte Herr ſeinen Nachbaren viele Unruhe verurſachet hat. Nicht den übermäßigen Kräften des Stifs Münſter, ſondern den auſſerordentlichen Eigenſchaften des Regenten war ſolches beizumeſſen, nach deſſen Tode keiner ſeiner Nachfolger andern Staaten ſo beſchwerlich gefallen, noch vielleicht jemals künftig einer derſelben ſo ſehr gefürchtet werden mögte.

§. XXII.

Es fällt ſchwer, ſich durch Defenſivbündniſſe wider die übermäßige Macht eines Staats zu ſchützen.

Beim Schluß will der Verfaſſer der Reflexions zeigen, daß man keines Gleichgewichts bedürfe, ſondern zu andern gleichgültigen, billigen und zu Erlangung des nemlichen Zweks, worauf das Gleichgewicht abzielet, weit geſchiktern Mitteln ſeine Zuflucht nehmen könne. Dieſes ſollen Defenſivbündniſſe ſeyn, welche zwiſchen allen denjenigen Mächten geſchloſſen werden könnten, denen Frankreich Verdacht erwecket.

Ich bemerke zuförderſt, wie der Verfaſſer allhier billiget, daß man durch Verbindungen einen Verdacht wider andere Mächte äuſſere, welches er fürhin gemißbilliget hat.

Daß auch dieſer ſein Vorſchlag eben dasjenige zum Grunde leget, was er ſo eifrig beſtreitet, hat Gundling in den *Gundlingianis d. l. p.* 389. folgender Geſtalt gezeiget: „Soll es, ſpricht, er ein Foedus defenſivum ſeyn, ſo än-

dert

„dert ſich das Theatrum dem Schein nach, aber nicht recht. Denn entweder „wollen ſie andere verbinden, daß ſie ihnen helfen ſollen, wenn ſie der Conque„rant angreifet, und alſo billigen dieſe gewiſſenhafte Leute in der That unſern „Satz, man ſolle creſcenti potentiae mit Gewalt widerſtreben. Gehet die De„fenſion auf den Dritten, ſo iſt es wiederum Sonnenklar, daß ſie mit uns ei„nig ſind, indem ſie nichts anders ſagen, als man ſolle nicht zulaſſen, daß der „Dritte von dem Gewaltigern über einen Haufen geworfen werde, und dieſes „heiſſet in meinem Lexico, creſcenti potentiae reſiſtere. Woraus dann deutlich „erhellet, daß ſie nicht wiſſen, was ſie reden.

Die von dem Verfaſſer der Reflexions angerathene Bündniſſe kann man jedesmal mit den Gründen kraftloß machen, welche bisher wider die Pragmatiſche Sanction angeführet ſind. Es wird heiſſen, ſie wären ſalvo jure tertii errichtet, und deren Abſicht nicht, jemanden ſein habendes Recht zu nehmen, ſondern widerrechtlichen Gewaltthätigkeiten zu ſteuren. Die Gerechtigkeit erlaube jedoch Königen und Fürſten ihre Forderungen mit den Degen auszuführen. Was können aber nach ſolchen Grundſätzen Defenſivbündniſſe wohl für Nutzen ſchaffen? Denn es fehlet Conqueranten nimmer an Prätenſionen, die auf eben ſo ſcheinbare Gründe gebauet werden, als diejenige ſind, mit welchen man die feindliche Ueberziehung der Oeſterreichiſchen Länder zu rechtfertigen ſuchet.

Wie ſchwer es auch fällt, und wie viele Zeit es erfordert, mehrere Staaten, welche gemeiniglich verſchiedene Abſichten haben, durch ein Bündniß zu vereinigen, lehret die ältere und neuere Hiſtorie, bevorab aber dasjenige, was ſeit wenig Jahren geſchehen, daher es keine Unmöglichkeit, daß ein Volk viele andere unterdrücke, wie der Verfaſſer der Erinnerung über Herr Kahlens **Abhandlung von der Balance Europens** p. 178. dafür hält, und erweiſen die entſtandene verſchiedene groſſe Monarchien, wie gar thunlich es iſt, wenn niemand auf die Erhaltung des Gleichgewichts denket.

Wird endlich ein Bündniß ſehr vieler Staaten zum Stande gebracht, ſo iſt es doch ſelten von langer Dauer. Der Graf von Khevenhuller merket in ſeinen *Annalibus Ferdinand. Tom.* 4. *p.* 1780. an, und ſchreibet: „man „wüßte, daß die Ligen allerley Zufällen, ſo man weder erdenken, noch execu„tiren kann, wegen der unterſchiedlichen Nationen, und daß ein jeder das Waſ„ſer auf ſeine Mühle leiten will, unterworfen.“ Womit dasjenige übereinkommt, was Anno 1682. der Churbrandenburgiſche Geſandte beim Pufendorf *Rer. Brand. Lib.* 18. §. 73. ſagte: Electorem nempe noviſſimo bello maximo cum ſuo damno expertum, quam anceps ſit, multis cum foederatis in

potentem hoſtem bellum gerere, & quam parum ob diſcrepantes rationes ipſorum conſtantiae fidendum.

Es bleibet alſo wohl gewiß, wie große Herren zu verhindern Urſach haben, daß nicht einer zu ſolcher Macht durch anderer Unterdrückung gelange, der nur ſehr viele mit vereinigten Kräften und zweifelhaftem Erfolg widerſtehen können, folglich daß die politiſche Lehre vom Gleichgewicht kein Blendwerk iſt, noch derjenige die Ungerechtigkeit unterſtützet, welcher ſich dawider ſetzet, daß der Stärkere ſeine zweifelhafte Anſprüche wider den Schwächern mit dem Degen behaupte.

Ich ſchließe dieſe Abhandlung mit folgenden Worten des unvergleichlichen Antimachiavel cap. 26.: La tranquillité de l'Europe ſe fonde principalement ſur le maintien de ce equilibre, par lequel la force ſuperieure d'une Monarchie eſt contrebalancée par la puiſſance reunie de quelques autres Souveranis. Si cet equilibre venoit à manquer, il ſeroit à craindre, qu'il n'arrivat une revolution univerſelle, & qu'une nouvelle Monarchie ne s'etablit ſur les debris des Princes, que leur deſunion rendroit trop foibles. La politique des Princes de l'Europe ſemble donc exiger d'eux, qu'ils ne negligent jamais les alliances & les traités, par les quels ils peuvent egaler les forces d'une Puiſſance ambitieuſe, & ils doivent ſe mefier de ceux, qui veulent ſemer parmi eux la deſunion & la zizanie. Qu'on ſe ſouvienne de ce Conſul, qui pour montrer combien l'union etoit neceſſaire, prit un cheval par le queuë, & fit d'inutiles efforts pour la lui arracher, mais lorsqu'il la prit crin à crin en les ſeparant, il en vint facilement à bout. Cette leçon eſt auſſi propre pour certains Souverains de nos jours, que pour les legionaires Romains. Il n'y a que leur reunion qui puiſſe les rendre formidables, & maintenir en Europe la paix & la tranquillité.

Neunte

Neunte Abhandlung,

Von dem Steuerweſen und des Adels Steuerfreiheit in den mittlern Zeiten.

§. I.

Es leidet keinen Zweifel, daß ſchon in den mittlern Zeiten die Teutſchen Unterthanen vielfältig mit Steuren beleget worden. Einige derſelben ſind ordentlich, und zwar mehrentheils alle Jahr, andere aber bey auſſerordentlichen Begebenheiten, gemeiniglich auf vorgängige beſondere Einwilligung der Stände entrichtet.

In den mittlern Zeiten ſind die Unterthanen in Teutſchland ſchon mit Steuren beleget. Einige wurden beſtändig zu gewiſſen Zeiten aufgebracht.

§. II.

Die ordentlichen Steuren waren von mancherley Art, vielfältig brachten die Landleute jährliche Beeden oder precarias annuas auf, deren Benahmſung daher rühret, daß ſie anfangs von den Unterthanen erbethen ſind, wie du Fresne beim Herrn von Pistorius *Amoenitatum Hiſtor. Jurid. P. I. p.* 83. 84 und Herr Schwartz in der Pommerſchen Lehnhiſtorie *p.* 394. lehret, auch von mir *in Obſervationibus juris & hiſt. germ. Obſ.* 3. §. 5. bereits angemerket worden (a). Sogar die Edelleute belaſtigten ihre Unterthanen mit Beeden, und ſchreibet Herr von Beehr *Rer. Mecleburg. p.* 663.: Erogationes ordinarias, vulgo die Beeden, quotannis ruſtici dominis praeſtabant, earumque erogationum varia erant nomina, v. g. die Sommerbeede und Kornbeede, quae erogationes ordinariae lingua vernacula Ober= und Niederbeed. Auch meldet Herr Schwartz *d. l. p* 149., daß in Pommern Pachtgeſeſſene von Adel anderen Edelleuten, als ihren Grundherren, die ſo genannte Beede ja ſo wohl entrichten müſſen, als die Landesfürſten ſelbſt dieſelbige von andern Landbegüterten nach der Hufenzahl einzunehmen pflegten.

In den Grafſchaften wurde vielfältig der Grafenſchatz aufgebracht, und heiſſet es beim Herrn von Westphalen *Rer. Cimbr. Tom. II. p.* 41. in einem Diplomate Grafens Johann von Holſtein und Stormarn: Ad petitionem conventus in Reinefeld bona in Cronesmohr viginti videlicet jugera, de quibus nobis in cenſu, qui dicitur *Grevenſcat*, & in expeditionibus ſubſervire tenebantur,

 eisdem

eisdem fratribus, ut quies ipſorum in Dei ſervitio melius ac fortius conſervetur, omnem expeditionis & cenſus praefati exactionem abſolute & integraliter relaxamus. Deſſen geſchiehet auch daſelbſt p. 118. 321. Erwehnung, und in Herrn Estors kleinen Schriften Tom. 3. p. 49. lieſet man folgende Worte Graf Wiedekinds von Battenberg: Praefatum coenobium S. Georgii Martyris cum omnibus ſuis areis, que infra ſepta & emunitatem curie ejusdem ſite ſunt, ab omni impetitione juris civilis, & ab omni precaria & exactione, quod vulgo dicitur *Grevenbede*, quod ad jurisdictionem noſtram ſpectat, dimittimus.

Daß in Pommern der Landesherr auſſer der Beede noch **Riepenkorn, Müntepenning** und **Landschott** empfangen, erhellet aus einem Lehnbriefe von 1406. beim Herrn Schwartz *d. l. p.* 485. Man beſchwerte ſich Anno 1420. beim Herrn von Falckenstein *in Cod. diplom. Antiquitatum Nordgavienſium p.* 251. über Ludewigen Pfalzgrafen beim Rhein, Herzogen in „Bayern, daß derſelbe jährliche Steuer, die er für **Hundgeld, Jägergeld,** „**Vogelgeld**, und ander unredlich anſchlegt, geſezt und nehmen laſſen.“ Wie die Thüringer einer ſolchen Laſt entlediget worden, erzehlet der Annalista Saxo beim Eccard *in Corp. Hiſt. Tom. I. p.* 479. alſo: Hujus pater fuit Willehelmus Comes de Wimmare venerabilis ſenex, qui ab Heinrico Imperatore Babenbergenſi pro gente Thuringorum impetraverat, ut *cenſus porcorum,* qui annis ſingulis ab ea regiis ſtipendiis perſolvebatur, remitteretur. *Quem* cenſum inſtituerat Theodericus Rex, qui eosdem Thuringos ex maxima parte delevit, & terram eorum Saxonibus dedit; und die Pommern beſchwerte Herzog Boleslaus von Polen gleichergeſtalt, indem er ſich mit ihnen auf folgende Art vergliche: Tota terra Pomeranorum Duci Poloniae, quicunque ſit ille, trecentas tantum argenti marcas publici ponderis annis ſingulis perſolvent. Si bellum ingruet ei, hoc modo eum juvabunt. Novem patresfamilias decimum in expeditionem armis & impenſis abunde procurabunt, wie in vita Ottonis Epiſcopi beim Ludewig *Scriptorum Bambergenſium p.* 678. gemeldet wird.

(a) Herr Canzler von Westphalen iſt in der *Tract. de conſuetudine ex Sacco & Libro* § 62. *Lit. e. p.* 517. ſeq. anderer Meinung. Er hält dafür, das Wort **Beede** bedeute ſo viel, als **Gebiet**, und zwar deswegen, weil die Orbede ſo alt, als die Städte ſind, welche ſie entrichten. Wenn aber auch das leztere ſeine Richtigkeit hätte, ſo folgte nur daraus, daß zur Zeit, als ſolche Städte erbauet worden, das Wort **Beede** ſeine alte Bedeutung nicht mehr gehabt, ſondern eine Steuer geheiſſen, welche befehlsweiſe gefordert worden. Wer erweget, daß für Alters Könige und Fürſten von den Geſchenken der Unterthanen ihren Unterhalt mitgenommen, daß Petitio in den mittlern Zeiten ſo viel als Beede heiſſet, und groſſe Herren ſich vielfältig verbunden haben, von ihren Unterthanen nichts bitten

bitten zu wollen, auch noch heutiges Tages Landtagsbewilligungen öfters Schenkungsweiſe geſchehen, der wird nicht zweifeln, daß das Wort **Beede** von Bitten herkomme, und dem Herrn Wachter beipflichten, wenn er *in Gloſſario voc. Bede* alſo ſchreibet: Creſcente Principum potentia vox aliam induit naturam, ut ſpecie eſſet precatio, reipſa exactio, ſicque ſenſus a voluntario ad neceſſarium translatus eſt, manente (quoad ſonum) priſtino vocabulo. Es erhellet auch aus demjenigen, was ich unten §. IV. ſagen werde, daß die Mecklenburgiſche und Pommerſche Städteſteuer nicht **Orbede**, ſondern **Orbahr** heiſſet.

§. III.

Die Geſchenke, welche die Könige und Fürſten von der Cleriſey vielfältig erhielten, wurden eben auch mit der Zeit zu einer ſchuldigen Abgift. Ein privilegium in Ulrici Babenberg. Cod. beim Eccard *Corp. Hiſtor. Tom.* 2. *p.* 107. enthält folgende Worte: Dona vero, quae ex eadem Cella noſtris patribus & nobis dari ſolebant — — perpetuo jure retinenda delegamus; Und Schannat *Hiſtor. Fuld. p.* 68. meldet, daß das Cloſter Fulde in der Zahl derjenigen geweſen, quae praeter preces, etiam dona & militiam Imperatoribus praeſtabant. Jmgleichen bemerket Matthaei *in notis ad Annales Egmundanos p.* 157., Abbates debuiſſe Principi tantum dona, interdum dona & orationes, interdum tantum orationes, interdum ſimul militiam, & dona, & orationes, Abbatesque & ad militiam, & ad ſerviendum regalitati obſtrictos, und dieſes bemerket Muratorius *in notis ad Ermoldum Nigellum* beim Mencken *Tom. I. p.* 926.

Die Cleriſey war davon nicht befreyet und noch weniger ihre Hinterſaſſen.

Die Hinterſaſſen der Geiſtlichkeit wurden mit verſchiedenen Laſten beſchweret, und entrichteten denen Kaiſern, auch Fürſten und Herren einen gewiſſen Zinß. Davon befreyete Anno 979. Kaiſer Otto das Cloſter Mollenbeck beim Kuchenbecker *in Annal. Haſſiac. Collect.* 10. *p.* 390. alſo: Conceſſimus, ut ab hominibus praedictae eccleſiae uſibus ac ſervituti earum ſubditis *Regalis vel Imperialis cenſus*, qui noſtro juri ſolebat hactenus perſolvi, a nullo Comite vel judiciali perſona deinceps exigatur; Und daß Erzbiſchof Adelbert zu Mainz von ſelbigen ein Kopfgeld empfangen, erhellet aus dieſen ſeinen Worten beim Herrn von Gudenus *in Cod. diplom. p.* 86. Praeterea colonos praedictorum fratrum in eodem monte ſub eis commanentes ea libertate donavimus, ut ſupra *juſticiam*, quam vel *de capitibus ſuis*, vel de prediorum Epiſcopalium reditibus perſolvere debent, nulli officialium noſtrorum reſpondere habeant, quin potius ab omni exactione & pulſatione liberi ſoli Abbati placitam & quietam ſervitutem exhibeant. Nur die geiſtliche Güter, welche ſie Pachtsweiſe unter ſich hatten, genoſſen der Freiheit von den ordentlichen Steuren, und wurde daher beim Herrn von Gudenus

d. l.

d. l. p. 699. zwiſchen den Herrn von Hohenfels und der Cleriſey folgendes verabredet: Item ſi eccleſiae aliqua bona proprietaria alicui colono locavit vel locaverit, idem colonus racione porcionis ſue precariam nullam dabit, niſi ei jure hereditario ſit locata; ſalvo nobis ſi alias bona habeat de quibus & perſona ſua nobis obnoxius ſit ſervire. Es erzehlet Hofmann *in Annal. Bamberg.* beim Ludewig *Script. Bamberg. p.* 130. Fridericum Imperatorem legatos ad *fredum* in terris eccleſiae ſubjectis exigendum miſiſſe. Selbſt die Päbſte ſtellten in keine Abrede, daß bey der Kaiſerlichen Crönung die Kirchengüter dem Kaiſer das *Fodrum* oder die annonam militarem reichen mußten, wie Herr Georgii in den *Gravaminibus nationis Germanicae adverſus ſedem Romanam p.* 108. anmerket. Von der Königssteuer, dem Servitio Regali und der Militia habe ich in meinen *Obſervationibus Obſ.* 3. §. 4. gehandelt. Herzog Albrecht von Lauenburg befreyete beim Trever in der Münchhauſiſchen Geſchlechtshiſtorie im Anhang p. 18. gewiſſe Leute des Cloſters Reinfelden Anno 1295. a tali cenſu, qui dicitur **Koningespenning**. Die Herzoge von Bayern belegten hingegen ihre Geiſtlichkeit mit einer **Hundesteuer**, wie das Chronicon Salisburgenſe beim Pez *Rer. Auſt. p.* 422. alſo meldet: Licet (Duces) perceperint magnas percunias & infinitas ex venditione & alienatione terrarum, tamen eodem anno impoſuerunt unam exactionem inconſuetam clauſtris, coenobiis, plebanis, vicariis pro expenſis canum, quae vulgariter nominabatur Huntſtorar. Auch einige auf den geiſtlichen Freiheiten wohnende Leute mußten die gemeine Laſten tragen helfen, wie aus folgender merkwürdigen Erzehlung Hofmanns *in Annal. Bamberg.* Ludewig. *Rer. Bamberg. p.* 234. erhellet: Quin etiam (Sigismundus Imp.) ſancit, ut omnes & ſinguli immunitatum (Bambergenſium) homines in omnibus publicis negotiis, exactionibus, contributionibus & expenſis aequalia cum civibus judicii civitatis onera & ſervitia pro rerum & perſonarum qualitate ſubirent, & operas ſuas ad urbem muniendam conferrent. Quod ubi Fridericus Epiſcopus & univerſus clerus audierunt, miſſis ad Regem nuntiis petierunt, ut privilegium, quod praeter ſcientiam & voluntatem ſuam datum eſſet, infirmaretur, & jure reſtituerentur, & immunitates in priſtinum ſtatum redigerentur. Hanc legationem Rex repudiavit, imperii feudum Babebergam & innumeris eam ſibi obſtrictam beneficiis eſſe dicens, usque adeo, ut & Principem & alios proceres, qui eadem tentaturi miſſi erant, irrito reſponſo dimiſerit. Nicht nur die Landesherren, ſondern auch die geiſtliche Obrigkeiten nöthigten die Cleriſey ihnen mit Gelde unter die Arme zu greifen. Die Biſchöffe empfingen von denen Kirchen jährlich das ſogenante *Cathedraticum*, wie du Fresne *in Gloſſario Voce: Cathedraticum* anmerket, von welchen es in denen währender Erledigung des Biſchöflichen Stuhls

zu

zu Eichſtedt vom Domcapitel Anno 1259. beliebten Artikeln beim FALCKENSTEIN *in Cod. diplom. Antiquit. Nordgav. p.* 49. heißet: Quarto ut (Epiſcopus) Cathedratico ſive collecta ſimplici ſit contentus, & ut exactiones aut procurationes indebitas per dioeceſin a Canonicis non requirat. Jmgleichen in einem Briefe Erzbiſchof Chriſtians zu Mainz beim Herrn von GUDENUS *.d .l .p* 260.: Notum itaque facimus univerſis Chriſti fidelibus praeſentibus & futuris, Clericis & laicis, quod anno illo, quo pro magnis eccleſiae Dei & Imperii negotiis in Greciam profecti ſumus, dilecto & familiari noſtro Heinrico Prepoſito in Aſchaffinburg pro multis & honeſtis ſervitiis ſuis juſtitiam bis Sextilis anni, que ad nos pertinet, que latine cathedraticum, vulgariter vero *Kircloſe* appellatur, in beneficium conceſſimus. Jn dem Vergleich zwiſchen dem Bremiſchen Domcapitel und dem Cloſter Roſenfeld läſſet ſich Erzbiſchof Gerhard zu Bremen in Herrn VOGTS *Monumentis Bremenſibus* Tom. I. p. 157. vernehmen: Proteſtamur — quod poſſemus cenſum, qui vocatur *Vogelſchat*, cujus medietatem ut ab ipſis, licet ipſorum litonibus ſine voluntate Abbatis vel ipſius licentia petere. Es wurden *auch nicht ſelten* von den Geiſtlichen auſſerordentliche Subſidia charitativa *aufgebracht*. Das Chronicon Huxarienſe beim PAULINI *Rer. Germ. p.* 144. meldet: Anno 1498. Hermannus Epiſcopus Patebornenſis ſubſidium charitativum a toto clero Huxarienſi poſtulat & obtinet; und bey eben demſelben *in Annal. Iſenacenſibus p.* 121. heiſſet es in einer Fundation: „Da unſer gnädiger Herr „von ſeiner Prieſterſchaft Subſidium nehmen ſolte, ſo gereden wir vor uns und „unſere Nachkommen unſerm gnädigen Herrn ein Schock Groſchen dafür zu geben, daran ein Prieſter nichts tragen ſoll. Daß den Bremiſchen Erzbiſchöffen dieſe Schatzung von den Hollſteiniſchen Clöſtern entrichtet worden, erhellet aus einer beim Herrn von WESTPHALEN *Rer. Cimbr. Tom.* 2. *p.* 179. fürhandenen Quittung. Denen Landesherren war ſolche ganz unangenehm, und entſtunde darüber zwiſchen Mainz und Heſſen ein ſchwerer Streit, wie aus folgender Erzehlung der Thüringiſchen Chronica beim HORN in der Handbibliothek von Sachſen P. V. p. 471. 472. erhellet: „Bey deſſelben Landgraven „Conrads gezeyten hyß Biſchof Seyfart von Mentz ein Subſidium von aller „ſeyner Pfaffheit, und von allen Clöſtern und Stifften, dieſelbigen Heiſſunge „*thet* er auch von dem Cloſter zu Reynnersborn, vnd das vornam Landgrave „Conrad, vnd verboth dem Apte, er ſulde dem Biſchoffe zu Mentze kein Subſi„dium geben, von des Cloſters wegen, wanne ſeyne eldern hetten es geſtifft „vnd dem Biſchofe kein Zynß da gemacht, alſo vorhielt der Apt dem Biſchoffe „die Bethe. Darnach in den Jahre, als man ſchreib Tauſend Zweyhundert „Jar vnd zwey vnd dreyßig Jar, da bant der Biſchof den Apt, und legte ym

„ſo viel gezwengnis an, daß ym geraten wart, daß er ſich gebe an Gnade, er „vorwund es anders nymmermehr an ſeinen eren, do quam der Apt zu den „Biſchoffe kein Erffurdt vnd bath Gnade, da ward ym zu Buſſe geſatzt, daß „er drey Tage in den Capitulhauß zu unſer lieben Frawen vor dem Biſchoffe „und vor dem Thumherrren oben nacket mit zwen Beſemen in der Hant vnd ſich „damit laſſen hauen, an des andern Tag quam Landgraue Conradt kein Erf„furth geritten, und wolte kein Warpperg, und hörte des Morgens vor Tage „Meſſe zu unſer lieben Frawen, da wurden ſeine Knechte gewar, daß ſich der „Apt in den Creutzgange auszoge, vnd eyne Buſſe ſolde empfangen von den Bi„ſchoffe, vnd ſagten das dem Landgrauen, der wolde das ſelber beſehen, und „lief in das Capitulhauß vnd ſach den Apt nacket vor den Biſchofe knyen, da „wart er zornig und nam den Biſchof bey den Haren, vnd zug ſein Meſſer und „wolde yn erſtochen haben, das wart yme gewert, alſo reyt er von Stunde „aus der Stadt, vnd quam zu ſeynen Bruder Landgrafen Heinrichen kein „Warpperg, und ſagte yme die Geſchichte, vnd bat von yme Laube, daß er das „rechen müſte. Da gab yme Landgrave Heinrich ſein Bruder die Laube, alſo „ſamlete Landgrave Conradt ein groß mechtig Heer, und brante dem Biſchoffe „viel Dörfer, vnd zog vor Fritzlar, und verbrandte die Stadt alſo, daß „darynne vnmaſſen viel Leute Mann und Frawen, Kynder, jung vnd alt ver„torben, vnd fing darinne den Biſchof von Wormiß mit zweyhundert gewap„penten, vnd mit viel Thumherren. Das geſchach nach Chriſtus Geburth „Tauſend zwey Hundert vnd drey vnd dreißig Jar." In den bekannten Gravaminibus Norimbergenſibus adverſus ſedem Romanam ac totum eccleſiaſticum ordinem beim Georgii d. l. p. 440. wird Art. 46. über dieſe Biſchöfliche Auflagen folgender Geſtalt Beſchwerde geführet: Inſuper nimiumque pro viribus illicitis exactionibus gravant Epiſcopi beneficia, ſubſidiis nimirum, nullae licet ſubſint urgentes, aut illud ſibi admodum poſtulantes cauſae: hoc eſt, quod jura vocant, manifeſtae & rationabiles, ultra etiam modum, quem jura communia in caſibus evidentibus & neceſſariis praeſcribunt. Illis nempe caſibus, quibus ſolis jura ſubſidium ab eccleſiaſticis erogare permittunt, fitque ejus rei immodico uſu, ut presbyteriis vitae neceſſaria vix, aut certe ne illa quidem relinquantur. Demum & in totius populi caput hoc redundat onus, quando ita premuntur ſacerdotes, ut reſpirare eis non liceat, ni viciſſim ſubditam plebeculam arrodant. Ita ex onere ſeritur onus, eousque ut nullum gratis, niſi numeretur ſemper aliquid, miniſtrent ſacramentum, eccleſiaeque chriſtianae donum: ad quod tamen praecipuum, gratis ut facerent, darentque ea gratis, quae nullo aere redimi poſſunt,

atque

atque ipſi gratis accepiſſent, ſacroſancti evangelii atteſtantibus literis tenebantur. At illud res ipſa fecit notorium.

§. IV.

Aus den Städten kam vielfältig eine gewiſſe Steuer auf, welche die Kaiſer noch von einigen Reichsſtädten empfangen, die aber an manchem Ort in andere Hände gerathen. Das Bedenken wegen der Reichsanlage des gemeinen Pfenigs d. 1544. beim Herrn Buder in der Sammlung p. 202. meldet davon: „Zum neunten befindet ſich, ſo man es bey dem Licht beſiehet, was ein Römi„ſcher Kaiſer oder König von den Reichsſtädten oder das Reich hat. So iſt „es gar vor ein geringes zu achten, dann die alten Steuern und Bethe, ſo die „Städte dem Reich geben, haben ſie gewöhnlichen an ſich gekauft, oder ſon„ſten mit Practiken an ſich gebracht, und was auch derſelbigen vorhanden und „eingangen ſeyn, wann ſie gleich der Kaiſerl. Majeſtät einkommen und gefal„len, würde Ihre Majeſtät die Poſtbotten, ſo Ihre Majeſtät im Reich halten, „kaum damit beſolden mögen.“ Daß Kaiſer Carl VI. ſolche Steuren wieder herbey zu bringen geſuchet, erhellet aus Fabri Staatscanzley *P.* 45. *p.* 743. Auch Fürſten und Herren haben von ihren Städten gewiſſe Summen Geldes jährlich empfangen. Mevius in der Pommerſchen Landesverfaſſung beim Herrn Pistorius *Amoenitatum hiſtorico-juridicarum P.* IV. *p.* 1013. bezeuget ſolches alſo: „Auſſer obgedachten Haupt- und Ordinarien-Mitteln hat die „Fürſtl. Cammer andere Einkommen, ſo dem Regiment zu Hülfe kommen, als „die Ohrbahre, ſo von den Städten jährlich pro recognitione dominii & ſu„perioritatis entrichtet wird.“ Und Herr von Beehr *Rer. Mecl. p.* 1749.: S. P. Q. Roſtochienſis ſymbolum ſubjectionis quotannis ſolvit 55. imperiales, atque hoc antiquum & ab ipſis conditae urbis incunabulis debitum ac receptum tributum vulgo tributum audit originale Germanice *Uhrboehr.* Imgleichen von der Stadt Schwerin p. 1752.: Cenſus reſervativus originarius ſeu fundarius, vulgo die *Oerboer*, quotannis die feſto nativitatis Domini noſtri Jeſu Chriſti pendi ſolet, triginta tres nempe imperiales & ſedecim ſolidi. Von der Stadt Hannover empfingen die Herzoge den Wort- oder Grundzinß, welchen Herzog Otto und Wilhelm zu Braunſchweig und Lüneburg dem Rath und gemeiner Bürgerſchaft Anno 1348. verkaufet haben, wie aus dem von Herrn Conſiſtorialrath Grupen *in Originibus Hannoverenſibus p.* 124. bekannt gemachten Kaufbrief erhellet. Nicht wenige Beeden ſind durch beſondere Verträge auf die Städte geleget. In den Privilegiis der Stadt Eiſenach *in Paulini Annalibus Iſenacenſibus p.* 60. heiſſet es: Dicimus etiam, quod nullas petitiones ſeu exactiones vel precarias indebitas a predictis noſtris burgenſibus aliqualiter requirimus,

Die Städte entrichteten jährlich gewiſſe Steuren.

 ſed

ſed annis ſingulis centum marcas uſualis argenti nomine petitionis nobis dabunt, de qua pecunia quinquaginta Marcas dabunt in feſto S. Michaelis & in Feſto S. Walburgis alias quinquaginta; und in einem Briefe des Biſchofs zu Utrecht beim MATTHAEI *Rer. Amorfort. p.* 205.: Ceterum etiam talis conditio eſt adjecta, quod quando noſtra civitas Trajectenſis noſtram ſolvit precariam memoratum oppidum de Amersfoerde ad hujusmodi noſtram precariam ſolvere tenebitur decem libras Trajectenſis monetae; auch erhellet aus FALCKENSTEINS *Cod. diplom. Antiquitatum Nordgavienſium p.* 109. 140. daß der Biſchof zu Eichſtett von dieſer Stadt jährlich 250 Pfund Heller erhoben. Meine Gedanken von dem Urſprung dieſer Steuren finden ſich *in Obſ.* III. §. 2. 3.

§ V.

Solche wurden ausserordentlich aufgebracht, wenn es die gemeine Wohlfart erforderte, bevorab zu Kriegeszeiten.

Wenn es die gemeine Wohlfart erforderte, ſo belegte man die Länder auch mit ausserordentlichen Steuren, wie Herr WEINLAND *in otio academ.* verno p. 104. ganz recht anmerket: Zwar wurden die Kriegesleute aus der Kaiſerl. Cammer beſoldet, und ſaget BENZO in Panegyr. in Henricum III. Imp. c. 5.. Nam ſi non habet (Caeſar) in Camera, quod militibus effundat, nimirum etiam quos amat, quandoque conturbat. Non igitur poſſunt mederi haec & alia infortunia, niſi ad Imperii herarium reſtituatur provinciarum vectigalis pecunia. Worüber FRANCKENSTEIN beim MENCKEN *Rer. Germ. Tom. I. p.* 964. ganz recht alſo commentiret: Hinc perſpicimus, exercitum Imperatoris iſto adhuc *tempore* ex vectigalibus fuiſſe ſuſtentatum. Es iſt jedoch auch vielfältig in Kriegszeiten die Heerſteuer verkündiget. In den *Capitularibus Caroli Calvi de* 853. *Tit.* 14. c. 3. beim BALUZIO *Tom.* 2. *p.* 65. lieſet man: Iſta denuncianda ſunt populo a miſſis noſtris .. .. ſimiliter de collectis, quas Theudisca lingua heriscuph appellat; und in einem Diplomate Königs Wilhelms d. 1252. beim LUNIG im Reichsarchiv *Part. Spec. Contin.* 3 die freie Reichsritterſchaft betreffend im dritten Abſatz p. 101.: Si ire contigerit nos ad partes cum exercitu transmontanas, nullum jus, quod Hoerſtuere dicitur (caſtrenſes de Fridberg) nobis dabunt, neque nobiscum ibunt in expeditione, niſi fuerit de ipſorum beneplacito voluntatis; auch beim Herrn von WESTPHALEN *Rer. Cimbr. Tom.* 2. *p.* 41.: Item Colonos, qui habitant in judicio, quod Mor dicitur, ſicut intelleximus hactenus liberos fuiſſe, ita & nos liberos eſſe volumus, in eo videlicet, quod ab Advocato noſtro, vel alio aliquo ex parte noſtra *Herpant* ab eis non exigatur. Da denn Herpant ſonder Zweifel ſo viel, als Heerbant oder tributum bellicum bedeutet. Es erzehlet IOANNIS *Rer. Mogunt. Vol. I. p.* 707. *n.* 6. Conradum II. Archi-Epiſcopum Moguntinum, cum ad bellicos, qui tum neceſſarii erant apparatus, praeſenti opus eſſet pecunia, ſex hoc anno penſiones Clero imperaſſe: und p.

743.

743. n. 44., Ut autem aere alieno, quod bello nuper implicitus ſatis grande contraxerat (Conradus III. Archi-Episcopus) exiret, tam Clero dioeceſis Moguntiae quam populo univerſo tributum imperavit -- Civitatibus caeteroque populo triceſimam de bonis illorum ac poſſeſſionibus ſingulis ac omnibus. Jmgleichen Petrus Saxius *in Pontificio Arelatenſi* beim Mencken *Rer. Ger. Tom. I. p.* 316. Indicto aere collatitio provincialibus, ſine quo bellum confici minime poterat, immunes fuerunt Arelatenſes; und *p.* 340.: At exhauſto aerario militari vectigal inſtituendum erat, inſtituitque in Provincia Renatus codicillo decumano, quod ſumma voluntate a Provincialibus penſitatum eſt, ſpe regni Neapolitani potiundi. Id vero minus ſecundis animis inſtitutum voluere Arelatenſes, quod ſcirent, ſe a quocunque vectigali ex pactis foederibus immunes; nec eos latebat undecim millium florenorum ſummam ex theſauro urbis publico in Neapolitani belli ſumtus Renato conceſſa, imo &, quod praecipuum erat, urbis nobiliores Ioanni Calabro ſuis ſumtibus praeſto fuiſſe ſemper, quoties de regni & provinciarum juribus certatum eſt. Oblatus ergo Renato ab Arelatenſibus libellus ſupplex, ut iſtud aes collatitium minime perſolverent cives, Renatus, ut grato erat in Arelatenſes animo, edixit, codicillum decumanum minime erga Arelatenſes valiturum, quod respublica ipſiusque reipublicae proceres ipſum auro toties juviſſent, Carolique Calabri armorum ſocii varia bellorum diſcrimina ſubiiſſent; praecipueque obſtaret conventio, quam firmam, ratam ſanctamque volebat. Auch erhellet aus des Martene *Collect. Veter. Script. Tom. I. p.* 1406. wie König Philip von Frankreich Anno 1300. dem Seneſchallo Ruthenenſi aufgegeben, ut ſubſidia pro bello a ſuis ſubjectis levet, und man lieſet in Zantfliets *Chron.* beim Martene *d. l. Tom.* 5. *p.* 491.: Inſuper pro expenſis factis per dominum Ghisbertum tam in Curia Romana, quam in ſuſtentatione armigerorum levaret dictus Ghisbertus ſemel ſolvenda quinquaginta millia aureorum, qui dicuntur leones, qui quidem ſolverentur iidem de precaria danda Domino David (Epiſcopo Leodienſi) in jocundo adventu ſuo, ut moris eſt. Die Creutzzüge veranlaſſeten inſonderheit dergleichen Laſten, und es heiſſet beim Martene *Theſaur. Anecdot. T. I. p.* 205, 206. in dem edicto Philippi Romanorum Regis pro ſubſidio terrae ſanctae d. 1207.: Sub hac autem forma eleemoſinae cum principibus convenimus, ut per ſingulas imperii provincias de quolibet aratro ſex denarii perſolvantur. In ſingulis etiam civitatibus aut villis quilibet mercator, vel alterius officii, ſeu cujuscunque fuerit homo proprias habens aedes duos denarios perſolvat. Beim Acheri *Spicileg. Tom.* 12. *p.* 570. lauten die Statuta antiqua, in quibus Angliae totius Regni Comitia ordinantur d. 1045. alſo: Rex non ſolebat petere auxilium de regno ſuo, niſi pro Gverra inſtante, vel ad filios

ſuos milites faciendos, vel filias ſuas maritandas, & tunc debent hujusmodi auxilia peti in pleno Parliamento, - - Et ſciendum, quod ſi hujusmodi auxilia concedenda ſunt, oportet, ut omnes pares Parliamenti conſentiant. Beim RYMER *in Actis Anglic. Tom. I. P. I. p.* 66. ſchreibet Pabſt Innocentius An. 1215. denen Magnatibus, Baronibus & militibus per Angliam conſtitutis: Significavit nobis cariſſimus in Chriſto Filius noſter Joannes Rex Anglorum illuſtris, quod cum praedeceſſores veſtri *Scutagium* de Baroniis, quas tenetis ab eo, Regibus Angliae reddere conſueverint ab antiquo, ac etiam vos ipſi usque ad proxima tempora ſibi noſcimini reddidiſſe, nunc ſcutagium ipſi debitum pro exercitu, quem anno praedicto in Pictaviam duxit, eidem pro veſtrae voluntatis arbitrio reddere denegetis. Ne igitur pium ipſius Regis propoſitum occaſione hujusmodi retardetur, devotionem veſtram monendam duximus attentius, & hortandum per Apoſtolica *vobis* ſcripta mandantes, quatenus dictum ſcutagium eidem, prout tenemini, ſine difficultate reddatis, praeſertim cum poſſeſſione ſaepe dicti ſcutagii, quam praedeceſſores ſui ac ipſe hactenus habuiſſe dicuntur, non ſit absque judicio ſpoliandus, quandoquidem ipſe in ejus poſſeſſione perſiſtens paratus ſit poſtulantibus juſtitiam exhibere. Inſonderheit pflegten diejenige mit Steuren beleget zu werden, welche ſelbſt nicht fechten konnten, wie aus folgendem Königlichen Engliſchen Befehl d. 1327. beim RYMER *d. l. Tom. II. P.* 2. *p.* 192. erhellet: Volumus autem, quod illi, qui impotentes ſunt ad pugnandum, & habent unde *contribuere* valeant pro expenſis aliorum, qui de ſuo non habent, unde ſibi valeant providere, contributionem faciant pro expenſis illorum, qui de ſuo non habent, prout rationabiliter fuerit faciendis. In confirmatione privilegiorum Regni Scotiae d. 1290. beim RYMER *d. l. Tom. I. P. III. p.* 71. heiſſet es: Nec etiam tallagia, auxilia, exercitus, vel malatolta exigantur a praedicto Regno aut imponantur gentibus ejusdem Regni, niſi pro communibus Regni negotiis expediendis, & in caſibus, in quibus Reges Scotiae talia petere conſueverunt. Anno 1335. begehrte der König von Engeland beim RYMER *d. l. Tom. II. P. III. p.* 126. wieder die Schotten der Irrländer Hülfe folgender Geſtalt: Vos affectuoſe rogamus, quatenus conſiderato tantae neceſſitatis articulo nobis de tali ſubſidio tam hominum ad arma, quam alio ſubſidio praedicto ſubvenire velitis iſta vice, quod exinde vobis in agendis veſtris futuris temporibus merito efficiamur promtiores, ſcientes quod id, quod nobis in hac parte ſic feceritis, alias trahi nolimus in exemplo; und ſeinem Irrländiſchen Iuſtitiario, Cancellario & Theſaurario ertheilte er daſelbſt p. 127. dieſe Inſtruction: Vobis mandamus firmiter injungentes, quatenus Praelatis, Magnatibus, & hominibus noſtris Hiberniae; (de quorum dilectionis plenitudine ſinceram fiduciam reportamus) hanc noſtram indigentiam plenius exponatis, & ipſos ad faciendum nobis

in ſubventionem expenſarum hujusmodi tale ſubſidium, quod ipſos deceat, & nobis gratum eſſe debeat & acceptum, viis, quibus poteritis, efficaciter inducatis. Praedicentes eisdem, quod non eſt intentionis noſtrae, ut id, quod ex ſola liberalitate ſua nobis fecerint iſta vice, trahatur alias ad conſequentiam, vel ipſis praejudicium afferat in futurum, ſed eorum gratitudinem, quam nobis fecerint in hac parte, quae nunc in neceſſitate poſſet clarius comprobare, ſic remunerabimus, Deo duce, quod gaudebunt nobis talia ſe feciſſe. Feſtungen mußte ein jeder aus ſeinem und nicht aus der Landſchaft Beutel bauen, und verordnet der Landfriede d. 1235. beim Herrn Reichshofrath von Senckenberg *in Corp. jur. feud. germ. p.* 561. „Wer purg oder ſtete oder kain wer machen will, der ſoll es „mit ſeinen gut thun oder ſeinen Lewt, und nicht von ſeiner Landlewt Gut;“ Auch in König Albrechts Satzung daſelbſt *p.* 570. und in Lunigs Reichsarchiv *Part. General, Contin* 2. *p.* 192. findet ſich eine gleiche Verordnung.

§. VI.

Andere Regierungslaſten, welche den Cammergütern zu ſchwer fielen, den Landesherrn erträglich zu machen, ſind auch nicht ſelten Steuren erhoben. Anno 1160. ſchrieb Kaiſer Friederich an den Abt zu Kempten beim Pez *Cod. Diplom. P. I. p.* 407. *Theſaur. Anecdot. Tom.* 6.: Noverit tua diſcretio quod ad firmam eccleſiae unitatis conſumtionem in illo pacis tractatu per viros magnos & *diſcretos* pluribus laboribus & expenſis compoſito ordinatum eſt, ut ab eccleſiaſticis Principibus per terram Teutonicam mille marcarum ſumma perſolvatur. Quam tibi ad ſolvendum 10 marcae ſunt aſſignatae: und von Erzbiſchof Conrad II. zu Mainz meldet Ioannis *Rer. Mogunt. Vol. I. p.* 705. *num.* 9.: Cum multum impendii in legationem pro confirmatione obtinenda ad Pontificem miſſa factum eſſet, Archi-Epiſcopatus ad haec in tantum aes alienum incidiſſet, ut ſine tributaria quadam populi penſione nominibus ipſe ſolvendis minime par eſſet, Capitulum tabulis die naſcenti Deiparae ſacra confectis permiſit, ut bonorum viceſimam ſingulis & omnibus Archi-Epiſcopatus civitatibus, oppidis, vicis villisque imperaret. Im Stift Würzburg gieng es nicht anders zu, und berichtet Fries im Leben der Biſchöffe von Würzburg beim Ludewig *p.* 583.: „Dieweil der Stift in Armuth und Schuld kommen war, handelte Biſchof Ber„*told* Anno 1276. mit ſeiner Geiſtlichkeit, Ritter- und Landſchaft, daß ſie ihm „zu Wiedererlangung deſſelben für ſich und die ihrigen bewilligten und zuſagten, „von einem jeden Morgen Weingarten durchaus einen Würzburger Schilling zu „geben.“ Und *p.* 654.: „In dem Jahr 1366. hat Biſchof Albrecht zu Bezah„lung des Stifts Schulden 50000 Pfund Heller auf ſeine Geiſtlichkeit geſchla„gen, dergleichen auch eine Schatzung auf alle Weingärten in ſeiner weltlichen „Obrig-

Auch zu andern Landesangelegenheiten.

„Obrigkeit liegend, nemlich auf jeden Morgen 1 Pfund Heller, welche Wein„garten-Steuer auf 2000 Pfund Heller belaufen iſt.“ „Ingleichen *p.* 660.: „Anno 1378. handelte Biſchof Gerhard, der noch viel Geldes bedorfte, mit „ſeiner Geiſtlichkeit, Bürgern und gemeiner Landſchaft, daß ſie ihn dieſelbe „Beth zwey Jahr zu geben zuſagten.“ Biſchof Gerhard verſprach in Herrn Vogts *Monum. Bremenſ. Tom. I. p.* 254. der Stadt Verden Anno 1259. Non gravabimus eos in aliquibus, niſi forte in propria perſona ire ad Curiam nos contingat, vel etiam nobis & eccleſiae noſtrae talis incumbat neceſſitas, quae Canonicis & Miniſterialibus noſtris evidens ſit & nota, & tunc tenebuntur nobis ſecundum ſuae poſſibilitatis exigentiam ſubvenire; und in dem Vergleich, welcher Anno 1319. zwiſchen den Grafen von Hanau und den Herrn von Eppenſtein errichtet worden, lieſet man in Herrn Reichshofraths von Senckenberg *Select. Iur. & Hiſt. Tom.* 3. *p.* 529.: „Wer es auch, daß unter uns einer oder „zween reyſen wolden, wer unter uns reyſet, der ſoll nemen Steuer in den „Gerichten, als gewöhnliche iſt, und die andere nicht, die da nicht en ridden?“ Auch bedung ſich Graf Wilhelm von Holland beim Mathaei *Annal. Egmund. p.* 199. in den Anno 1232. der Stadt Gertruydenberg ertheilten Privilegio dergleichen Steuer folgender Geſtalt: Comes vero ſi curiam Domini Imperatoris aggrediens pontem apud majus Trajectum tranſierit, vel ſi in Gverra captus fuerit, centum ſolidos Holland. exſolvent. Beim Antritt der *Regierung pflegte* man den Biſchöffen wohl eine Schatzung zu verwilligen, und erhellet aus Staphorsts *Hiſtor. eccleſ. Hamburg. Tom. II. p.* 589., daß der Erzbiſchof von Bremen im XIV. Sec. von den Dithmarſchen eine Zulage unter dem Namen der frohen Ankunft erhoben. Siehe oben *p.* 147. Wenn Könige und Fürſten ihre Töchter ausſteurten, ſo empfingen ſie vielfältig einen Geldbeitrag. Beim Rymer *Act. Angl. Tom. II. P. II. p.* 79. ſchrieb aber der König Anno 1332. an den Erzbiſchof zu York, von welchem er ein Subſidium pro maritagio ſororis ſuae Alianorae begehrte: Nolumus quod ſubſidium, quod nobis ex veſtra liberalitate facere volueritis, in hac parte vobis ſeu ſucceſſoribus veſtris cedat in praejudicium, ſeu trahatur in conſequentiam in futurum. Es iſt jedoch an vielen Orten eine Schuldigkeit daraus worden, und heiſſet es in dem Abſchied zwiſchen Julianen Landgräfin von Heſſen und Wilhelm Adminiſtratoren zu Hirſchfeld d. 1627. beim Lunig in des Reichsarchivs Fortſetzung anderer Continuation p. 825.: „Soll die Ausrüſtung zu der Fürſtl. noch vorhandenen drey Freulin = = „ohne was die Landſchaft ratione dotationis zu thun ſchuldig und pflichtig iſt, = = „10000 fl. ſeyen;“ und im Anhaltiſchen Landtagsabſchied d. 1611. beim Lunig in des Reichsarchivs *Part. Spec.* anderer Continuation Zweiter Fortſetzung

zung

zung p. 224.: „Es ſollen aber alle nachfolgende in Rechten zuläßige Caſus uns „vorbehalten, eximiret, und nicht vor Eingriffe zu halten ſeyn, als wiſſentliche „und kündliche Landesnoth, Reichs-Creis- und Türkenhülfe, Ausſtattung der „Fürſtl. Fräulein, Heer- oder Durchzüge, und da einer unter uns oder „den unſrigen in Kriegesläuften für die Wohlfart des heil. Römiſchen Reichs „und unſer Vaterland gefangen werden ſollte. Dieſelbige ſollen als zufällige „Ausgaben denen Currentibus vorgezogen werden;„ wie auch in dem zwiſchen Kaiſer Rudolph II. und Herzog Friedrich zu Würtenberg Anno 1599. errichteten Pragiſchen Vergleich bey Herrn Moser *in Wurtenbergia diplomatica p.* 339: „Neunten da zu derſelbigen Zeit des Haus Oeſterreich Succeßion unverheiratete Fräulein oder Tochter von Würtenberg ehelich gebohren vorhanden ſeyn „werden, ſolle dem anjetzo befundenen noch üblichen Würtenbergiſchen Landgebrauch nach, alsdann gemeine Landſchaft in Würtenberg einen jeden unberathenen unausgeſteurten Fräulein von Würtenberg 32000 fl. Heirathsgut, „das übrige aber der Diſpoſition des Paſſauiſchen Vertrages gemäß, und alſo „nach befundener Anzahl dreier oder weniger Fräulein jeden noch 28000 fl., da „aber deren vier oder mehr, jeden noch 8000 fl. zur Ergänzung beſagten Heirathsguts die ſuccedirende Erzherzoge zu Oeſterreich erſtatten und richtig machen.“ Es meldet gleichfalls Friedensberg *in jure feud. Pomer.* beim Herrn von Westphalen *Rer. Cimbr. Tom. II. p.* 1865. daß in Pommern die Fräuleinſteuren bey Elocation der Fürſtlichen Fräulein nach Größe und Quantität der Lehne den Lehnleuten aufgeleget werden; und dieſes beſtärket Herr Schwarz in der Pommerſchen Lehnshiſtorie *p.* 569. 775. Jn dem Revers der Herzoge Johann Albrecht und Ulrichs von Meklenburg d. 1572. beim Lunig in des Reichsarchivs *Part. Spec.* Fortſetzung der andern Continuation *p.* 522. bekennen zwar dieſe Herren, daß, wenn ein Fürſtl. Fräulein ausgegeben und ausgeſteuret würde, die Stände nicht anders, dann auf vorgehende freie und gutwillige Bewilligung, und ſonſten nichts zu leiſten ſchuldig ſind. Jnzwiſchen bezeuget der Herr von Beehr *Rer. Mecl. p.* 607., daß in Meklenburg die Fräuleinſteur von alten Zeiten hergebracht iſt, welche jedoch, wie er p. 950. 957. angeführet, nur die regierende Herren, und nicht die apanagirte bey Ausſtattung ihrer Prinzeßinnen Töchter empfangen.

§. VII.

Zu ſolchem Behuf ſind ſchon für Alters Landbeeden ausgeſchrieben.

Daher ſind ſchon für Alters vielfältig Landbeeden ausgeſchrieben. Wir leſen in dem *Chronico Mellicenſi* beim Pez *Rer. Auſtr. Tom. I. p.* 246.: Eodem anno conſilio maligno exactionem inhoneſtam & inauditam, videlicet de qualibet perſona unum groſſum denariorum receperunt Duces Auſtriae; in Chronico Clau-

Clauſtro-Neoburg. p. 457.: Inſuper in toto Principatu ſuo (Dux Auſtriae) recepit de unoquoque manſo 60. denarios. Initium dolorum fuerunt haec, & cauſa dejectionis ſuae; und p. 466.: Hoc anno impoſuit Rudolphus Rex Romanorum exactiones graviſſimas toti Auſtriae, exigens de curia 60. denarios, de area 12. denarios, de jugere vinearum 30. denarios, de manſo 30. denarios, de rota molendini 30. denarios; in einem Kaufbriefe Biſchof Heinrichs zu Eichſtett d. 1343. beim Falckenstein *in Cod. diplom. Antiquitatum Nordgav. p.* 176.: „Wir haben uns auch ausgenommen, das Gericht an den vorgenannten Gut, „und ob wir eine gemeine Landſteuer legen, ſo ſollen wir auf die Leut, die auf „den Gut ſitzen, Steuer legen nach ihrem Rath, wir ſollen auch keine ſondere „Steuer darauf nit legen;“ in der Vereinigung der Landgrafen von Thüringen und Landgrafen von Meiſſen d. 1379. beim Lunig im Reichsarchiv *Part. Spec.* Contin. 2. *p.* 191.: „So ſollen und wollen wir uns mit einander einen, „um ein gemeine Beede über alle unſere Lande zu ſatzen, und die zu nehmen; „doch alſo, daß unſer keiner in den Oertern der Lande keine neue Steuer noch „Beede aiſchen, ſetzen, noch nehmen ſoll, wir thun es denn alle drey einträchtlich mit einander;“ in Biſchofs Sigismund zu Halberſtadt mit dem Capitel Anno 1556. errichteten Vertrag beim Lunig in des Reichsarchivs *Part. Spec.* anderer Continuation dritter Fortſetzung p. 368.: „Wenn wir eine Landbeede bitten wollen, das ſollen und wollen wir thun mit Wiſſen und Fulbord „des ganzen unſers Capituls, und ſollen ſonderlich unſere eigene Dörffer nicht „bitten ohne ihren Willen;“ in Churfürſt Friederich zu Sachſen Briefe d. 1424. beim Horn in der Lebensbeſchreibung Churfürſt Friederichs des Streitbaren p. 889. 890.: „Wir wollen auch die gnant vnſer Bürger (zu Wittenberg) „nicht beſwern mit bete von gifft oder von gab wegin. Es geſchehe denne das „wir eyne gemeyne Bethe in dem Lande zu Sachſen nemen würden;“ in der Herzoge von Braunſchweig und Lüneburg Briefe *d.* 1398. beim Hofmann in der Sammlung *Part. I. p.* 206.: „We Bernd und Hinrick von Godes Gnaden, Hertogen to Brunſwick und to Lüneborgh bekennen openbare in deſſen „Brefe, vor alles weme, vor vns vor vnſe Erven, dat wie de Bede de unſe „Manne de ſee nicht plichtig ſind vom vryen Willeköre uns Hertogen Bernde „un to unſer vengniſſe to Hülpe gegeven hebben, von unſen Mannen nicht mehr „bidden willen, und de vor neyn recht eder wohnheit mer hebben willen, und „we und unſe Erwen ſcullet und willet unſe Manne und ere Erven by allen Rechte und Fryheit laten, dar ſe by unſer Vorvaren Tiden by weſt ſynt, wante „an deſſen Dach;“ in dem zwiſchen Würzburg und Fulde Anno 1508. errichteten Vertrag beim Schannat *in Cod. probat. Hiſtor. Fuld. p.* 335.: „Item ſo

„oft ein neuer Abt zu Fuld ze Zeyten zukůmpt, und die Vihebete zu Weſtheim „ſuchet, demſelbigen neuen Abt ſal die volgen on Eintrag unſer Biſchof Loren„tzen und unſer Nachkommen, dagegen ob- und ſo offt ein neuer zukůnftiger „Biſchof zu Wůrzburg durchaus ſeines Fůrſtenthums auch eyn gemeine Land„ſteur auffetzt, die ſall derſelbige zu Wůrzburg ꝛc. ye zu Zeyten auch allein zu „heben han, doch daß die armen Leuth gleichmäßig den andern, und nit ferner „beſchwert werden;“ in Spangenbergs Sangerhauſiſcher Chronic beim Herrn Buder in der Sammlung p. 364.: „Daſſelbe Jahr 1454. mußte ein „iglich Mensch den Herzogen zween Groſchen von den Haupt geben;“ und p. „356.: In ſelben Jahr 1458. mußte jedermann auf Jacobi den Fůrſten von „Sachſen den halben Zinß geben; auch p. 358.: Anno 1469. nahmen Herzog „Albrecht und Herzog Ernſt von Sachſen eine große Steuer ſo von einen Ge„brau Bier das zwölfte Theil und auch von Wein.“ Wie ungewöhnlich derglei- chen Laſten zu ſolcher Zeit geweſen, erhellet aus folgenden Worten eben deſſelben Geſchichtſchreibers p. 297.: „Es iſt auch vor Zeiten, ehe die armen Unter„thanen mit ſo vielen unträglichen Schatzungen und Umgeld beſchweret wor„den allda (zu Sangershauſen) ſo eine gute Nahrung geweſen als irgend „herum.

§. VIII.

Nach Horns *d. l. p.* 231. 232. Meinung, iſt das jus Collectarum zwar nur im höchſten Nothfall und nicht leicht ohne der Landſchaft Bewilligung für Alters geůbet, jedoch ſolches ein weſentlicher Theil der landesherrl. Macht geweſen, weil es nicht ſowohl auf der Stånde Conſens, als der Landesherrn Gnade ankommen, wenn jemand von dem Beitrag eximiret werden ſollen. In einem zwiſchen Heſſen und den Ganerben des Buſekerthals errichteten Receß d. 1576. beim Lunig in des Reichsarchivs Fortſetzung anderer Continuation *p.* 930. „geſchiehet auch Meldung der Soldaten- und andern Steuren, „welche nicht auf den Landtagen inſonderheit bewilliget, ſondern auf die „Städte und Aemter im Fůrſtenthum Heſſen in fůrfallenden Nöthen geſchla„gen worden.“ Ich zweifle keinesweges, daß dergleichen Ausſchreibung geſchehen, und zwar mit Recht, wenn ein wahrer Nothfall fůrhanden war. Weil aber ſolches die Unterthanen öfters in Zweifel zogen, ſo ſind daher vielfältig Streitigkeiten entſtanden. Herzog Friederich zu Oeſterreich kam um Land und Leute, weil er ſeine Unterthanen ohne Nothwendigkeit mit Steuren belegte, als von welchen Ebendorffer *in Chron. Auſtr.* beim Pez *d. l. Tom. II. p.* 720. ſchreibet: Ibi quoque civis Wolfgeri de Parau ſuaſionibus, ut dicitur, gravem exactionis mulctam ſuperimpoſuit, adeo ut per totam patriam unaquaeque

Vielfältig weigerten ſich die Unterthanen ſelbige zu entrichten.

notabilis habitatio ſibi traderet ſexaginta Viennenſes denarios: Quae ſuae tandem dejectionis fuere primordia, quia ab antiqua ſolita conſuetudine his diebus recedebat, licet hujusmodi noſtro aevo forent plurimum expetenda, quando plures per fas & nefas hac via deducuntur in pauperiem; und HOFMANN *in Annal. Bamberg.* beim LUDEWIG *Script. Bamberg. p.* 142. erzehlet alſo, daß ſich ein Bambergiſcher Biſchof dadurch verhaſſet gemacht hat: Poſtero anno Thimo frequentem Abbatum, Cleri & comprovincialium conventum Babebergam advocavit, & ad eos de lapſa eccleſiae & reipublicae diſciplina retulit. Ad eam rem conſtituendam cum ſequenti anno tributum civibus ſuis primus imponeret, & novis eos decretis ex eorum autoritate conſtringeret, multorum invidiam ſibi conciliavit; imgleichen daſelbſt p. 222., wie ſie einem andern Biſchof ganz verſaget worden, mit folgenden Worten: Inter haec, cum Gerhardus Epiſcopus licet jam ſaepius ad rationem revocatus, quiete vitam traducere non poſſet, nec tamen eſſet, cum quo praelio decertaret, omnes irarum fluctus in cives ſuos effundere, & ad ſolvenda ſtipendia militaria novis eos exactionibus affligere perrexit. Quas cum clare populus recuſaret, quod id bellum non in utilitatem reipublicae vel eccleſiae dignitatem geſtum fuiſſe praetenderet, novus inter utrumque tumulus excitatus fuit. Herr Cammergerichtsaſſeſſor von GUDENUS bemerket in ſeinem *Cod. Diplom.* I *p.* 237. wie ein Aufruhr zu Mainz entſtanden, als Biſchof Arnold Behuf des Meiländiſchen Zuges einen Kopfſchatz ausgeſchrieben, und der Anonymus de caede Arnoldi Archiepiſcopi beim IOANNIS *Rer. Mogunt. Vol. II. p.* 83. meldet: ſine ulla, quam debebant, reverentiae ſignificatione cives Moguntinos ferociter Archiepiſcopum ſtatim ac proterve prorſus obſtinatiſſimeque ſe quid collaturos, negaſſe. Die Stadt Gent verweigerte dem Grafen von Flandern die zum Feſtungsbau begehrte Steuren, und ſchreibet davon CORNERUS *in Chron.* beim ECCARD *Corp. Hiſtor. Tom. II. p.* 1131. 1132.: Wilhelmus Comes Flandriae caſtrum conſtruxerat fortiſſimum & ampliſſimum prope Gandavum urbem diſtans ad dimidium milliare, nomine Wonderegen. In alleviamen autem expenſarum factarum in conſtructione hujus caſtri poſtulavit Comes a Gandavienſibus 60000. Leonum Aureorum, quorum quilibet valebat alteram dimidiam marcam Lubecenſis monetae. Quam quidem pecuniae ſummam, quia cives Comiti dare recuſabant, comminationes eis faciebat. Quod intelligentes cives cum indignatione extra urbem ipſum expulerunt, & curiam ſuam, quam in civitate habebat, ſpoliaverunt, omnia inventa auferentes. In einem Anno 1590. von Fürſtl. Sächſiſchen Miniſtris verfertigten Bedenken beim Herrn von PISTORIUS *Amoen. P. VI p.* 1780. leſen wir: „Soll „man dann allein die arme Landſchaft vollent gar in Steuren erſchöpfen, ſo

will

„will dabey zu bedenken ſeyn, Gottes ſchwere Strafe und Ungnade, ſo über „Herr und Knechten ergehen wird, ſo iſts ungewiß, obs bey den Leuten zu er„halten. Dann Herzog Johann Wilhelm Hochlöbl. Gedächtniß war es Anno „70. rund abgeſchlagen, darzu man jetzo vielmehr Urſach hat; und obs die Leu„te gern theten, ſo vermögen ſie es nicht mehr, iſt auch J. F. G. bey dieſem „Zuſtand mit ſolcher Steuer gar nichts geholfen; Dann wann die Termin kom„men, iſt alles zuvorn verwieſen, und kömmt an Bezahlung der Schuld nichts „zu ſtatten, ſoll man denn das Armuth mit Jagdgeldern, Bauſteuer, Dienſt„geldern, doppelten Trankſteuer beſchweren, ſo wird Gott Urſach gegeben, ſei„nen Zorn deſto heftiger wider uns auszuſchütten.“ Die Weigerung der Würzburgiſchen Bürger dem Biſchof Schatzungen zu entrichten, bezeuget Fries in dem Leben der Biſchöffe zu Würzburg p. 670., und es iſt ein ſchlechter Beweiß eines unumſchräkten juris collectandi, daß der Landesherr einige von dem Beitrag eximiret hat, weil ihm, und nicht dem Lande ſolches zur Laſt gereichet, und wann der ertheilten Freiheit ohnerachtet nicht gewiſſe Steuren, ſondern eben die Geldſummen verwilliget ſind, welche für der ausgewürkten Exemtion aufgebracht worden, die Stände ohne rechtliche Nothwendigkeit der befreieten Laſt übernommen haben.

§. IX.

Dieſerwegen bemühete man ſich deren Einwilligung zu erlangen, handelte mit ihnen der Steuren halber auf Landtagen, begehrte ſie zum öftern nicht als eine Schuldigkeit, ſondern als eine freiwillige Beihülfe, ertheilte darüber Reverſales, und verbande ſich, ohne der Landſchaft Einwilligung das Land künftig mit keinen Schatzungen zu belegen. Von Oeſterreich berichtet Paltramus *in Chron. Auſtr.* beim Pez *Rer. Auſtr. Tom. I. p.* 730: Et ſtatim venit Dux Leopoldus, qui recepit puerum, & fuit tutor pueri, & promiſit, etiam litteras ſuper ſe dedit, quod non vellet aliquem aggravare, nec ſtewras imponere, nec beneficia conferre ſine conſenſu quorundam dominorum. Sed quando venit ad poſſeſſionem, omnino nihil curavit; und das Chronicon Salisburgenſe daſelbſt Tom. II. p. 439: Eodem etiam anno Johannes Saltzpurgenſis poſtulavit ſteuram a terrigenis, & habuit diaetam in die S. Georgii, vel dare ſibi ſteuram vel ungeltum. Sed majores dare deliberaverunt ſibi ungeltum usque ad annos quinque de venalibus. Quod majores elegerunt ideo, ut pauperes darent de venalibus ſuis, cum divites nihil haberent vendere. Von Würzburg habe ich ein gleiches aus Frieſens Leben der Biſchöffe von Würzburg im vorhergehenden §. VI. dargethan. Beim Martene *Theſaur. Anecdot. Tom. I. p.* 837. heiſſet es in conſuetudinibus, quas Dominus Comes Montisfortis ſtabilivit apud Pamias

Deswegen begehrte man der Stände Einwilligung, ehe ſie eingetrieben wurden.

Anno 1212.: Item nullus Baro aut miles vel Dominus faciat tallias in terra ſua, donec menſura poſita fuerit in talliis, ſecundum quod conſtitutum eſt in colloquio Comitis & Baronum apud Apamiam. Der Herzoge von Braunſchweig ihren Ständten ertheilte Reverſales habe ich in §. VIII. angeführet. Pabſt Clemens IV. misbilligte Anno 1267. beim MARTENE *d. l. Tom. II. p.* 440. in einem Schreiben an König Carl von Sicilien, daß man die Unterthanen mit unverwilligten Steuren belege, folgender Geſtalt: Sed tunc dicimus, quod & nunc ſcribimus, te videlicet Praelatis & Baronibus & locorum communitatibus convocatis tuae neceſſitatis inſtantiam, & utilitatem defenſionis eorum debere patienter exponere, & de ipſorum ordinare conſenſu; quale tibi a tuis impenderetur auxilium, quo contentus, & aliis tuis juribus, eos in ſua dimitteres libertate. Quod ſi tibi vis eſſet & liberum, quantum volueris, quando & quoties tibi placuerit, exigere ab iisdem, ſcire potes, hanc amariſſimae ſpeciem ſervitutis tuorum in te animos provocare. Man bedienet ſich ſo gar in Teutſchland anfänglich guter Worte, um die Reichsſteuren von den Unterthanen zu erlangen, und erzehlet MULLER im Reichstags-*Theatro ſub Maximiliano* I. *P. I. p.* 441. 443., daß, als Anno 1495. auf dem Reichstage zu Worms der gemeine Pfenning verwilliget worden, Churfürſt Friedrich III. von Sachſen davor gehalten, es ſey nothwendig oder doch nützlich, die Landſtände bey dieſer damals noch etwas ungewöhnlichen Anlage zur Submiſſion *durch gute Worte* zu diſponiren, und heiſſet es in dem Churſächſiſchen Ausſchreiben unter andern: „Wiewohl wir geneigt Ewer und ander unſer Verwandten hierinnen von „wegen der Hülfe zu verſchonen, auch eine gemeine Verſampnung unſer Landſchaft „zu halden, die angezeigte Sachen mit yren Umſtänden, die von allen Churfürſten, „Fürſten und Ständen des heilgen Reichs bewilliget ſeyn, zu entdecken, ſo ſind „doch die anliegende Geſchäfte des heiligen Reichs ſo dapfer und merglich, und „die Leufft der itzigen Sorgfältigkeit halben des Sterbens, daß ſich in unſern „Fürſtenthümen eräuget, dermaſſen geſtalt, daß ſolches füglich nit hat ſein mögen.

§. X.

Oder brachte Kaiſerl. Befehle wider die Unterthanen aus.

Wenn keine Hofnung fürhanden war, etwas in Güte zu erlangen, ſo würkten die Landesherren Kaiſerl. Verordnungen wider ihre Unterthanen aus. Von Biſchof Leopold zu Bamberg erzehlet HOFMANN *in Annal. Bamb.* beim LUDEWIG *Rer. Bamb. p.* 204.: Poſtero anno Leopoldus Epiſcopus novum exactionis genus civibus ſuis impoſuit, & ut de quolibet dolio cujuslibet generis potus venalis urna, & de qualibet urna manſura unciaria per urbem univerſam deinceps praeſtarentur, impetravit. Id Edictum Carolus (Imperator) litteris confirmavit; und daſelbſt p. 211. von Biſchof Lambert: Proximo anno

(Caro-

(Carolus Imperator) Lamberto a legatione reverſo privilegium dedit, quo mercibus, quae per ejus ditionem ultrocitroque deveherentur, vectigalia impoſuit. His novum aliud vectigal eſt additum, ex cujus conceſſione Lambertus ſingulos in dolium vini venalis florenos & ſingulos in dolium cereviſiae venalis ſemiſſes civibus ſuis urbanis & agreſtibus per univerſam urbem & caetera ſuae ditionis oppida, judicia, mercatus, vicos, & villas imperavit. Imgleichen berichtet Fries in dem Leben der Biſchöffe von Würzburg beim Ludewig *p.* 661., daß Anno 1385. König Wenzel Biſchof Gerhard von Würzburg vergönnet hat, auf des Stifts Land und Leute eine gemeine Weinbeeth oder Umgeld zu ſetzen, oder einzunehmen, davon er des Stifts Schulden bezahlen und entrichten mögte. Solche Conceſſiones König Wenzels finden ſich auch daſelbſt p. 669. 672., und p. 685. wird angeführet, „daß, als der Stift Würzburg noch in „großen Schulden geſtecket, König Ruprecht Biſchof Johanſen und ſeinem Stift „im Jahr 1407. eine Freiheit gegeben, die nechſt nach einander folgende drey „Jahr von einem jeden Fuder Weins 1 fl. und von jedem Malter Getraides „einen groſſen Turnus zu Zoll zu fordern und zu nehmen, davon er des „Stifts Schulden bezahlen mögte.“ Aus des Martene *Collect. vet. Script. Tom. II. p.* 147. erhellet auch, wie Kaiſer Friedrich Anno 1467. dem Abt zu Stablo erlaubet hat, ut in extenuationem debitorum, bonorumque impigneratorum tuitionem, contributionem ſive ſubſidium caritativum exigere a ſuis ſubditis poſſet. Noch Anno 1653. äuſſerte Churſachſen in einem Schreiben an Churbrandenburg beim ſel. Geheimen Juſtizrath von Meiern *Act. Comit. P. I. p.* 778., daß man dem Kaiſer die begehrte Geldbewilligung nicht verſagen müſſe, damit die Reichsſtände folgendes von ihren Landſtänden und Unterthanen gleichfalls ihre geſuchte Beihülfe zur Erhaltung ihres Staats deſto eher erlangen mögten. Die Kaiſere haben ſo wenig die mittelbare, als unmittelbare Glieder des Reichs willkührlich, ſondern nur alsdenn mit Steuern belegen dürfen, wenn es die gemeine Wohlfart erforderte. Ob aber ein ſolcher Fall fürhanden, mithin Landſteuern aufzubringen wären, und wiefern die Reichsſtände das Recht, dieſe beizutreiben, hergebracht, darüber ſtunde ihnen die Erkenntniß zu.

§. XI.

Die Hußiten und Türkenkriege haben die Steuren vermehret, und nachdem der Miles

Der gelehrte Herr Koehler merket in ſeiner Reichshiſtorie p. 345. ſehr wohl an, wie der Hußitenkrieg veranlaſſet hat, daß in Teutſchland das Kriegesweſen ordentlicher eingerichtet, und anſtatt der alten Heersfolgen Regimenter beſoldeter Soldaten aufgerichtet, zu deren Unterhalt aber von den Ständen eine Vermögenſteur, welche man den gemeinen Pfenning nannte, verwilliget worden. Es ſchreibet Windeck in der *Hiſtoria Imperatoris Sigismundi*

perpetuus aufkommen, ſind ſie zu einer unaufhörlichen Laſt worden.

mundi beim MENCKEN *Rer. Germ. Tom. I. p.* 1154.: „Alſo wart das verrichtet zwiſchen den Fürſten allen, und da wart übertragen, daß man ſolte „ziehen auf die Huſſen, darumb die Herren eins worden, daß man den huardersten Pfennig nehmen, und davon verſolden, das wolten die Stätte nit, wenn „wäre das für ſich gangen, ſo weren die Herren ynnen worn der Stette Macht, das „befunden die Stette gar wol und wolten das mit tun, und p. 1258: Item zu Rat zu „werden von des Huſſengeltes wegen, daß denne angeſlagen iſt, daß man dorzu Lewte „ordene mit der Wiſſen ſolich Gelt ausgegeben werden.“ Umſtändliche Nachricht hievon findet ſich beim DATT *de Pace publica c.* 23. 24. 28. Inſonderheit ſind von den Geiſtlichen dergleichen Schatzungen verwilliget, und ſchreibet PALTRAMVS *in Chron. Auſt.* beim PEZ *Rer. Auſtr. Tom. I. p.* 734.: Anno 1426. impoſita eſt una Stewra ſuper omnes Praelatos & plebanos & Capellanos, *ita* quod oportebat eos dare medios fructus & aliquid plus; & hoc dederunt Duci pro defenſione terrae propter Huſſitas. Nicht nur die Kriegesverfaſſung wider die Hußiten, ſondern auch ihre Brandſchatzungen gaben zu neuen Steuren Anlaß, wovon HOFMANN *Annal. Bamberg. p.* 233. folgendes Exempel mittheilet: Quod cum Fridericus Marchio Brandenburgenſis comperiret, res Babebergenſium defendendas ſuſcepit, & pactis induciis ad Huſſitas in caſtra profectus eſt, & pro ſua prudentia effecit, ut acceptis duodecim florenorum millibus ab agrorum vaſtatione ceſſarent, & urbem ab imminentis obſidionis periculo liberarent. Hujus autem ſolvendae ſumma fuit haec inſtituta ratio. Cives in urbe tria millia florenorum darent; Clerus vero millia quatuor cum quingentis; & totidem populus in agro nullum ab hoſte detrimentum paſſus ſolveret. Horum omnium Fridericus Marchio Brandeburgenſis interpoſito ſacramento fidejuſſit, & Fridericus Epiſcopus ad reliqua damna ab Huſſicis accepta reſtituenda varias exactiones, ab eorum nomine Huſſiticas vocatas, caeteris ditionis ſuae civibus impoſuit. Nachdem die Türken durch der Stadt Conſtantinopel Eroberung dem Griechiſchen Kaiſerthum ein Ende gemachet hatten, und das Königreich Ungarn gleichfalls zu bezwingen trachteten, mithin Teutſchland dadurch in große Gefahr geriethe, ſo wurden, um dieſem mächtigen Feind Widerſtand zu thun, auf den Reichstagen öfters Türkenſteuren verwilliget und ausgeſchrieben, welche billig zu keinem andern Behuf als zum gemeinen Beſten angewendet werden ſollen, und heiſſet es in Herzog Georgs von Sachſen Teſtament d. 1539. in LVNIGS Reichsarchiv *Part. Spec. Contin.* 2. unter Sachſen *p.* 272.: „Nachdem unſer „Ritterſchaft und Städte eine merkliche Anzahl Geldes von der Türkenſteuer „bey uns in unſer Cammer liegen hat ꝛc. ſo iſt unſer Begehr, die von der „Landſchaft wollen dahin verordnen, damit ihnen das nicht entwandt, ſondern

„nur

„nur zur Nothurft des Landes gebrauchet werde.“ Es lehret Datt *de Pace publica Lib.* 3. *c.* 7. *n.* 5. wie die Reichsſtände anfangs nicht wollen geſchehen laſſen, daß man die Anſchläge auf Geld ſetze. Sowohl die Landes⸗ als Reichs⸗ſteuren ſind aber häufiger worden, nachdem die geänderte Art zu kriegen den ungeübten Stadt⸗ und Landmann zur Vertheidigung des Landes faſt unnütz ge⸗machet, und die Anzahl der Soldaten vermehret werden müſſen. Ich habe ſolches in meiner *Comment. de jure villic. c.* 6., denen *Obſervationibus juris & hiſt. germ. Obſ.* 3., und im erſten Theil dieſer Nebenſtunden p. 188. 200. an⸗gemerket, auch gezeiget, wie anfangs Fürſten und Herren den Unterhalt ſo vie⸗ler Kriegesleute ihren Unterthanen nicht anmuthen dürfen, dadurch aber in groſſe Schuldenlaſt gerathen, und die Landſchaften zu bewegen ſuchen müſſen, ſie davon zu befreyen. In dem Bedenken wider den gemeinen Pfennig d. 1544. in Herren Buders Sammlung *p.* 387. 388., wird der ſchlechte Zuſtand, worin die Teutſchen Fürſten dadurch geſetzet worden, folgender Geſtalt zu er⸗kennen gegeben: „Man weiß, daß wenig Chur⸗ und Fürſten im Reich ſeyn, „ſonderlich vom weltlichen Stande, die nicht mit viel und groſſen Schulden be⸗„laden, auch dermaſſen, daß ſie ihr Fürſtlich Weſen nit wohl länger erhalten „können. Sie müſten furt und furt weiter borgen, oder Hülfe und Troſt von „ihren Unterthanen haben und ſich mit der Unterthanen Hülf und Steur fri⸗„ſten, und iſt bereit an mit vielen dahin kommen, daß ihre Unterthanen ſo „hoch angegriffen, daß ſie ohne merglichen Schaden und ihren Verderben nicht „mehr wohl können oder mügen geben, wie derſelbigen Exempel viel anzuzei⸗„gen. So ſind ihr auch viel die ihre Schuldiger nimmer bezahlen mügen, ihre „Fürſtliche Briefe und Siegel, Ehr und Treu nit erhalten können, müſſen daher „dulden und leiden, daß ſie ſchmehelichen an ihren Ehren und Würden ange⸗„griffen, und ihre Bürgen ſo ſie haben, zum heftigſten eingemahnet, und im⸗„mer einen Schaden uf den andern leiden müſſen. Solten ſie dann etwas fri⸗„ſten, und die Gläubiger bey Willen erhalten, und daß ſie und ihre Bürgen „ungemahnet bleiben: ſo müſſen ſie ſich mit den Gläubigern, die des mehrern „Theils Wucherer ſeyn, nach allen ihren Willen vertragen. Haben ſie vor⸗„mahls Sechs oder Sieben vom Hundert geben, muſten ſie hernach Zehen oder „Sechzehen reichen. Haben ſie vormahl Funfzig Gulden einem zum Dienſtgeld „geben, ſo müſſen ſie darnach Hundert und mehr entrichten. Solt nun ſolchen „Fürſten der gemeine Pfenning ufgeleget werden, und würde ihnen dazu durch „die Türkenhülfe abgeſchnitten, daß ſie von ihren Unterthanen auch keine Hülfe „würden haben mügen. Dann den Unterthanen will unmüglich ſeyn, neben der „Türkenhülf wohl ein ander Hülf zu tragen;“ und es beſtärken Herr von

Beehr *Rer. Mecl. p.* 761. 764. 774. 780. 1009. auch Herr Schwartz in der Pommerſchen Lehnshiſtorie *p.* 417. 772. 773. 779. 835. 888. 983. meine Gedanken von der Sache. Der zu Tilgung ſolcher Schuldenlaſt verwilligten Steuren hätte man ſich endlich mit der Zeit wohl entlediget. Aber durch den dreißigjährigen Teutſchen Krieg ſind ſie zu Bürden worden, wovon keine Befreyung zu hoffen. Dieſer Krieg brachte verſchiedenen Teutſchen Fürſten den Degen in die Hände, welchen ſie darin zu behalten, nöthig und nüzlich zu ſeyn erachten. Wenn mein Nachbar bewafnet iſt, ſo zwinget er mich auf eine gleiche Verfaſſung zu gedenken. Solcher Geſtalt iſt faſt in ganz Teutſchland der Miles perpetuus aufkommen, die Unterthanen ſehen ſich genöthiget ihn zu erhalten, und dasjenige tritt in die Erfüllung, was der Schwediſche Rath Erskein beim Meiern *in Actis Pacis execut. P. II. p.* 140. vorhergeſaget hat, daß nemlich die in damaligen Kriegeszeiten eingeführte Contributiones die Stände continuiren, und diejenige Räthe am liebſten ſeyn würden, die dazu riethen. Ueberall in Teutſchland träget man noch heutiges Tages die zu ſolchen Kriegeszeiten den Unterthanen aufgelegte Laſt. Sie iſt aber an einem Ort nicht ſo beſchwerlich, als am andern.

§. XII.

Davon iſt der Adel in den mehreſten Ländern befreiet.

Von denen Steuren war der Adel gemeiniglich befreiet. Anno 1266. ſchrieb beim Herrn von Gudenus *in Cod. Diplom. p.* 716. Erzbiſchof Werner von Mainz: Milites eciam & quilibet de genere militari manentes in caſtris, opidis ſive villis noſtris debent eſſe liberi - - penitus ab exactionibus quibuscunque, & dimittentur in omni ſuo honore, ſicut temporibus progenitorum tuorum fuerunt. Der Flandriſche Adel verweigerte Anno 1314. Steuern zu entrichten, wie Zantfliet *in Chron.* beim Martene *in Collect. veterum Script. Tom V. p.* 167. folgender Geſtalt erzehlet: Philippus formoſus Francorum Rex, cum in guerris Flandriae, exhauſto aerario, inſtinctu Procuratoris ſui Engerani quintum denarium annuorum redituum a ſuis militaribus exigeret, & a civibus quintam partem omnium facultatum ſuarum pro neceſſitatibus regni poſtularet, coeperunt nobiles terrae ſuper his graviter murmurare, & confoederatione multorum Principum contra Regem inita, facere poſtulata recuſarent. Eben alſo ergienge es in Oeſterreich, und lieſet man in Stephani de Spauberg Abbatis Mellicenſis epiſtola ad Ioannem de Weilheim ſcripta beim Pez *in Theſaur. Anecdot. Tom. VI. P. III. p.* 286.: Steterunt ſimul Barones, milites & militares (Auſtriae) pro ſe nihil volentes contribuere, ſed ad hoc, ut ſui coloni contribuerent, conſenſerunt. Cum quibus conſenſerunt Praelati quoad ſuos colonos, & ſe nihilominus ad aliqua offerentes. Civitatenſes vero obtulerunt ſe ad dandum ſo-

lum

jum de bonis immobilibus, de mobilibus nihil; von Utrecht meldet Matthaei *ad vetus jus Tranſiſalanicum in Annal. Tom. III. p.* 776.: Cenſu praediis imperato, cum praeeſſet dioeceſi Fredericus Marchio de Baden exemti nobiles, ſed non paſſim. Exemti quorum certa & indubitata nobilitas. Qui praedium habebant nobile, & non ſimpliciter tantum nobile, ſed ponte & foſſa munitum, & cui intra ambitum, ut rem poſtea interpretati, villa ruſtico deſtinata; und von dem Fränkiſchen Adel Wideman *in Chron. Curiae* beim Mencken *Rer. Germ. Tom. III. p.* 724.: Hoc anno (1495.) Imperator Maximilianus magna Comitia Vormatiae inde a Dominica Palmarum usque ad Iacobi celebravit, ubi inter alia de expeditione contra Turcas ſuſcipienda egit, & toti Germaniae tributum generale impoſuit. Sed nobiles Franconiae, qui Sveinfurti die Martis poſt Luciae & nobiles Voitlandiae, qui anno ſequenti Culmbaci die Mercurii poſt Oculi conventus habebant, itemque alii nobiles aliis in locis magno & unanimi conſenſu tributum negarunt, dicentes, ſe liberos eſſe homines (freie Franken), qui Romanum Imperium non argento, ſed virtute & ſanguine ſuo contra Turcam eſſent adjuturi. Se enim experiendo didiciſſe, Pontifices Romanos jam ſaepius expeditiones in Turcas paraſſe, magnasque pecuniarum ſummas a Germanis collegiſſe non in Turcici belli praeſidium, ſed in ſuperbiae luxuriaequae ſuae emolumentum. Und daſelbſt p. 725.: Anno 1496. die vincula Petri d. 1. Aug. nobiles Franconici alium conventum Sveinfurti habuere, propter tributum Turcicum a Maximiliano iterato poſtulatum. Sed acta ſuperioris conventus ibi confirmarunt, & ſemetipſos militiam ſubituros profeſſi ſunt. Re autem vera haec per ſpeciem & ſimulationem facta ſunt. Nam decem millia eorum conſpiraverant, ut binos equites adducerent, praeter Principes, qui ad eorum ſocietatem ſe adjunxerant. Cum tanta multitudine, credo, non contra Turcas, ſed Caeſarem pugnaturi erant, ſi tributi cauſa vis afferretur. Quae incommoda Deus clementiſſime avertat. Dieſe Weigerung erweiſet mit vielen Zeugnißen Datt *de Pace publica lib.* 3. *c.* 6. *num.* 4. Von dem Meklenburgiſchen Adel ſchreibet Beehr *Rer. Mecl. p.* 606.: Immunis fuit ordo equeſter ab omnibus tributis, his tamen tunc temporis caſibus exceptis, ſi legitimum Principem uxorem ducere, vel militare cingulum ſumere contigiſſet. Tunc enim eorum agreſtes coloni tributum pendere conſueverant. Proteſtamur, inquit Nicolaus VII. Princeps Herulus in diplomate d. Anno 1285., noſtros vaſallos & eorum heredes ab omni exactione petitionis fore perpetualiter liberos & exemtos; tali autem conditione ex eorum conſenſu proprio interpoſita, ſi Divina favente gratia nos aut noſtros heredes inpoſterum contigerit matrimonium contrahere, ſive militarem arripere dignitatem, & ſi feſta haec per nos vel noſtros heredes fuerint celebrata, tunc vaſalli noſtri de quolibet manſo,

cultura tamen eorum excepta, duos ſolidos nobis dabunt. Si vero filiarum noſtrarum aliqua deſponſata fuerit, de manſo quolibet nobis quatuor ſolidos erogabunt. In dem Anhältiſchen Landtagsabſchied *d.* 1652. beim Lunig in des Reichsarchivs anderer Continuation dritter Fortſetzung *p.* 356. iſt folgendes enthalten: „Die Ritterſchaft für ſich ſelbſt hat hierbey auf ihre Immunität, „Freyheit und Gerechtigkeit, auch die Gewohnheit in den benachbarten Chur- „und Fürſtenthümern ſich berufen, und ſeynd wir von uns und wegen F. F. „L. L. gemeinet, verſprechen auch hiemit, daß ſie dabey in Gnaden geſchützet „werden ſollen. Jedoch verſehen und getröſten wir uns zu derſelben hiemit gnä- „dig, ſie werden in ſolchen Fällen als Reichs- Creis- und Türkenhülfe, und „wenn ein Fürſt zu Anhalt in Kriegsläuften für die Wohlfahrt des Teutſchen „Reichs und unſer allgemeines Vaterland gefangen werde, denen in Obſervanz „gediehenen Satzungen und Lehnrechten ſich gemäß auch chriſtmildentlich bezei- „gen;“ und in dem Vertrag zwiſchen Churfürſt Gerhard zu Mainz und der Stadt Erfurt beim Falckenstein *in Hiſt. Erfurt. p.* 133. lautet es alſo: „Pfaffen und Ritter und Ritterskinder und begebene Leute, die ſollen nicht zol- „len, es ſey denn, daß ſie kaufen ihren Geſinde an ihren verdienten Lohn Ge- „wandt oder fremden Leuten etwas, davon ſollen ſie dann zollen.“ Selbſt Fürſten und Herren ſuchten dem Adel die uralte Freiheit beizubehalten, aus Furcht, es mögten auch ihre Cammergüter mit Steuren beleget werden, und heißet es in dem Bedenken wider den gemeinen Pfennig d. 1444. beim Herrn Buder in der Sammlung *p.* 386.: „Welchs das ganz Verderben und Unter- „gang alles Fürſtlichen Geſchlechts und Häuſer ſeyn wollte, welche alle mit „ſamt allen Grafen und Adel müßten zu Drümmern gehen, und würden ſich „letztlichen in die Städte geben, zu den Kaufleuten gefreunden, und, wann ſie „von ihnen ausgewuchert, ihrer Gnade leben müſſen, und ſo die Chur- und „Fürſten in ſolche Beſchwehrung geführet, mögten darnach liederlichen allen „Herrlichkeit und Freyheit des Reichs gänzlichen fallen, und ganz in eine Mo- „narchey gerathen, auch daß die Chur- und Fürſten, auch Grafen und Adel „unter den Städten und Bauren ſitzen würden, wie jezo die Herren und Adel „unter den Schweitzern ſeyn und bleiben müſſen.“ Zwar bemerket Herr Schwartz in der Pommeriſchen Lehnshiſtorie *p.* 220. 350., daß in Pommern die Beede von Adelichen Gütern entrichtet worden. Wenn aber gleich einige Lehnleute ihre Lehnhufen durch beſondere Verträge mit jährlichen Abgiften beſchweret haben, oder ſelbige vielleicht damit beſchweret worden, ehe ſie ein ritterlicher Mann zu Lehn erhalten, ſo folget jedoch daher keinesweges, daß die ritterliche Güter gemeiniglich ſteuerbar ſind.

§. XIII.

§. XIII.

Von dem Urſprung der adelichen Steuerfreiheit heget man nicht einer-ley Gedanken. Ich halte mit Herrn KOEHLER *in Diſſ. de origine & incrementis jurium & privilegiorum Nobilitatis Meclenburgicae p. 29. ſeq.* dafür, daß ſie nicht auf den Lehndienſt, ſondern vielmehr auf die alte teutſche Freiheit, und die neuere ſelbige beſtättigende Verträge gegründet iſt, weil man nemlich, wie die heutige Steuren als eine neue Laſt übernommen worden, dem Adel ſeine von Alters hergebrachte Freiheit bedungen hat. Herr Hofrath JARGOW wendet in den Anmerkungen über STRVVII Diſcurs von Landſtänden *p. 297. ſeq.* dawider ein, daß 1) die Ingenui ſchon zu der Zeit, wie ſie noch jure allodiali ihre Güter beſeſſen, nichts deſtoweniger Servitia militaria von wegen ſolcher Güter leiſten mußten; auch 2) das der Lehnbarkeit anklebende onus ad praeſtanda ſervitia militaria nicht in Zweifel gezogen werden könne, und 3) die Unterthanen ſowohl in den Fürſtlichen, als Clöſterlichen und Adelichen Dörfern ad extructionem urbium ac pontium, & ad expeditionem verbunden, mithin dieſe ein auf den Hufen haftendes Onus reale geweſen. Deſſen Urſach.

Es iſt aber 1) von der Schuldigkeit zur Vertheidigung des Vaterlandes Kriegesdienſte zu leiſten, auf die Pflicht, unſere heutige Steuren zu entrichten, kein Schluß zu machen, wie ich *in Comment. de jure villic. c. 6. §. 7.* bereits angemerket habe. Man konnte den Adel nicht nöthigen, an ſeiner ſtatt geworbene Soldaten zu ſtellen, und ſelbige zu unterhalten, bevorab wenn die Kriege auf des Landes Beſte nicht abzwekten. Um ihn zu bewegen, ſeine Hinterſaßen mit Schatzungen belegen zu laſſen, wurden die Gründe, welche er ſelbſt unter dem Pfluge hatte, und gebrauchte, bey der hergebrachten Steuerfreiheit gelaſſen, und ſolche durch Verträge beſtätiget.

Ein Lehnmann iſt 2) gleichfalls nur ſchuldig Kriegesdienſte zu leiſten, nicht aber ſie, und zwar jährlich, mit Gelde zu bezahlen. Auch jene kann der Lehnsherr nur in einem gerechten Kriege fordern, welcher heutiges Tages in Teutſchland ſelten geführet wird, wie ich im erſten Theil dieſer Nebenſtunden *p.* 169. 196. gezeiget habe. Um den darüber beſorgenden Streit zu vermeiden, iſt mit der Ritterſchaft ein gütlicher Vergleich getroffen, ihr wegen der Ritterhufen die alte Freiheit beſtätiget, und hingegen von derſelben darin gewilliget, daß alle und jede Unterthanen Steuren aufbringen mögten, welche damals ungewöhnlich waren; und die nicht nur den Bauren, ſondern auch ſeinen Gutsherren zur Laſt gereichen, weil er dadurch behindert wird, den Hinterſaſſen- und Meyerleuten die Abgiften zu ſteigern, welches ihm in den mehreſten Landen ehemals erlaubet geweſen. Es thut dawider nichts,

daß, wie Herr Mettingh *de ſtatu militiae Germanorum* p. 663. einwirfet, der Adel ſeine praeſtationes frumentarias ſine ullo onere genießet. Denn er würde weit ein mehres genießen, wenn die Bauren nicht ſo ſchwere Schatzungen aufbringen müßten. Sind auch an manchem Ort ſelbſt dieſe Praeſtationes frumentariae beläſtiget, wie aus meinen *Obſervationibus Iuris & Hiſt. Germ.* p. 109. 118. 135. erhellet. Ich beziehe mich übrigens auf dasjenige, was ich in beſagten *Obſervationibus* p. 147. hievon geſagt habe.

3) Müſſen die Adelichen Bauren noch heutiges Tages Burgveſten und Landfolgen thun. Dieſes aber beſtehet mit der Steuerfreiheit des Adels eben ſo wohl, als daß ſelbige die mehreſten andern gemeinen Laſten nebſt denen übrigen Unterthanen tragen.

§. XIV.

Die Adeliche Hinterſaſſen genieſen heutiges Tages ſolcher Freiheit ſelten, wie ſie jedoch ehemals thaten.

Man hat zwar in den alten Verträgen auch vielfältig den Zinßleuten und Hinterſaſſen der freyen Stände die Freiheit bedungen, und iſt ſolches von Meklenburg bereits im §. XII. angemerket. Bey Herrn Baring in der Beſchreibung der Lauenſteiniſchen Saale im Anhang p. 12. reverſiren ſich die edle Herren von Homborg ſehr merkwürdig alſo: „Wy Herr Hinric und „Herr Ghevers Edelen Herren to Homborch bekennen openbar in desſeme Breve „vor uns und unſe Erven alſe umme Tziſe und Beyde, de unſe ghetruwen „Mann, Ernſt, Dyderck unde Hinric Bröder ghebeten Haken, *Knapen*, heb„bet over overghegheden eyne Schattinghe, de over unſe Lüde is gheghan van „unſers Gehebodes weghen, unde over desſer vorbenömpten Haken Lüde is „gheghan von unſer Bede weghene, und nicht vom Rechte noch von Gebode, „unde to Wederlöſinghe unſer Slote des wi vom Rechte an ön noch an ören „Eyghenen eder vrigen Lüden nicht en hebbet to ghebedende: Des wille wie und „unſe Erven, dat de vorbenampte Tziſen und Schattinge an Bede, noch an Ghebeyde von uns eder van unſen Erven nümmermer gheſchynen ſchall, neyner Hande wys, alſe dat düſſe vorbenömpte Haken, und örer Erven eygenen oder vorplichtegheden Lüden, der de ſe vorbidden eder vor deghedingeden van Er„ven eder van Pflicht van Rechtes wegen nümmer over ön gan neynerley Wis.“ Herzog Bernhard und Herzog Henrich zu Braunſchweig und Lüneburg verſicherten Anno 1407. beim Hofmann in der Sammlung *P. I. p.* 252. den Rath und die Bürger zu Uelzen „nene Schatting over ere meigere to ſetten; „und daß ſolches in Meiſſen Anno 1215. geſchahe, daraus entſtunde großes „Unheil. Quidam miniſteriales, lieſet man in den *Chron. Pegav.* beim Mencken *Rer. Germ. Tom. III. p.* 156., quorum ruſtici per Advocatos & Bedellos precariis & exactionibus gravabantur, contra Marchionem conſpirantes ipſum interficere

licere diſponebant. Im Herzogthum Bremen hält man noch dafür, daß der Meyer nicht von der ſeinem Gutsherrn zuſtehenden Ländereÿ, ſondern von ſeiner Habſeligkeit collectiret werde. Die Teutſchen ſahen bey Eintreibung der Steuren mehr auf die Umſtände der Perſonen, als ihre Güther, wie Herr Reichshofrath von SENCKENBERG *in Select. jur. & hiſtor. Tom. VI praef. p.* 67. lehret. An den mehreſten Orten ſind jedoch, um der Ritterhufen Freiheit beizubehalten der Adelichen Bauren Güter ſteurbar gemacht. Es heiſſet in Pfalzgraf Friederichs Petern von Weſternach Anno 1510. ertheiltem Privilegio beim LUNIG in des Reichsarchivs *Part. Spec. Cont.* 3. die freye Reichsritterſchaft betreffend *p.* 276.: „Doch haben wir ihnen hierin die ſondere Gnade gethan und bewieſen, „wann wir ꝛ ꝛ Landſteur anlegen würden, daß ſie zu jederzeit für die Steur „der armen Leute nicht mehr den 20 fl. Rheiniſch zu geben ſchuldig; und ich habe dem §. XII. eine Stelle aus des PEZ *Anecdotis* einverleibet, welche lehret, Barones, milites, & militares Auſtriae pro ſe nihil voluiſſe contribuere, ſed ad hoc, ut ſui coloni contribuerent, conſenſiſſe.

§. XV.

In Nothfällen hat jedoch auch der Adel ſelbſt keine Steuren verweigert. Es berichtet WINDECK *in Hiſtor. Imp. Sigismundi* beim MENCKEN *Rer. Germ. Tom. I. p.* 1201. „daß zum Behuf des Hußitenkrieges ein Greffe geben Fünf „und Zwanzig Güldein, ein frey 15 Güldein, ein Ritter 5 Güldein, ein Edelknecht 3 Güldein.“ In dem Bedenken wider den gemeinen Pfennig d. 1544. bey Herrn BUDER in der Sammlung *p.* 422. heiſſet es: „Die von der Ritterſchaft hätten gleich den übrigen Ständen nicht allein ihre Unterthanen, ſondern auch ihre Tiſcheinkommen anzulegen gewilliget, aber alſo und mit dieſer „Beſcheidenheit, daß ſie von gemeldeten Churfürſten und Fürſten (wie denn „Kaiſerliche und Königliche Majeſtat gegen gleichen Ständen in Gleichniß „auch gethan) Briefliche Verſicherungen gefordert, die ihnen auch wie billig gegeben worden, damit gemeldete Grafen, Herren und die von Adel hinfort „damit mögten verſchonet, auch die zuſammen gebrachte Anlage in keine andere „Wege gebrauchet werden, dann zu Leiſtung der Reichsanſchläge und zu Schutz „der Lande;“ und in der Grimmiſchen Abrede zwiſchen Churfürſt Johann Friedrich und Herzog Moritz zu Sachſen d. 1545. beim LUNIG in des Reichsarchivs *Part. Spec. Cont.* 2. unter Sachſen *p.* 283.: „Wenn alle andere Stände „unter ihrer Chur- und Fürſtl. Gnaden von ihren Tiſchgütern die Steuer nehmen, ſo ſolte bey den Biſchöffen, Grafen, Herren, Prälaten und Prälatinnen von ihren Tiſchgütern und Unterthanen die Steur auch geſuchet werden, „ohnerachtet von weme die zu Lehn gehen.“ Wie der Anhaltiſchen Land-

Im Nothfall hat auch der Adel Steuren entrichtet.

tagsabſchied *d.* 1652. des Adels Steurfreiheit einſchränket, habe ich im §. XII. gezeiget. Annoch heutiges Tages iſt von den Reichs- und Creisſteuren niemand befreyet, und hat Anno 1736., beſage Mosers alter und neuer Reichshofraths-*Concluſorum P. I. p.* 22., der Kaiſerliche Reichshofrath in Sachen der Landſtände des Stifts Baſel wider den Biſchof erkannt: „Quoad „exemtionem des Adels, ſo ſoll ſelbiger *in conformitate decreti de* 1697. jedes„mal ſeinen ſchuldigen Contributionsantheil zu den Reichs- oder andern extra„ordinair Anlagen entrichten, hingegen von den Ordinarſteuren dem alten Herkommen nach exemt ſeyn.“ Ich habe jedoch in meinen *Obſervationibus Juris & Hiſt. Germ. p.* 174. bereits angemerkt, daß an den mehreſten Orten auch die Reichs- und Creisſteuren nicht mit aus des Adels Beuteln, ſondern nur von deſſen Zinß- und Meyerleuten abgetragen werden.

Zehnte Abhandlung,

Von Landſtänden.

§. I.

In den älteſten Zeiten wurde die Gewalt der Teutſchen Könige und des hohen Adels durch die Gerechtſame des Volks ſehr gemäßiget.

Es iſt bisher von jedermann dafür gehalten, daß die Teutſchen zu Taciti Zeiten in großer Freiheit gelebet, und weder denen Königen, welche einige Völker regierten, noch dem Adel eine ohnumſchränkte Gewalt beigeleget haben, ſondern daß die Herrſchaft der Obern durch die Gerechtſame des Volks und den großen Theil, welchen ſelbiges am Regiment hatte, ſehr eingeſchränket worden. Ganz andere Gedanken heget aber Herr Mettingh in ſeinem *Statu militiae Germanorum principalis & acceſſoriae veteris & medii aevi.* Er leitet die Vorzüge und denen Königlichen ſehr nahekommende Befugniſſe des hohen Adels, nemlich des jetzigen Fürſten- und Herrenſtandes, von den älteſten Zeiten her, und hält dafür, daß nicht nur damals die höchſte Gewalt über ganze Völker in deſſen Händen geweſen, ſondern daß auch ein jeder Edelmann ſeine eigene Güter mit eben dem Recht beſeſſen, deſſen ein jeder im Stande der natürlichen Freiheit genieſet. Denn alſo verſtehe ich ihn, wenn er p. 34. 35. ſchreibet: Unde & his (Nobilibus) cum judiciis pagorum nihil fuit commune, ſed potius ſuas terras eodem jure, quo in ſtatu naturali, tenuerunt, ſiquidem hujus

hujus reſtrictionem nexus & ſubjectio reipublicae non deſideraverat, Neque ſinguli nobiles aliam, quam imperantium perſonam geſſerunt. Er thut in den *Notis* hinzu: Penes ordinem nobilium conſiſtit ſumma rerum, & ab eo ingenui jure dependenti, cum quotannis alio tranſire cogerentur, portiones ſuas acceperunt. Ex adverſo autem quae ex terris ordini nobilium remanentibus inter ſingula hujus ordinis membra diviſa ſunt, illa neceſſario, utpote inter ſingulos aequales jure aequali, quo quisque in ſtatu naturali utitur, diviſa fuerunt: Nec enim inter ſingulos Principes ſive Nobiles ulla erat relatio, nec ipſi a ſeſe invicem dependerunt. Der Beweiß dieſer Lehre wird daher genommen, daß der Ordo Nobilium einem jeden freyen Mann oder Militi die Aecker, welche er bauen ſollen, angewieſen, das übrigbleibende aber unter ſich vertheilet, oder auch wohl gemeinſchaftlich beſeſſen habe, und dieſes ſoll aus folgenden Worten des CAESARIS *de Bello Gallico Lib.* 6. *c.* 22. erhellen: Agriculturae (Germani) non ſtudent, majorque pars victus eorum lacte & caſeo & carne conſiſtit: Neque quisquam agri modum certum aut fines proprios habet, ſed *magiſtratus ac Principes* in annos ſingulos gentibus cognationibusque hominum, qui una coierunt, quantum eis, & quo loco viſum eſt, attribuunt agri, atque anno poſt alio tranſire cogunt.

§. II.

Es geſchiehet aber daſelbſt 1) keines Collegii Nobilium die mindeſte Meldung, ſondern wird vielmehr geſaget, daß die Aecker von den Magiſtratibus & Principibus vertheilet ſind. Herr Mettingh räumet ein, daß durch den Magiſtrat der Ordo Nobilium nicht angedeutet werde. Er vermeint aber p. 23. 24. das hinbey gefügte Wort Principes zeige ihn an, und dieſes ſoll uns CAESAR *d. l. Lib. I. c.* 31. lehren, wann er ſchreibet: Cum his (Sequanis) Aeduos eorumque clientes ſemel atque iterum armis contendiſſe, magnam calamitatem pulſos accepiſſe, omnem Nobilitatem, omnem Senatum, omnem Equitatum amiſiſſe. Hier findet ſich aber das Wort Princeps gar nicht, und wenn es ſeine Richtigkeit hat, was Herr Mettingh voraus ſetzet, relationem ſc. hanc diverſam in una eademque perſona ſubſiſtere, mithin daß die ganze Reuterey aus dem Adel beſtanden, ſo muß er überaus zahlreich geweſen ſeyn, folglich iſt nicht bloß der Herrenſtand, ſondern auch die Ritterſchaft von demſelben herzuleiten: Ueberdem redet Cäſar von den Galliern, und wenn Tacitus die Wahrheit ſchreibet, ſo ſind entweder bey den Teutſchen die Gerechtſame des Volks wichtiger geweſen, oder, wie THOMASIUS *de Hominibus propriis* §. 63. mit vieler Wahrſcheinlichkeit dafür hält, der Gallier Equites eben diejenige, welche Tacitus ingenuos nennet. Denn dieſen legt er die Gewalt bey, womit nach des Cäſars

Durch Principes wird der Ordo Nobilium nicht verſtanden.

Bericht die Equites verſehen waren, und man kan von den freyen Leuten keinesweges ſagen, was Cäſar von dem plebe Gallica meldet, eam paene ſervorum habitam loco, per ſe nihil auſam & nulli adhibitam conſilio. Nicht triftiger iſt der aus folgenden Worten des CAESARIS *d. l. Lib.* 4. *c.* 11. genommene Beweiß: Cum id non impetraſſent, petebant, uti ad eos equites, qui agmen anteceſſiſſent, praemitteret, eosque pugna prohiberet, ſibique uti poteſtatem faceret, in Ubios lagatos mittendi, quorum ſi *Principes ac Senatus* ſibi jurejurando fidem feciſſent, ea conditione, quae a Caeſare ferretur, ſe uſuros oſtendebant. Denn warum ſollen doch die Worte Principes ac Senatus einerley Bedeutung haben, da die Copula gemeiniglich zwiſchen Dingen, ſo von einander unterſchieden ſind, geſetzet wird, und wenn ſolches nicht allhier geſchehen, Caeſar ohne Noth eine Sache zweimal geſaget hätte? Müßte man gleich zugeben, daß alle Principes adelicher Herkunft geweſen (wie ich nicht dafür halte), ſo bliebe es dennoch ganz unerwieſen, daß alle Membra Senatus Principes geweſen. Wenn ſchon ferner, beſage der von Herrn METTINGH *p.* 18. angeführten Stellen, aus dem CAESARE *d. l. Lib.* 5. *c.* 3. 6. denen Principibus daran gelegen war, ne omnis nobilitas diſcederet, vel Gallia omni nobilitate ſpoliaretur, ſo folget jedoch daher noch lange nicht, daß alle Nobiles Principes geweſen. Diejenigen wurden alſo genannt, welche entweder als Feldherren oder als Richter dem Volk vorſtunden (a), und zu einer ſolchen Würde gelangten ſie gemeiniglich durch die Wahl (b).

(a) DITMAR ad Tacitum de M. G. *c.* 12. verb. *Principes.* HEINECCIUS Elem. jur. Germ. *Lib. I.* §. 87.

(b) Beim TACITO de M. G. *c.* 12. heiſſet es: Eliguntur in iisdem conciliis & Principes, qui jura per pagos, vicosque reddunt. Und *c.* 13: Inſignis nobilitas, aut magna patrum merita Principis dignationem etiam adoleſcentulis adſignant. Wie kann man dann ſagen, es begreiffe das Wort Principes den ganzen Adel unter ſich?

§. III.

Die von der Obrigkeit geſchehene Austheilung der Aecker erweiſet deren ohnumſchränkte Gewalt keinesweges.

Wäre aber auch die Theilung der Aecker vom Adelſtande geſchehen, ſo erweiſet ſolches (2) keinesweges, daß die höchſte Gewalt bey demſelben geweſen. Es kann unmöglich eine willkührliche Vertheilung anzeigen, wenn Cäſar meldet, daß von den Obern einem jeden angewieſen ſey, quantum eis & quo loco viſum. Denn ſolches iſt mit der Freiheit und Gewalt des Volks nicht zu reimen, welche TACITUS *de M.* G. *c.* 11. alſo beſchreibet: De minoribus rebus Principes conſultant, de majoribus omnes, ita tamen, ut ea quoque, quorum penes plebem arbitrium eſt, apud Principes pertractentur - . Mox Rex vel Princeps,

prout aetas cuique, prout nobilitas, prout decus bellorum, prout facundia eſt, audiuntur autoritate ſuadendi magis, quam jubendi poteſtate. Mir ſind Städte bekannt, in welchen ein democratiſches Regiment eingeführet iſt, und worin dennoch gewiſſe ſolchen Städten zugehörige Wieſen von obrigkeitlichen Perſonen zum Gebrauch der Bürger jährlich vertheilet werden. Dieſe müſſen aber dabey nach Recht und Billigkeit verfahren, welches ſonder Zweifel auch den Magiſtratibus der alten Teutſchen oblage, und ihnen keine ungerechte Theilung gut geheiſſen wurde, die demnach nichts weniger, als eine gänzliche Unterwürfigkeit der freyen Leute darthut, welche die erhaltene Gründe denjenigen nicht zu danken gehabt, die ſie ihnen vermöge ihrer Amtspflichten angewieſen.

§. IV.

Eben wenig ſtehet (3) daraus zu folgern, daß, was das Volk nicht erhalten, der Adel mit eben der Gewalt beſeſſen habe, womit ein Eigenthümer im Stande der natürlichen Freiheit begabet iſt. Cäſar und Tacitus thun mit keinem Wort Meldung, daß ſelbigem mehr Recht an ſeinen Aeckern, als andern Gliedern des gemeinen Weſens mitgetheilet worden. Es iſt auch nicht die mindeſte Urſach fürhanden, warum man ſolches muthmaſſen ſollte. In einer Ariſtocratie ſind die Güter derjenigen, welche das Ruder des Regiments führen, der höchſten Gewalt unterworfen, und die Regenten ſelbſt müſſen für den angeordneten Gerichten gleich andern Unterthanen Recht nehmen. Herr Mettingh ziehet *p.* 34. in keinen Zweifel, daß das Concilium gentis des Adels Richter geweſen. Ob er unter den Gowgerichten geſtanden, iſt allhier zu unterſuchen unnöthig, weil die Befreyung von ſelbigen keine Landeshoheit mit ſich führet, die Herr Mettenigh *p.* 57. den Nobilibus beileget, und ſie alſo von des Taciti Zeiten herleitet. Nach Caesaris Zeugniß *d. l. Lib.* 6. *c.* 22. hat man deswegen nicht geſtatten wollen, daß jemand ein Stück Landes beſtändig nutze, ne latos fines parare ſtudeant, potentioresque humiliores poſſeſſionibus expellant. Wer kann denn glauben, daß dem Adel eine Gewalt eingeräumet iſt, welche mit derjenigen die mindeſte Vergleichung hat, die unſere heutige Fürſten und Herren üben?

Noch auch daß ſie ihre eigene Gründe mit vollkommener Hoheit beſeſſen.

§ V.

Nachdem aus vielen kleinen Teutſchen Völkern wenigere groſſe entſtanden, ſoll, nach Herrn Mettinghs Meinung, faſt eben die Verfaſſung geblieben ſeyn, die derſelbe in den ältern Zeiten zu finden meinet. Er ſchreibet p. 82. 83. 84.: Uti republica ſine capite viſibili exiſtente ſumma rerum penes collegium nobilium fuit, in eo autem ſinguli ſibi aequales, adeoque jure independenti ſuas portiones tenuere, ita & ſub Regibus eadem ipſis in his competierunt jura, quae Regum in

Welches eben wenig von den Franken, Sachſen, und andern groſſen Völ-

fern, ſo aus den vielen kleinern entſtanden, zu erweiſen.

ſua hereditaria portione & domania fuerunt, und von der Ritterſchaft äußert er pag. 73. 74. ſeine Gedanken alſo: Terrarum minor pars a ſuperiori ordine inferiori militum ordini ad ſuſtentationem data fuit, reliqua parte penes ordinem nobilium remanente. Dieſes will damit erwieſen werden, daß bey den Franken und andern Völkern majores nobilium portiones & venatio in ſaltibus ac foreſtis communis geweſen, die Sachen aber nach WITTICHINDI *Annal. Lib. I. p.* 634. Bericht, einen Theil von Thüringen ihren Amicis auxiliariis oder manumiſſis gegeben, und von dieſen die freyen Leute oder ingenui herkommen, da hingegen alle gebohrne Sachſen von beſagtem Hiſtorienſchreiber Nobiles genennet werden. Allein wie folget es doch, weil einigen größere Stücke Landes zugehörten, als den übrigen, E. haben diejenige, welche die kleinere beſeſſen, ſolche von *jenen* empfangen? Wer hat dem hohen Adel ganze Länder gegeben? Es iſt *bekannt*, daß dieſe größtentheils von denen ihren Sitz verändernden Völkern mit dem Degen gewonnen ſind. Wer kann glauben, daß ſie, bloß um ihrer Heerführer Nutzen zu befördern, Leib und Leben gewaget haben? Sind ihnen von dieſen gewiſſe Grundſtücke angewieſen, ſo iſt ſolches nicht als ein Geſchenk, ſondern als ihr Antheil der verdienten Beute zu betrachten. An vielen *Orten* war Teutſchland zu ſelbigen Zeiten noch unbebauet, und deswegen bin ich der Meinung, daß nicht wenige ihre anſehnliche Güter der Vorfahren Fleiß und Sorgfalt danken müſſen, welche durch die im Kriege etwan gemachte *Leibeigene* *große* Waldungen ausroden und beackern laſſen. Die Jagd war auſſer den Forſten ſowohl denen freyen Leuten, als dem hohen Adel erlaubet, und in den Forſten durfte ſie niemand ohne eine beſondere Begnadigung üben. Was die Sachſen anlanget, ſo iſt es von aller Wahrſcheinlichkeit weit entfernet, daß nur die Edelleute Sächſiſchen Herkommens, und alle freye Leute von den Bundesgenoſſen und Freigelaßenen entſproſſen ſind. Solchenfalls müßten die freyen Leute aus Sächſiſchem Geblüt in den Kriegen mit einander umkommen, und der Adel allein übrig blieben ſeyn, oder jene alle die Adeliche Würde erlanget haben, welches ganz unglaublich, und kein Hiſtorienſchreiber meldet.

§. VI.

In den mittlern Zeiten erſchiene das Volk auf Reichstagen.

Auch in dieſen Zeiten äußert ſich die Freiheit des Volks, und es ſind ſolche Beweißthümer derſelben fürhanden, die diejenige weit übertreffen, welche dawider angeführet, und von einer nicht einmal hinlänglich dargethanen, von dem Adel bewerkſtelligten Theilung der Aecker genommen werden. So gar auf den Reichstagen findet man nicht nur Fürſten und Herren, ſondern auch das Volk, mit deſſen Zuziehung die wichtigſten Regimentsgeſchäfte verrichtet wurden. Einige halten zwar dafür, die alten Geſetze und Hiſtorienſchreiber verſtünden

ſtünden dadurch den hohen Adel, weil vielfältig allein dieſer in den Reichsverſammlungen, und ſogar in Placitis generalibus nur Optimates erſchienen. Es läſſet aber Taciti Bericht niemand zweifeln, daß in den älteſten Zeiten nicht bloß der Nobilium, ſondern auch der Ingenuorum Einwilligung zu den wichtigſten Schlüſſen erfordert worden. Daß ſich aber dieſe in folgenden Zeiten ſolche Befugniß nehmen laſſen, iſt nicht zu vermuthen, mithin diejenige Deutung der fürhandenen alten Nachrichten den wenigſten Schwierigkeiten unterworfen, welche keine ſo große Veränderung vorausſetzet, deren die Geſchichte nirgend Meldung thun, und die die Umſtände der Zeiten unglaublich machen, maſſen ſo wenig abzuſehen, woher die Könige und der hohe Adel das Vermögen erlanget, den freien Leuten ihr hergebrachtes Recht zu nehmen, als was dieſe beweget haben ſollte, demſelben gutwillig zu entſagen. Gleichwie übrigens ſchon zu Taciti Zeiten die Vorſteher des Volks ihre beſondere Zuſammenkünfte hielten, ſo iſt auch ſolches im Fränkiſchen Reich geſchehen, und das Volk nicht zu allen Berathſchlagungen gefordert. Die Antwort, welche Clotharius beim AIMOINO *de geſtis Francorum Lib.* 4. *c.* 1. der Brunechildis gabe: Conventum Nobilium debere eam aggregare Francorum, & communi tractatu de communibus conſulere rebus, ſe vero judicio illorum in omnibus pariturum; erweiſet ein mehres nicht, als daß der König die Edelen Franken zu Schiedsrichtern erwählet hat. Vielleicht hat er auch die ſämmtliche Stände des Fränkiſchen Reichs edele genannt, und das Wort im weitläuftigern Verſtande genommen. Erheblicher iſt der Entwurf, daß bisweilen nur Primates und Optimates zu den Placitis generalibus beruffen worden. Es bedeutet aber das Wort Populus nich den gemeinen Pöbel. Gleichwie in Engeland das Haus der Gemeinde, keine gemeine ſchlechte Leute, ſondern diejenige in ſich faſſet, welche die Gemeine oder das Volk vorſtellen, ſo beſtunde auch aus dieſen der Populus, welchen man auf den alten Teutſchen Reichstagen findet. Solche Männer werden, wenn man ſie mit dem größten Hauffen armer und ſchlechter Einwohner des Landes, die ohne alle Würde ſind, vergleichet, gar wohl Optimates genennet, wie HUBERUS *de jure civitatis Lib. I. Sect.* 8. *c.* 1. *n.* 6. 7. angemerket, mithin deutet dies Wort nicht allein den höhern Adel an. Wer kann ſich vorſtellen, daß alle freie Leute in Teutſchland jemals auf einen Reichstag zuſammen kommen? Es würde den Geſchäften die größte Hinderung geben, wenn eines jeden Meinung vernommen werden müßte. Auſſer Zweifel ſind demnach die Völker, welche dieſes weitläuftige Reich ausmachten, durch einige ihres Mittels erſchienen, und dieſe nennete man totum populum.

§. VII.

Die mit dem Degen gewonnene Provinzen und die Königliche Cammergüter genoſſen der Freiheit nicht weniger, als die übrige Länder.

Herr Mettingh machet einen Unterſcheid zwiſchen denen Gerechtſamen der Länder, welche mit dem Degen gewonnen ſind, und denen übrigen Teutſchen Provinzen. Jene ſollen der Königl. Cammer einverleibet, und demnächſt groſſe Herren damit beliehen ſeyn. Deswegen hält er derſelben Einwohner nicht einmal für freie Bürger und Mitglieder des gemeinen Weſens. Er ſchreibet p. 178.: Licet in domanialibus tractibus habitatores ex inferiori civium Germanicorum ordine recepti fuerint - - non tamen ob illa fiſcalia obſequia ingenui eſſe poterant, ſed in forma tributariorum miniſterialiumque infimae ſortis ad agros colendos recepti ſunt. Nom enim aliam formam admittit qualitas domanialis, & incompatibile eſt, aliquem eſſe ſui juris, praediique liberi arbitrum, & ſimul domanio adſcriptum, vel agrum eodem tempore eſſe allodium poſſeſſoris & domanium Regis. Quum autem civis intelligatur homo ſui juris, detentor vero agri domanialis nihil minus, quam ſui juris & liber, ſed res mancipi translationisque capax ſit, huic non aliter, niſi improprie nomen civis competere poteſt, rectius ſubditus vocatur. Und p. 179. Nec conſultum erat reipublicae, habitatores ex inferiori militum ordine in his provinciis limitaneis conſtitui, cum laxus horum erga officiatos nexus, laxataque in iis diſciplina militaris conſervandae provinciae nec ſuffeciſſet, ſed ſtrictiori nexu opus fuerit, qualis praeter nexum miniſterialem tum non occurrit; daher denn auch p. 299. die Gerechtſamen des Holſteiniſchen Adels für neu ausgegeben, und deſſen alte Freiheit in Zweifel gezogen worden.

Es iſt aber 1) unerwieſen, daß man die bezwungene Länder gemeiniglich der Königlichen Cammer einverleibet hat. Von den mehreſten ſind wir des Gegentheils gewiß. Keine ganze Provinzien, ſondern in jeder Provinz gewiſſe Güter wurden zum Unterhalt der Könige ausgeſetzet (a). In allen Teutſchen Landen finden ſich Tributarii homines. Dieſe aber waren Bauern, und man nennet dasjenige vielfältig Tributum, oder auch wohl eine Beede, was ſelbige für den Gebrauch ihrer Aecker entrichteten, wie bereits oben in der Neunten Abhandlung §. 2. dargethan iſt. Manchem Ort mögen auch wohl bey der Bezwingung ſolche Laſten aufgeleget ſeyn. Daß aber, wie Herr Mettingh meinet, Meiſſen und Holſtein, ohne einen Unterſcheid zwiſchen den Einwohnern zu machen, ſolchergeſtalt beſchweret worden, davon iſt mir bisher keine Spur vorgekommen.

Geſetzt 2) es wäre ein ganzes Land dem Könige unmittelbar zugeeignet, und ein Cammergut worden, ſo folget daher nicht, daß niemand etwas eigenes darin beſeſſen, ſondern dieſe Zueignung iſt nur von der unmittelbaren Gerichts-

barkeit,

barkeit, und dem Genuß verſchiedener Gefälle zu verſtehen, welche an andern Orten die mittelbare Obrigkeit empfinge.

Es äußert ſich auch 3) nicht der mindeſte Unterſcheid zwiſchen der an den Grenzen von Teutſchland wohnenden und der übrigen Ritterſchaft. Selbige iſt zu ältern und neuern Zeiten in Meiſſen und Holſtein reich, und auf Landtagen von groſſem Anſehen, nimmer aber ſteurbar geweſen. Diejenige, deren man zur Vertheidigung des Reichs am meiſten bedarf, pflegen am beſten gehalten zu werden, und ſelbige verdienen es um deſto mehr, da ſie öfter als andere Leib und Leben wagen müſſen.

(a) Chronicon Gotwicenſe *p.* 149. GUNDLINGS Diſcours über Cocceji juris publici prudentiam *p.* 335. 348. 354.

§. VIII.

Zu deren Erhaltung truge das im Schwang gehende Fauſtrecht vieles bey.

Ich habe bereits in dieſen Nebenſtunden *P. I. p.* 64. 65. bemerket, daß die Macht der Fürſten und Herren in den mittlern Zeiten ohne Abbruch der Teutſchen Freiheit zugenommen, welche ſo viel leichter erhalten werden können, da das Fauſtrecht im Schwange ginge, und die Unterthanen vielfältig kein Bedenken trugen ihre Obrigkeiten zu befehden. Herr METTINGH wendet zwar *p.* 524. dawider ein, es ſey ihnen Anno 1354. und 1442. verboten, ohne ihrer Herren Genehmhaltung Krieg zu führen. Eben dieſe Verordnungen wären aber 1) unnöthig geweſen, wenn nicht dergleichen Kriege damals geführet worden. Es iſt auch 2) durch kein Verbot der Endzweck vollkommen erreichet, bevor man das Cammergericht einführete (a), ſondern mit den Befehdungen immer fortgefahren (b). Wer die alte Verfaſſung eines jeden Landes unterſuchet, muß gar bald überzeuget werden, daß in ganz Teutſchland die Landſäßige Cleriſey, ſämmtliche Ritterſchaft und Städte keiner willkührlichen Herrſchaft unterworfen, ſondern zu den wichtigſten Regimentsgeſchäften gezogen worden. Ich ſage ſolches mit Vorbedacht von der ſämmtlichen Ritterſchaft, weil der Unterſchied, welchen man zwiſchen Freyen Leuten und Dienſtleuten machet, in ſofern ungegründet iſt, weil beide mit einem gleichen Recht auf Landtagen erſchienen, und von groſſem Anſehen geweſen, wie ich in meinen *Obſervationibus Juris & Hiſt. Germ. Obſ.* 2. §. 5. bereits gezeiget habe, und es künftig noch mehr beſtärken will.

(a) DATT de pace publica *Lib. I. c.* 3. *n.* 30.

(b) Es finden ſich davon Exempel beim SCHANNAT in Codice probationum Hiſtoriae Fuldenſis *p.* 275. 311.

§. IX.

Dem Mißbrauch des

Das wichtigſte Recht der Landſtände beſtehet darin, daß ohne ihre Genehmhaltung keine Steuren von den Unterthanen beigetrieben werden können.

Die

Rechts, die Bauersleute mit Steuren zu belegen, widerſezten ſich deren Gutsherren, weil er ihnen zum Nachtheil gereichte.

Die Völker, welche der Freiheit nicht gänzlich entſaget, haben gemeiniglich die Befugniß, das Land mit Schatzungen zu belegen, eingeſchränket; weil ſie vor andern Hoheitsrechten dem Mißbrauch unterworfen iſt. Es geſchahen aber in Teutſchland die Bewilligungen der Steuren gemeiniglich nicht von allen Unterthanen, ſondern nur von denen Gutsherren und in den Städten wohnenden Bürgern. Denn weil die Gutsherrlichen Abgiften der Bauersleute den Ertrag ihrer Güter nicht überſteigen durften, folglich gemindert werden mußten, wenn man ſie mit ungewöhnlichen Schatzungen beläſtigte, ſo gereichte dieſes mehr dem Gutsherrn zum Schaden, als ſeinem Zinßmann, und hatte daher jener große Urſach, ſich einer ſolchen Neuerung zu widerſetzen, wenn ſie der Landesherr ohne Nothwendigkeit führnahm.

Herr Mettingh iſt anderer Meinung, und hält *d. l. p.* 507. 592. 661. 663. dafür, es wären denen Dienſtleuten vor Alters nur gewiſſe von den Bauern zu leiſtende Dienſte und Zinſe von der Landesherrſchaft angewieſen. Die Einführung der Steuren habe alſo jenen nichts entzogen, und ſelbige könne daher wider ihren Willen geſchehen. Am wenigſten aber ſey deren Genehmhaltung nöthig, wann der Landesherr ſeine eigene Cammerbauern beſchatzet.

Es wird hier zweyerley vorausgeſetzet, welches einen ſchwerlich beizubringenden Beweiß erfordert, als nemlich erſtlich, daß der Adeliche Gutsherr *alle* Bauerngüter vom Landesherrn empfangen. Wie man ſich vergebens *in der zu* den älteſten Zeiten von der Obrigkeit geſchehenen Theilung der Aecker gründet, iſt bereits §. 4. 5. gezeiget, und es erweiſen ſo viele von dem Teutſchen Adel, auch andern freyen Leuten vorgenommene Lehnsauftragungen, und die Schenkungen, welche Stifter und Clöſter erhalten, daß ſich in Teutſchland ſehr viele Erbgüter gefunden, womit der Eigenthümer nach Gefallen ſchalten und walten können, deren annoch eine groſſe Anzahl fürhanden iſt.

Geſetzt aber, zweitens, die Guthsherren, inſonderheit die Adeliche, hätten alles, was ſie beſitzen, dem Landesherrn zu danken, ſo iſt es jedoch unerwieſen, auch unwahrſcheinlich, daß ihnen nicht ſowohl die Gründe, welche den Bauern eingethan ſind, als gewiſſe aus denſelben zu erhebende Gefälle, angewieſen worden. Die mehreſten Bauersleute lebten in der Knechtſchaft, welche ſich die Bedingungen wohl gefallen laſſen mußten, die ihnen der Herr vorſchriebe. Von dieſem iſt aber zu vermuthen, daß er ſein Eigenthum ſo wenig, als möglich, einſchränken laſſen. Solches zu bewirken, waren zu den alten Zeiten auch der Landesherren Gedanken, weil ſie ſehr ſelten von der Landſaſſen Zinßleuten Steuren empfingen, und alſo nicht fürchten durften, daß ihnen ſolche entgehen würden, wenn ſie einem jedem das Seinige auf das Beſte nützen lieſſen.

ſen. Es fehlte ſelbigen überdem an Vermögen, eine ſolche Einſchränkung zum Stande zu bringen. In verſchiedenen Ländern hat bis auf dieſe Stunde der Bauer kein Erbrecht, und in andern es erweislich zu neuern Zeiten überkommen. Siehe meine *Acceſſiones ad Commentat. de jur. villic. Obſ. I.* Man kann daher unmöglich ſagen, daß denen darin wohnenden Landſaſſen nicht die Bauerngüter, ſondern nur gewiße Gefälle aus denſelben verliehen ſind.

Wäre aber auch das leztere geſchehen, ſo lehret jedoch die tägliche Erfahrung, daß der übermäßige Anwachs der landesherrlichen Abgiften auch diejenige gutsherrliche Gefälle mindert, welche nicht geſteigert werden können, und man dieſe wegen jener vielfältig nachlaſſen muß.

Uebrigens glaube ich gern, daß die Cammerbauern vor Zeiten von den Landesherrn nach Willkühr mit Steuren beleget worden, welchenfalls die erhöheten Steuren als ein erhöheter Meyerzinß anzuſehen, und gründet ſich die Befugniß der Landſtände, deren Beitreibung durch ihren Widerſpruch zu behindern, auf neuere Verträge.

§. X.

Die Stände handeln übel, wenn ſie gegen Verwilligung desjenigen, ſo dieſelbe herbey zu ſchaffen ſchuldig, ſich etwas mehres ausdingen, als ihnen den Rechten nach gebühret.

Mir fällt es unbegreiflich, wie man aus dem Cäſare der Landſtände Gerechtſame beſtreiten könne, da ganz ſonnenklar für Augen lieget, daß ſie ſolche, wenigſtens in den mittlern Zeiten, geübet und an verſchiedenen Orten zum Theil bis auf den heutigen Tag behalten haben, daher es unerheblich iſt, wenn ſchon zu ältern Zeiten ihre Befugniße geringer geweſen. Faſt in allen Teutſchen Provinzen wird das landesherrl. Recht, Steuren beizutreiben, eingeſchränket. Wie dieſe Einſchränkung ſehr alt iſt, und woher ſie rühret, habe ich in der neunten Abhandlung gezeiget. Ich ſtelle immittelſt in keine Abrede, daß die daher entſpringende Befugniß der Landſtände wohl ehe gemißbrauchet worden. Der Cardinal Cleſel beſchwerte ſich Anno 1618. am Spaniſchen Hofe darüber folgender Geſtalt: „Iſt auch zu merken, daß dieſe Königreich und Land (Böhmen und „Oeſterreich) ihre Herren zu drücken, noch ein Hauptmittel gebrauchet, zu welchem ſie ihre empfangene Privilegia zum Schein genommen, daß nemlich auſſer „ſeinen Cammergütern der Landesfürſt kein Einkommen, ſondern in Feindes- „und ſeinen eigenen Nöthen die Bewilligung von den Ständen erhandelt, und „ſich hierüber reverſiren mußte, daß ſolche keine ſchuldige, ſondern freiwillige „Gabe ſey. So bald nun der Landesfürſt in eine Noth kommen, haben ſie ihre „Bewilligung eingezogen, den Landesfürſten dermaſſen conditioniret, daß er ſich „oder Verlierung Land und Leute, oder alles, was dieſe Leute begehret, ein„zugehen, reſolviren müſſen (a).“ Inzwiſchen wäre dergleichen Mißbrauch nimmer geſchehen, wann der Landesherr eine ohnumſchränkte Steurgerechtigkeit her-

hergebracht hätte. Haben ihm ſeine Stände die unbedingte Bewilligung desjenigen verweigert, was zum Schutz des Landes nöthig war, und dagegen ein mehres, als die Beſtärkung ihrer wohlgegründeten Rechte begehret, ſo ſind ſie zu weit gangen. Iſt aber denenſelben ein Beitrag angeſonnen, um die Macht der Landesherrſchaft zu vergrößern, ohne daß dadurch den Unterthanen ein Vortheil geſchaffet werden ſollen, mithin die Bewilligung ohne rechtliche Nothwendigkeit geſchehen, ſo war es den Ständen erlaubet, dagegen Vortheile auszudingen, inſonderheit aber die ihnen auſſerdem nach dem Recht der Natur und den göttlichen Geſetzen zuſtehende Gewiſſensfreiheit zu conditioniren, daher der Braunſchweig-Lüneburgiſche Geſandte bey den Weſtphäliſchen Friedenstractaten Anno 1646. alſo votirte: „Der Majeſtätbrief hätte, wie die Kaiſerliche vorgeben, ein vitioſum initium gehabt. Denn wie Ihro Kaiſerliche Majeſtät Geldes und anderer Dienſte von den Böhmiſchen Ständen bedurfte, wären ſie dergleichen Privilegia zu vergeben gezwungen worden. Ob aber ſolches ein vitioſum initium zu nennen, ließe er an ſeinen Ort geſtellet ſeyn (b).“ Oefters iſt es wahr, was LUDEWIG *in Reliquiis MSS. Tom. IV. praef. p.* 22. alſo ſchreibet: Diploma, quo munitur ordinum libertas, non habet privilegii indolem, cum ea recenſeat litteris, quae moribus debentur ordinibus provincialibus ſive Landſaſſiis in Germania.

(a) Graf KHEVENHÜLLER Annales Ferdinand. *Tom. IX. p.* 80.

(b) MEIERN Acta Pacis Weſtph. *P. III. p.* 244.

§. XI.

Selbigen muß gemeiniglich von den verwilligten Geldern Rechnung geſchehen.

Die Bewilligungen mogten nun aus Nothwendigkeit, oder aus freyem Willen geſchehen, ſo waren doch die Landſtände befugt, nachzufragen, wohin die aufgebrachten Gelder verwendet worden. Man überließe ihnen vielfältig deren Hebung; und heiſſet es in ARENPECCII *Chron. Auſtr.* beim PEZ *Rer. Auſtr. P. I. p.* 1291: Item proceres & provinciales Comitatus Tyrolis ipſum Archiducem Sigismundum, eo quod nimis liberalis & largus foret, a proventuum & cenſuum provinciae Atheſinae ſublevatione amoverunt, ut ex hinc caſtra per eum impignorata redimerentur. Wie auch *in Chron. Auſtr.* beim Herrn Reichshofrath von SENCKENBERG *Select. Juris Hiſtor. Tom.* V. *p.* 234. 235.: „Es ward auch nemlich beredt, daß der Aufſchlag und die Landſteur erſt ſolte genommen werden, wenn die Herren miteinander geaind wären, man ſolt auch etlich Landleut aus den vier Partheyen darzu erwälen, die denſelben Aufſchlag und Steur einnehmen, und zu andern nit ausgeben, dann zu Abfertigung und Entrichtung der Söldner aus den Land und ir Uebermaß da ſeyn wird, daß man die zu Noturften des Landes dann anleget, man ſolt auch überſitzen

„und

„und fürnemben, wie man ſolche Steur anlegen wolt.“ Die Mecklenburgiſche Stände hielten dafür, curam aerarii ipſis ad inſtar vicinorum Electoratuum ac Principatuum ſolis tradi, Ducibus laudi potius, quam ignominiae fore. Herzog Carl von Mecklenburg war aber Anno 1607. anderer Meinung, und ließe ſich alſo heraus: Supremam nobis cum ordinibus inſpectionem & adminiſtrationem aerarii publici ſervamus, cum ei nunquam renunciaverimus, nosque vobis deſpicatui fore, id ſi largiremur, cenſeamus. Sufficiat vobis, ordines, nos ſine conſenſu veſtro ne teruncium quidem ex illo ablaturos (a). Im Erzſtift Bremen wurde Anno 1525. folgendes verglichen: „Dergleichen ſoll der Erzbiſchof keinen „Schatz ſonder Wiſſen und Vulbort des Capituls und Gliedmaſſen anſetzen und „furdern, und ob nun S. D. Schatz nachgegeben und bewilliget würde, ſoll „S. L. des Schatzes ſich nicht zu unterwinden, ſondern denſelben von den ver„ordneten des Capituls, als nemlich Herman Friederich Bremer, Domdecken, „und Herr Dieterich Frieſen, Domherrn der Kirche zu Bremen, auch der Ritter„ſchaft, als Otten von der Hude und Henrichen Cluver inſunder aufheben, und „in des Stifts Schulde und Beſten wenden, und kehren laſſen, was auch der „Sache und dergleichen den Herrn vorkommen, oder oft der Fürſt derwegen be„ſucht, daß der verordneten vonnöthen ſeyn mögte, und was noth ſeyn mag „mit Fleiſſe verſchreiben, und beſtellen laſſen.“ Und Anno 1549. bedunge ſich der Erzbiſchof die Rechnungsabnahme alſo: „Item dieweil merklich Unrat auf „Unterhaltung der Häuſer, Beſoldungen der Knechte und andere Dienſt müſ„ſen geleget werden, und dazu von wegen aufgebrachten Proviant und Not„durft noch große Schulden fürhanden, welches alles aus vorſchienen acht und „vierzigſten Jahrs zugelaſſener Steur muß bezahlet werden, daß wir den Glied„maſſen in Aufnehmung ſolcher Schatzung keine Hinderung oder Einſpere thun, „noch jemanden zu thun geſtatten ſollen oder wollen, ſondern die Verordneten „unſerer Landſchaft, die uns auch darvon gebührliche Rechenſchaft zu thun ſich „erbothen, gänzlich nach Notdurft damit zu handeln bewehren laſſen (b).“ In dem Tübingiſchen Vertrage, welcher Anno 1514. zwiſchen Herzog Ulrich von Würtenberg und ſeiner Landſchaft errichtet worden, heiſſet es in Herrn Moſers *Wurtembergia diplomatica* p. 269.: „Zu Empfahung ſolcher jährlichen Rei„chung, als namlich der erſten 5 Jahren, auch nachvolgender Landſteur der „800000. fl. ſollen ſondere Perſonen, ſo vormals mit Aemtern, Einnehmens „und Ausgebens nicht beladen ſeyn, von Herzog Ulrichen und der Landſchaft „mit Verpflichtung verordnet werden, ſolche Reichung dem erſten 5 Jahren zue „den wachenden Schulden und Bezahlung der Gültten, damit das Fürſten„thum beſchweret iſt, (und nit anders wohin) treulich zu wenden und zu kehren,

„und derenthalben alle Jahr gemeldten Herzog Ulrich und der Landſchaft ufrich„tig redliche Rechnung thun.“ Anno 1343. verbande der Abt zu Fulda ſeine Landvögte, Friederich von Heringen und Henrich von Bienbach, ihm und ſeinen Mannen Rechnung zu thun nach rechter Einnahme und Ausgabe (c). Im Fürſtenthum Halberſtadt iſt die Receptur bey den Landſtänden geweſen. Der von ſelbigen beſtellete Einnehmer mußte ſich aber dem Landesherrn verpflichten und ihm Rechnung ablegen (d). Daß es in den Braunſchweigiſchen Landen und im Stift Hildesheim eine gleiche Bewandniß gehabt, iſt in meinem **Unterricht von Regierungs- und Juſtizſachen** *p.* 188. *ſeq.* und *in Obſ. Jur. & Hiſt. Germ. Obſ.* 3. §. 7. 11. 12. 15. 16. 21. 22. 24. 25. gezeiget.

(a) Herr von Beehr Rer. Meclenb. *p.* 939. 941.

(b) Trevers Geſchlechtshiſtorie der Herren von Münchhauſen *im Anhang p.* 135. 174.

(c) Schannats Cod. prob. Hiſt. Fuld. *p.* 253.

(d) Lunigs Reichsarchiv *Part. Spec. P. III.* unter Churbrandenburg *p.* 163.

§. XII.

Wann ohne ihre Einwilligung keine neue Geſetze gemachet werden können?

Daß die Landſtände an dem Recht, Geſetze zu geben, von alten Zeiten her Theil gehabt, lehret Ludewig *in Reliquiis MSS. Tom. VII. p.* 150. 151. 175. und zwar mit gutem Grunde. Es ſchreibet Zantfliet *in Chron.* beim Martene *Collect. veter. ſcriptor. Tom. V. p.* 174.: Eodem anno (*1317.*) tota patria Leodienſis congregata apud Fexhe conniventibus cunctis una cum Leodienſi Epiſcopo decretum eſt illic & ſtatutum, quod ſi quis homicidium fecerit, extra patriam proſcribi & banniri debeat. Und p 210: Anno 1335. per conſenſum omnium ſtatuum patriae (Leodienſis) decretum eſt, & inrefragabiliter ſancitum, quod quicunque hominem occidat, ipſe ſine remedio debeat occidi. Wie auf den Oeſterreichiſchen Landtagen Münzordnungen gemachet worden, berichtet das *Chronicum Auſtriacum* bey dem Herrn Reichshofrath von Senckenberg *Tom. V. p* 115. alſo: „Wann ein Theil dem andern nicht wolte nachgeben, „und die Sachen wurd ganz zerſtoſſen. Dann allein der Artickel von der Münz „war zu End beſchloſſen und verbriefet, und ward verlaſſen durch den Kaiſer „und die Landſchaft mit den Haußgenoſſen zu Wien, daß ſie münzen ſolten, „und ſetzen, daß die Mark haben ſolte lauter Silbers 5 Loth.“ Es geſtehet auch Horn in der Sammlung zur Handbibliothec von Sachſen *p.* 50. wie nicht zu leugnen ſey, daß bey Einführung gewiſſer Conſtitutionen und Decreten der Landſchaft Rath, Gutachten und Einwilligung ſelten und nie übergangen worden. In den Mecklenburgiſchen Landesreverſalen d. 1621. iſt verſehen, daß mit Zuziehung Ritter- und Landſchaft die gemeinen Landrechte

in Teutſcher Sprache, damit ein jeder, wie ſeine Sache im Gericht zu treiben, ſelbſt verſtehen könne, zuſammen gebracht und abgefaſſet, und nach demſelben in den Canzleyen und Hofgericht ſententioniret und geſprochen werden ſoll (a). Wenn es die Nothwendigkeit erforderte, ſo könnte eben dieſes faſt von allen Teutſchen Provinzen erwieſen werden. Die Sache ſcheinet ihren Urſprung fürnemlich daher zu nehmen, daß man in alten Zeiten die Gewalt der Richter und Geſetzgeber nicht ſorgfältig unterſchieden hat. Unſere alte Geſetze ſind größtentheils Sammlungen Richterlicher Erkenntniſſe, und wenn nicht nur in beſondern Fällen, ſondern überhaupt die Frage entſtunde, was den Rechten und der Billigkeit gemäß ſey, ſo überließe man deſſen Beurtheilungen den Schöppen (b), welche in wichtigen Sachen gemeiniglich aus der Landſchaft enommen wurden. Auch durfte keine Landesobrigkeit durch willkührliche Geſetze ihrer Unterthanen Frey- und Gerechtigkeiten ſchmälern. Um demnach allen Streit darüber zu vermeiden, ob ſolches durch die einführende Ordnungen geſchehen, ſo erforderten die Landesherren der Stände Gutachten, ehe ſie zu deren Publication ſchritten. Unſere Fürſten gebrauchen zwar das Recht Geſetze zu geben mehr als ihre Vorfahren. Sie dürfen jedoch wider die mit der Landſchaft errichtete Verträge nichts ordnen. Denn wozu nützeten dieſe, wenn die daher entſpringende Befugniſſe der Unterthanen durch Geſetze aufgehoben werden könnten, ſo oft die Landesobrigkeit dafür hält, oder zu glauben vorgiebet, daß ſolches die gemeine Wohlfart erfordert. Iſt gleich keine Zuziehung der Stände in den Landesverträgen erfordert, wenn der Landesherr Geſetze machen will, ſo haben jedoch ſelbige zu widerſprechen Urſach, dafern z. E. man dem Adel die hergebrachte Steuerfreiheit, oder ſeine in den Landtagsabſchieden gegründete Braugerechtigkeit durch eine Landesordnung nehmen, und etwas die Reguln der Gerechtigkeit verletzendes einführen wollte. Hingegen darf man den Widerſpruch der Landſchaft nicht immer beachten, wenn ſchon nach der Landesverfaſſung die Geſetze ein Vorwurf der landſchaftlichen Berathſchlagungen ſind, und die Stände dafür halten, daß eine Verordnung, welche der Landesherr machen will, denen Reguln der Klugheit zuwider läuft, dafern dieſer aller Vorſtellungen ohngeachtet eine andere Meinung heget. Gemeiniglich wird nur jener Zuziehung und Rath erfordert, welchem allemal zu folgen, kein Fürſt verbunden iſt. Wäre aber auch ihre Einwilligung nöthig, ſo können ſie jedoch ſolche zum Nachtheil des gemeinen Weſens nicht verſagen, ſondern zu deren Ertheilung ſo wohl, als die nöthigen Steuren aufzubringen, durch rechtliche Mittel angehalten werden (c).

(a) Herr von Beehr Rer. Meclenb. *Lib.* 8. *p.* 1549.

(b) Herr Reichshofrath von SENCKENBERG in Parergis Göttingenſibus *Tom. I. Lib.* 2. *p.* 131. 133. und in Corp. Jur. feud. Germ. praef. §. 24.

(c) Siehe meine Obſervationes Juris & Hiſtoriae Germ. *Obſ.* 4. §. 12.

§. XIII.

Ob es dem Landesherrn erlaubet iſt, ohne deren Zuziehung einen Krieg anzufangen und Bündniſſe zu machen.

Ehe ein Krieg angefangen, oder Bündniſſe geſchloſſen worden, hat man gemeiniglich der Landſtände Genehmhaltung begehret. Von Hollſtein ſchreibet RANZOU *in Cimbric. Cherſon.* beim Herrn von WESTPHALEN *Rer. Cimbr. Tom. I. p.* 5. Bella Principes abſque ordinum conſenſu ſuſcipere nec ſolent, nec debent; und in König Chriſtian I. der Schleswig- und Holſteiniſchen Landſchaft Anno 1460. ertheilten Privilegiis lieſet man: „Oft wy Krieg anſchlögen, „um Frede und Nüttigkeit düſſes Landes, nach Rade, Volborde und Willen „der gemeinen Rede düſſer Lande (a).“ Anno 1567. that Johann Friederich, Adminiſtrator zu Magdeburg, in ſeiner Capitulation Art. 16. folgendes Verſprechen: „Keine Feſtung wollen wir uns im Erzſtift zu bauen unterſtehen, es „geſchehe dann mit Rath und Bewilligung des Thumcapituls und Stiftsſtände, „vielweniger ſollen noch wollen wir einigen Krieg anfangen, oder Unruhe in einerley Wege anrichten, noch uns in einigerley Verbündniß ohne unſers Thumcapituls Wiſſen und Willen einlaſſen (b).“ Faſt eben dieſe Worte finden ſich in Biſchof Chriſtians zu Halberſtadt Capitulation d. 1617. (c), und in Biſchof Johannes zu Münſter Declaration der Landes- und Lehnsprivilegien d. 1570. Art. 19. lieſet man: „Wir ſollen auch keinen Krieg, Vehde, noch Verbündniß „mit jemand anfangen, eingehen oder machen, ohne Bewilligung unſers Thumcapituls und anderer unſerer Landſtände obgemeldet (d).“ Vermöge des Haagiſchen Accords d. 1603. Art. 12. ſoll, wenn die Grafen von Oſtfrießland einen Krieg wollen oder müſſen anfangen, oder einig Kriegsvolk ins Land führen, ſelches mit der Stände Conſens geſchehen (e). Der Würtenbergiſchen Landſchaft Gerechtſame beſtärket der Tübingiſche Vertrag d. 1514. folgender Geſtalt: „Der Hauptkrieg halber, ſo die Rettung Land und Leut und ſein Herzog „Ulrichs Verwandten zu Handhabung ſeiner Ober- und Herrlichkeit, auch Gerechtigkeit, Hülf und Haltung ſeiner Ainung bishero angenommen und beſchloſſen, „und derjenigen, ſo er fürters ſeines Gefallens dem Fürſtenthum zu gute annehmen und noch mag fürgenomen werden, ſo ſolle das geſchehen mit Rath und Hilf „gemeiner Landſchaft, wird aber Herzog Ulrich auſſerhalb der obgemeldten Stück „einigen Krieg fürnehmen, oder jemand aus Freundſchaft oder ſonſten Vorſchub „thun, oder helfen, ſo ſolle das geſchehen mit Rath, Wiſſen und Willen gemeiner „Landſchaft, ſofern anders Herzog Ulrich von ihnen haben wollte, und ſoll in „allen Stücken Herzog Ulrich, wie ſeinen Voreltern, Lüferung beſchehen, des-

„glei-

„gleichen die Landſchaft mit ihren Leibern, Führung und andern dienen, wie von „alten herkommen, und bey Herzog Ulrichs Voreltern auch beſchehen iſt. Alles „ungefehrlich, und ob ein Landkrieg obbemeldter maſſen angenommen, und man „Hülff dazue thun müſte, daß dann dieſelbige Zeit dieſe jetzige angenommene „Hülf einen Stillſtand haben, doch unabbrüchig dieſen zuſagen bis zu End diß „Krieges (f).“ Als König Henrich von Engeland mit dem Grafen Guido von Flandern ein Bündniß machte, bedunge er: Nec non ad requirendum & habendum ſuper praemiſſis conſenſum, approbationem & ratificationem ac litteras filiorum ipſius Comitis Flandriae & Baronum ac communitatum Flandriae & aliarum terrarum ſuarum (g). Anno 1423. wurde ein beſtändiges Bündniß zwiſchen den Cleviſchen und Geldriſchen Herzogen mit der Cleviſchen und Geldriſchen Stände Genehmhaltung errichtet (h). Es meldet FRIDENSBERG *in jur. feud. Pomer.* beim Herrn von WESTPHALEN *Rer. Cimbr. Tom. II. p.* 1862., daß die Pommerſche Landesfürſten verſprochen, ſich in keine Kriege, noch Verbündniſſe mit jemand ohne gemeinen Rath der Landſtände einzulaſſen, und als jene gleichwohl, dieſer ohngefraget, dem Schmalcaldiſchen Bündniß beitraten, führete die Landſchaft darüber Beſchwerde, und verbate, daß es ferner geſchehen mögte (i). Wie Anno 1621. der König von Dännemark denen Herzogen von Mecklenburg ein Bündniß antrug, lehneten es dieſelbe damit ab, daß ſie nicht befugt wären, ohne ihrer Ritterſchaft und Stände Conſens dergleichen einzugehen, und ſolche Verpflichtung führete ihnen hiernächſt die Landſchaft auf das nachdrüklichſte zu Gemüthe (k). Auch gabe Anno 1647. der Churbrandenburgiſche Geſandte Weſenbeck dem Grafen von Oxenſtiern zu vernehmen, daß es in Ihro Churfürſtl. Durchl. Mächten nicht ſtünde, das mit Conſens und Einwilligung der Landſtände einmahl getroffene Armiſtitium ohne derſelben Conſens wieder aufzuheben (l). Der Grund der Sache iſt wohl kein anderer, als die eingeſchränkte Gewalt der Landesherren, von ihren Unterthanen Hülfe in den unternommenen Kriegen zu fordern. Deswegen mußte man ſie für allen von deren Nothwendigkeit überzeugen. In dem angeführten Tübingiſchen Vertrage wird der Herzog von Würtenberg ſehr merkwürdig verbunden, mit Rath, Wiſſen und Willen gemeiner Landſchaft Krieg zu führen, ſofern er anders von *ihnen* haben wollte, d. i. wenn ſie ihm helfen ſollten. Als auch die Pommerſche Stände äußerten, es hätten ſich die Herzoge ohne vorgängige gemeine Berathſchlagung in den Schmalcaldiſchen Bund nicht begeben ſollen, verſezten dieſe, daß ſolches aus landesfürſtl. Vorſorge zum Beſten der Religion geſchehen, und ohne bisherige Beſchwerde der Landſchaft, da ſie zumahl allen Beitrag zu der Schmalcaldiſchen Bundescaſſe aus ihren eigenen Einkünften ge-

than hätten (m). Weil inzwiſchen auch ein aus eigenen Mitteln geführter Krieg den Unterthanen verderblich ſeyn kann, ſo hat man in verſchiedenen Ländern die Fürſten verbunden, gleichfalls ſelbige ohne der Landſchaft Einwilligung nicht anzufangen.

(a) Lunigs Reichsarchiv, anderer Continuation zweite Fortſetzung *p.* 10. 15.

(b) *Ibid.* in der andern Continuation dritter Fortſetzung *p.* 373.

(c) Lunig in der Continuation des Spicilegii eccleſ. *p.* 826.

(d) *Ibid. p.* 596.

(e) Brenneiſen Oſtfrieſiſche Hiſtorie und Landesverfaſſung *Tom. II. p.* 309.

(f) Moſers Wurtenbergia diplomatica *p.* 270.

(g) Rymeri Acta Anglicana *Tom. I. P. III. p.* 174.

(h) Teſchenmachers Annales Cliviae. *p.* 519.

(i) Schwartzens Pommerſche und Rugianiſche Lehnshiſtorie *d. l. p.* 763.

(k) Beehr Res Meclenb. *p.* 1067. 1083.

(l) Von Meiern Acta Pacis Weſtphalicae *Tom. IV. p.* 778.

(m) Schwartz *d. l.*

§. XIV.

Urſachen, warum man ſelbige von dieſen Geſchäften gänzlich ausſchlieſſen will.

Nicht wenige halten dafür, es ſey das alte Recht der Landſtände die Landesherren zu behindern, Kriege zu führen, und Bündniſſe zu machen, heutiges Tages gänzlich erloſchen. Inſonderheit wollte ſolches Biſchof Chriſtoph Bernhard zu Münſter Anno 1658. behaupten, als welcher ſeinen Ständen zu Gemüthe führete: Foedera paciſci, & ſtare pactis, quaeque militiam concernunt ad jura Principum ſpectare, quae nec frangi, nec ligari poſſent voluntate ſubditorum. Conſervationem regionis ac religionis uni Principi commiſſam. Hanc ad ſe curam pertinere, duplici juramento, quod Caeſari, quod Pontifici praeſtiterit ipſe, ex ſubjectis nemo. Majoris ea momenti eſſe, quam ſit quaecunque ſponſio a ſubditis aggeſta; nec enim hanc ligare unquam, ſi cum iis certaret. Privilegia, ſi quae eſſent, iſtis temporibus emanaſſe, quibus ſicut una ſolum regio, ita & religio agnoſcebatur, ac tutius erat in medium conferre foederum conditiones, quarum hodie propalatio mutato temporum rerumque ſtatu tam nociva foret fini ſuo, quam exitioſa patriae ſecuritati. Et quamvis illaeſa intactaque vellet privilegia ordinibus conceſſa, non poſſe tamen ea derogare juribus Principum per leges Imperii, per decreta pacis Weſtphalicae toties ſtabilitis, quae uti tempore poſteriora, ita & jure potiora eſſent: iis privilegia, non privilegiis ea attemperari debere. Cognitionem periculi ad ſe ceu Principem pertinere, & quamvis ordines adſciri audirique una poſſent, non contineri tamen decreto Caeſaris, ut eorum conſenſus expe-

expectaretur. Conſenſum enim & conſilium ſenſu juris plurimum diſcrepare (a). Wie der Fürſtliche Mecklenburgiſche Hof zu unſern Zeiten eben dieſe Sätze angenommen, und vermöge ſelbiger ſeinen Ständen den Unterhalt eines Militis perpetui angemuthet hat, iſt überall bekannt. Man leget nicht ohne Anſchein mit zum Grunde dieſer Forderung die bekannte politiſche Regul, tempore pacis cogitandum eſſe de bello, und ſtellet vor, wie Land und Leute in die gröſste Gefahr gerathen, dafern man nach erlangtem Frieden ſofort abdanken wollte. Wenn unvermuthet ein neuer Krieg entſtehe, ſo koſte die neue Verfaſſung mehr, als zur Erhaltung der vorigen erfordert worden. Hauptſächlich deswegen hätten auswärtige Feinde ſo viel vom Recht abgezwacket, weil ſolches nicht immer bewafnet ſey. Ueberdem hielten verſchiedene groſſe Teutſche Fürſten anſehnliche Kriegesheere auf den Beinen, und es laufe der Klugheit zuwider, den Degen aus der Hand zu legen, wenn ihn mein Nachbar ergreifet, und ſich dadurch in den Stand ſetzet, die unbewafneten zu unterdrücken (b). Selbſt der Kaiſerliche Reichshofrath ſcheinet das landesherrliche Recht, ohne der Stände Zuthun Bündniſſe zu machen und zu vollſtrecken, für gegründet zu erkennen, weil ſonſt in Sachen des Biſchofs zu Baſel wider deſſen Stände und Unterthanen am 10ten Jan. 1736. nicht folgendes Urtheil gefället wäre: „Hätte denen Landſtänden und Unterthanen nicht geziemet, von dem Herrn Biſchoffen, als ihrem „Landesfürſten, ſo neuerlich als kecklich zu begehren, daß er ihren Conſens zu „Erricht- oder Erneuerung der Schweitzeriſchen oder andern Bündniſſe vorher „erfordern ſolle, mithin hätten ſie ſich hinkünftig dieſes ganz ohnerlaubten und „ungereimten Geſuchs durchaus zu enthalten; da hingegen der Herr Biſchof als „Reichsfürſt, nebſt ſeinem Domcapitul, dieſe und andere Bündniſſe (in ſoweit „ſelbige Ihro Kaiſerliche Majeſtät und dem heiligen römiſchen Reich, auch dem „Inſtrumento Pacis Weſtphalicae und andern Reichs-Conſtitutionen, auch dem „vom Herrn Biſchoffen geleiſteten Eid ohnnachtheilig oder ohnabbrüchig ſind) „ohne Concurrenz oder Miteinwilligung deren Landſtände und Unterthanen ganz „allein zu ſchlieſsen, und reſpective zu erneuern. Auch ſollen die dazu erforderliche oder nöthige Koſten dem alten Herkommen gemäß aus der Landescaſſe oder „allgemeinen Landesgeldern beſtritten werden (c).

(a) ALPEN de vita & rebus geſtis Chriſtophori Bernhardi Epiſcopi Monaſterienſis *P. I. p.* 386.

(b) Electa juris publici *Tom. VIII. p.* 156.

(c) MOSERS alte und neue Reichs-Hof-Raths Concluſa *P. I. p.* 13.

§. XV.

Deren Prüfung.

Es ſind aber meines Ermeſſens dieſe Gründe von ſchlechtem Gewicht. Sie ſetzen voraus, daß der Fürſt allein zu beurtheilen habe, ob und was für eine Kriegesverfaſſung das gemeine Beſte erfordert? welches ganz irrig, da ihm die Reichsgeſetze keine ſo ohnumſchränkte Gewalt ertheilen, und im Stift Münſter die mit den Ständen errichtete Verträge ſie demſelben vielmehr ausdrüklich entziehen. Der Eid, welchen die Biſchöffe den Päbſten und Kaiſern leiſten, verbindet ſie, der Kirche Beſtes nach allem Vermögen zu befördern. Er läſſet es aber nicht auf ihr bloſſes Gutbefinden ankommen, was zu Erreichung ſolches Endzweks am dienlichſten. Dazu müſſen auch Stände und Unterthanen alles mögliche beitragen, wenn ſie gleich weder dem Kaiſer, noch dem Pabſt geſchworen haben. Alle Regierungsformen führen ihr Gutes und Böſes mit ſich. Wenn man einer einzigen Perſon eine ohnumſchränkte Gewalt mittheilet, ſo werden die Entſchlüſſe geſchwinder abgefaſſet und vollſtrecket, auch füglicher verhindert, daß ſie nicht für der Zeit bekannt werden, hingegen aber vielfältig Kriege angefangen, und Bündniſſe gemacht, welche Land und Leuten keinen Vortheil bringen, ſondern nur die Ehrbegierde oder andere Leidenſchaften des Landesherrn oder ſeiner in Anſehen ſtehender Bedienten vergnügen können. Hier iſt nicht die Frage, was nach den Regeln der politiſchen Klugheit am beſten, ſondern was den Regeln der Gerechtigkeit gemäß iſt. Wie der *Weſtphäliſche* Friedensſchluß die Gerechtſame der Teutſchen Landſtände vielmehr beſtätiget, als vernichtiget, iſt in dieſer Nebenſtunden *P. I. p* 66. gezeiget, und es erhellet inſonderheit aus denen bey den Kaiſerlichen Wahltagen gehaltenen Protocollis, welche Herr Moser ſeinen Anmerkungen über Kaiſer Carl VII. Wahlcapitulation *P. II. p.* 444. 447. 455. 462. einverleibet hat, daß der Churfürſten Abſichten keinesweges dahin gangen, der Landſtände Gerechtſame durch die neuere Reichsgeſetze zu ſchwächen, und eines jeden Landes Herkommen aufzuheben.

§. XVI.

Die Unterthanen ſind nicht ſchuldig zur Landesvertheidigung alles herzugeben, was die Landesherrſchaft von ihnen fordert.

Die Handlungen derjenigen, welche Geſetze und Verträge gemachet haben, ſind deren beſte Ausleger. Das ältere und neuere Herkommen erweiſet aber, wie nach dem Weſtphäliſchen Friedensſchluß der Kaiſer und die Reichsſtände erkannt haben, daß die Unterthanen nicht alles hergeben müſſen, was die Obrigkeit zum Behuf der Landesvertheidigung von ihnen fordert, ohne nachfragen zu dürfen: Ob dergleichen Aufwand nöthig ſey oder nicht? Es waren kaum zehen Jahr nach beſagtem Friedensſchluß verfloſſen, als ſich die Landſtände des Stifts Hildesheim darüber beſchwerten, daß ohne vorſchwebende Noth und ihre Bewilligung über die Creisanzahl Völker geworben würden.

Der

Der Landesherr Churfürſt Maximilian Heinrich zu Cölln maſſete ſich auch die Befugniß keinesweges an, eine ſolche Werbung fürzunehmen, ſondern ſtellete in Abrede, daß ſie geſchehen ſey, und ertheilte den Ständen am $\frac{3.\ \text{April.}}{24.\ \text{Mart.}}$ 1657. folgende Reſolution: „Wegen der Creisvökler iſt Ihro Churfürſtl. Durchl. „nicht bekannt, daß damit die Anzahl, die man im Creisabſchiede übernommen, „überſchritten. So weit aber ſolches geſchehen zu ſeyn, ſich befinden wird, „ſeynd Ihro Churfürſtl. Durchl. (als welche ihre getreue Unterthanen vergeblich „beſchwehren zu laſſen, nicht gemeinet) damit eine Reduction vorzunehmen, „nicht ungeneigt.“ Als eben dieſer Fürſt Anno 1661. bey der damaligen groſſen Türkengefahr einen Beitrag von ſeinen Ständen begehrte, ermahnte ſie der Kaiſer, ſelbigen vorſchußweiſe gegen den ihnen angebothnen Nachlaß an künftiger Reichs- oder Creisverwilligung zu thun, wie ich in dieſen Nebenſtunden *P. I. I.* Abhandlung §. 22 bereits gemeldet habe, mithin erkannte man, daß ſie nach Gutdünken der Landesherrſchaft dazu nicht verbunden wären. Es räumete auch dieſe ſolches ein, indem ſie, beſage der Reverſalen vom 10ten Julii 1661. den Beitrag nur ſolchergeſtalt begehrte, „daß der Vorſchuß hernächſt an „der gemeinen Einwilligung wieder defalciret, und zu gute kommen, ſonſt aber „und ſobald die Gefahr nachläſſet, die Einwilligung auch ceſſiren, und die Völ„ker alſo licentiiret und abgedanket werden ſollten.“ Daß dieſer Vorſchuß ohne Schuldigkeit geſchehen, erkannte Churfürſt Maximilian Henrich in den Reverſalen vom 9ten Julii 1662. mit folgenden Worten: „Worauf die Löbl. Stift„Hildesheimiſche Landſtände dasjenige, womit ſie ſich nicht ohnerheblich entſchul„digen können, Ihro Churfürſtl. Durchl. als ihrem Gnädigſten Landesherrn zu „unterthänigſtem Reſpect und Ehren, und ihre Liebe, Devotion, Treue und Ge„horſam einzig und allein um deſtomehr zu erweiſen, und ſonſt aus keiner andern „Urſach hindangeſetzet, und nebſt tragenden unterthänigſten Vertrauen daß Ihro „Churfürſtl. Durchl. die jetzo noch zu Peina ſtehende Völker fürderſamſt gnädigſt „licentiiren, oder wenigſt auf eine geringe Anzahl reduciren laſſen werden, zu „vorangezogener Unterhaltung der Ihro Kaiſerl. Majeſtät zugeſchikten Auxiliar„völker ; ; ; freiwillig vorſchußweiſe vor dieſes mal, citra praejudicium & conſe„quentiam, eingewilliget, und Ihro Churfürſtliche Durchl. verſprechen hiemit und „in Kraft dieſes, daß dieſe Ihro zu beſondern gnädigſtem Gefallen gereichende „gute und freiwillige Einwilligung den löblichen Landſtänden ſammt und ſonders „an ihren habenden Privilegien, auch dem bekannten alten Herkommen zu keinem „Präjudiz und Nachtheil gereichen ; ; und ihnen dieſer Vorſchuß nebſt dem vori„gen an künftiger erſten Reichsverwilligung und deren dieſem Stift zuſtehenden

„Quota wiederum gekürzet und gutgethan werden ſoll.“ Wegen ſolcher Gutthuung entſtunde Anno 1664. ein ſchwerer Streit, welcher die Stände veranlaſſete, den Syndicum Brinkmann an den Churfürſten von Mainz zu ſenden, und ſich durch ihn zu erkundigen, was eigentlich auf dem Reichstage verwilliget ſey, bey welcher Zwiſtigkeit der Landesherr mehrmalen eingeſtunde, daß er über die Reichsbewilligung von den Landſtänden nichts zu fordern habe, und man nur allein unterſuchte, wie hoch ſich ſolche beliefe. In dem Churfürſtl. Reſcripto vom 22ten Julii 1664. heiſſet es: „Immaſſen wir denn auch ihnen „unſern Landſtänden gewißlich, wie bisher von uns geſchehen, ferner nichts, „als was der Reichsſchluß mit ſich bringen wird, zumuthen werden.“ Auch „geſchahe dieſe Erklärung in der Landtagsproposition vom 25ten Aug. 1664 alſo: „Immittelſt mehrbemeldete Deputati darauf beſtanden, als wann in *Kraft der* „von Höchſt gedachter Ihrer Churfürſtl. Durchl. Dero Löblichen Ständen gegebener Verſicherung denenſelben von dieſen Triplis etwas zu gute kommen und „defalciret werden müſſen, und daß ihnen durch den von Ihro Churfürſtl. Durchl. „Dero Canzlern und Räthen zugeſchikten Entwurf ein mehres, als das der „Reichs- und Creisſchluß mit ſich bringet, aufgebürdet werden wollen, da doch „männiglichen bekannt, daß Sr. Churfürſtl. Durchl. die Ihro von Gott anvertrauete Lande und Leute bis herzu aufs mildeſt regieret, ſo ſie dann auch „ferner zu thun gemeinet, nichts mehr wünſchende, als daß *ihre liebe Unter*„thanen von dergleichen Laſten verſchonet bleiben mögten.“ Wenn dieſer gnädige und gerechte Fürſt des Biſchofs von Münſter Sätzen beigepflichtet hätte, ſo wäre gewiß die Einwendung der Stände, daß dem Lande ein mehres, als der Reichs- und Creisſchluß mit ſich bringet, aufgebürdet ſey, als unerheblich verworfen. An deſſen ſtatt aber iſt in denen Landesabſchieden und Reverſalen ausdrüklich eingeräumet, daß der Beitrag zur Armatur nur ſo lange dauren müſſe, als die Reichs- und Creisſchlüſſe ſolches erforderten, und unter andern im Landtagsabſchied vom 2ten Dec. 1672. die Verwilligung der Creispraeſtandorum mit dem Beding geſchehen, „daß, wenn die Verfaßung des Creiſes wegen, ehender ceßiren und aufgehoben werden mögte, man auch von Seiten „der Landſtände dazu nicht verbunden ſeyn wolle.“ Es wurde ferner vorbehalten, daß die vermöge Creisſchluſſes eingewilligte Geldſummen, „und in Behuf „deſſelben unterhaltene Mannſchaft zu keinem andern Ende, als der Creisſchluß „vermag, und nachführet, zur Defenſion Creiſes und Reichs gebrauchet und „verwandt werden ſolle, wie auch daß der Stift mit keiner fernern Mannſchaft, „als ſich das Quintuplum & Triplum belauft, beleget werden, ſondern wo dem „zuwider mehrere Völker darin geſchicket würden, der Bürger und Bauersmann

„den-

„denſelben nichts mehr, als das bloſſe Obbach zu geben ſchuldig ſeyn, und was „gedachte mehrere Völker darüber verzehren, oder ſonſt für Koſten dem Stift „und deſſelben Eingeſeſſenen verurſachen, ſolches an dem monatlichen Contin„gent der Contribution einbehalten, auch ſonſten denenſelben gut gemachet wer„den ſolle.“

§. XVII.

Deſſen fernerer Beweiß.

Auch fehlet es an neuern Beweißthümern nicht, daß die Beurtheilung der Frage: Ob eine Armatur nöthig, mithin das Land, was dazu erfordert wird, herbey ſchaffen müſſe? von des Landesherrn Gutbefinden keinesweges dergeſtalt abhänget, daß ſich die Landſtände demjenigen blindlings unterwerfen müſſen, was jener gut findet. In der Reichskündigen Mecklenburgiſchen Sache iſt derſelben Recht durch verſchiedene gerichtliche Erkenntniße beſtärket, und am 17ten Aug. 1689. dem Herzog von Mecklenburg-Güſtrow auferleget, Ritter- und Landſchaft wegen Recrutirung des in Ungarn geſtandenen Regiments zu verſchonen, und ſelbige gänzlich ab- und einzuſtellen. Es wurde ferner nach einer durch den General Geſchwind vi Commiſſionis Caeſareae bewerkſtelligten Unterſuchung der Frage: Ob Dömitz eine Veſtung, und deren Erhaltung nöthig ſey? am 7. Julii 1698. und 10 Nov. 1699. Ritter- und Landſchaft vertheilet, zu Unterhaltung ſolches Platzes 35394. fl., mithin nicht alle Armaturkoſten, welche der Landesherr verlangte, aufzubringen, ſondern vielmehr dieſer am 22ten Maj. 1699. angewieſen, mehrers nicht zu begehren, als was die ohnumgängliche Noth und Conjuncturen erfordern. Endlich iſt Herzog Carl Leopold von Mecklenburg am 24. Dec. 1714. ſchuldig erkannt, ſich der Einziehung der wegen des *Militis* perpetui verkündigten Reichsſteuren zu enthalten, auch was daran und ſonſt erhoben, und exequiret worden, zum Landkaſten zu reſtituiren, mithin am 4. Febr. 1716. die wider ſolches Concluſum eingewandte Reſtitutio in integrum abgeſchlagen. Gleichergeſtalt hat das Kaiſerliche Cammergericht am 26. Sept. 1727. in Sachen der Unterthanen des Fürſtenthums Naſſau-Siegen Reformirten Theils wider Herrn Friederich Wilhelm Fürſten von Naſſau-Siegen erkannt: daß beklagte Landesherrſchaft bey dem jure collectandi und bey der Macht die Contributiones zu vermehren und zu vermindern, zu ſchützen ſey, jedoch alſo und dergeſtalt, daß ſolches Recht Reichsconſtitutionsmäßig gebrauchet, und zu beſtändiger Unterhaltung der Grenadiercompagnie Garde keine Schatzung, ſondern allein zu Beſtreitung der Reichs-Creis- und allgemeinen Landeslaſten ein denenſelben proportionirtes Quantum an Schatzung ausgeſchrieben werde; welche Urthel ſo gar in einem Lande, worin ſich keine Stände finden, dem Fürſten das Recht verſaget, nach Willkühr aus der Unterthanen Beutel, Sol-

baten zu unterhalten. Im Jahr 1746. hat das Kaiſerliche Cammergericht in Sachen der Lippiſchen Landſtände wider die Gräfliche Landesherrſchaft erkannt: daß dem Lande kein mehrer Unterhalt der Militz aufzubürden, als welchen die Reichs- und Creisſchlüſſe erfordern. Die Urthel enthält mehrere gegenwärtige Materie erläuternde Erkenntniſſe, daher ich ſie dem Leſer ganz mittheilen will: „In Sachen der Landſtände von Ritterſchaft und Städten in der Grafſchaft „Lippe, Klägern eins, wider die Gräfliche Lippe-Dettmoldiſche Vormundſchaft Be- „klagte andern Theils, Mandati de ſolvendo reſidua ſalaria ſ. de non amplius „contraveniendo vero Conſtitutionibus Provincialibus, non gravando collectis, „exactionibus iniquis & inſolitis contra leges Imperii & Majorum C. C. iſt das „durch Lt. Gondela (97) übergebene Productum als überflüßig ad Acta nicht „gelaſſen, ſondern die Sache von Amtswegen vor beſchloſſen angenommen, dar- „auf mit Verwerfung der von Dr. Meckel eingewendeten Exceptionen fori prae- „venti & illegitimationis, allem Vor- und Anbringen nach zu Recht erkannt „daß ſo viel das

„Erſte Gravamen betrift, von der Landesherrſchaft, jedoch unter Vorbe- „halt des derſelben alleinig zuſtehenden juris collectandi, keine Contributiones „eigenmächtig ohne derer Landſtände Bewilligung angeleget, ſondern hierunter „denen Reichs- und Creisſchlüſſen, auch denen Lippiſchen Landtagsabſchieden, „landesherrl. Reverſalien, und Verträgen durchaus gemäß in allweg verfahren;

„Zweitens: die von der Landesherrſchaft und Landſtänden hierüber ge- „meinſamlich gemachte Repartitiones ohngeändert gelaſſen, einfolglich einſeitig „nicht abgeändert;

„Drittens: Die Rechnungen über ſämmtliche Reichs- Creis- und Landſteu- „ren in gehöriger richtig verfaſſeter Rechnungsform denen Landſtänden vorge- „legt, und ſelbigen vor gemeinſamer Zuſammentretung vorderſamſt eine ſpe- „ciale Einſicht beſagter Rechnungen zu Verfaſſung ihrer Monitorum hinlänglich „verſtattet, hernächſt die wirklich gemeinſame Abhör unter Directorio der Lan- „desherrſchaft vorgenommen werden ſolle.

„Viertens: Bey der Landcaſſa verbleibt der Landesherrſchaft die Ober- „landesherrliche, denen Landſtänden aber die gemeinſame Mitobſicht und Ad- „miniſtration, als aus welcher Caſſa keine Gelder von Gräfl. Cammer oder durch „ſonſtige proviſoriſche Verordnungen zu nehmen, noch ſolche zu andern fremden, „dahin gehörigen Ausgaben zu verwenden: So viel aber die dißfalls anverlang- „te Unterſuchungscommiſſion betrifft, iſt ſein Lt. Gondela gethanes Begehren „N. z. Z. abgeſchlagen, hingegen denen beeden Theilen aufgegeben, nach dem „(45) Lit. p. beſchehenen Anerbieten durch beederſeits ernennende Deputatos die

„Rech-

„mungen über die von Zeit der Vormundſchaft a Statibus bewilligte, und ſo=
„wohl der Cammer, als Landcaſſa aſſignirte, und vom Land bezahlte Gelder
„gemeinſamlich unterſuchen, und berichtigen zu laſſen.

„Fünftens: Von Zeit der Veräuſſerung des Amts Sternberg ſtehet von
„der Gräflichen Vormundſchaft, das davon fällige Quantum contribuabile in
„Anſehung derer Reichs=Creisſteuren und darauf haftenden Quanti derer Land=
„ſchulden, ſowohl vor das verfloſſene, als zukünftige, dem darunter praegravir=
„ten Lande reſpective zu vergüten und abzunehmen: So viel aber die extraor=
„dinaire Bewilligung betrift, bleibet denen Landesſtänden auf dieſen Abgang
„in Zukunft benöthigte Reflexion zu machen, hiemit ohnbenommen, ſondern vor=
„behalten: Hingegen iſt ſolcher Geſtalten.

„Sechſtens: denenſelben die anverlangte Communication des Wieder=
„kaufcontracts und der Rechnung über die erhobene Sternbergiſche Wieder=
„kaufsgelder hiemit abgeſchlagen, und beklagte Vormundſchaft hievon abſolviret.

„Siebendens: Seynd die Landſtände zu Unterhaltung der Creismilitz ſo
„wohl in Kriegs= als Friedeszeiten nach denen vorliegenden Reichs= und Creis=
„ſchlüſſen allerdings verbunden, dahingegen aber auch von der Landesherrſchaft
„denenſelben unter keinerley Vorwand, wie er auch ſeyn mögte, ein mehrers,
„als nach ermeldeten Reichs= und Creisſchlüſſen darzu erforderlich, aufzubürden.
„Fortan ſeynd die eingeklagte doppelte Creislaſten ohnverweilt abzuſtellen, pro
„praeterito aber die Unterſuchung deſſen zu der eben in 4. Gravamine bemerk=
„ten gemeinſamlich niederzuſetzenden Deputation hiermit verwieſen. Uebrigens
„von wegen der Schloßguarde iſt Dr. Mecken, was ſich dießfalls annoch in ſpe-
„cie zu handeln gebühret, Zeit 2 D ſub praejudicio anberaumet.

„Achtens: Hat derer Landſtände nachſuchende Befreyung von der Bürg=
„ſchaft, in Anſehung des auf der Meyerey Breda und Tabacfabrique haftenden,
„und dafür gutgeſprochenen namhaften Capitals noch zur Zeit nicht ſtatt, hin=
„gegen ſoll die Gräfliche Vormundſchaft den werkthätigen Bedacht auf deſſelben
„baldige Wiederablöſung, und damit denen Landſtänden verſchaffende Liberation
„nehmen, förderſamſt aber das Unterpfand, ſamt der abgängigen zu der Meye=
„rey Breda gehörigen Schafhut, denen Landſtänden zu ihrer freyen ohnbeein=
„trächtigten Adminiſtration und Aufſicht, nach klarem Inhalt derer (20) & (21)
„befindlichen Obligationen bis zum völligen Abtrag Capitals und Intereſſe wie=
„derum einräumen, und ratione praeteriti von der bisher geführten Interims=
„adminiſtration Rechnung vor der ohnehin niederzuſetzen anbefohlenen Depu=
„tation abſtatten laſſen:

„Neun=

„Neuntens: Die Juſtizpflege hat die Landesherrſchaft denen Reichs„geſetzen, und Lippiſcher Land- und Hofgerichtsordnung, auch ſonſtiger wohl„hergebrachter Landesverfaſſung gemäß durch die dazu verordnete Juſtizcollegia „und Inſtanzen ohnpartheylich und ohnbeeinträchtiget adminiſtriren zu laſſen, „die allda anhängige oder dahin gehörige Sachen nicht zu avociren, noch weni„ger der Gräflichen Rentcammer eine ganz ohnzuläßig und ohnbefugt ſich an„maſſende Cognition in Juſtizſachen fürterhin zugeſtatten, vielmehr denen Ge„richten ihren ſtracken Lauf zu laſſen, dieſelbe unter keinem Schein, ſo lang ſie „ſich denen Rechten und denen Ordnungen gemäß verhalten, bevorab ohnge„hörter Dingen durch Inhibitiones oder ad nuda partium narrata erſchleichende im„mediat, und theils gegen einander laufende Reſolutionen zu hindern, am aller„wenigſten aber rechtskräftig gewordene Judicata durch neuerliche anordnende „Commißiones in neue Unterſuchung und Rechtfertigung ziehen, und die be„reits vollzogene Executionen ſuſpendiren oder gar aufheben zu laſſen, ſondern „all ſolche Reichsgeſetz- und Landesverfaſſungswidrige Vorgänge ohnverlängt „abzuſtellen, und nach eigenen Anerbietungen und Erklärung (45) Lit. I. & „P. hierunter ohneingeſtellte Remedur zu verſchaffen.

„Zehentens: Iſt der landesherrlichen Vormundſchaft die Abführung „derer Salariorum an die Geiſtliche und weltliche Bediente ſowohl de praeterito, „als pro futuro ohneinſtellig zu bewerkſtelligen, hiemit nachdruckſam aufgegeben.

„Eilftens: Seynd die ausgethane Meyerhöfe vor mehr bemeldter nie„derzuſetzen anbefohlenen gemeinſamen Deputation zu berechnen, und annebens „die (67) gethane vormundſchaftliche Erklärung zum wirklichen Vollzug zu „bringen.

„Dabey ſich die Gräfliche Rentcammer der Adminiſtration der privat„gutsherrlichen Höfe in Zukunft weiter nicht anzumaſſen, ſondern die dießfal„ſige Anordnung denen Beamten der Landsordnung und Verfaſſung gemäß zu „überlaſſen hat. Endlich und

„Zwölftens: Iſt das Land mit militariſchen Executionen auſſer in caſu „oppoſitionis gänzlich zu verſchonen.

„Hierauf iſt Dr. Meckel glaubliche Anzeige zu thun, daß ſolchergeſtalten „denen ausgangen, verkündigt- und reproducirten Kaiſerlichen Mandaten ge„horſamſt gelebet ſey, und in Zukunft gelebet werden wollen, Zeit 3 ☽ p. t. & „p. von Amtswegen angeſezt, mit dem Anhang, wo er ſolchen alſo nicht nach„kommen wird, daß ſeine Frau und Herr Principalen jezt als dann, und dann „als jezt in die Poen berührten Mandatis einverleibet, hiermit erkläret, fernere „Proceß auch erkannt, daß ſie die Gerichtskoſten derentwegen aufgelaufen

„Klä-

„Klägern nach rechtlicher Ermäßigung zu entrichten, und zu bezahlen ſchuldig „ſeyn ſollen.“ Es lehret daher mit gutem Grunde der Cammergerichtsaſſeſſor von LUDOLF *Symph. I. Conſult. 6. p.* 155.: Si quis imperantium contributiones indicere velit, ſub praetextu utilitatis & neceſſitatis publicae, tunc audiri ſubditos merito in judiciis Imperii, ibique probandam eſſe neceſſitatem a Domino territorii; und der Reichshofrath von ANDLER *Jurisprud. Lib. I. Tit. 5. P.* 10. *n.* 49: An fortalitia ſint neceſſaria, & paci publicae provinciaeque utilia, illam cognitionem a Caeſarea Majeſtate, judicio Directoris circuli & Domini territorialis dependere. Jmgleichen ſchreibet Herr MOSER *in Compend. Jur. publ. Lib.* 4. *c.* 20. §. 14: „Doch kann ein Landesherr ſeine Landſtände und Unterthanen „weder zu Kriegs- noch Friedenszeiten nöthigen, eine mehrere Mannſchaft zu „verpflegen, als ihme dem Landesherrn nach der Reichs- und Cerisverfaſſung „betrift, oder er nebſt dem Landesausſchuß zu Beſchützung des Landes vonnö„then hat; und KEMMERICH *Introd. in jus publicum Lib. 7. c. 7.* §. 69: Quaenam fortalitia, quanta militum copia ad defenſionem provinciae neceſſaria ſint cenſenda, a Domino quidem territoriali, ſed ex conſilio tamen & conſenſu Statuum provincialium definiendum erit. Inter hos ſi convenire nequeat, res a ſuperiori judicio decidenda erit.

§. XVIII.

In welchen Fällen die Unterthanen verbunden, zur Armatur ein mehres aufzubringen, als die Reichs- u. Creisſchlüſſe erfordern.

Was für eine Nothwendigkeit wird aber erfordert, um von den Unterthanen ein mehres als Reichs- und Creisſteuren, Behuf der Armatur beitreiben zu können? CONRING *in Commercii Epiſtolico - Leibnitiani Tom. Prodrom. P. I. p.* 310. hält dafür, tum demum res Germaniae omnino fore ſecuras, quando militia illa mercenaria noſtra in minore fuerit pretio, & ratio armorum obtinuerit iterum, quae omnibus apud nos fuit ſeculis ante hos centum quinquaginta circiter annos. Dieſes mögte aber wohl niemals geſchehen. Jn den mehreſten Reichen und Landen iſt eine ſolche Einrichtung gemachet, daß unaufhörlich ein ſtarkes Kriegesheer unterhalten werden kann. Solches ſcheinet alle und jede zu nöthigen, ſich in eine Gegenverfaſſung zu ſetzen, damit ſie nicht ohnvermuthet unterdrücket werden. Jch geſtehe gern, daß es in vielen Staaten die Klugheit erfordert. Die Regel leidet jedoch ihre Abfälle. Jn manchem Lande iſt eine Armatur ſehr unnütz, und dienet vielmehr zum Verderben, als zur Erhaltung deſſelben. Es giebet in Teutſchland Fürſtenthümer, Graf- und Herrſchaften, welche ſich ſo wenig wegen ihrer Schwäche mit eigenen Kräften, als wegen ihrer Lage durch Vereinigung ihrer und ihrer Bundesgenoſſen Kräfte ſchützen können, ſondern deren Wohlfart lediglich von der Erhaltung des Teutſchen Staatskörpers abhänget. Die mächtigen Nachbaren ſpotten ihrer, wann ſie zu den Waffen greifen, und ſie machen ſich dadurch mehr verhaſſet, als furchtbar.

Erfordert das gemeine Beſte des Teutſchen Reichs, daß ein jedes Glied ſeine Kräfte anſpanne, um denen Widerſtand zu thun, die uns zu unterdrücken ſuchen, ſo wird ſolches gemeiniglich durch Reichs- und Creisſchlüſſe kund gethan, welche diejenige billig erwarten, ſo nicht hoffen können, ſich mittelſt einer Particularverfaſſung in Sicherheit zu ſtellen, wenn nicht ſolche Umſtände fürhanden, die es zu keinen Reichs- und Creisſchlüſſen kommen laſſen, obwohl man an der gemeinen Gefahr nicht zweifeln darf, wie wir dieſes in den leztern Interregnis nach dem Tode Kaiſers Carl VI. und Kaiſers Carl VII. erlebet haben. Alsdenn ſetzet ein jeder ſich billig in die Umſtände, zu ſeiner und ſeiner Mitſtände Beſten das Nöthige beitragen zu können, und die Landſtände thäten übel, wann ſie ſich weigern wollten, zu ſolchem Behuf vor erfolgtem Reichs- und Creisſchluß eine Verwilligung zu thun. Ihre unzeitige Sparſamkeit kann die böſeſten Wirkungen haben, und würden die Unterthanen an manchem Ort ſehr übel fahren, wenn man abdanken, mithin die Erhaltung des Landes auf den guten Willen der bewafneten Nachbaren wolte ankommen laſſen. Hingegen haben diejenige groſe Urſach einen Militem perpetuum zu verbitten, welche nicht ohne Wahrſcheinlichkeit muthmaſſen, daß ihn der Landesherr vielmehr zu ihrer Unterdrückung, als zu ihrer Vertheidigung gebrauchen werde, wie es an manchen Ort geſchiehet (a).

Man dehnet auch meines Ermeſſens die landesherrlichen Rechte zu weit aus, wenn den Unterthanen der Recurs an den Kaiſer nur erlaubet wird, dafern der Landesherr durch eine anzuordnende Specialverfaſſung das Land ganz und gar ruiniren, und inutil machen wollte (b). Das Herkommen und die Reichsgeſetze ſetzen ſeinem juri collectandi engere Schranken, und vermöge derſelben ſind die Unterthanen nur mit Steuren zu belegen, wenn es die Reichs- und Creisſchlüſſe, oder die Wohlfart des Landes erfordert. Dafern demnach die Defenſionsverfaſſung keinen wahren Nutzen hat, ſo weigern ſich die Stände billig dazu etwas herzugeben, wenn es gleich geſchehen könnte, ohne die Laſttragende Unterthanen an den Bettelſtab zu bringen. Denn die Landesherrſchaft iſt auch von deren Ueberfluß auſſer dem Nothfall nicht Meiſter.

Die Baſelſche Urthel ſtehet mit demjenigen, was ich bisher angeführet habe, wohl zu reimen. Weil die Landesgeſetze den Biſchof nicht verbunden, nur mit Einwilligung der Stände Bündniſſe zu machen, ſo iſt dieſe landesherrliche Befugniß von ihnen widerrechtlich in Zweifel gezogen, und man hat billig erkannt, daß die zur Errichtung oder Erneuerung ſolcher Bündniſſe erforderte Koſten aus den gemeinen Landesgeldern beſtritten werden ſollen, da es alſo hergebracht iſt. Denn von dieſen Koſten redet die Urthel vermuthlich nur,

und verurtheilet das Land nicht, alles herbeizuſchaffen, was der Biſchof ſeinen Bundesverwandten, zur Beſchwerde der Unterthanen, ohne Nothwendigkeit, neuerlich verſprechen mögte.

(a) Vassor Hiſtoire de Louis XIII. *Tom. IV. p.* 239.

(b) Herr Hofrath Jargow in den Anmerkungen über Struvii Discours von den Landſtänden in Teutſchland *c. 6. n. 6.*

§. XIX.

Ob ohne der Stände Conſens Veräuſſerungen vom Landesherren geſchehen können?

Ich habe in meinen *Obſervationibus Juris & Hiſtoriae Germanicae p.* 191. die Lehre derjenigen in Zweifel gezogen, welche dafür halten, daß den Reichsſtänden keine Veräuſſerung erlaubet ſey, wenn nicht ihre Landſtände darin willigen, und trage annoch Bedenken ſelbiger beizupflichten, weil in ältern und neuern Zeiten eine große Menge ſolcher Veräuſſerungen geſchehen, wozu die Stände und Unterthanen überall nicht gezogen ſind. Die Miniſteriales und Vaſalli mußten ſich ehemals gefallen laſſen, daß man die Gerechtſame, ſo Fürſten und Herren über ſie ſelbſt zuſtunden, nach Willkühr und Wohlgefallen andern verkaufte und vertauſchte. Der Bürger und Bauern Anſehen war auch an den wenigſten Orten ſo groß, daß ſie ſich dergleichen Handel widerſetzen dürfen. In neuern Zeiten hat die Gewalt unſerer Fürſten einen ſolchen Zuwachs bekommen, daß man heutiges Tages um deſtomehr der Unterthanen Einwilligung für überflüßig hält, und ihnen ſolche Veräuſſerungen nur zu eröfnen pflegt, wenn ſie zur Vollkommenheit gediehen ſind, weswegen denn, als die Bremiſche Ritterſchaft Anno 1676. bey Sr. Kaiſerl. Majeſtät gegen die beſorgende Zergliederung des Herzogthums Vorſtellung thate, ſie billig nicht dafür hielte, daß ihr Widerſpruch die Sache hindern könne, ſondern ſich alſo heraus ließ: „Unſers wenigen Orts kann und muß es uns endlich gleich ſeyn, wie die Verfaſſung beſtellet „werde, wenn nur nicht weniger jetzo als jenesmal per dictum §. finalem Art. „10. des Oßnabrückiſchen Friedensſchluſſes zugleich mit auf die jura Ordinum & „ſubditorum allergnädigſt regardiret wird. Dennoch aber, wenn unſer allerunterthänigſtes Verlangen etwas contribuiren könnte, würde ſolches die größte Vergnügung haben, wenn es bey uralter Regierungsform könnte gelaſſen werden „(a).“ Es iſt Rhetius *Inſt. jur. public. Lib.* 2. *Tit.* 32. §. 7. mit mir gleicher Meinung und bemerket, plures alienationes, licet nec neceſſarias, in Inſtrumento Pacis eſſe factas, ubi ſubditorum conſenſus in ſui alienationem non deſideratus, neque in voluntariis venditionibus, niſi obſtent reverſales, hodie operoſe requiri ipſorum aſſenſum, ſed alienationem ipſis per modum civilitatis, non neceſſitatis indicari. Der Herr Baron von Spon ziehet in ſeinen *Remarques* über die Wahlcapitulation Kaiſer Carl VII. *p.* 263. die Regel zwar in keinen Zweifel.

Er nimmt aber die beiden Fälle davon aus, wenn 1) der Herr oder ſeine Vorfahren das Land den Unterthanen zu danken haben, oder auch 2) dieſe billig fürchten, daß ſie unter der neuen Herrſchaft übel fahren werden. Nun habe ich 1) im erſten Theil *p.* 64. bereits angemerket, daß die landesherrliche Hoheitsrechte von der Unterthanen freiwilliger Unterwerfung groſſentheils herrühren. Da ſie aber nicht ausdrüklich bedungen, daß der Landesherr die ihm mitgetheilte Gewalt ohne ihre Einwilligung keinem andern übertragen ſolle, vielmehr es öfters geſchehen laſſen, ſo ſchließet ſolches die Vermuthung aus, daß man Fürſten und Herren eine geringere Gewalt über andere Unterthanen gegeben, als ſie über die Dienſtleute übten, welche ſich ebenfalls gutentheils denenſelben freiwillig unterworfen haben. 2) Redet Herr Baron von Spon von dem Fall, wenn die Furcht der Unterthanen, daß ſie um ihre Gerechtſame kommen werden, daher entſtehet, weil der neue Herr ſolche in Zweifel ziehet, ſo habe ich wider ſeine Lehre nichts einzuwenden. Sonſten aber mögte die Beſorgniß, daß die neue Herrſchaft gegen ihre Verſprechen handeln, und die in Händen habende Gewalt zu des Landes Unterdrückung einſt brauchen werde, der Richter ſo wenig beachten, als er einem gütigen und gerechten Herrn verbieten wird, ſeine Hinterſaſſen und Meyerleute jemanden zu verkaufen, der viele Proben von ſeiner Härte und Ungerechtigkeit gegeben hat.

Zwar fehlet es an Exempeln nicht, daß die Landſtände zu dergleichen Geſchäften gezogen worden. Dieſe aber ſetzen 1) vielfältig beſondere Privilegia voraus. Ein ſolches findet ſich im Herzogthum Weſtphalen, beſage der Erblandesvereinigung d. 1590. in welcher es heiſſet: „Item des Erzſtifts Schlöſ„ſer, Städte und Aemter in Weſtphalen ſoll er (der Erzbiſchof) hinführo nicht „veräuſſern oder verſetzen und verpfänden, bauſſen Rath, Wiſſen und Willen „Dechant und Capituls, auch der Weſtphäliſchen Ritterſchaft und Landſchaft (b). Von der Steyermarck und dem Elſaß habe ich in beſagter Obſervation ein gleiches dargethan. Wann auch 2) in einem Lande alle wichtige Regierungsſachen auf Landtagen abgehandelt worden, ſo hat man daſelbſt gleichfals über die Veräuſſerungen gerathſchlaget, welches die Regeln der Klugheit beſonders erforderten, um zu verhindern, daß die Landeseingeſeſſene nicht unter dem Vorwand, als würden ihre Rechte geſchmälert, oder der Handel ſey ſonſt unverbindlich, ſich dem neuen Herrn widerſetzen mögten; woraus nicht folget, daß ſie einer ihren Rechten unnachtheiligen Veräuſſerung, der es ſonſt an keiner rechtlichen Erforderniß fehlet, widerſprechen dürfen, und das Geſchäfte dadurch hemmen können.

(a) Lynigs Reichscanzley *P. III. p.* 344.

(b) Ej. Reichsarchiv *Part. Spec.* erſte Abtheilung *p.* 450. und FABRI Staatscanzley *Part. IV. pag.* 511.

§. XX.

Eben dieſe Bewandniß hat es mit den Theilungen der Länder. Von den Oeſterreichiſchen Ständen lieſet man in Chron. Auſtr. beim Herrn Reichshofrath von SENCKENBERG *Select. Tom.* 5. *p.* 58. 59.: „Darnach hub an die „Landſchaft zwiſchen den obbenanten Herren und Fürſten mit Hülf und Rath „Herzog Ludewigs von der Regier wegen des Landts zu thädingen, und hiet„ten ſich gern darin geaint, daß ſie aber nicht gethun möchten. In der Zeit „reitt Herzog Ludewig zu Wien von dan, und riette den Landleuten daß ſie „thetten als getreue Landleutt an Ihrer Herrſchaft, und lieſſen ſie mit Krieg „Inn ainander nit wachſen, und an den Sontag nach St. Veits Tag wüerden „an Thädung zwiſchen denen Fürſten von der Regier und der Stadt Wien wegen „abgeſchlagen und zerſtoſſen, wann die zween Herren Herzog Albrecht und „Herzog Sigmundt das Lanndt Oeſterreich und die Stadt Wien nur wolten „getheilt haben mit dem Römiſchen Kaiſer damit ein jeder Fürſt inſonderheit ſein „Regier hett gehabt, das Inen aber die Landtſchaft nicht wolt überhengen;“ Und Graf KHEVENHULLER meldet *in Annalibus Ferdinand. Tom. V. p.* 1875. es ſey die Zerſtück- und Zertheilung wider der Oeſterreichiſchen Länder Privilegen; deren man nicht bedurft hätte, wenn ſie den gemeinen Rechten zuwider liefe. Auch war es ein beſonders Vorrecht der Hollſteiner, daß ſie aus den Söhnen ihres Herrn ſeinen Nachfolger erwählen können, wie Henr. RANZOVIUS *in Cherſon. Cimbr.* beim Herrn von WESTPHALEN *Tom. I. p.* 5. alſo bezeuget: Liberam horum Ducatuum Status ex Regum & Principum ſuorum filiis quemcumque velint eligendi proteſtatem habent. Quod privilegium ſpeciali quodam Chriſtiani I. beneficio promulgatum ipſis eſt, cum poſt obitum Ducis Adolphi, Comitis Holſatenſis ac Schawenburgenſis, avunculi ipſius ſine heredibus extincti in Ducem electus a provincialibus confirmaretur. In den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen führte Anno 1367. Herzog Magnus das Recht der Erſtgeburt ein, und theilte zugleich ſeinen Räthen (welche aus der Landſchaft waren) und den vornehmſten Städten das Recht, einen Landesherrn aus ſeinen Erben zu erwählen, wenn der älteſte nicht tüchtig dazu wäre, folgender Geſtalt mit: „Vortmer ſcullet deſſe vorbenannte Land Brunſwick und Lüneborgh und alle deſ„ſen Landen und Slotten de da nu to höret, und noch to kommen möget, alſe „unſe Veddere Herr Wilhelm vorbenant und Hertoge Magnus unſe Vadere, „de nu hebbet, eyn Herſcop ewilicken bliven und ungezwiget, und Land und „Lüde vorbenamet ſcullet nicht men eynen Heren dem eldeſten huldigen, oft he

Auch Erbtheilungen u. Erbverbrüderungen gemacht werden mögen.

„dar bequeme to were; Were he dar nicht bequeme to, ſo ſcolde unſe Rad, den „we na unſeme Dode laten, eynen unſen rechten Erven keſen de en to der Her„ſcop düchte beqvem weſen. Conden ſe des Kores nicht eyntellich werden, und „weme de Rad to Brunſchwig to Lüneborgh, to Hannovere und to Vliſſen „endrechtlicken to vellen in dem Kore, den ſcolden deſſe Land vor eynen „Heren holden, und de ſcolde all deſſe vorſcreven Stücke dun und holden „alſe vore und in ſcreven ſtaad (a). Vielfältig hat man die Entſcheidung der Succeßionsſtreitigkeiten auf die Landſchaft ankommen laſſen, und heiſſet es in dem eben gemeldeten *Chron. Auſtr. p.* 62.: „Darauf ward durch die Landſchaft „ayn ſolch Weg fürgenommen und betracht zwiſchen den obgenandten Herrn und „Fürſten von derſelben Regier wegen, daß ein Tag ſoll geſetzet werden auf die „Lichtmeß, bey ſelben Tag mit Vleiß man verſuchen ſolt, ſie von der obgenand„ten Regier wegen überein zu bringen. Wär aber, daß man die Herren nicht „geaynen möcht, daß dann ein Landtag wuerdt ausgeſchrieben, bey denſelben „Landtag dann mit Recht durch die Landſchaft ſolt ausfündig gemachet werden, „ob der Römiſch Kayſer die Stadt zu Wiene allein regieren, oder ob Herzog „Albrecht die ehegenandt Regier mit ihme haben ſolt. Daß die obgenandten „Fürſten und Herren auch vervolgen, und darauf ward geſchaft von der Land„ſchafft mit den Bürgern der Stadt zu Wien, daß ſie den dreyen Fürſten ayn „jeden zue ſeiner Gerechtigkeit ir gewühnlich aidt thun ſolten, daß ſie theten an „St. Peters und Pauls Abend in dem Brobſthof zu Wien.“ Noch in neuern Zeiten Anno 1597, hat Graf Simon von der Lippe, in ſeinem Teſtament verordnet: „Wofern auch künftig unter unſern Söhnen und Folgern einig Unmuth, „Widerwille oder Mißverſtand entſtehen würde, ſo ſoll ſolcher Mangel und Ge„brech unter ihnen durch innerliche Entſcheidung und billigmäßig Zuſprechen der „Ritter- und Landſchaft nach altem und löblichen Gebrauch brüderlich und freund„lich aufgehoben und verglichen werden (b);“ welches deſtoweniger zu bewundern, da vielfältig Fürſten und Herren ihre Streitigkeiten der Landſtände Beurtheilung übergeben haben, wie aus meinen *Obſervationibus Juris & Hiſtoriae Germanicae Obſ.* 5. §. 4. erhellet, und wovon mehrere Exempel zu finden in Mosers *Wurtenbergia diplomatica p.* 91. Trevers Münchhauſiſcher Geſchichtserzehlung im Anhang *p.* 265. Horns Lebensgeſchichte Churfürſt Friederich des Streitbaren von Sachſen *p.* 393. Mullers Reichstags-*Theatro* unter Maximilian *I. P. I. p.* 125. Senckenbergs Sammlung *P. I. p.* 26. Hofmanns Sammlung *P. I. p.* 136. 142. Grupens *Obſervationibus p.* 636. und Pistorii *Amoenitatibus hiſtorico-juridicis P. IV. p.* 996. In Mecklenburg will man zwar der Ritter- und Landſchaft nicht einräumen, eine Thei-

lung

lung des Landes hindern zu können. Hat dieſelbe aber über die Art und Weiſe ſolcher Theilung vernommen, und ſie beſtehet billig darauf, daß ihr durch dieſelbe kein Präjudiz zugezogen werden dürfe (c). Als Anno 1689. der Fürſt von Anhalt denen Lauenburgiſchen Ständen anmuthete, ihn für ihren Landes-Herrn zu erkennen, antworteten ſelbige, „daß ſie nach dem Exempel der löb„lichen Vorfahren, und an das uralte Herkommen ſich halten, dem Fürſtl. Re„verſal und Union von 1585. folgen, und den neuen Landesherrn, wie damals „geſchehen, und bisher wohl geglücket, von Jhro Kaiſerl. Majeſtät und dem „heiligen Römiſchen Reich erwarten wolten. So viel die höchſte Chur- und „Fürſtliche bekannte und unbekannte Prätendenten anlangete, wäre ſolches ein „Werk, das der Ritter- und Landſchaft zu hoch, und auſſer deroſelben Macht, „daß ſie alſo die Hände daraus, und das Werk auf ſich ſelbſt beruhen laſſen, „und keinem der höchſten Prätendenten präjudiciren müßten (d).“ Aus dem bisher angeführten folget, daß auch Erbverbrüderungen ohne der Landſtände Zuthun errichtet werden könnnen, wenn die Landesgeſetze deren Einwilligung nicht erfordern, und Lehret STRYK *de Succeſſione ab inteſtato, Diſſert.* 8. *c.* 7. §. 27. ganz recht, conſenſum Statuum utiliter quidem accedere, neceſſarium tamen non eſſe: dem WERLHOF *Jur. Germ. Enucl. Sp.* 2. *p.* 117. beipflichtet. Es ſchreibet zwar LUDEWIG *in Conſ. Hallenſ. Tom. II. p.* 992. daß nach Betſii und aller andern Rechtsgelehrten Zeugniß in vorigen Zeiten ſich kein Landesfürſt mit einem andern Hauſe in Erbverbrüderungen einlaſſen dürfen, ohne daß er der Landſtände Einwilligung vorher erhalten und geſuchet habe, worin ſich die neuern nicht zu finden wüßten. Es geſchiehet aber in vielen Erbverträgen der Landſtände überall keine Meldung. In einigen iſt ihnen befehlsweiſe auferleget, den Erbverbrüderten die eventuale Huldigung zu leiſten, und wenn der Handel mit ihrer Zuziehung geſchloſſen worden, es nicht aus rechtlicher Nothwendigkeit, ſondern in der Abſicht geſchehen, ſich ihres Gehorſams auf den Erledigungsfall ſo viel beſſer zu verſichern.

(a) HOFMANNS Sammlung ungedrukter Nachrichten *P. I. p.* 190.

(b) LUNIGS Reichsarchiv Part. Spec. Cont. II. ſechſte Abhandlung von Grafen und Herren *p.* 100.

(c) Herr JARGOW in den Anmerkungen über Struvii Diſcurs von Landſtänden in Teutſchland *c.* 4. *n* 20.

(d) LUNIGS Reichscanzley *P. IV. p.* 755.

§. XXI.

Wiefern dieſelbe zu

Wie über Religionsſachen auf Landtagen gerathſchlaget, und insonderheit die Evangeliſche Religion in den mehreſten Ländern mit der Stände Ge-

nehm-

denen die Religion betreffenden Geſchäften zu ziehen?

nehmhaltung eingeführet worden, hat der gelehrte Herr Hofrath BUDER in *Amoenitatibus juris publici Obſ.* 3. ausführlich erwieſen. Herr Hofrath IARGOW hält in den Anmerkungen über Struvii Diſcurs von den Landſtänden c. 4. n. 3. dafür, die Ausübung des juris circa Sacra ſtehe dem Landesherrn allein zu, ſo fern ſie durch die Landesgeſetze nicht reſtringiret iſt. Dieſes hat nun allerdings ſeine Richtigkeit, wenn keine ſolche Verordnungen gemachet werden, die der Unterthanen gegründete Befugniſſe ſchmälern. Wollte aber ein Fürſt den Gottesdienſt im Lande ändern, oder ſeiner Unterthanen Gewiſſensfreiheit neuerlich Schranken ſetzen, oder ihre Kirchengüter wegnehmen, und zu anderem Gebrauch verwenden, ſo müßte es mit deren Genehmhaltung geſchehen, wenn gleich die Landesgeſetze nicht ſolches ausdrüklich erfordern, und dieſes iſt die Urſach, warum faſt kein Evangeliſcher Fürſt die Reformation ohne ſeiner Stände Zuthun vorgenommen hat. Dem hinbeitrate, daß in ſehr vielen Landen hergebracht war, deren Gutachten über die machenden Geſetze zu vernehmen, mithin man ſie von Abfaſſung der Kirchenordnungen nicht ausſchließen konnte. Dieſe haben ihre Religions- und Gewiſſensfreiheit faſt überall durch Verträge mit der Landesherrſchaft in mehrere Sicherheit geſtellet, wovon Herr MOSER *in Diſſ. de pactis & privilegiis circa Religionem & alia eccleſiaſtica* gründlich handelt.

§. XXII.

Von Landesbeſchwerden.

Nichts iſt natürlicher, als daß man den Landſtänden *erlaube, ſich auf* Landtägen zu beſchweren, wenn ihre Gerechtſame Abbruch leiden, und daß ihnen daſelbſt, wo möglich, ſchleunige rechtliche Hülfe angedeihe. Als man den Reichsſtänden verübelte, daß ſie dergleichen Klagen auf dem Reichstag angebracht hätten, ließen ſich die Augſpurgiſche Confeßionsverwandte im Fürſtenrath alſo vernehmen: „Wie es auch nicht ungewöhnlich, ſondern von altershero „kommen, daß nicht allein von andern Particularſtänden, ſondern auch von „Städten faſt auf allen vorigen Reichstagen, wie auch auf dieſem wohl mit „Schärfe und Ungedult ihre Gravamina ohne Strafe fürbracht und erlediget „worden. Sollen nun deswegen die Städt zu ſtrafen oder mit Ungnad angeſe„hen wollen werden, würden die weltliche Churfürſten und unſere gl. F. Her„ren, auch die Creis, ſo ſich deren von Aach angenommen, ſtrafwürdig geachtet, „oder deſſen Vorweiß leiden, Unrecht haben, und wir die Geſandten müßen dies„falls Ihrer Chur- und Fürſtl. G. ſelbſt eigenen Sachen ſtrafen und vor unbil„lig halten (a).“ In einer an Herzog Heinrich Julium zu Braunſchweig und Lüneburg von den Wolffenbüttelſchen Landſtänden am 28ten Oct. 1594. abgelaſſenen Vorſtellung lieſet man folgendes: „Weil nun in dieſem Fürſtenthum „Braunſchweig von uralten Zeiten löblich hergebracht, und ſonſt im heil. Reich

„Teut-

„Teutſcher Nation nicht ungebräuchlich, daß die Stände insgeſamt, und ein je„der inſonderheit nicht allein in conventibus provincialibus, ſondern auch in ge„meinen Reichstagen ihre gemeine und beſondere Gravamina reſp. fürbringen, „und um Abſchaffung zu bitten (deſſen etliche viele Exempla in continenti fürzu„legen) zugelaſſen und erlaubet, wie wir uns dann ſolches löblichen Gebrauchs „mit nichten begeben, ſondern uns deſſelben in alle Wege vorbehalten haben „wollen.“ Anno 1618. trugen des Kaiſers Matthias Geſandten unter andern vor: „Was aber das politiſche Regiment betrift, im Fall ſich die Stände (des „Königreichs Boheim) beſchweret befinden, ihnen bevorſtehet, gebührlich in „Landtagen unter die Gravamina, altem Gebrauch nach, ſolches einzubringen, „auch Reſolution hierüber zu begehren, allermaſſen von ihrer Majeſtät unter „Deroſelben Kaiſerl. und Königl. Regierung geſchehen (b):“ Von Pommern heiſſet es in der Pommerſchen Landesverfaſſung beim Pistorius *in Amoenitatibus hiſtorico-juridicis P. IV. p.* 947.: „Weil auch Landtage darum unter an„dern gehalten werden, daß die Stände ſowohl des gemeinen Vaterlandes ver„merkte Angelegenheiten zu zeitigem Rath und Hülfe vorbringen, und erinnern, „als auch ihre Gravamina und Anliegen anzeigen, und Remedirung ſuchen mö„gen, ſo iſt denſelben frey, ſich darüber zu vereinigen, nächſt der Propoſition „der hohen Obrigkeit ſolche vorzutragen, bey den Landtagen die Remedirung „und dero Verfaſſung in dem Landtagsabſchiede zu ſuchen, geſtaltſam faſt aus „allen Landtagsabſchieden zu befinden.“ Merkwürdig iſt folgendes Erkenntniß des Kaiſerl. Reichshofraths vom Jahr 1733.: „Wird ein regierender Herzog von „Mecklenburg ernſtlich dahin angewieſen, daß derſelbe auf denen in Zukunft zu haltenden Landtagen, nicht allein die von Ritter- und Landſchaft zu übergebende „*Gravamina* annehmen und anhören, ſondern auch diejenige, ſo in den Landes„verträgen und Kaiſerl. Erkenntniſſen, inſonderheit in denen Kaiſerl. Reſolutio„nibus auf die zeithero eingebrachte Beſchwerden abhelfliche Maas erhalten, „oder ſonſt in liquidis beruhen, unverzüglich und ohne Weitläuftigkeit nach „Recht und Billigkeit noch bey jedem währenden Landtage abthun, diejenige „aber, welche altioris indaginis ſeyn, nach Maasgebung der Reverſalien durch „unpartheyiſche Commiſſarien oder Niederſetzung der Räthe, oder Parium Cu„riae erörtern, und längſtens vor dem nächſten Landtag zu gleichmäßiger billi„ger Endſchaft kommen, und gelangen laſſen ſoll (c).“ Dieſer Spruch gründet ſich fürnemlich auf die Landesreverſalen, welche alſo lauten: „Auch den all„gemeinen und ſonderbaren uns fürgebrachten Beſchwehrungen und Klagen, „welche noch nicht abgeholfen, aber dennoch klar, und auf Siegel und Briefe, „oder kundbarlichen Entwehrungen beruhen, unverzüglich und ohne ferner Ver-

„weiſen oder Rechtgange abhelfen; die andern aber, welche nicht ſo kundbar, „ſondern altiorem indaginem erfordern, durch die nachgeſeſſene und unpartheyiſche „Commiſſarien, welche ſich unverzüglich dazu erledigen ſollen und wollen, oder „durch Niederſetzung der Räthe oder Parium Curiae, wie ſolches dem klagen„den Theile am beſten gelegen, und von uns bitten werden, noch vor Johan„nis den Anfang geben, und folgend mit dem allerforderlichſten und zum läng„ſten innerhalb Jahresfriſt zu endlicher Erörterung gnädiger und billiger End„ſchaft kommen und gelangen laſſen wolle.

(a) Hofmanns Sammlung *P. I. p.* 453.

(b) Graf Khevenhullers Annales Ferdinandei *Tom. IX. p.* 77.

(c) Mosers alte und neue Reichshofraths-Concluſa *P. I. p.* 292. Reichsfama *P. XVI. p.* 145.

§. XXIII.

Welche Beſchwerden eigentlich auf den Landtag gehören?

Sowohl die Landesherren, als die Landſtände gehen in dieſem Geſchäfte vielfältig nicht gebührend die Mittelſtraſſe. Jene thun der Sache zu viel, wenn Sie die Unterthanen von den Landtagen an die Regierungs- oder Juſtiz-Collegia mit ſolchen Beſchwerden verweiſen, welche guten Grund haben, und keiner weitläuftigen Erörterung bedürfen, dieſe aber, indem ſie begehren, daß Zwiſtigkeiten, die nicht anders, als durch einen Proceß auszumachen ſtehen, *auf dem Landtage* erlediget werden ſollen. Die Landesherrſchaft beſorget *gemeiniglich, man* mögte ſie durch Anbringung der Gravaminum in die Umſtände ſetzen, entweder etwas nachgeben zu müſſen, ſo ſie ungern einräumet, oder, wenn es verweigert wird, Anlaß zu geben, daß keine erkleckliche Bewilligung von den Ständen geſchiehet. Dieſe hingegen hoffen bisweilen, man werde in Abſicht auf ſolche Bewilligung ihnen dasjenige zugeſtehen, was ſie vielleicht durch einen Proceß nimmer behaupten würden. Ihre Beſchwerden ſind entweder gemeine oder beſondere. Jene haben zum Endzweck, daß man durch Landesfürſtl. Reſolutiones oder machende Verordnungen die geklagten Mißbräuche abſtellen, und der Unterthanen Gerechtſame auſſer Zweifel ſetzen möge. Alſo beſchwerten ſich z. E. Anno 1652. die Hildesheimiſchen Landſtände darüber, daß man 1) die Lehnwaaren über die alte hergebrachte Taxe ſteigere, auch in das Vaſallagium und die Lehnsreverſalen allerhand ungewöhnliche Clauſuln rükt; 2) die Ritterſchaft und Städte in ihrer Hude, Weyde, Holzungen, Fiſchereyen, Jagden und anderen Iuribus vielfältig turbire, und ihrer Poſſeſſion mit Mannſchaft und Pfandungen entwehre; auch 3) neue Zwangmühlen einführe, und die Unterthanen nöthige, das Bier von denen Beamten zu holen; ſo dann 4) die Prediger und Kirchendiener mit Schatzungen belege. Hierauf wurde von dem Landesherrn, Maximilian

Hen-

Henrich Churfürſten zu Cölln und Biſchoffen zu Hildesheim im Landtagsabſchied verſichert, daß es 1) wegen der Lehnwaaren und des Vaſallagii, wie es hergebracht, gelaſſen, und keine Neuerung eingeführet; noch 2) jemand der Unterthanen beeinträchtiget, oder in ſeiner Poſſeſſion vel quaſi via facti betrübet; auch 3) wer zu keiner von alters hergebrachten Zwangmühle gehöre, auf einer gewiſſen Mühle ſtets zu mahlen nicht gezwungen, und den Unterthanen das Bier, woher ſie wollen, zu holen freye Hand gelaſſen werden; Endlich 4) die Pfarrgüter, welche die Pfarrer ſelbſt von alters her gebrauchet, der Schatzfreiheit genieſen ſollen. Alle dieſe Gravamina war der Landesherr beim Landtag abzuſtellen verbunden, weil ſie den Rechten und Landesgeſetzen zuwider liefen, und alſo, wie es geſchehen, ohne vorgängige Unterſuchung erlediget werden konnten. Hätte aber auch ein oder der andere Punct deren bedurft, und man z. E. nicht gewußt, was es mit der Brau- und Mühlengerechtigkeit für eine Bewandniß habe, ſo wären dennoch die Stände nicht ſchlechterdings an die Gerichte zu verweiſen, ſondern Erkundigung einzuziehen geweſen: Ob ihre Beſchwerden Grund haben? Wenn ſich ſolches äußert, ſo ſollte billig die begehrte Remedur ohne Anſtand erfolgen, und iſt nur eine richterliche Erörterung nöthig, dafern man den Landesherrn durch auſſergerichtliche Vorſtellungen, von der Billigkeit des Geſuchs nicht hinlänglich überzeugen kann.

Von Monitis politicis.

Vielfältig finden ſich unter den Gravaminibus communibus ſolche Anträge, welche eigentlich keine Klage über die Verletzung des eingeführten Rechts enthalten, ſondern auf deſſen Verbeſſerung abzielen, die man an einigen Orten, und zwar ſehr wohl, Monita politica nennet. Dieſe ſind aber öfters dergeſtalt beſchaffen, daß es von des Landesherrn Willkühr abhänget, ob er ihnen Platz geben will oder nicht. Denn dergleichen Rathſchläge ſeiner Stände muß derſelbe nur ſofern beobachten, als er ſie der Billigkeit und den Regeln der politiſchen Klugheit gemäß zu ſeyn findet.

Von Specialbeſchwerden.

Nebſt den Gravaminibus communibus pflegen aber auch Specialbeſchwerden eines und des andern Standes auf Landtagen übergeben zu werden. Dieſe ſind zuläßig, wenn ſie ein Gravamen aller oder vieler Stände und Unterthanen mit ſich führen, wenn nemlich, was dem einen verſagt iſt, die Landesherrſchaft vermuthlich auch andern nicht einräumen wird. Wollte z. E. dieſelbe in einem Jagdſtreit jemanden, der ſich in ohngezweifelter Poſſeßion befindet, keine Manutenenz angedeihen laſſen, oder ihn mit deren Beweiß nicht hören, ſo ſehen ſich alle diejenige, welche die Jagdgerechtigkeit behaupten wollen, in die Umſtände geſetzet, daß ihnen der Gebrauch dieſer Befugniß von den Fürſtl. Jagdbedienten nach Willkühr auf viele Jahre entzogen werden kann. Ein an-

ders Exempel findet ſich in meinen *Obſervationibus Juris & Hiſtoriae Germanicae Obſ.* 8. §. 4. da man nemlich von den Ritterſchaftlichen Meyern die Baulebung beitreiben wollen, in welchem und dergleichen Fällen die Stände billig begehren, daß ihre Beſchwerden auf den Landtagen abgeſtellet, folglich die Unterthanen bey denjenigen Befugniſſen ohnbetrübet gelaſſen werden, welche ihnen die Rechte, des Landes Herkommen und die Verträge mittheilen. Klagte hingegen ein Landſaß darüber, daß ihm die Jagdgerechtigkeit an einem gewiſſen Ort ſtreitig gemachet werde, und es entſtünde nur von dem Facto die Frage: Ob der von ihm billig geforderte Beweiß hinlänglich geführet ſey? oder ob das Fürſtl. Amt das Recht die Baulebung zu erheben, an dieſem oder jenem Ort hergebracht habe? ſo gehöret deſſen Erörterung keinesweges auf den Landtag, allwo man nicht zuſammen kommen, um Privathändel zu ſchlichten, und es iſt ein Mißbrauch der Landtagsbewilligungen, wenn mittelſt ſelbiger der Landesherr genöthiget werden will, die Gerechtſame ſeiner Cammergüter fahren zu laſſen.

Man kan auf Landtagen ſolcher Beſchwerden Abſtellung verlangen, worüber beim Landesherrn nimmer geklaget worden.

Herr Hofrath Jargow *d. l. p.* 213. 214. erfordert, daß, ehe und bevor Landes-Gravamina übergeben werden, diejenige, welche ſich graviret erachten, bey dem Landesherrn Remedirung ſuchen, und wenn ſodann ſolche nicht erfolget, ſämtlich'n Ständen ihre Gravamina vortragen. Ich halte aber mit Herr Koehlern *in Diſſert. de origine & incrementis jurium & privilegiorum Nobilitatis Meclenburgicae* §. 20. dafür, daß es dieſer Weitläuftigkeit nicht bedürfe. Wer ein Gravamen auf Landtagen vorbringet, worüber bey dem Landesherrn noch nicht geklaget iſt, der beſchweret ſich gemeiniglich nicht ſowohl über ſelbigen, als über deſſen Bediente. Warum ſollte es unerlaubet ſeyn, eine ſolche Beſchwerde, welche das gemeinſchaftliche Intereſſe der Stände betrift, gemeinſchaftlich anzubringen. Herr Jargow vermeinet zwar, es werde den Ständen nich präjudiciret, wenn man ſie zuförderſt an den Landesherrn verweiſet. Dieſen gehen ſie aber auf Landtagen keinesweges vorbey. Dafern der Herr und die Stände nicht gänzlich zerfallen ſind, ſo wird nirgend füglicher als daſelbſt Hülfe erlanget, und eine Sache beſchwerlicher, wenn von dem Miniſterio fürhin ein widriger Beſcheid ertheilet iſt, als welchen es ungern ändern läſſet. Daß die Stände in propria cauſa nicht judex und pars ſeyn können, (wie Herr Jargow wider Herr Koehlern anmerket) leidet keinen Zweifel. Ich glaube aber auch, daß dieſer ſolches nicht behaupten wollen. Er ſchreibet d. l: Querelarum diſcuſſio & abolitio cooperantibus Statibus provincialibus in Comitiis eſt inſtituenda, minime vero ablegenda ad Conſilium intimum Ducis. Damit wird meines Ermeſſens nicht geſaget, daß der Landesherr und die Stände Reſolutiones auf die Gravamina ertheilen ſollen, ſondern die Cooperation beſtehet darin,

daß

daß ſie die Sache durch ihre Vorſtellungen klar machen helfen, und wenn der Sinn der Landesverträge zweifelhaft iſt, ſich mit dem Landesherrn darüber vergleichen, auf welche Weiſe dieſelbe zur Erledigung der Gravaminum allerdings vielfältig ein groſſes beitragen.

§. XXIV.

Die Landſtände ſorgten für Alters für die Beſtellung der Vormünder ihrer minderjährigen Landesherren.

In den mittlern Zeiten maſſeten ſich einige Stände der Vormundſchaft ihrer minderjährigen Landesherren an, und lieſet man in Eberndorffers *Chron Auſtr.* beim Pez *Rer. Auſtr. Tom. II. p.* 842.: Sed de his non omniquaque contenti fratres, Duces Erneſtus & Fridericus praetendentes, ſibi deberi potius juvenis Ducis & cognati ſui regimen una cum Auſtria, quam Baronibus competere. . . Quod cernentes Praelati & Barones inito conſilio Reinbertum de Walſee conſtituerunt Magiſtrum Curiae, Pilegermum de Pucheim Senaſcalcum patriae; Conſiliarios vero Iohannem de Puechaimb, Iohannem de Eberſtorf &c. Und p. 858. Sed inſtituta diaeta ad Perchtoldſtorf, ad quam de quatuor Statibus Auſtriae, transmiſſi ſunt fratribus ambobus Friderico & Alberto (qui tunc occaſione patrimonii diſſenſerunt) praeſentibus, ubi certa capitula de modo gubernandi Auſtriam in eventum, quo Regina filium eſſet paritura, concluſa ſunt & ſigillorum atteſtatione, praefatorum fratrum & aliorum opportune communita. Wenigſtens hinge von ihnen fürnemlich ab, welchem Anverwandten ſie anvertrauet werden ſollte. Eben dieſer Geſchichtſchreiber meldet *d. l. p.* 828.: Acta igitur communi diaeta per quatuor Status Auſtriae ſuper ipſius proviſionem in Vienna ſcilicet Praelatorum, Dominorum, militum & militarium atque civitatum communi omnium voto aſſumtus eſt in Dominum terrae & Ducatus Auſtriae Illuſtris Dominus Dux Albertus quintus Alberti quarti filius Anno Domini 1406. ipſa die *S.* Laurentii, qui ex tunc decimum agebat annum infans tenellus orphanus, cujus tutela Domino Leopoldo pro tunc usque ad annos quatuor ſuae pubertatis extitit commendata, qui a Svevia ad Viennam hac de cauſa vocatus extitit. Qui & veniens ut tutor pupilli multa modeſtia ſe geſſit a principio, contentus de portione ſibi pro ſuo & ſuorum ſtatu deſignata; reſiduum vero proventuum ſub manibus cuſtodiebatur officialium patriae, uti fuit compactatum; und von Bayern das *Chronicon Ludovici IV. Imperatoris* beim Pez *d. l. p.* 417: Verum factum eſt ut morerentur illuſtres Duces inferioris Wabariae, videlicet Dominus Otto magnificus Rex Ungariae & Dominus Stephanus Anno Domini milleſimo trecenteſimo octavo relictis heredibus & minimis juvenibus adhuc & parvulis. Unde facta eſt quaeſtio, quis eorum deberet eſſe tutor ſive defenſor? Et placuit matri & omnibus Nobilibus Bawariae placuit, quod Dominus Fridericus magnificus Dux Auſtriae. E contra diſplicuit omnibus civitatibus & fini-

bus & omnibus mediocriter Nobilibus inferioris Bawariae & placuit praenominatus Ludewicus Dux ſuperioris Wabariae, & ſic vocatus eſt pro tutore, & aſſignati ſunt ſibi parvuli, & datus eſt eis pro defenſore & terrae; Von dem Fürſtenthum Lüneburg RETHMEIER in der Braunſchweig-Lüneburgiſchen *Chronica p.* 1371.: „Des-„wegen am Tage Fabiani jetztbeſagten Jahrs zu Ultzen ein Landtag gehalten wurde, „woſelbſt etlichen Räthen die Landesregierung anbefohlen war, bis man zu Vor-„mündern komen konte, woſelbſt von Lüneburg Hieronymus Witzendorf und Hein-„rich Garlob, beyde Bürgermeiſtere, zugegen waren, und ein Tag zu Lüneburg „deswegen zu handeln auf Lätare angeſetzet wurde, auf welchem Herzog „Franz Otte und etliche Fürſtl. Räthe erſchienen. Hierauf kamen in der Woche „Exaudi wiederum zu Lüneburg zuſammen, Herzog Otto zur Harburg und Her-„zog Franz zu Giffhorn, die jungen Herzoge ſamt etlichen Landſtänden, *auch* „Herzog Heinrich von Mecklenburg, und ward Herzog Franz um die Vormund-„ſchaft angelanget, der aber dieſelbe abſchluge. Derowegen die Landräthe und „Stände im Namen der jungen Herzoge die Regierung behalten, ſo daß nach „Herzog Friederichs Anno 1553. erfolgtem Tode, alles was damahls behandelt „und beſchloſſen, beyde in Herzog Franz Ottens und Herzog Heinrichs Gebrü-„dern Nahmen geſchehen iſt; Von Heſſen das *Chronicon Thuringicum & Haſſiacum c.* 78. beim Herrn von SENCKENBERG *Select. Tom. III. p.* 398.: „Als nun „Junker Hermann Landgraf zu Heſſen den Tag ſeines Lebens *endet und beſchloſ-„ſen*, da ward ſein junger Sohn der Fürſt vervormündert, und die Ritter-„ſchaft des Landes nahm ſich ſeiner mit treuen an, und regierten bis daß er zu „einen Mann erwuchs.“ Auch in Abweſenheit des Landesherrn wollten die Stände das Regiment führen, und heiſſet es in dem Bund der Oeſterreichiſchen Landſchaft wider Kaiſer Friedrichen, welcher der Chronik der Edeln Grafen von Cilli einverleibet iſt, beim HAHN *in Collect. monum. Tom. II. p* 759. 760.: „Alsdann die Landſchaft zu Oeſterreich bey dem nechſt vorgangenen Tag, ſo zu „Karnenburg gehalten iſt, dem Allerdurchlauchtigſten Fürſten und Herren Frie-„derichen Römiſchen König unſerm gnädigſten König, auch darum angeruffen „und gebethen haben, daß nicht haben erlangen mögen, darum ſondern auch „um das, daß derſelbe unſer gnädigſter Herr der Römiſche König jezt aus dem „Lande als gen Rom meinet zu ziehen, und in S. G. Abweſen das Land Oeſter-„reich nach Rath gemeiner Landſchaft nicht beſetzet.

§. XXV.

Sie wurden zu den mehreſten

Es lieget alſo für Augen, und könnte annoch mit mehren erwieſen werden, daß in den mittlern Zeiten die Landſtände faſt zu allen wichtigen Regierungsgeſchäften gezogen ſind, davon auf Landtagen mit ſelbigen gehandelt,

und

und nicht nur ihr guter Rath, ſondern zu dem Gebrauch verſchiedener landes-herrl. Rechte ihre Einwilligung erfordert worden, daher dann der Herr Reichs-hofrath von SENCKENBERG *Select. Tom. V. praef. p.* 4. zu ſchreiben Urſach hat: Certe quicquid poterant olim Status Jmperii in imperio, id quibuslibet Statibus provincialibus in territorio permiſſum. Et haec regula in medio aevo numquam fefellit. Ganz eine andere Meinung heget Herr METTINGH *d. l. p.* 655. Er verſaget der Ritterſchaft überall ein Votum deciſivum, und ſtehet in den Gedanken, daß ſolches mit der ſo ſehr eingeſchränkten Freiheit der Dienſtleute nicht zu reimen ſey. Jch habe nun in meinen *Obſervationibus Juris & Hiſtoriae Germanicae Obſ.* 2. §. 5. 6 bereits dargethan, daß deren Unterwürfigkeit nicht ſo groß geweſen, wie ſich ſolches verſchiedene einbilden, ſondern daß ſie in Ehren und Anſehen gelebet, und zu den wichtigſten Handlungen ihrer Herren deren Einwilligung erfordert iſt. Es wird ſolches durch dasjenige beſtärket, was ich im erſten Theil dieſer **Nebenſtunden** *p.* 173. 177. geſaget habe, und ich will noch in einer beſondern Abhandlung mehrere Beweißthümer davon beibringen. Geſezt aber es fehlete daran, ſo können doch unmöglich aus dem Cäſare die zwiſchen den Landesherren und ihren Ständen errichtete neuere Verträge entkräftet werden. Jch habe bereits oben gezeiget, wie ſchlechten Grund dasjenige hat, was von Herr METTINGH wider die Freiheit der alten Teutſchen vorgebracht iſt. Wären aber auch ſeine Sätze erweislich, ſo kan jedoch niemand zweifeln, daß die Landſtände zu neuern Zeiten ein mehreres Recht erlangen können. Wann z. E. die Landesobrigkeit verſprochen, ohne ihre Genehmhaltung keine Steuren auszuſchreiben; wann ſie eingeräumet hat, daß deren Bewilligung von den Ständen ohne Schuldigkeit geſchehen, ſo mag niemand mit dem geringſten Schein in Zweifel ziehen, daß ihnen in Steurſachen ein votum deciſivum zuſtehet, mithin der Landesherr widerrechtlich handelt, dafern er eigenmächtig, ohne die Landſchaft zu fragen, ſeine Unterthanen mit Steuren beleget. Regierungsgeſchäften gezogen.

§. XXVI.

So wenig es aber zu billigen, daß Herr METTINGH aus den älteſten Zeiten auf die jetzige wider die Landſtände ſchließet, ſo wenig verdienen auch diejenige Beifall, welche den Landſchaften annoch heutiges Tages alle Rechte beilegen, womit ſie für 3. 400. Jahren verſehen geweſen. Die Regimentsverfaſſung in Teutſchland hat ſich ſeit 2. 300. Jahren ſehr geändert, und es iſt faſt nirgend mehr üblich, alle wichtigen Sachen auf die Landtage zu bringen. Deſſen Urſachen ſind wohl fürnemlich folgende. Nachdem 1) der Landfriede ſattſam befeſtiget worden, iſt dadurch viele Gelegenheit zu den ſonſt häufigen Empörungen der Unterthanen wider ihre Obern abgeſchnitten, welche dieſe ehemals Welches heutiges Tages nicht geſchiehet.

öfters fürchten mußten, und um ſelbige zu behindern, nichts wichtiges den Landſtänden mißfälliges vornehmen durften, mithin ſich genöthiget ſahen, für ſelbigen auf Landtagen ihr Verfahren zu rechtfertigen. Deſſen kann man 2) jezt um deſtomehr entübriget ſeyn, da faſt überall geworbene und der Landesherrſchaft allein zu Befehl ſtehende Soldaten unterhalten werden. Man bedarf deswegen der Stände nicht ſo ſehr, als ehemals, um die innerliche und äuſſerliche Ruhe zu erhalten, und iſt vermögend ſie ſelbſt zu bändigen, wann ſie dieſelbe ſtöhren wollten. Den Unterhalt ſolcher Mannſchaft erfordern zum Theil die Reichs- und Creisſchlüſſe, mithin können ihn die Landſtände nicht verweigern. In vielen Ländern hat man es aber dabey nicht gelaſſen, ſondern die Landſchaft in eine weit gröſſere Kriegesverfaſſung gewilliget. Es iſt dadurch die ſchwere Laſt der Durchzüge und Winterquartiere gemindert, womit des Kaiſers und anderer kriegenden Mächte Völker die unbewafneten Stände vielfältig zu erſchöpfen pflegten. Man hat auch den auf Landtagen das meiſte vermögenden Adel dadurch zur Einwilligung beweget, daß ihm die alte Steurfreiheit ſeiner Güter gelaſſen, er ſelbſt und die Seinigen aber mit Civil- und Militairämtern verſehen worden. Endlich 3) hat die verminderte Macht des Kaiſers viel dazu beigetragen, daß der Teutſchen Landſtände Anſehen vermindert worden. Die alten Rechte mit der Fauſt zu behaupten war, dem eben angeführten nach, unthunlich, und alſo nichts übrig, als richterliche Hülfe zu ſuchen. Dieſe iſt auch den Unterthanen wider ſchwächere Reichsſtände vielfältig angedieben. Wider die Mächtigern aber fehlet es daran. Der Kaiſerl. Hof muß öfters Anſtand nehmen, ſie durch widrige Erkenntniße von ſich abwendig zu machen, und wenn auch endlich die Unterthanen Mandata und Urtheile erlangen, ſo fehlet es doch an der Execution, daher die mehreſten Landſtände lieber in dasjenige willigen, was ſie zu behindern unvermögend ſind. Bei dieſen Umſtänden ſtreitet heutiges Tages nicht immer die Vermuthung für ſelbige, wann ſie behaupten wollen, daß ein Hoheitsrecht ohne ihr Zuthun nicht geübet werden könne, ſondern ihnen lieget ſolchenfalls der Beweiß ob. Weil man jedoch faſt überall ohne ihre Einwilligung weder neue Steuren ausſchreibet, noch Geſetze machet, welche die Landesverträge aufheben, ſo iſt dafür zu halten, daß ſofern die alte Freiheit annoch dauert.

Ich glaube nicht, daß die mehreſten Teutſchen Landſtände Urſach haben, ſich wieder in die Umſtände zu wünſchen, worinn ihre Vorfahren geweſen. Das größere Anſehen und die mehrere Vorrechte mußten ſie gewiß mit dem Verluſt der Ruhe und des Friedens theuer bezahlen. Niemand war einen Augenblick des Seinigen, ja ſeines Leibes und Lebens verſichert, da man hingegen anjezt viel

öfter

öfter des Friedens genieſet. Auch diejenige, welche bey den Landſchaften ehemals am meiſten zu ſprechen hatten, gelangen heutiges Tages zu den wichtigſten Aemtern, und haben alſo auf ſolche Weiſe gleichfals groſſen Theil am Regiment.

§. XXVII.

Die den Ständen von der Landesherrſchaft ausgeſtellte Reverſales haben verbindliche Krafft.

Den beſten Beweis der denen Ständen annoch zuſtehenden Gerechtſame enthalten die mit der Landſchaft errichteten Verträge, und ihr ausgeſtellete Reverſales. Man ſollte kaum glauben, daß deren Verbindlichkeit jemand in Zweifel ziehe. Alle von Gott und Menſchen herrührende Geſetze erfordern, daß ein jeder ſein gethanes Verſprechen erfülle. Der Unterſchied des Standes würket hier keinen Unterſchied des Rechts, ſondern der gröſte König ſowohl, als der geringſte Bauer verletzet die Regeln der Gerechtigkeit, wenn er ſeinem Wort zuwider handelt. Erkläret ſich nun ein Landesherr gegen ſeine Stände, daß es von ihrem Willkühr abhängen ſolle, ob ſie ihm zu gewiſſem Behuf etwas reichen und leiſten wollen oder nicht, ſo kann er es demnächſt als eine Schuldigkeit nicht fordern. Man wendet zwar ein, ſolcher Reverſalen ohnerachtet würden vielfältig Steuren beigetrieben, und berufet ſich auf den Klock, welcher *in Tr. de Contributionibus c* 8. *n.* 39. bezeuget, Dominos hujusmodi reverſales nonnunquam tanti non facere, ut non de novo facile ſubditos interpellent, & collectas exigant; und auf folgende Lehre des Cammergerichtsaſſeſſoris von Ludolph *in Tr. de jure foeminarum illuſtrium Sect.* 2. *Membr.* 2. *n.* 20.: Et tamen ſunt quaedam tributorum ſpecies ita comparatae, ut conſenſus iſtius requiſitio, literarumque reverſalium, quas vocant, expeditio ſollennitatis gratia fiat magis, quam ut arbitrii ſubditorum libertas agnoſcatur. Huc pertinet tributi ſpecies, quam in Saxonia appellant die Ordinar-Land-und Trankſteur, item Präſentgeld ad ſuſtinenda regiminis onera olim voluntate ſubditorum introducta, hodie ad ordinarios reditus relata, ita ut etiam in diviſionibus territorii ejus collectae habeatur ratio, der Anſchlag wird darauf gerichtet. Es thut aber Klockius an beſagtem Ort hinzu, ſubditos aliquando hoc nomine coram ſuperiore magiſtratu conqueſtos fuiſſe, & mandata contra Dominos impetraſſe. Er redet alſo in dem vorhergehenden nicht von dem, was den Rechten nach geſchehen ſollte, ſondern meldet nur, was an einigen Orten geſchiehet. Die eigentliche Beſchaffenheit der Sächſiſchen Ordinar-Land-und Trankſteur, auch des Präſentgeldes iſt mir zwar unbekannt. Sollten aber dieſe Steuren von der Landſchaft auf eine gewiſſe Zeit geſonnen, und ſie durch Reverſales verſichert werden, daß deren Entrichtung aus keiner Schuldigkeit geſchehe, ſo begreiffe ich nicht, wie man behaupten könne, daß die Unterthanen ſie zu entrichten ſchuldig, wenn gleich

von der Landſchaft die Einwilligung verweigert würde. Was für einen Nutzen kann deren Geſinnung und die Erklärung der Landesherrſchaft haben, wenn ſie nicht des Landesfreiheit beſtärket? Von niemanden iſt zu vermuthen, daß er vergebene Handlungen vornimmt. Es hindert nichts, daß dergleichen Steuren von langen Jahren aufgebracht, und in des Landes Theilungen der Anſchlag darauf gerichtet worden. Denn hieraus erhellet nur, daß keine Weigerung der Landſchaft vermuthet iſt. Die Göttingiſche Juriſtenfacultät hat für weniger Zeit in Sachen des H. z. B. L. B. wider die B. W. Landſchaft ſolches ſehr wohl erkannt, und eine gefällte Urthel unter andern auf folgende Sätze gegründet: „Daß dergleichen in vim pacti ertheilte Reverſalien de jure keine Verbindlichkeit „wirken ſollten, ſolches ſtreitet wider alle Grundregeln des natürlichen, die „Obrigkeit ſowohl, als die Unterthanen obligirenden Rechts, dahero diejenige *ICti*, „welche einen ſolchen Satz in theſi verfechten wollten, billig als Feinde des „menſchlichen Geſchlechts anzuſehen ſeyn würden. Es muß ein Unterſcheid ge„machet werden unter dem, was de jure geſchehen ſollte, und unter dem, was „in Ländern, da alle Freiheit der Landſtände faſt völlig unterdrücket iſt, de facto „zu geſchehen pfleget, da denn zwar nicht zu leugnen ſtehet, daß in ſolchen „Ländern, wo die Unterdrückung geſchehen, die Reverſales eine bloße Formalität „und ohne Wirkung ſind. Was aber daraus, obſchon der Miles perpetuus die „Folge eines Aufſtandes verhüten kann, ſonſten vor betrübte, den *Landesherren* „öfters ſo wohl, als den Unterthanen nachtheilige Conſequenz entſtehen könne, „ſolches hat nicht nur der Canzler von Ludewig *Diſſ. Juris Rom. & Germ. in „dotat. Diſſ. 8. Lit. b. p.* 124. ausgedrücket, ſondern es könnten auch aus der „täglichen Erfahrung ſolche Beiſpiele angeführet werden, welche, was Ludewig „geſchrieben, zur Gnüge beſtättigen; dahingegen, wenn davon gefraget wird, „quid fieri de jure debeat? nicht zu zweifeln iſt, daß dergleichen Reverſales denen „Landſtänden, ſo lange nicht alle Treu und Glauben ab aulis Principum verban„net wird, zum Beweiß der vorhin gehabten Immunität, und dazu dienen „müſſen, daß obſchon dieſelbe, wenn in caſu extremae neceſſitatis zur Landes„wohlfart eine ſolche oder andere Steur von neuem erfordert wird, ſie ſich von „dem Beitrag nicht gänzlich entziehen können, dennoch extra caſum neceſſitatis „eben dieſe Steur pro lubitu Principis nicht wieder abgefordert werden kann.“ Dergleichen Reverſales müſſen demnach immer Kraft haben, wenn von ſolchen Steuren die Frage iſt, welche der Landesherr zu ſeinem Nutzen empfänget. Denn wenn er gleich bekennete, daß die Reichs- und Creisſteuren ohne Verbindlichkeit von den Ständen verwilliget werden, ſo wirket dergleichen Geſtändniß, zum Nachtheil des Teutſchen Reichs, nichts.

§. XXVIII.

Vielfältig wird mit den Landſchaften nicht eben ein förmlicher Vertrag errichtet, ſondern man ertheilet denenſelben auf die angebrachten Beſchwerden und Deſideria landesherrl. Reſolutiones. Daher entſtehet die Frage: ob ſolche eben ſo verbindlich ſind, als Verträge, oder nicht vielmehr gleich andern Landesherrl. Verfügungen wiederruffen werden können. Mevius in der Pommerſchen Landesverfaſſung beim Herrn von Pistorius *Amoenitatum hiſtorico-juridicarum P. IV. p.* 950. ſchreibet: „Was auf Landtagen proponiret und verhandelt, wird per modum conventionis publicae zwiſchen den Herren Landfürſten und Ständen beſchloſſen, dahero denn in den Abſchieden die Formalia „gebrauchet: Daß über den Inhalt die Landfürſten gnädiglich, und die Landſtände als Prälaten, Ritterſchaft und Stände ſich unterthänig darüber vereiniget.“ Dieſes ſetzet auch der Anno 1667. zwiſchen Simon Henrichen und Jobſt Herman Grafen zu Lippe errichtete Vergleich alſo voraus: „Was hinc „inde in den Landtagsabſchieden mit genugſahmer Berathſchlagung dem Lande „und Unterthanen zum Beſten geſchloſſen, ſolche Concluſa patriae verpflichtet „ſich Herr Jobſt Herman gleich den andern Herren Grafen zu Lippe zu halten, „und alſo alle Landtagsſchlüſſe, Privilegia, und andere Sanctiones pragmaticas „keinesweges anzufechten, ſondern dieſelbe allerdings in ihrem völligen Vigore „zu laſſen (a):“ und Herr Moser lehret *in Diſſ. de pactis & privilegiis circa Religionem* §. 36.: Plerumque in forma diplomatis ſive privilegii ſub ſolius Principis nomine & ſubſcriptione expediuntur pacta inter dominos territoriales atque ſtatus provinciales aliosve ſubditos, etiamſi ex ipſo contextu clare pateat, ſolenne pactum inter utramque partem ſubeſſe. Die Beſchaffenheit der Sache und deren Umſtände ergeben, ob die Intention dahin gangen, etwas unwiederruflich feſt zu ſtellen oder nicht. Führen Landſtände über die Schmälerung ihrer Gerechtſame Beſchwerden, und der Landesherr misbilliget ſolche, ſo iſt nicht anders zu glauben, als daß die Befugniſſe der Stände für richtig erkannt, und zugeſtanden worden, daß ihnen dieſelbe immerhin verbleiben ſollen. Neue Rechte werden ſelten umſonſt ertheilet. Leget man z. E. denen Landſchaften die Gerechtigkeit bey, die Aſſeſſores der höhern Gerichte zu erwählen, ſo pfleget man ſie auch zu verbinden, ihnen die Beſoldung zu reichen. Diejenige Landtagsabſchiede, welche ſolche Conceſſiones enthalten, enthalten auch gemeiniglich anſehnliche Geldbewilligungen. Eine Hand wäſchet alſo die andere, mithin werden dergleichen Begnadigungen titulo oneroſo erlanget. Flöſſen ſie aber auch aus der bloſſen Freigebigkeit des Landesherrn her, ſo iſt jedoch genug, wann der Fürſt ſeinen Ständen und Unterthanen ein immerwährendes Recht mitthei-

Wie auch die auf ihre Beſchwerden in den Landtagsabſchieden oder ſonſt ertheilten Reſolutiones.

len wollen, und dieſes auf Landtagen zu vermuthen, allwo man, wie Mevius an dem oben angeführten Orte ſaget, Pactsweiſe handelt, wie denn die Landtagsabſchiede ausdrüklich zu melden pflegen, daß alles beſtändiger maſſen abgeredet, beliebet, beſchloſſen, und damit die Landtagshandlung zum Schluß gediehen ſey. Daß ein ſolcher Abſchied nicht nothwendig iſt, um demjenigen unwiederrufliche Kraft beizulegen, was auf Landtagen vorgegangen, hat der Kaiſerl. Reichshofrath erkannt, indem derſelbe Anno 1724. dem Herrn Herzog von Mecklenburg verbothen, etwas der Ritter- und Landſchaft Privilegiis, den Landesverträgen und Herkommen, den Reichsſatzungen, Kaiſerl. Verordnungen und Fürſtl. *Reſolutionibus*, einfolglich ihrem dadurch erlangtem Recht zuwider zu verordnen (b).

(a) Lunigs Reichsarchiv ſechſte Abtheilung von Grafen und Herren *p. 563.*

(b) Merkwürdige Reichshofraths-Concluſa *P. II. Concl.* 215. *n.* 10.

§. XXIX.

Wenn ſolche aufgehoben werden können.

Zwar machet man von der Regul eine Ausnahme in dem Fall, wenn die gemeine Wohlfart eine Aenderung der ertheilten Reſolutionen erfordert, weil alsdenn auch titulo oneroſo erlangte Privilegia wiederruffen werden können (a). Es muß aber eine ſolche Nothwendigkeit fürhanden ſeyn, daß dem gemeinen Weſen unmöglich auf andere Art zu rathen (b). Ein Fürſt verſündiget ſich, wenn er, ſeines Vortheils halber, jemanden ein wohlerworbenes Recht entziehet, und Herr Scheid erinnert *in Diſſert. de jure erigendi cauponas* §. 3. ſehr wohl: Principem memorem eſſe debere, quod aliquando coram tremendo tribunali Chriſti exactiſſima de bene vel male adminiſtrata republica ratio ſit reddenda, & non aliter quam ob veram ſalutem publicam, minime vero ut reditus ſuos augeat ſolummodo, amplificetque, libertati atque juribus ſubditorum ſuorum terminos atque limites ponendos. In Teutſchland kommt es nicht einmal auf ſeine Beurtheilung ſchlechterdings an, ſondern die Stände können ſich an die Reichs-Gerichte wenden, und Oberrichterlichen Schutz begehren; wenn man unter dem Vorwand der Nothwendigkeit ihre Rechte ſchmälern will. Ich ſtelle jedoch in keine Abrede, daß eine gewiſſe Gattung der ihnen ertheilten landesherrl. Reſolutionen willkührlich wiederruffen werden könne. Vielfältig erinnern die Stände den Fürſten nur ſeines Amts, und thun Vorſchläge, wie durch neue Geſetze und Verordnungen das gemeine Beſte befördert werden möge. Wenn dieſe Platz finden, und, ihrem Einrath gemäß, ein neues Geſetz gemachet wird, ſo iſt und bleibet ſolches ein Geſetz, mithin hänget es von des Landesherrn Willkühr ab, wie lange daſſelbe gelten ſoll, und können die Stände deſſen Aufhebung auf keine Weiſe verhindern, wann nicht die Landesverträge das landesherrl. Recht,

Ge-

Geſetze zu geben, dergeſtalt einſchränken, daß es ohne der Stände Genehmhaltung nicht geübet werden kan. Wenn alſo z. E. auf Begehren der Landſchaft eine Gerichtsordnung verfaſſet, und deren Inhalt nach ihrem gegebenen Rath beliebet würde, ſo könnte jedoch der Landesherr darin Aenderungen machen, dafern er es billig und nützlich zu ſeyn erachtet.

(a) BEEHR Rer. Mecl. *p.* 834.

(b) STRYK de privilegiis titulo oneroſo quaeſitis *c.* 3. §. 18. 19. FROMMAN de revocatione privilegiorum licita th. 17. HORN Claſſ. 13. Reſp. 15. *p.* 986. 987. LEYSER ad ff. *Vol. IV. p.* 1324. 1325.

§. XXX.

Ob die Verträge eines Landesherrn mit ſeinen Ständen verbindlich ſind, wenn der Kaiſerl. Conſens nicht hinzu kommen?

Haben aber ſolche Reverſales verbindliche Kraft, wenn ſie ohne des Kaiſers Conſens ertheilet worden? Herr IARGOW *d. l. p.* 307. 309. 311. hält es nicht dafür, weil ein jedes Regale inſignis pars der landesherrl. Hoheit iſt, ohne Kaiſerl. Conſens aber alle Alienationes oder präjudicirliche Diſpoſitiones nicht beſtehen könnten. Er ſetzet alſo voraus, daß in den Reverſalen etwas weggegeben wird, ſo dem Lehn ohnſtreitig anklebet. Dieſes begiebet ſich ſehr ſelten, ſondern ſie enthalten mehrentheils nur Bekenntniſſe der den Landſtänden zuſtehenden Gerechtſame (a). Wäre es auch zweifelhaft, ob darin der Landſchaft etwas neues ertheilet ſey, ſo führten ſie doch einen Vergleich mit ſich, welchen der Lehnsherr billigen muß, wenn er aus erheblichen Urſachen getroffen worden (b). Am wenigſten mag ſolchen der Kaiſer anfechten, da er nimmer mit einer willkührlichen Gewalt verſehen geweſen, ſondern ſeine Hoheitsrechte auch von dem Volk und den heutigen mittelbaren Unterthanen vor Alters eingeſchränket worden, und wenn Fürſten und Herren in ihren Ländern eine größere Befugniß erlanget haben, ſie ſolche nicht ſowohl den Kaiſerl. Belehnungen, als ihren Unterthanen danken müſſen, welchen dieſelbe zurückgeben können, was ſie von ihnen empfangen. Ueberdem mag auch ein Lehnmann ſein und ſeiner Erben Befugniſſe ſchmälern, ſofern dem Lehnherrn dadurch kein Nachtheil zuwächſet (c). Weswegen Reverſales vollkommene Gültigkeit haben, ſo lange das Lehn dem Kaiſer nicht eröfnet wird, wenn ſie gleich ſolche Rechte ſchmälern, welche die Reichsſtände ohnſtreitig von ſelbigen erhalten.

(a) LUDEWIG in Reliquiis MSS. *Tom.* 4. *præf. p.* 22.

(b) FINCKELTHAVS Controv. Feud. Diſp. 9. th. 13.

(c) ENGELBRECHT de ſervitutibus juris publici prol. §. 7. Conf. MOSER de pactis & privilegiis circa Religionem §. 62.

§. XXXI.

Von den Zuſammen-

Nicht ſelten werden von den Ständen Verſammlungen widerrechtlich veranlaſſet, öfters aber auch von der Landesherrſchaft ohne rechtliche Urſach

be-

künften der Landſtände.

behindert. Jene thun übel, wenn ſie bey einander treten, um ihrem Landesherrn den ſchuldigen Gehorſam ſo viel dreiſter verſagen zu können. Dieſe aber hindern die Verſammlungen der Stände mit Unrecht, wenn es in der Abſicht geſchiehet, ihnen die Mittel zu entziehen, ihre wohlgegründete Rechte zu vertheidigen. Einen Landtag auszuſchreiben, kommt den Ständen nicht zu, ſondern dem Landesherrn. Ohne dieſen mag er weder gehalten werden, noch ſind die Stände berechtiget, die Zeit, wenn ſolches geſchehen ſoll, zu beſtimmen. Unterläſſet die Landesherrſchaft deſſen Ausſchreibung aus unerheblichen Urſachen, ſo muß die Landſchaft ſie darum erſuchen, und wenn ihre Bitte keine Wirkung hat, beim Oberrichter Beſchwerde führen. Anno 1517. klagte Abt Hartmann zu Fulda über eine Zuſammenkunft ſeiner Stände beim Kaiſer alſo: „Daß „meine Mönche und Ritterſchaft ihnen fürgenommen haben, in einer *andern* „gehebten Sachen einen gemeinen Landtag auszuſchreiben, wie ſie dann auch „unter ihrem Titul und Nahmen ſolchen Tag ausgeſchrieben; Als ich aber „ſolch ihr Fürnehmen ſich des das mir als ihren regierenden Herrn und Abte „zu thun mit Ausſchreiben des fürgenommenen Landstag vormarkt, habe ich „meinen Städten meines Stiffts geſchrieben, und bey ihren Pflichten gebothen, „ſolchen ausgeſchriebenen Landstag nicht zu beſuchen, auch meine Mönche bey „Gehorſam gebothen, auf ſolche Landtag keiner Handlung zu erpflegen. Als „ich aber vermerkt und befunden habe, mein geſchehen Verboth *bey meinen* „Mönchen und Städten nicht Frucht gebehren, ſondern des ausgeſchriebenen „Landtag vorgängig ſey, habe ich wohl abnehmen und vernehmen mögen, daß „meiner ungehorſamen Mönche Fürnehmens andern nicht ſeyn würde, dann „mein Ritterſchafft, ſo viel ihnen möglich, wider mich, damit ſie deſto kecklicher „ihres freyen Muthwillens pflegen mögten, daß ſie auch alſo augenſcheinlich „Wahrheit, und mir zu großen Beſchwerden am Tage erfunden, dann ſie haben „ſamt meinem Stifftritterſchaft der Zeiten bey ihnen auch ꝛc. Städte meines „Stiffts in großer Anzahl gegen mich ſich verdrießlicher und ganz unbilligen „Handlungen und Vornehmens drie Tage von Morgen bis zum Abend ab, de„nen anderthalbhundert von Mönchen, Ritterſchaft und Bürgern vor mir ge„ſtanden, und nach vielen leichtfertigen und ganz unbeguiten angezogen, über„das ſie den Churfürſtl. und Fürſtl. Räthen, ſo auf mein bittlich anſuchen mir „die erwürdigſte und erwirdigen meinen Herrn und Freunde zu Maynz und „Würtzburg zugeſchickt haben, denſelbigen Räthen mein Mönche bey ihrem ge„thanen Gehorſam, auch mein Ritterſchaft bey ihrem höchſten Ehren und Glau„ben Zuſagung gethan haben, daß ich ſolchen angeſetzten und ausgeſchriebenen „Landtag bewillige und nicht verhindern wolle, es ſollezu dem Tage wieder mein

„Per-

„Perſon nichts, ſondern was allein dem Stifft zu Ehren, Nutzen und Wohl-„farthsreiche, gehandelt werden, ſolcher beſchehener Zuſagung ich mich vertröſtet „habe, und den ausgeſchriebenen Tag Handlung verfolget, ſeyn mein Mönch, „Ritterſchaft und von Städten, ſo der Zeit bey ihm geweſt, endlich darauf be-„ſtanden, daß ich ihn was ich bey mir von Barſchaft auch ander Vorraths mei-„nes Stiffts, und bey meinen Kellereyen und Amt hätte, Rechnung und Be-„richt thun ſolle (a).“ In dem *Chronico Auſtriaco* beim Herrn von SENCKEN-„BERG *Select. Tom.* 5. *p.* 154. lieſet man: „Deſſelben Jahrs am St. Jacobs-Tag „iſt von Prälaten, Herren, Ritter und Knechten und den Vorſtedten mit Willen „und Wiſſen deren von Wien ein Landtag gehalten worden zu Wien, daran der „Römiſcher Kayſer ein Mißfallen hat, doch ſchickt er dazue ſeine Räth Maiſter „Ulrich Rider, den Rorbacher, Ulrich Graffenegkher, Andreen Pamkircher „und Herrn Siegmunden Sebriachen. Den benannten Land-Tag hat ausge-„ſchrieben der von Lichtenſtein.“ Zu ganz neuern Zeiten beſchwerte ſich der Fürſt von Oſtfrießland hierüber folgender Geſtalt in einer durch den Druck „bekannt gemachten *Specie Facti de controverſiis Friſiorum Orientalium Principis cum ordinibus provincialibus*: Auſi ſunt itidem menſe Januario patentibus litteris Hintam, qui pagus eſt haud procul Emda ſitus, publica Comitia indicere, cum pacta tamen publica expreſſis verbis doceant, nemini niſi Principi competere jus indicendi Comitia, eique liberum eſſe, quem locum deſtinet Comitiis (b). Und in Sachen des Biſchofs zu Baſel wider einige Landſtände und Unterthanen er-kannte Anno 1736. der Kaiſerliche Reichshofrath: „Gebühret denen Landſtän-„den nicht, einen Landtag ohne Erlaubniß des Fürſten zu verſammlen, noch je-„mahls Landtagspropoſitionen zu machen, wie denn auch ſolche anmaßliche „Landtage oder die darauf machende Landtagsſchlüſſe nicht vor gültig angeſe-„hen werden ſollen, ſondern der Herr Biſchof als Landesfürſt hätte entweder „aus ſelbſt eigener Bewegniß, oder auf der Landſtände geziemendes Anſuchen, „die Landtage durch die gewöhnliche Convocationsbriefe, oder ſonſten allein aus-„zuſchreiben, auch dazu den Verſammlungsort und die Zeit ohnbehindert zu be-„nennen, oder feſt zu ſtellen, hingegen aber auch die Anordnung eines Land-„tags denen darum gebührend anhaltenden Landſtänden, wenn er nicht beſon-„ders erhebliche und rechtsbegründete Urſachen haben ſolte, nicht zu verſagen. „Wofern ihnen aber ſolches dennoch gegen beſſere Zuverſicht geweigert würde, „und die Landſtände gleichwohl zu Haltung eines Landtages vernünftige Urſa-„chen zu haben vermeinten, ſo ſoll ihnen ſolches bey Ihro Kaiſerl. Majeſtät zu „Faſſung ſchleuniger Kaiſerl. Verordnung klagbar anzubringen unbenommen „ſeyn (c). Wenn auſſer dem Landtag andere Verſammlungen ohne Nothwen-

digkeit angeſtellet werden, ſo unterſaget ſie der Landesherr denen Ständen billig. EBENDORFFER *in Chron. Auſt.* beim PEZ *Rer. Auſtr. P. II. p.* 898. ſchreibet: Super quo reſponſo congregata eſt patria in Stokherau, ubi in Geleſdorf alia diaeta inſtituta eſt ad inſtans feſtum Epiphariae, ad quam omnes Barones, milites & militares Viennenſes & alii de civitatibus evocati ſunt in forma ſatis ſerioſa: quos tamen (ut ferebatur) Dominus Imperator ut gradus ſiſterent & ab his diaetis abſtinerent, ſuis ſcriptis prohibuit. Wie in Heſſen der Landſchaft verwieſen worden, daß ſie ohne der Landesobrigkeit Vorwiſſen zuſammen kommen, berichtet Herr ESTOR *in Originibus juris publici Haſſiaci p.* 88. und Herr KUCHENBECKER von den Heßiſchen Erbämtern *p.* 149. 150. Dieſe begehret billig, daß man ihr die Deliberanda vorgängig bekannt mache, und meldet MEVIUS in der Pommerſchen Landesverfaſſung beim Herrn von PISTORIUS *in Amoen. hiſtorico-juridicis P. IV. p.* 955. 956.: „Sonſt iſt auch in der Regimentsver„faſſung Anno 1634. Tit. 5. §. jedoch wenn ſolche Sache ꝛc. wieder verordnet, „daß auf vorgepflogene Communication und Gutachten der Landräthe den Erb„oder Landmarſchallen frey und unbenommen ſeyn ſolte, ſo oft es die Noth„durft erfordert, zu des Landes Beſten die Landſtände an einen gewiſſen Ort zu „berufen, und mit denen zu bedenken und zu ſchließen, was die gemeine Wohl„fart erheiſchen thut, jedoch daß dem Landesfürſten dasjenige, was bey ſolcher „Zuſammenkunft zu erinnern oder zu proponiren nöthig, vorhero und in Unter„thänigkeit kund gemachet, und zur Nachricht eröfnet werde. In dem Halber„ſtädtiſchen *Homagial-Receſſ. d.* 1650. iſt folgende Ordnung enthalten: „So laſ„ſen wir auch zum Siebenden gnädigſt geſchehen, daß unſere getreue Stände „dieſes Fürſtenthums vom Thumcapitul, Prälaten, Ritterſchaft und Städten „in vorfallenden Gelegenheiten zuſammen kommen, und mit einander communi„ciren mögen, jedoch mit dem Beding und Vorbehalt, daß vorhero uns oder in „unſer Abweſenheit unſeren hinterlaſſenen Stadthalter und Regierung hievon, „wie auch von der Materia deliberanda gebührende Notification geſchehe, und „die von uns verordnete Landräthe ſolchen Zuſammenkünften und Deliberatio„nen allſtets beiwohnen ſollen und mögen (d).“ Kaiſer Rudolph II. bedeutete die Oeſterreichiſche Landſtände beim Grafen von KHEVENHULLER *Annal. Ferdinand. Tom. II. p.* 528.: „Was zum andern ihre Züſammenkunft anlanget, „da hätte es die Gelegenheit, wo ſie je zwiſchen den Landtagen in ihren Amts„und Raittungsſachen zuſammen kommen, und von dergleichen tractiren wollten, „ſo dem gemeinen Weſen und Lendesnothdurften anhängig ſeyn mögte, wie „dann ihre Vorfördern bisweilen auch gethan, da würde es bey Ihre Majeſtät „ſo gar große Bedenken nicht haben, ihren Zuſammenkünften zu verwilligen.

„Daß

„Daß ſie aber ihres Gefallens und in denen Sachen, da die Diſpoſition allein „Ihrer Majeſtät und gar nit ihnen, den Landleuten, zugehörten, als daß ſie „in Religion und Profanſachen ihres Gefallens und ohne Vorwiſſen Ihre Maje„ſtät Zuſammenkünften anſtellen wollten, das würde bey Ihrer Majeſtät nicht „allein nit zu erhalten ſtehen, ſondern ſie ſollten ſich noch mehrers hierüber „offendiren. Derohalben hielten Ihro Durchl. für das Beſt und ſicheriſt, daß „ſie ſolche und dergleichen Zuſammenkünften hinführo einſtellen, und auch dis „Orts ſich Ihro Kaiſerl. Majeſtät Willen accommodiren ſollten.“ Und Tom. III. p. 614.: „Dahero ſie ſich nach ſo lang getragener Gedult vielmehr gebührlicher „Folg und Gehorſams, als einigerley weitern Schickung und Widerſetzung, dann „auch mit nichten verſehen, daß der beeden Stånd verordneten auſſer Ihrer „Majeſtät als des Landesfürſten Vorwiſſen, und wider die öftere beſchehene „Inhibition zu dergleichen Tractation ihres Gefallens Landleute hätten erfor„dern, und Zuſammenkunft hätten anſtellen ſollen, da ihnen doch hievor gnug„ſam vermeldt worden, wie weit und in was Fällen ihr auſſer der Landtåg ihrer „Mitglieder beſchrieben und zuſammen kommen mögen.“ In welchen Reſolutionen jedoch fehlſam voraus geſetzet worden, daß der Landesherr von Religionsſachen nach Gefallen diſponiren, und die Unterthanen verhindern könne, zur Vertheidigung ihrer Gewiſſens- und Religionsfreiheit bey einander zu treten. Den Domcapiteln pfleget inſonderheit die Befugniß zuzuſtehen, ihre Mitſtände zuſammen zu beruffen, und man hielte unter andern dafür, daß Marggraf Chriſtian Wilhelm von Brandenburg ſich des Erzſtifts Magdeburg verluſtig gemachet habe, weil er den Erzſtiftiſchen Landſtänden, ſo vom Domcapitel in hoch angelegenen Sachen Anno 1626. convociret worden, bey höchſter Strafe zu erſcheinen verboten (e). In der Cöllniſchen Erblandesvereinigung heiſſet es: „Item „wanne ein Capittul Nutz und Noith bedünckt ſeyn, es ſey in Geiſtlichen oder „Weltlichen Sachen, Edelmanne, Ritterſchafft, und Stede bey ſich zu beſchrei„ben, dat ſie dat doen mögen, ſonder Indragt des Herren, und dat alsdann „dieſelbe Landſchaft dem Capittel ſolgen ſoll, darauf Ritterſchaft, Stede, und „gemeine Landſchaft dem Herrn ſchwehren ſollen, und anders nit. Item des„gleichen of Sachen wäre, dat Edelmanne Ritterſchaft oder Stede ſemmentlichen „oder inſonderheit von deme Capittel umb redliche Urſache begerden, auch im„maſſen vurß bei einzukommen, dat ſall ihn dat Capittel nit weigern, und of „dat alſo geweigert würde, des doch nit ſeinen ſall, ſo ſall ein Erff-Marſchalck „des Geſtichts van Cölln die Macht haven, in gleichen maſſen zu doin, deſſel„ben der Marſchalck nit weigern noch Verzog machen ſoll.“ Und in deren Beſtettigung d. 1590. „Item of hernachmahls der Herr clagede von einigen ſeiner

„Underſaſſen des Erzſtifts vorgeſchrieben, oder der Unterſaſſe von den Herren, „darum ſoll der Herr den oder die mit Gewalt nicht überfahren, noch das ge- „ſchehen laſſen, ſondern dat ahn das Capitul bringen, allda die Gebrechen „guethlich auszutragen: Mogte aber dat alſo nicht gefunden werden, ſo ſoll „ein Capitul ſondern des Herrn intragen, Macht haben, Edelmann, Ritter- „ſchaft und Stette deſſelben Geſtiffts uf der Seiten, da die Gebrechen gelegen „weren, bey ſich zu ſchreiben, die auch dann dem Capitul alſo folgen ſollen, „für den der Herr, oder die Unterſaſſen ſolche Gebreche ufzuthun, und dieſelben „Edelmann, Ritterſchaft und Stette, oder wenn ſie dazu beſcheiden werden, „ein mit dem Capitul Macht haben ſollen, Anſprach und Antwort zu verhören, „und die Sachen guetlichen, oder of man die Guetlichkeit nicht finden kündte, „mit Rechte zu ſcheiden, und wat dann ſo geſprochen wird, in Freundſchaft oder „in Rechten, datt ſall der Herr und die Parthenen ſonder Indracht halten, „doch behaltlich hierin dat dem Herrn und jedermann allezeit dat Recht offen „ſtahen ſoll, immaſſen die erſten Articul vorſchrieben das inhalten und vißwei- „ſen. Item wann ein Capitul Nutz und Noth duncket Ritterſchafft und Stette „des Landts zu Weſtphalen bey ſich zu beſchreiven um merckliche Geiſtliche oder „weltliche Sachen, den gantzen Ertz-Stifft, oder die Landſchafft in Weſtvalen „oder das Capitul in Dhöm vorgeſchrieben berürendt, daß ſie das thun mö- „gen (f)." Von Oſtfrießland berichtet Ubbo Emmius *in Hiſtoria ſui temporis p.* 68. 69., daß Anno 1603. verglichen worden: Conventus provinciales in arcibus ne habeantur, & ſi Comes petentibus ordinibus aut nobilitate, aut una trium civitatum convocare eos noluerit intra menſis ſpatium, liceat ordinibus vacante nobilitate aut una civitatum aut ratione alia, ut mos vetus habuit, convenire, de republica conſultare, concludere & per ſuffragia libera procedere, abſente Comite & poteſtatem ab eo habentibus.

(a) Schannat Hiſt. Fuld. Cod. prob. *p.* 353.

(b) Rousset Recueil hiſtorique d'actes, negotiations & memoires *Tom.* 8. *p.* 106.

(c) Mosers alte und neue Reichshofraths-Concluſa *P. I. p.* 10.

(d) Lunigs Reichsarchiv Part. Spec. *P. III.* unter Churbrandenburg *p.* 131.

(e) von Meiern Acta Pacis Weſtphalicae *Tom.* 6. *p.* 192.

(f) Fabri Staatscanzley *P. VI. p.* 480. 512.

Eilfte

Eilfte Abhandlung,

Von des Teutſchen Adels Jagdgerechtigkeit.

§. I.

In der Abhandlung von der Regalität der Jagden in Teutſchland, welche Herr Hofrath Bvri der von ihm unter dem Titul: **Behauptete Vorrechte deren alten Königl. Bannförſte, insbeſondere des Reichslehnbahren Forſt- und Wildbannes zu der Drey-Eich**, durch den Druck bekannt gemachten Ausführung vorgeſetzet hat, werden die Gründe, welche ſowohl für, als wider die Regalität ſtreiten, in guter Ordnung angeführet und beurtheilet. Herr Hofrath Bvri rechnet die Jagdgerechtigkeit ſo wenig zu den Regalien.

Des Herrn Verfaſſers Meinung gehet dahin, daß die bloſſe Jagdgerechtigkeit zu den Regalien gehöre, und zwar aus folgenden Urſachen:

(1) Thäten die Gründe, welche man zu deſſen Beweis aus dem allgemeinen Staatsrecht nimmt, nur dar, daß es der Klugheit ungemäß, einen jeden Unterthan auf dem Seinigen jagen laſſen; hieraus aber folge keinesweges, daß dieſe Regeln der Klugheit auch wirklich bey Errichtung der Staaten beobachtet, und in deren Gefolg allen Unterthanen die Befugniß, auf dem Ihrigen zu jagen, entzogen worden, maſſen die bloſſe Möglichkeit und Bequemlichkeit, welche ſich bey einer Sache findet, um ſelbige unter die Vorrechte des Oberherrn zu zählen, noch keine Wirklichkeit, und daß ſelbige in der That dazu zu rechnen ſey, mit ſich führe.

(2) Wenn gleich das Recht gebannete Förſte zu machen allein dem Kaiſer gebühret habe, ſo fließe daraus doch nicht, daß die Jagensgerechtigkeit nur mit Kaiſerl. Vergünſtigung gebrauchet werden dürfen, indem dieſe von dem Wildbann ſehr unterſchieden ſey.

(3) Könne man nicht eher mit Zuverläßigkeit bejahen, daß zu dem in den Lehnbriefen vorkommenden Geſchlechtsworte der **Regalien** die Jagd zu zählen, bevor aus andern Gründen erwieſen iſt, daß dieſe unter ſolchem Geſchlecht mit begriffen, und gleiche Bewandniß habe es mit den in den Lehnbriefen des Adels gemeldeten Jagden, welche nicht deswegen für Regalien zu halten, weil der Lehnmann von dem Lehnsherrn damit begnadigt wird.

Wann (4) bey Ertheilung eines Waldes die Jagd ſtillſchweigend ausgeſchloſſen geweſen, ſo würde man häufigere Exempel in den Urkunden antreffen,

daß denen Beſitzern bey den bereits gehabten Waldungen nachgehends die bloſſe Jagdgerechtigkeit, ſo wie es zu Zeiten mit dem Wildbann geſchehen, als eine beſondere Begnadigung beigeleget und hinzugefüget worden.

(5) Erweiſe das Venaticum wohl, daß in denen Gegenden, wo ſolches gefordert iſt, dem Könige die Jagden müßten gehöret haben. Es laſſe ſich aber daraus nichts allgemeines, und daß die Jagden aller Orten dem Könige zugehöret, erweiſen.

(6) Wären die Königl. Oberjägermeiſter über die vielen Bannforſten und Gehege im Reich beſtellet, und entſtehe daher nicht die geringſte Vermuthung, daß dem Könige die Jagd an allen Orten allein gebühret habe.

(7) Sey von Bürgern und Bauern auf die mit weit anſehnlichern Rechten begabte Edelleute kein Schluß zu machen.

(8) Wenn gleich niemand jagen dürfe, der ſolche Befugniß von alters her nicht hergebracht, ſo folge doch daher keinesweges, daß ſie an und vor ſich zu den landesherrl. Vorrechten gezählet werden müſſe.

§. II.

Als zu den ſtillſchweigenden Zubehörungen adelicher Güter.

Hingegen aber zieht Herr Hofrath Buri in Zweifel, daß die Jagdgerechtigkeit zu den ſtillſchweigenden Zubehörungen eines adelichen Guts zu rechnen ſey. Er hält zwar dafür, daß, wenn gewiſſe Umſtände fürhanden, die Vermuthung vor den Beſitzer eines ſolchen Guts ſtreite. *Bey einem völligen* Zweifel fordert er aber von ſelbigem den Beweis, und zwar deswegen, weil zu der Beſcheinigung des Daſeyns einer Gerechtigkeit gewiſſe Merkmale erfordert werden, und deren Abweſenheit die Ermangelung ſolcher Gerechtigkeit glaublich machet. Auf den Einwurf, daß gleichwohl die mehreſten adelichen Güter mit der Jagd verſehen ſind, mithin da die Vermuthung immer vor dasjenige, was gewöhnlich iſt, zu machen, im Zweifel ehe vermuthet werden müſſe, daß die Jagdgerechtigkeit ſich bey einem adelichen Gut befinde, als daß ſelbige davon getrennet ſey, antwortet der Herr Verfaſſer, daß, wenn man bey einem Gut keines der Merkmale antrift, woraus das vorzügliche Recht geſchloſſen werden kann, ſolcher Mangel die allgemeine Vermuthung aufhebe.

§. III.

Sie klebet gemeiniglich denenſelben an. Jedoch leidet dieſe Regel ihre Abfälle.

Wenn ich ſeine Meinung recht einnehme, ſo iſt ſie von der meinigen im Hauptwerk nicht ſehr unterſchieden. Ich ſtehe in den Gedanken, daß, weil (1) vermöge der natürlichen Freiheit ein jeder als Eigenthümer auf dem Seinigen, auch mit eines andern Eigenthümers Genehmhaltung auf deſſen Gründen zu jagen befugt iſt, und (2) den mehreſten adelichen Gütern dieſe Befugniß annoch heutiges Tages anklebet, von den Beſitzern adlicher Güter im Zweifel zu vermuthen

muthen iſt, daß ſie jagen dürfen. Solche allgemeine Vermuthung wird aber durch andere widrige bey dieſem und jenem beſondern Gut ſich äußernde Umſtände allerdings entkräftet, welches geſchiehet, wenn diejenige Merkmale nicht fürhanden, die ſich gemeiniglich bey den zur Jagd Berechtigten finden. Herr Hofrath Buri will nun zwar von der aus der natürlichen Freiheit herfließenden, für den Adel ſtreitenden Vermuthung nichts wiſſen, weil man, ſeiner Meinung nach, ſo wenig erwieſen, daß die Jagd ſtillſchweigend unter die ordentlichen Zubehörungen eines Guts zu rechnen, als daß ſie ein Kaiſerliches und nachheriges landesherrliches Recht ſey. Er ſtellet jedoch p. 160. in keine Abrede, daß die mehreſten adelichen Güter mit der Jagdgerechtigkeit verſehen ſind, und daß die Vermuthung immer für dasjenige zu machen, was gewöhnlich iſt. Nur deswegen vermuthet er im Zweifel nicht, daß die Befugniß zu jagen einem adelichen Gut anklebet, weil ſich vielfältig bey dieſem und jenem Gut die Merkmale nicht äußern, welche bey den zur Jagd Berechtigten gemeiniglich zu finden. Mir deucht, es hebe ſolches die Regel nicht auf, ſondern ſchränke ſie nur ein, und erweiſe, daß dieſelbe bey gewiſſen Umſtänden ihre Abfälle leide, mithin ſey ſelbſt nach des Herrn Buri Sätzen im völligen Zweifel zu vermuthen, daß der Beſitzer eines adelichen Guts zu jagen berechtiget iſt, kein völliger Zweifel aber fürhanden, wenn die Merkmale mangeln, welche ſich gemeiniglich bey den zur Jagd Berechtigten finden. Dieſes um deſtomehr zu beſtärken, und die Sache klärer zu machen, will ich I) die Gründe prüfen, welcher wegen Herr Hofrath Buri Bedenken träget, die Jagd als eine ſtillſchweigende Zubehörung adelicher Güter anzuſehen und II) von denjenigen Merkmalen handeln, deren Mangel die für den Adel ſtreitende Vermuthung entkräftet, und alſo erfordert, daß man Ausnahmen von der Regel mache.

§. IV.

Die Vermuthung ſtreite für die Beſitzer adelicher Güter, wenn gleich der wider die Regalität der Jagden geführte Beweis unzulänglich wäre.

Herr Hofrath Buri räumet ein, es ſey vermöge des Rechts der Natur, auch des allgemeinen Staatsrechts ein jeder Edelmann auf dem Seinigen zu jagen berechtiget, und ihm unverboten, ſolches auf fremden Gründen mit des Eigenthümers Genehmhaltung zu thun.

Meines Ermeſſens folget hieraus 1) daß die Jagdgerechtigkeit für eine ſtillſchweigende Zubehörung adelicher Güter zu halten, wenn gleich alle Beweisthümer, welche man, um dieſen Satz darzuthun, aus den ältern und neuern Zeiten herbey gebracht hat, unkräftig, und der Gegenbeweis derjenigen, die wider die Regalität der Jagden ſtreiten, nicht beſſer beſchaffen wäre, als der von den Vertheidigern derſelben geführte Beweis. Denn man hat jenen zum Ueberfluß angetreten, und bedarf deſſen nicht, ſondern es wird die Dauer der natür-

lichen Freiheit des Adels billig ſo lange vermuthet, bis dargethan worden, daß ſie in Teutſchland aufgehoben iſt. Dieſes erhellet daher keineswegs, daß nach den teutſchen Sitten nicht alle Beſitzer adelicher Güter jagen dürfen, mithin Ausnahmen und Abfälle von dem angenommenen Satz, daß die Jagd an und für ſich aus dem Eigenthum fließet, entſtehen. Denn da ſolcher Ausnahmen ohnerachtet, des Herrn Buri Geſtändniß nach, die mehreſten adelichen Güter mit der Jagdgerechtigkeit verſehen ſind, ſo heben ſie, wie im §. III. bereits angemerket worden, die Regel keineswegs auf, ſondern ſchränken dieſelbe nur ein.

§. V.

Es iſt nicht glaublich, daß die alten Teutſchen ſich der Jagd begeben.

Ich halte aber auch dafür, daß die wider die Regalität angeführten Gründe nicht ſo gar leicht zu entkräften ſind.

Die Vertheidiger der Freiheit haben 1) einen Beweis daher genommen, daß die alten Teutſchen einen großen Theil ihres Lebens mit der Jagd zugebracht, ſich von Wildpret genähret, und in deſſen Häute gekleidet haben, folglich ſolches in Menge fürhanden geweſen, mithin ganz unglaublich ſey, daß ſich das Volk der Jagd begeben, und der höchſten Obrigkeit ſolche zugeeignet habe.

Herr Hofrath Buri wendet p. 89, 90. dawider ein, es ſchließe das häufige Jagen an und vor ſich die ausdrükliche oder ſtillſchweigende Erlaubniß eines Oberherrn nicht aus, und weil die Teutſchen gerne Wild gegeſſen, ſo hätte ſolches ein Bewegungsgrund ſeyn können, warum die Obern *die Jagd an ſich* gezogen, um ihre Anhänger mit deſto leichterer Mühe verſorgen zu können, welches ſo viel glaublicher, dafern die Könige und Großen in Fellen und Pelzwerk eine beſondere Pracht geſuchet. Weil auch bey denen ungeheuren Waldungen in Teutſchland es viele Raubthiere gegeben, ſo mögte in den Wildbahnen wohl wenig gutes Wildpret übrig blieben ſeyn.

Nun kann man in dergleichen Sachen keinen mathematiſchen Beweis, deſſen Gegentheil unmöglich iſt, fordern, ſondern muß zufrieden ſeyn, wenn etwas ſehr glaublich gemachet wird. Unter mehren möglichen Auslegungen der alten hiſtoriſchen Nachrichten iſt die wahrſcheinlichſte anzunehmen, und die bloſſe Möglichkeit des Gegentheils ſchwächet keine Muthmaſſung.

Es machen aber alle Umſtände höchſt wahrſcheinlich, daß ſich die alten Teutſchen der natürlichen Freiheit zu jagen nimmer begeben haben.

Wenn gleich die Obrigkeit zu wünſchen Urſach gehabt, daß man nur denjenigen die Jagd erlauben möge, denen ſie ſolche verſtatten wollen, ſo folget jedoch daher keineswegs, daß ohne derſelben Erlaubniß niemand jagen dürfen. Denn auf ihren Willen kam es nicht allein an, ſondern es wurde des Volks Genehmhaltung erfordert, um aus einem Recht aller Bürger ein landesherrliches

ches Vorrecht zu machen. Dieſes lebte in groſſer Freiheit, und man konnte ſo wenig es nöthigen, ſich der zu ſeinem Unterhalt und Vergnügen ein groſſes beitragenden Jagdgerechtigkeit zu begeben, als glaublich iſt, daß ſolches ohne Zwang, aus gutem Herzen geſchehen.

Die tägliche Erfahrung lehret auch, daß in den groſſen Waldungen, worin Raubthiere zu finden, es dennoch an anderm Wilde nicht fehlet, und muß in Teutſchland nothwendig ein Ueberfluß geweſen ſeyn, weil man ſonſt nicht ſagen können, es lebten die Teutſchen vom Wildpret. Was auch von einem ganzen Volk erzählet wird, das darf man, ohne ſehr wichtige Urſachen, nicht auf den geringern Theil deſſelben, nemlich auf Fürſten und Herren deuten.

§. VI.

Sie war nur in den Bannforſten verboten.

Es wird 2) wider die vorgegebene Aufhebung der natürlichen Freiheit zu jagen angeführet, daß ſolche nur in den Bannforſten verboten, und alſo auſſer denſelben unverboten geweſen.

Herr Hofrath Buri hält p. 13. 14. dieſen Grund nicht für bündig, weil (a) in vielen Provinzen Teutſchlandes keine gewiſſe benamte Strafe auf diejenige, welche in den landesherrl. Gehegen ſchießen, verordnet iſt, deſſentwegen aber daſelbſt niemand ohne Ahndung Wild ſchießen darf; Es ferner (b) Graf- und Herrſchaften giebet, worin ohne allen Widerſpruch nur allein der Landesherrſchaft die Jagd zuſtehet, und dennoch durch kein ſchriftliches Verbot das Jagen unterſaget worden. Gleichwie nun (c) daraus, daß die Schlägereyen in Herrſchaftlichen Schlöſſern unter härterer Strafe verboten, nicht folget, daß ſolche an andern Orten erlaubet ſind, und ungeſtrafet bleiben, ſo erweiſet, ſeiner Meinung nach, das bey einer geſezten Strafe geſchehene Verbot des Jagens in den Bannforſten nicht, daß ſolches auſſer denſelben erlaubet geweſen, und die Kaiſerlichen Benadigungsbriefe, mittelſt deren (d) das Forſtrecht ertheilet, enthalten eine ſolche Strafe ſtillſchweigend, wenn ſie gleich darin nicht ausgedrücket worden.

Die Vertheidiger der adelichen Freiheit zu jagen gründen ſich aber (a) nicht ſowohl darin, daß das Jagen auſſer den Bannforſten mit keiner gewiſſen Strafe beleget iſt, als in der Einſchränkung des Verbots zu jagen auf ſolche Bannforſte, welches allgemein ſeyn müßte, wenn die natürliche Freiheit überall aufgehoben wäre. Denn warum hat man doch in gewiſſen Bezirken durch beſondere Verordnungen denen Unterthanen den Gebrauch der Jagdgerechtigkeit unterſaget, wenn er ihnen ſchon fürhin überall unterſaget geweſen? Wäre die Abſicht nur dahin gangen, ſelbigen durch die angedrohete Strafe mehrern Schrecken einzujagen, ſo würde dieſes in ſo vielen Diplomatibus wenigſtens einmal

geäuſ-

geäuſſert ſeyn, und ſolche nicht ſowohl ein ganz neues Verbot, als eine Erneuerung des fürhin ergangenen enthalten. Auch auſſer den Forſten ſchrecket man billig die zur Jagd nicht Berechtigte von derſelben Gebrauch ab, welches in den Jagdordnungen überall geſchiehet.

Wenn es ferner (b) an einem ſchriftlichen Verbot zu jagen gänzlich fehlete, ſo könnte ſolches jedoch wohl mündlich ergangen, und in dem Herkommen gegründet ſeyn. Hier aber wird nicht der Mangel eines ſchriftlichen Verbots, ſondern (wie ich eben geſaget) deſſen Einſchränkung auf gewiſſe Oerter den Verfechtern der Regalität entgegen geſetzet. Dafern ein Graf, deſſen Land aus vier Aemtern beſtehet, die Jagd nur in zwey Aemtern verböte, ſo hätte man allerdings zu glauben Urſach, daß ſolche in den beiden übrigen unverboten ſey. Denn die Argumenta a contrario ſenſu ſind, wenn man ſie aus einem Geſetz nimmt, ſehr bündig.

Weil (c) das Recht der Natur und andere Geſetze die Schlägereyen auſſer den Schlöſſern ausdrüklich verbieten, ſo erweiſen die auf ſelbige eingeſchränkte, und eine allgemeine Mißbilligung nicht zu erkennen gebende härtere Strafen keine Befreyung von aller Strafe, wegen der Schlägereyen, ſo auſſer den Schlöſſern vorgehen. Weder das Recht der Natur, noch andere Geſetze verbieten aber die Jagd auſſer den Bannforſten, daher von jenem Fall auf dieſen kein Schluß zu machen. Die Argumenta a contrario ſenſu ſind nicht ſo kräftig, daß ſie allen Gegenbeweis ausſchließen. Denn öfters drücket ſich auch ein Geſezgeber übel aus. Das Gegentheil vermuthet man aber billig ſo lang, bis ein anderes dargethan iſt.

Uebrigens kleben allerdings dem Wildbann heutiges Tages noch mehrere Gerechtigkeiten, als die Befugniß mit Ausſchlißeung anderer darin zu jagen, an. Dieſe iſt jedoch die wichtigſte, und die übrigen zielen gröſtentheils nur auf deren Behauptung ab. Daß ein mehreres zu alten Zeiten damit verknüpfet geweſen, hat man ſehr zu zweifeln Urſache. Wenigſtens thun die Königl. Begnadigungsbriefe, welche keine Ausdehnung leiden, deſſen ſelten Meldung, und deswegen bleibet es immer unwahrſcheinlich, daß groſſe Herrn ſich in den mittlern Zeiten ſo viele Mühe gegeben, das Recht eines Bannforſtes zu erlangen, wenn ſchon für deſſen Anlegung in dem Bezirk, welcher neuerlich ins Geheg geleget wurde, niemand jagen dürfen. Um diejenige davon auszuſchließen, die theils kraft des ihnen zuſtehenden Eigenthums, und theils weil der Ort niemanden gehörte, ſondern dem gemeinen Gebrauch überlaſſen worden, dem Wilde daſelbſt nachzuſtellen pflegten, wurde ein Königl. Verbot zu jagen, und zwar, wenn andere Leute in der anlegenden Forſt eigene Gründe beſaſſen, mit deren Genehmhaltung ausgewirket.

Daß endlich (d) die Wildfrevler für jedes geſchoſſene Stück wenigſtens 60 Sch. entrichten müſſen, ob wohl die Königliche dem Forſtherrn zum Beſten gemachte Verordnung deſſen keine Meldung that, habe ich keine Urſach in Zweifel zu ziehen. Natürlicher Weiſe müßte das Jagen im Forſt ſcharf beſtrafet werden, wenn deſſen Anlegung Nutzen haben ſollen. Eben deswegen aber bin ich verſichert, daß, wenn ein Verbot auſſer den Forſten zu jagen fürhanden, es damit ein Ernſt geweſen, und ſolches Wirkung gehabt, man die auſſer den Forſten betroffene Wilddiebe ſo ernſtlich beſtrafet habe, daß ſie dadurch von dem unbefugten Jagen abgeſchrecket werden können, welchenfalls der wichtigſte Nutze des dem allgemeinen Verbot hinzugefügten Königl. Banns hinweg fällt.

§. VII.

Nichts iſt (4) mit der dem Vorgeben nach der höchſten Obrigkeit allein zuſtehenden Jagdgerechtigkeit ſchwerer zu reimen, als daß ſelbſt die Könige, wenn ſie neue Forſten anlegen wollen, der freyen Leute Genehmhaltung vielfältig begehret worden.

Welche vielfältig mit der freyen Leute Genehmhaltung angeleget worden.

Herr Hofrath Buri ſtehet p. 20. 21. in den Gedanken, wenn die herum wohnende Großen mit der Errichtung eines Bannforſtes zufrieden geweſen, ſo hätte man ſich (a) um der Geringern Einwilligung wenig bekümmert, welche leicht begriffen, daß man ihnen ſchlechterdings den Gehorſam auflegen dürfte. Es erhelle auch (b) aus ihrer Einwilligung keinesweges, daß einem jedweden freyen Beſitzer die Jagd auf dem Seinigen gebühret habe, weil immer zweifelhaft bleibe, ob ſelbige der Jagensgerechtigkeit halber, und nicht wegen des Holzungsrechts erfordert worden. Wenn gleich endlich (c) bey dieſem oder jenem Bannforſt es vermöge der Befugniß zu jagen geſchehen, ſo erweiſe ſolches doch nur, daß in einer Gegend viele vom hohen und niedern Adel zu jagen berechtiget geweſen, nicht aber, daß ſie dieſes Recht kraft des Eigenthums über ihre Güter ohne Kaiſerl. Begnadigungen hergebracht, welche Frage andere hiſtoriſche Nachrichten entſcheiden müßten.

Daß jedoch (a) die Einwilligung derjenigen freyen Leute, welchen die im Forſt belegene Gründe gehörten, und nicht nur der Fürſten und Herren bey deſſen Errichtung begehret iſt, lieget ſo klar für Augen, daß es in keine Abrede geſtellet werden können. Da auch nimmer zu vermuthen, daß jemand vergebene Handlungen, die keinen Nutzen haben, vornimmt, ſo iſt dafür zu halten, daß dieſe Einwilligung nöthig geweſen, und ſolches zu Behauptung meines Satzes hinlänglich. Denn hätten gleich die geringeren Eigenthümer ungern darin gewilliget, daß ein neuer Bannforſt angeleget worden, ſo bliebe dennoch wahr, daß ohne ihre Einwilligung ſolches den Rechten nach nicht geſchehen können. Ich be-

begreife aber auch die Urſach keinesweges, warum Herr Hofrath Buri in folgenden Worten eines Diplomatis beim Schannat *Buckoviae veteris p.* 320: *Conſenſerunt* traditioni (Wiltbanni ſuper quoddam foreſtum) Adelbero Wirziburgenſis Epiſcopus, Eberhardus Comes, Sigiboto Comes, Gozuvinus Comes, Tammo Comes, Gerhardus Ramvolt Comes, Reginhardus Uto ceterique alii, quicunque aliquod predium aut beneficium ſive advocationem in his praeſcriptis terminis poſſiderunt, das Wort conſenſerunt nur auf den Biſchof und die Grafen deutet, und dafür hält, es ſey den übrigen durch die folgende Worte: Sic habeant &c. bloß der Kaiſerl. Befehl zu ihrer Nachachtung bekannt gemacht, weil ganz klar, nicht nur von dem Biſchof und Grafen, ſondern auch den übrigen Eigenthümern geſaget wird, quod conſenſerunt traditioni. Der Teutſchen Freiheit genoſſe zu ſelbigen Zeiten gleichfalls das Volk, und beſonders der *Ritter*ſtand: daher man keine Urſach zu glauben hat, daß dieſer ſich alles müſſen gefallen laſſen, was der Kaiſer und die Großen beliebten.

(b) Erweiſen die Königl. Begnadigungen, wie die Bannförſte hauptſächlich des Jagens halber errichtet ſind, und geſchiehet darin der Holzgerechtigkeit ſelten Meldung. Ich habe auch in meinen *Vindiciis Juris venandi Nobilitatis Germanicae c.* 1. §. 14. dargethan, daß öfters bey Errichtung ſolcher Bannförſte ausdrüklich der zur Jagd Berechtigten Genehmhaltung erfordert worden, und dieſes iſt nicht etwa nur in einer Provinz, ſondern hin und wieder in Ober- und Niederteutſchland geſchehen.

Ich gebe zwar (c) zu, es ſey möglich, daß ſolche Befugniß der freyen Leute aus Kaiſerl. Begnadigungen hergefloſſen. Aber dieſe Möglichkeit wirket, wie ſchon oben bemerket iſt, keine Wahrſcheinlichkeit, und es iſt nicht der mindeſte Umſtand fürhanden, woraus erhellet, daß niemand für Alters jagen dürfen, den der Kaiſer mit ſolchem Recht nicht begnadiget hatte. Wenn dieſes glaublich gemachet wäre, ſo ließe ſich der Einwurf, daß die Bannförſte mit Bewilligung der Unterthanen angeleget worden, dergeſtalt ablehnen, wie es von den Vertheidigern der Regalität geſchehen. In deſſen Ermangelung iſt es aber ganz unthunlich, und wenn man dergeſtalt willkührliche Dinge vorausſetzen darf, wie es von meinen Gegnern geſchiehet, ein leichtes, durch Anführung unrichtiger Urſachen die erheblichſten menſchlichen Handlungen zum Beweis untüchtig zu machen. Allerdings müſſen jedoch, nach des Herrn Buri Lehre, andere hiſtoriſche Nachrichten mit zu Hülfe genommen werden, wenn man die Sache gründlich beurtheilen will. Wenn ſolches geſchiehet, und in Erwegung gezogen wird, daß nach dem Recht der Natur ſowohl, als dem allgemeinen Staatsrecht jedem freyen Mann auf dem Seinigen zu jagen, erlaubet iſt, und nicht die mindeſte

deſte Spuhr der Aufhebung ſolcher Befugniß bey den alten Teutſchen ſich findet, vielmehr ihre Begierde zu jagen, und der Nutzen, welchen ſie davon hatten, ſammt der eingeſchränkten Gewalt ihrer Obern es ganz unglaublich machet, daß ſie dieſen zu Liebe die Jagdgerechtigkeit fahren laſſen, mithin wie das Verbot der Jagd in den mittlern Zeiten nur auf gewiſſe Bezirke eingeſchränket, und dazu des Volks Einwilligung vielfältig begehret worden, ſo kan man es nicht anderſt als für höchſt wahrſcheinlich halten, daß die Jagdgerechtigkeit zu ſelbigen Zeiten den freyen Leuten kraft des Eigenthums über ihre Güter, und nicht kraft Kaiſerl. Begnadigungen zugeſtanden.

§. VIII.

Man hielte die Jagden für ſtillſchweigende Zubehörungen der Güter.

Zum Beweis, daß die Jagdgerechtigkeit in den mittlern Zeiten eine Zubehörung der adelichen Güter geweſen, wird (5) angeführet, es geſchehe derſelben (a) vielfältig in den Schenkungsbriefen keine Meldung, ohnerachtet aus andern Urkunden erhellet, daß den verſchenkten Gütern ſolche Befugniß angeklebet habe, und wenn man ſie (b) mit dem Gut nicht übertragen wollen, ſo ſey dieſelbe den Schenkenden ausdrüklich vorbehalten, auch (c) vielfältig mit den Gütern, als deren Zubehör, verkaufet und verſchenket.

Herr Hofrath Buri erreget hierwider p. 28—33. folgende Zweifel:

Er vermeinet (a), daß die Partheyen bey dieſem oder jenem Exempel die Jagd ſtillſchweigend mit unter den Zubehörungen begriffen, daraus folge nicht, daß ſie auch bey andern Gütern darunter begriffen ſey. In dem Schenkungsbrief Kaiſer Henrichs beim Ludewig, auf welchen ich mich bezogen, werde auch der Kirchen und Zehenden nicht gedacht, obwohl ſie beſage einer andern Urkunde zum Gute gehöret haben, und dennoch könne man daraus nicht ſchließen, daß Kirchen und Zehenden bey einem jedweden Gut vermuthet werden müßten. Die Urkunde der Königin Richeza beziehe ſich aber auf ein Privilegium Pilgrini Colonienſis Archiepiſcopi, worin die Zubehörungen des Guts Bruweiler vermuthlich ausgedrukt geweſen.

Wenn (b) Zölle, Gerichte u. d. gl. ſich bey einem Gut befinden, und mit demſelben nicht veräußert werden ſollen, ſo müſſe der Verkäufer ſie ſich vorbehalten, und dennoch folge hieraus nicht, daß dergleichen Gerechtſame bey einem adelichen Gut zu vermuthen ſind. Beim Hundio werde auch der Wildbann von der Schenkung ausgenommen, ohngeachtet ſelbiger zu den Kaiſerl. Vorrechten gehöre, und es erhelle aus andern Urkunden, daß das Kloſter Admond mit der Jagdgerechtigkeit verſehen geweſen, daher beim Pez die Venationes und Pelliculrum tributa der Erzbiſchof ſich nicht vorbehalten haben könne,

weil ſie ſonſt ſtillſchweigend unter den Zubehörungen begriffen wären. Man finde auch die Vogteyen und Dienſtleute unter ſolchen Ausnahmen, und

(c) deswegen die Jagd öfter, als die Zoll- und Münzgerechtigkeit unter den Zubehörungen der Güter, weil der leztern natürliche Beſchaffenheit und die Einrichtung des Staats nicht erlaube, daß ſo oft die Münz- und Zollgerechtigkeit vergeben werden könne. Da bey Veräußerung, Belehnung ꝛc. der adelichen Güter ſelten in der darüber ausgefertigten Urkunde nur blos der Zubehörungen gedacht werde, und die Beſitzer dennoch kraft dieſer ihnen ertheilten bloßen Zubehörungen auch die Jagd erlanget haben, ſo ſey daher bey denjenigen Gütern, wo die Jagd nicht ausdrüklich mit benamet iſt, ſolche im Zweifel keineswegs zu vermuthen. Man könne auch nicht ſagen, daß die Jagd ſowohl, als die Frohnen deswegen für ein Zubehör adelicher Güter zu halten, weil dieſe gleich jenen ſich bey demſelben gemeiniglich befinden. Denn wegen der Frohnen komme die Vermuthung dem Adel nicht deswegen zu ſtatten, weil ſolche öfters unter die Zubehörungen adelicher Güter gerechnet werden, ſondern weil die Teutſchen den Ackerbau hauptſächlich durch ihre Knechte und Bauern beſtreiten laſſen.

Nun iſt wohl (a) ein ſorgfältiger Unterſcheid zu machen, ob jemanden von der höchſten Obrigkeit, oder von Unterthanen ein Gut übertragen worden. Erſtern Falls bekommt er mit dem Gut nicht zugleich die Königlichen Vorrechte, wenn deren im Verkauf- oder Verſchenkungsbrief keine *Meldung geſchehen.* Niemand läſſet ſich in die Gedanken kommen, daß, wenn der König oder Fürſt jemand ein Haus oder einen Hof ſchenket, er ihn auch mit der Gerichtsbarkeit über ſelbigen begabe. Denn dieſe hat der Fürſt nicht als des Hofes Beſitzer, ſondern als Landesherr geübet, folglich iſt ſie keinem Unterthan mitgetheilet, indem ihm der Hof ſamt ſeinem Zubehör gegeben worden, und hieraus trit dann ein, daß die Gerechtigkeiten, welche der Fürſt als gewöhnliche Zubehörungen der Güter, ohne deren im Schenkungsbrief Meldung zu thun, den Unterthanen übertragen, keine landesherrliche Vorrechte ſind.

Eine ganz andere Bewandniß hat es mit den Uebertragungen, die ein Unterthan dem andern thut. Dieſe beſitzen keine Regalien, als Regalien, ſondern als Zubehörungen ihrer Güter, denen ſelbige von den Obern beigeleget worden. Mit ſolchen Gütern werden ſie auch als Zubehörungen derſelben veräußert, und kann es daher wohl zuſammen beſtehen, daß niemand eine gewiſſe Befugniß ohne landesherrl. Begnadigung üben darf, und daß gleichwohl dieſe Befugniß ein Zubehör ſeines Gutes iſt.

Nun handelt der Brief Kaiſer Henrichs IV. beim Ludewig *Script. Bambergenſ. Vol. I. p.* 1120. von einer Königl. Schenkung, und da ſelbiger der

Jagd

Jagd keine Meldung thut, ſo hätte man Urſach zu glauben, daß vermöge deſſen dem Stift Bamberg keine Jagd zuſtehe, wenn dieſe ein Kaiſerl. Vorrecht geweſen. Da aber dieſelbe, ob wohl ſie unter den Zubehörungen nicht ausgedrücket worden, der geſchenkten Abtey dennoch vermöge Kaiſer Henrich II. Schenkungsbriefes zugeſtanden, ſo folgert man daher billig, daß Kaiſer Henrich IV. die Jagd für eine Zubehör gehalten habe, welche keine beſondere Ausdrückung erfordere.

Die von den Kirchen und Zehenden genommene Inſtanz entkräftet dieſen Grund keineswegs. Allerdings iſt zu vermuthen, daß ſolche einer Abtey, von welcher beim Lvdewig geredet wird, ankleben, und wenigſtens ſind weder die Zehenden, noch das Recht eine Pfarre zu vergeben, Regalien, mithin konnte man nicht dafür halten, daß wegen unterlaſſener Ausdrückung dieſer Befugniſſe, ſie dem König verblieben. Was die Urkunde beim Tolner *in Codice Diplomatico Palatino p. 27.* anlanget, ſo beziehet ſich die Richeza in dem Beſtätigungsbrief nur zum Beweis, daß ihr Vatter mit ſeiner Söhne Genehmhaltung dem Cloſter die Güter geſchenket hatte, auf den Erzbiſchöfl. Brief, und nicht in der Abſicht, daß man aus dieſem die Zubehörungen des geſchenkten Guts erkennen ſolle, welche ſie vielmehr gutentheils ausdrücket, daher dann ſelbige, wann ſie nicht dafür gehalten, daß die Jagd dem Gut natürlicher Weiſe anklebe, deren ſonder Zweifel Meldung gethan hätte.

(b) Die wörtliche Ausnahme einer Gerechtigkeit bey der Veräußerung eines Guts erweiſet zwar nicht, daß ſie gemeiniglich allen Gütern anklebet, ſondern daß dieſelbe eine Zubehörung desjenigen iſt, wovon die Urkunde handelt. Wenn aber die Jagd den Kaiſerlichen Vorrechten beizuzählen, ſo wird ſie, obangeführtem nach, vom Kaiſer nicht als dem Eigenthümer ſeiner Gründe, ſondern als Kaiſer geübet, mithin durch die bloſſe Uebertragung ſolcher Gründe niemanden zu Theil, welchemnach es keiner beſondern Ausnahme von der Schenkung bedarf. Dieſe zeiget daher allerdings an, wie die Jagd für eine Zubehörung der Gründe und Wirkung des Eigenthums gehalten worden, wenn ſie von den Königen und denjenigen, welche der Königl. Vorrechte theilhaftig worden, geſchehen. Das Wort **Wildbahn** bedeutet nicht immer einen Bannforſt, ſondern auch wohl beſonders zur Jagd dienliche Waldungen. Geſezt aber, es würde beim Hvndio ein Bannforſt dadurch angezeiget, ſo iſt jedoch auch ſolcher zur Zubehör eines Bezirks gemacht, wenn man denſelben mit des Landesherrn und der zur Jagd Berechtigten Einwilligung angeleget hat, welches von der Jagd nicht geſaget werden mag, wenn ſie kraft des allgemeinen landesherrl. Vorrechts, ohne auf eine gewiſſe Gegend das Augenmerk zu nehmen, geübet wird.

Uebrigens hat allerdings Erzbiſchof Conrad I. zu Salzburg dem Kloſter Admond omne genus venationis eingeräumet. Erzbiſchof Eberhard hingegen verſaget ihm die Venationes & Pellicularum tributa, quia quaedam, quae lites avertunt, & gratiam ſequuntur, operi ducebat implicanda. Es iſt daher vermuthlich nach Erzbiſchof Conrads Zeiten ein Streit über der Jagd entſtanden, weil man etwa dafür gehalten, die klöſterliche Gründe wären in einem neu angelegten Forſt befindlich, und darüber uneinig geweſen, ob ſolcher mit den rechtlichen Erforderniſſen verſehen ſey? Dafern niemand ohne eine ausdrükliche Erlaubniß jagen dürfen, ſo wäre dieſe ausdrükliche Ausnahme auch bey ſolchen Umſtänden überflüßig geweſen, und hätte ſich von ſelbſt verſtanden, wenn nur der Jagd in dem Erzbiſchöfl. Briefe keine Meldung geſchehen wäre.

Die Vogtey, welche in dem Quedlinburgiſchen Briefe ausgenommen wird, iſt nicht immer ein landesherrl. Vorrecht, maſſen die Worte Advocatia und Vogtey ſehr unterſchiedene Bedeutungen haben, und vielleicht in der Urkunde beim Kettner nichts anders, als eine Art der Beſchirmung, und die dafür zu erlegende Gebühren anzeigen. Es war um deſtomehr nothwendig, der Vogtey Meldung zu thun, weil ſie ein Dritter zu Lehn truge, mit welchem das Stift darüber in Streit gerathen können, wenn man ihm ſein Recht nicht vorbehalten hätte. Daß auch Lehn- und Dienſtleute Zubehörungen der Teutſchen Herrſchaften ſind, und wer ſich ſelbige anmaſſet, keine Kaiſerl. Begnadigungen beibringen dürfen, wird wohl niemand in Zweifel ziehen, der erweget, daß ſie ſich faſt bey allen Herrſchaften finden, und vielfältig durch beſondere, mit den Ritterlichen Lehn- und Dienſtleuten aufgerichtete Verträge, nicht aber durch Kaiſerl. Begnadigungen erworben ſind.

(c) Iſt wohl niemals jemand in den Sinn kommen zu behaupten, daß die Jagd deswegen für eine Zubehörung adelicher Güter zu halten ſey, weil ſie ſelbigen öfters, als die Zoll- und Münzgerechtigkeit beigezählet wird. Nur um die Inſtanz abzulehnen, daß die alten Urkunden ſowohl dieſe, als jene unter ſolche Zubehörungen rechnen, wird angeführet, daß die Jagd öfters, das Münzrecht und die Zölle aber ſich ſelten darunter finden. Daß aber wenig Exempel anzutreffen, da bey Veräußerungen, Belehnungen ꝛc. adelicher Güter in den darüber ausgefertigten Urkunden nur bloß deren Zubehörungen gedacht worden, und die Beſitzer dennoch kraft dieſer ihnen ertheilten bloſſen Zubehörungen auch die Jagd erlanget haben, kan ich dem Herrn Hofrath Buri, bevorab wenn wir in die ältern Zeiten hinauf ſteigen, nicht einräumen. Ich bin verſichert, es werde ſich bey genauer Unterſuchung finden, daß nicht hin und wieder einige, ſondern die mehreſten älteren Lehnbriefe des Adels, ja bey verſchiedenen Lehnhö-

fen

ſen alle ohne Ausnahme keiner Jagden Meldung thun, obwohl die mehreſten von Adel zur Jagd berechtiget ſind, wie in meinen *Vindiciis juris venandi Nobilitatis Germanicae c.* 1. §. 24. bemerket worden, und dieſes iſt ein gewiſſes Zeichen, daß man vor alters die Jagd für eine natürliche Zubehörung adelicher Güter gehalten.

Endlich gründet ſich die für den Adel ſtreitende Vermuthung, wann er wegen der Frohnen mit den Bauern in Zwiſt geräth, nicht nur auf die alte, ſondern öfters auf eine ziemlich neue Verfaſſung. Meine Commentation *de jure Villicorum c.* 5. §. 15. enthält davon ein merkwürdiges Exempel. Daß dem Gerichts- und nicht dem Gutsherrn die Herrendienſte geleiſtet werden müſſen, fließet keineswegs aus der vormaligen Einrichtung des teutſchen Landlebens her, und dennoch iſt ſolches in verſchiedenen Ländern zu vermuthen, weil daſelbſt die mehreſten Gerichtsherren, und nicht die Gutsherren mit ſolchem Recht begabet ſind, deſſen glaubliche Urſachen ich an beſagtem Ort §. 12. bemerket habe.

Die aus dem öftern heutigen Gebrauch dem Adel zu ſtatten kommende Vermuthung wegen der Jagd beſtärket die uralte Einrichtung Teutſchlandes noch mehr, als die Befugniß, den Herrndienſt von den Bauern zu fordern.

§. IX.

Es wird (6) ein Beweis wider die Regalität der Jagd daher genommen, daß in einer Urkunde beim Hundio *Metrop. Salisburg. Tom. I. p.* 52. König Philipp ſaget: quod populus venationem in Svezzenthal cum Sacramentis in poteſtatem Regum firmarit ad venandos apros illic & urſos per tres hebdomades ante aequinoctium autumnale & poſtea usque ad Feſtum St. Martini. Von der hohen Jagd.

Herr Hofrath Buri hält p. 137. dafür, ſolche Worte zeigten nur an, daß ehedeſſen wegen dieſer Jagd ein Zweifel vorgefallen, und wie man das Volk oder die Aelteſten aus demſelben dieſerhalben befraget, ſolches eidlich gewieſen und bekräftiget habe, daß die Jagd daſelbſt denen Königen zuſtehe.

Nun hat das Wort Firmare allerdings verſchiedene Bedeutungen, und heiſſet vielfältig ſowohl bekräftigen, ertheilen, als bezeugen, behaupten. Siehe Herrn Hofrath Reinhards Ausführungen *P. I. p* 267. 268. In den Stellen, welche Herr Buri aus dem du Fresne, Calmet und Hergott beibringet, erhellet klärlich, daß daſelbſt die Rede von der Bekräftigung durch ein Zeugniß iſt. In der Philippiniſchen Urkunde findet ſich aber nichts, woraus ein gleiches abzunehmen, wenn es in ſelbiger alſo lautet: Praetaxatas itaque poſſeſſiones quemadmodum in privilegio Regis Ottonis Auguſti ſignatae reperiuntur, & ea lege ac ratione Salzburgenſis eccleſiae *confirmatae* ut nullus imperii Romani Succeſſor, nec Dux, nec Comes, nec ulla alia poteſtas aut perſona de praedictis rebus audeat quicquam ſubtrahere, ſed jure perpetuo ad Sanctum Petrum Sanctumque

Rubertum ſtabiliter absque omni contradictione permaneant, ita nos quoque noſtri autoritate praecepti *confirmamus*, ſo haben die Worte confirmatae und confirmamus auſſer Zweifel einen ganz andern Verſtand, und zeigen kein Zeugniß, ſondern eine Mittheilung an. Eben dieſen Verſtand hat ihm der Verfaſſer des Diplomatis vermuthlich in den vorhergehenden beigelegt, wie Herr von Cramer einräumet. Andere Urkunden ſetzen auch auſſer Zweifel, daß die Bannförſte mit des Volks Genehmhaltung angeleget worden, und iſt daher gar glaublich, daß man ſelbiges beweget hat, ſich der Jagd nach Schweinen und Bären im Svezzental zu gewiſſen Zeiten zum beſten der Könige eidlich zu begeben.

Dem ſey aber wie ihm wolle, ſo ſtreitet es jedoch wider die Regalität, daß das Königl. Jagdrecht auf wenige Wochen, und auf gewiſſe Arten des Wildes eingeſchränket geweſen, mithin die Unterthanen in den übrigen Jahrszeiten wilde Schweine fällen dürfen. Nach den gegenſeitigen Grundſätzen hätte das Volk den Königen nicht etwas zugeſchworen, ſondern das mehreſte abgeſchworen, und zum Beſten der zur Jagd berechtigten Unterthanen einen Eid geleiſtet, indem es die Königl. Jagdgerechtigkeit dergeſtalt eingeſchränket hat. Der König ſelbſt vermeinet aber durch dieſen Eid ein Recht erlanget oder behauptet zu haben, welches ihm werth zu ſeyn ſchiene, in dem Salzburgiſchen Privilegio ausgedrucket zu werden.

§. X.

Herr Hofrath Buri iſt zwar mit mir und andern der Meinung, daß die für die Regalität der Jagd bisher angeführten Gründe zu deren Beweis unzulänglich ſind. Er ſetzet aber an demjenigen, was von der andern Seite dawider fürgebracht worden, auch verſchiedenes aus. Eine Unterſuchung anzuſtellen, ob es immer mit Fug geſchehen, wenn ſolches weder zur Entſcheidung gegenwärtiger Frage etwas beiträget, noch ſonſt die Hiſtorie oder Rechtsgelahrtheit erläutert, würde unnöthig ſeyn.

Ich will jedoch, um meine Gedanken deutlicher zu machen, bey des Herrn Buri Urtheilen noch ein und anders bemerken.

Von dem Eigenthumsrecht der Landesherrn.

Er leget (1) p. 8. den Landesherrn ein wahres Eigenthum ihrer Fürſtenthümer, Graf- und Herrſchaften bey, weil ſie dieſelbe durch Erbſchaft oder Kauf, Belehnung oder dergleichen Erwerbungsarten, ſo weit als ſich deren Grenzen erſtrecken, und ſolche ſich nicht bereits in eines andern Eigenthum befunden, ohne die geringſte Ausnahme, und zwar zum öftern namentlich mit den wüſten und unbebaueten Ländern an ſich gebracht, und in ihr Eigenthum verſetzet haben.

Ob aber die Belehnung mit einem ganzen Lande von deſſen wahren Eigenthum, oder nur von der landesherrlichen Hoheit zu verſtehen, daß iſt eben die Frage.

Frage, worüber man ſtreitet, und muß daher nicht vorausgeſetzet werden, daß ſolche zu bejahen. Die von Herrn Buri gemachte Einſchränkung, daß die Lehn-Briefe nur ſofern auf ein Eigenthum zu deuten, als ſich das Land in eines andern Eigenthum nicht befindet, hebet die Regel auf. Denn der gröſte Theil des Landes befindet ſich in der Unterthanen Eigenthum, und deswegen iſt zu vermuthen, daß, wenn jemanden ein Land mit ſeiner Zubehör gegeben wird, er nur der Herrſchaft über daſſelbe, und der zu deſſen Führung nöthigen Güter und Aufkünfte theilhaftig werde. Daß die Freiheit der alten Teutſchen eine ſolche Theilung der mit dem Degen gewonnenen Länder unglaublich machet, welche den größten Theil derſelben den Obern zugeeignet hat, vermeyne ich in der X. Abhandlung §. V. dargethan zu haben. Inzwiſchen iſt nicht leicht ein Gut zu finden, wobey überall keine ungebauete dreiſche Gründe fürhanden, welche zu ackern, es theils dem Eigenthümer die Mühe nicht zu verlohnen ſcheinet, theils aber ihm dazu das Vermögen fehlet, und öfters muß er ſelbige zur Weide für das Vieh ausſetzen. Es folget alſo nicht: Viele Fürſten und Herren beſitzen Terras incultas, deswegen gehöret ihnen alle Länderey, die bisher niemand gebauet hat. Auch die Ausweiſung ſolcher wüſten Oerter geſchiehet öfters aus landesherrl. Macht des gemeinen Beſtens halber, und zeiget daher nicht immer ein wahres Eigenthum an.

§. XI.

Vom Urſprung des Teutſchen Adels.

Es hält (2) Herr Hofrath Buri p. 35. nicht dafür, daß die heutigen Edelleute von den reichern freyen Leuten herkommen, weil Arme und Reiche von einem Stande, und jene ſo wohl, als dieſe freye Leute, mithin die Waffen zu führen, in den Krieg zu gehen, und ſich der damit verknüpften Ehren theilhaftig zu machen berechtiget geweſen, eben als wie in Polen die Armuth der Edelleute ihres Adels nicht beraubet.

Nun ſtelle ich in keine Abrede, daß auch wohl ein armer Mann durch auſſerordentliche tapfere Thaten ſich aus dem Staube erheben, und die Ritterliche Würde erlangen können. Dieſes iſt aber vermuthlich ſelten geſchehen. Wäre das bloſſe Waffenführen dazu hinlänglich geweſen, ſo müßten alle diejenige, welche von freyen Leuten abſtammen, Edelleute, und alſo deren Anzahl weit größer ſeyn, wie ſie anjezt iſt, und jemals geweſen. Denn nur die Knechtſchaft ſchloſſe von dem Gebrauch der Waffen aus, welche alle und jede freye Leute ergriffen, wenn ſolches die Wohlfart des Vaterlandes erforderte. Weil nun einige derſelben für andern einen Vorzug in den mittlern Zeiten erlanget, und es dahin gebracht, daß nur denjenigen, die von ihnen entſproſſen, die Ritterliche Würde mitgetheilet worden, ſo ſcheinet mir glaublich zu ſeyn, daß ſich

ſolche zu Pferde tapfer erwieſen, und deswegen zu Rittern geſchlagen worden, die mehreſten freyen Leute aber ihrer Armuth halber ſich in die dazu erforderte Rüſtung zu ſetzen, und alſo empor zu ſchwingen unvermögend geweſen, einigen auch es an dem dazu erforderten kriegeriſchen Geiſt gemangelt hat. Daß es in Polen viele arme Edelleute giebet, thut nichts zur Sache. Auch in Teutſchland iſt daran kein Mangel, und der Reiche mit dem Armen von gleicher Würde. Ich rede aber nur von der Erwerbung, und nicht von der Erhaltung des Adels. An jener iſt noch heutiges Tages die Armuth hinderlich, obwohl ſie niemand der adelichen Würde beraubet, wann er deren durch die Geburt oder aus Kaiſerl. Gnade theilhaftig worden.

§. XII.

Von der Conſtitution de pace tenenda.

(3) Wird p. 68. 69. gezweifelt, daß der Conſtitution de pace tenenda in Teutſchland deswegen die Kraft eines Geſetzes zu verſagen, weil ſie in Italien gegeben iſt, allwo keine teutſche Reichstage gehalten worden, maſſen (a) beſage 2. feud. 54. 55. §. 1. mehrere daſelbſt gemachte Geſetze nach dem Sinn des Geſezgebers auch in Teutſchland Gültigkeit haben ſollen, und überhaupt deſſen Anſehen nicht von dem Ort, wo er ſich aufhält, abhänget, noch die Abweſenheit der zum Römerzug verabladeten Teutſchen Reichsſtände etwas hindert. Da überdem (b) durch die von den Rechtslehrern geſchehene *allmählige* Einführung der fremden Rechte dem Adel öfters großer Abbruch geſchehen, wie das Exempel der den Bauern dadurch zugeſchriebenen Freiheit unter anderū lehre, ſo vermeynet Herr Byri, daß auf gleiche Weiſe dieſe Conſtitution in Teutſchland angenommen ſey, bevorab, weil in den teutſchen Geſetzen und Gewohnheiten nichts enthalten, wodurch einem jedweden Beſitzer eines freyen Guts die Jagd erlaubet werde, mithin die einheimiſche Geſetze von dieſem Fall keine zulängliche Verordnung an die Hand geben.

Nun will ich (a) nicht gänzlich verneinen, daß den Teutſchen in Italien ein Geſetz gegeben werden mögen. Es iſt jedoch keineswegs zu vermuthen, und da ſolcher Wille des Geſezgebers in der Conſtitution de pace tenenda nicht dergeſtalt ausgedrucket iſt, wie in den angeführten Textibus juris feudalis, ſo läſſet ſich von ſelbigen auf beſagte Conſtitution nicht ſchließen. Die Abweſenheit der Stände hindert kein Geſchäft, wenn ſie dazu beruffen worden, und dennoch ausgeblieben. Wer aber zum Römerzuge gefordert war, den hat man nicht beruffen in ein Geſetz zu willigen, welches die Gerechtſame des hohen und niedern Adels ſchmälerte. Dergleichen iſt wohl nimmer in Italien gegeben, und die beigebrachte Textus handeln von ganz andern Materien.

Ferner

Ferner (b) entkräftet die von der Leibeigenſchaft genommene Inſtanz mein Argument keinesweges, weil der falſche Begrif von der Beſchaffenheit der Bauern dem Adel bey weitem ſo nachtheilig nicht iſt, als die Annehmung der Conſtitution de pace tenenda, noch auf einmal ſo ſchädliche Würkung thate. Wenn die Römiſchen Rechtsgelehrten ſich unternommen hätten, die teutſchen Bauern von den bisher geleiſteten Dienſten und Zinſen loßzuſprechen, ſo hätte man ihnen ſolches nimmer gut geheiſſen. Sie ließen aber dem Adel gern, was er bisher genoſſen, und wollten nur behaupten, daß derjenige, ſo in keiner größern Verbindlichkeit ſtehet, als unſere Leibeigene, für keinen Knecht gehalten werden müſſe, welche irrige Meinung denn freilich nach und nach ſchädliche, von dem Adel nicht vorher geſehene Rechtsſprüche veranlaſſet, niemals aber die Leibeigenen in völlige Freiheit geſetzet hat, wenn nicht andere Umſtände hinzu kommen. Hätte man aber die Conſtitution de pace tenenda eingeführet, und ſelbige den Verſtand, welchen ihr die Vertheidiger des Jagdregals beilegen, ſo wären hohe und niedrige auf einmal um die Befugniß zu jagen gebracht, welches man den *Doctoribus juris* gewiß nimmer zu Gute gehalten hätte.

Endlich ſetzet die Meinung, daß unſere einheimiſche Rechte von dieſem Fall keine hinlängliche Verordnung an die Hand geben, voraus, es ſey wenig erwieſen, daß dem Adel in den mittlern Zeiten die Jagdgerechtigkeit zugeſtanden, als daß ſolche der Landesherrſchaft vorbehalten worden, deſſen Gegentheil ich dargethan zu haben vermeyne. Herr Hofrath Buri geſtehet ſelbſt, es ſey kein allgemeines Verbot fürhanden, ſondern nur einigen, beſonderer Umſtände halber, das Jagen unterſaget. Nach ſeinen Sätzen ſtreiten alſo die teutſchen Rechte mit der Conſtitution de pace tenenda, wenn dieſe ein allgemeines Verbot der Jagd enthält, und folglich iſt deren Annehmung nicht zu vermuthen, da das Longobardiſche Lehnrecht, welchem wir ſelbige angehänget finden, nur alsdenn eine geſezliche Kraft in Teutſchland erlanget hat, wenn deſſen Inhalt den einheimiſchen Rechten nicht zuwider laufet.

§. XIII.

(4) Merket Herr Hofrath Buri p. 80. 81. an, es ließen ſich die Zeugniße der Rechtslehrer mit den Erzählungen der Geſchichtſchreiber, oder mit den Ausſagen gerichtlich aufgeführter Zeugen in allem nicht vergleichen, weil hier von keinem Vorfall, der ſich durch die äußerlichen Sinne des Geſchichtſchreibers oder des Zeugens erkennen läſſet, ſondern von der Bejahung oder Verneinung einer Sache gehandelt werde, deren Wahrheit oder Unwahrheit durch Nachrichten aus den teutſchen Geſchichten und Gewohnheiten, und durch darauf gebauete Schlüſſe heraus gebracht werden müſſe.

Von den Zeugniſſen der Rechtslehrer.

Es können aber die Vertheidiger der Regalität hierauf gründlich antworten, daß ſie mit den Zeugniſſen der Rechtslehrer ſolche teutſche Gewohnheiten erweiſen wollen. Dieſes iſt deswegen nicht unthunlich, weil ſich durch die bloſſen äuſſerlichen Sinne, ohne aus demjenigen, was man geſehen und gehöret, Schlüſſe zu machen, nicht erkennen läſſet, ob die Jagdgerchtigkeit zu den Regalien gehöre oder nicht. Gleiche Bewandniß hat es mit allen Gewohnheiten, und dennoch zweifelt niemand, daß ſie durch Zeugen erweislich ſind, wenn dieſe hinlängliche Urſachen ihres Zeugniſſes, nemlich ſolche in die Sinne fallende Handlungen bezeugen, woraus man folgern kann, daß ein gewiſſes Recht eingeführet worden. Ich ſtehe alſo noch immer in den Gedanken, es ſey *wider* diejenige, welche ſich hauptſächlich darin gründen, daß ſo viele Rechtslehrer bezeugen, das teutſche Herkommen mache die Jagdgerechtigkeit zum landes*herrl.* Vorrecht, nicht anders anzukommen, als daß man zeige, wie dieſelbe Zeugniſſe keinen Glauben verdienen, weil die zeugende Doctores unzulängliche Urſachen ihres Vorgebens anführen, und denſelben ſo viele andere widerſprechen.

§. XIV.

Ob eine Vermuthung wider den Adel ſtreitet, wenn die ehemahlige Eigenthümer des Guts nicht jagen dürfen.

Ich vermeyne alſo dargethan zu haben, daß die Jagd im Zweifel für eine Zubehörung adelicher Güter zu halten. Da ich aber zugleich einräume, daß dieſe Regel Abfälle leide, ſo iſt nunmehro (II.) zu erörtern: *welches diejenige beſondere Umſtände ſind, wodurch die dem Adel zu ſtatten kommende allgemeine Vermuthung entkräftet wird?*

Herr Hofrath Buri lehret p. 156. es geſchehe ſolches (1), wenn man zeigen könne, daß das Gut von ſolchen Eigenthümern herrühret, oder doch beſeſſen wird, welche wegen ihres Standes die Vermuthung, daß ſie nicht jagen dürfen, wider ſich haben, z. E. daß es urſprünglich zuſammen gekaufte beſchwerte Bauerngüter ſind, oder Mönchs- und Clöſtergüter geweſen.

Wenn, wie es vielleicht in den mehreſten Landen Rechtens, nicht alle Beſitzer adelicher Güter, ſondern nur diejenige jagen dürfen, welche ſolches Recht hergebracht haben, ſo entſtehet allerdings eine widrig Vermuthung daher, daß die ehemalige Beſitzer des Guts ſich der Jagd enthalten müſſen. Denn es ſind alle Begnadigungen, bevorab diejenigen, welche einem Dritten zum Nachtheil gereichen, ſo enge, als nur möglich, einzuſchränken, und folglich iſt weder zu vermuthen, daß der Landesherr zum Nachtheil derjenigen, welche bisher keine, oder doch nicht ſo viele Mitjäger gehabt, dem neuen adelichen Gut die Jagdgerechtigkeit beilegen wollen und können, noch daß andere, die daſelbſt zu jagen befugt, in eine ſolche ihnen nachtheilige Aenderung gehelet haben.

Es

Es verſtehet ſich aber von ſelbſt, daß dieſes alles keinen Platz findet, dafern der Edelmann an dem Ort, wo das neue adeliche Gut angerichtet worden, mit der Jagdgerechtigkeit fürhin verſehen geweſen. Wenn ſelbiger im Herzogthum Bremen keinen Sitz hat, und ihn auf einen Meyerhof erbauet, ſo genieſſet dieſer der adelichen Freiheit, wie in meiner Commentation de jure villicorum c. 6. §. 7. gemeldet iſt. Es jaget auch im beſagtem Herzogthum ein jeder adelicher Gutsherr nicht nur auf ſeinem, ſondern auch auf ſeiner Meyerleute Gründen, mithin ſtehet demſelben keine widrige Vermuthung im Wege, wenn er des in ein adeliches Gut verwandelten Meyerhofes halber ſich der Jagdgerechtigkeit anmaſſet.

Wann ferner die Landesgeſetze dem ſämtlichen Adel, ohne auf das Herkommen zu ſehen, dieſe Befugniß beilegen, ſo erlanget ſie derjenige, deſſen Bauerngut die Gerechtſame eines adelichen Sitzes mitgetheilet worden, als eine ſtillſchweigende Zubehör deſſelben, ſo wohl wie die Steuerfreiheit, dafern ſie bey der Begnadigung nicht wörtlich ausgenommen iſt.

§. XV.

Beſonders wider die Clöſter.

Daß aber wider die ehemahligen Cloſtergüter einige Vermuthung ſtreiten ſollte, daran zweifle ſehr. Sie rühren größtentheils von den Schenkungen der Fürſten und des Adels her, welche den Geiſtlichen anſehnliche Gründe mit allen Rechten, ohne Ausnahme der Jagden, gegeben haben. Vielmehr iſt eine groſſe Anzahl alter Urkunden fürhanden, worin ſelbige ausdrüklich unter die Zubehörungen der den Geiſtlichen geſchenkten Güter gezählet werden. Durften gleich die Ordensleute nicht ſelbſt jagen, ſo konnten ſie doch Jäger halten, wie Herr Hofrath Buri p. 41. einräumet, und ich *in Vindiciis juris venandi c. 1. §. 11.* gleichfalls angemerket, auch daſelbſt §. 21. keine andere Meinung geäußert, ſondern nur auf die mir entgegen geſezte, dem Cloſter Sithiu ertheilte Freiheit, in ſeinen eigenen Wäldern zu jagen, geantwortet habe, daß ſolche von den im Bannforſt belegenen Wäldern zu verſtehen ſey, allenfalls aber, und wenn die Urkunde beim Mabillon eine andere Deutung litte, ſie nur der Geiſtlichkeit und nicht dem Adel ſchaden würde.

Auch heutiges Tages ſind die mehreſten Clöſter mit der Jagdgerechtigkeit verſehen, folglich kömmt ihnen eben die allgemeine Vermuthung zu ſtatten, welche der Adel für ſich anführen kann.

§. XVI.

Wider die Güter, welche im Bannforſt belegen.

Es hält (2) Herr Hofrath Buri dafür, daß eine wider die Beſitzer der adelichen Güter ſtreitende Vermuthung daher entſtehe, wenn die Waldungen und Gegenden eines Guts von ſolchen Oertern und Gegenden, die zu dem Bezirk eines ehemaligen Bannforſtes gehören, eingeſchloſſen ſind.

Ich räume ſolches ein, dafern einige Vermuthung fürhanden, daß der Bannforſt annoch dauret, wann nemlich etwan in deſſen Bezirk mehrere mit keiner Jagdgerechtigkeit begabte, oder durch ſonderbare Begnadigungen derſelben theilhaftig gemachte adeliche Güter liegen. Ueberaus viele alte Gehege ſind aber gänzlich eingegangen. Man hat ſie gemeiniglich nicht wegen der Haſen und Feldhühner, ſondern des groben Wildprets halber angeleget. Nachdem die Waldungen ausgerottet, und auf viele Meilen zu Ackerland gemachet worden, konnte ſich das Wild an dieſen Orten nicht länger häufig aufhalten, und große

Herren daſelbſt ſo füglich, als anderwärts mit der Jagd beluſtigen, noch man in beſaamten Feldern Hirſche und Schweine hegen, ohne den Unterthanen, und wohl der Landesherrſchaft ſelbſt an den Feldfrüchten unerträglichen Schaden zuzufügen. Deswegen findet ſich denn an vielen Orten, welche für alters ins Gehege geleget worden, nicht die mindeſte Spur mehr davon, und der in ſolchem Bezirk wohnhafte Adel genießet ſo wohl daſelbſt der Jagd, bevorab aber der Unterjagd, als an den Orten, die niemals zu einem Bannforſt gehöret haben. Wenn alſo die Veränderung des alten Zuſtandes ſattſam erhellet, ſo kann man deſſen Dauer nicht vermuthen. Sonſten aber verdienet allerdings die Gelegenheit jedweden Orts eine genaue Betrachtung, und wer innerhalb den Grenzen eines Geheges ſich der Jagd anmaſſet, dem ſtehet die Vermuthung entgegen.

§. XVII.

Herr Hofrath Buri ſiehet es (3) als ein Merkmahl der mangelnden Jagdgerechtigkeit an, wenn die die adelichen Güter betreffende Nachrichten, ohnerachtet ſolche andere viel geringere Rechte und Gerechtigkeiten namentlich erzählen, dennoch der Jagdgerechtigkeit im geringſten nicht gedenken. Zumal wenn (4) insbeſondere wegen des Waldes, worin der Beſitzer die Jagdgerechkeit fordert, ehedeſſen Streitigkeiten wegen gewiſſer anderer Rechte vorgefallen, und bey ſolcher Gelegenheit nach dem vormahligen Gebrauch alle Rechte des Eigenthümers gewieſen, der Jagden aber nicht gedacht worden.

Dafern keine vernünftige Urſachen des Stillſchweigens in den das Gut betreffenden Urkunden beizubringen, ſo iſt daraus allerdings ein Nichtgebrauch zu folgern, und dieſer wirket meines Ermeſſens die wichtigſte widrige Vermuthung. Denn man kan nicht glauben, daß jemand weder ſelbſt, noch durch andere ein ihm zukommendes Recht üben ſollte, welches den *mehreſten Menſchen* Vergnügen und Nutzen bringet.

Ich abſehe aber keinesweges, wie man den Mangel der Jagdgerechtigkeit daraus ſchließen könne, daß derſelben in ſolchen Urkunden keine Meldung geſchehen, die von andern Rechten handeln. Es mögte ſchwerlich zu erweiſen ſeyn, daß dem allgemeinen alten Gebrauch nach, ohnerachtet nur ein Recht des Guts angefochten iſt, dennoch vom Beſitzer jedesmal ohne alle Nothwendigkeit über alle ihm anklebende Rechte Beweis geführet worden. Erhellet aber, daß man alle Gerechtigkeiten erzählen und darthun wollen, der Jagdgerechtigkeit jedoch keine Meldung gethan, ſo wäre glaublich, daß ſich ſolche der Eigenthümer nicht angemaſſet habe.

§. XVIII.

Wenn das Gut wegen des Wildfraſſes verkaufet iſt.

Es ſoll (5) ein Kennzeichen ſeyn, daß dieſe Befugniß einem Gut mangelt, wenn ſelbiges verkaufet worden, weil es dem Wildfraß zu ſehr ausgeſetzet geweſen, maßen man ſonſt das Wild wegſchießen können.

Dieſe Vermuthung findet aber wegen der Niederjagd keine ſtatt, weil das dazu gehörige Wildpret die Aecker nicht dergeſtalt verheeret, daß man ſich derſelben abthun müßte.

Es kann auch jemand grobes Wild zu ſchießen berechtiget ſeyn, und ihm dennoch das Vermögen fehlen, ſeine Aecker wider ſelbiges zu vertheidigen, wenn ſie nemlich an der Forſt liegen, worin er nicht kommen darf, und alſo das Seinige den übertretenden Hirſchen und Schweinen preiß geben, oder beſtändig in den Waffen ſeyn muß, um die Verheerung abzuwenden, welches öfters ſolche Mühe und Koſten erfordert, die der Ertrag des Ackers nicht bezahlet.

§. XIX.

§. XIX.

Wann die Jagd nicht füglich geübet werden kann.

Endlich (6) iſt die daher genommene widrige Vermuthung, daß auf denen zu dem Gut gehörigen Aeckern und Wäldern wegen ihrer Größe oder Lage keine Jagd mit Nutzen vorgenommen werden kann, meines Ermeſſens von geringer Wichtigkeit.

Der wenigſte Theil des zur Jagd berechtigten Teutſchen Adels beſitzet, bevorab in fruchtbaren und wohlgebaueten Ländern, ſo weitläuftige und hart beyeinander gelegene Gründe, daß darauf mit Nutzen Jagden angeſtellet werden können. In den mehreſten Feldmarken finden ſich viele unterſchiedenen Eigenthümern zuſtehende Gründe. Müßte nun ein jeder mit der Jagd auf dem Seinen bleiben, ſo wäre der Haſe ſchon in Sicherheit, wann er von einem Stück Landes auf das andere ſpringet. Dieſerwegen iſt der Adel genöthiget, gewiſſe Jagdgrenzen unter ſich zu verabreden, und man hat entweder die Koppeljagden eingeführet, vermöge welcher ein jeder die ganze Feldmark bejaget, worin er und ſeine Leute Güter haben, oder ein jedweder bleibet in den Feldern, in welchen er die meiſte Länderey beſitzet, und jaget auf ſeinen und ſeiner Nachbaren Aeckern, wogegen er andern adelichen Gütern ein gleiches gönnet, und wegen einiger darin habenden Stücke in den von ihnen entlegenen Feldmarken keine Jagdgerechtigkeit übet.

§. XX.

Wenn den Beſitzern adelicher Güter der Beweis oblieget?

Aus dieſem allen folget nun, wie zwar zu vermuthen, daß ein Edelmann zu jagen berechtiget iſt, weil ſolches von den mehreſten geſchiehet:

Es wird jedoch ſolche Vermuthung durch andere, und inſonderheit diejenige, welche §. 14. 16. 17. angeführet ſind, entkräftet, und alsdenn muß der Beſitzer eines adelichen Guts den Beweis übernehmen, jedoch höchſtens wider den Landesherrn eine 40jährige Poſſeſſion darthun, wenn man vorausſetzet, daß die Verordnung der Römiſchen Rechte von den Rebus fiſcalibus ſich auf unſere Cammergüter ſchicket, welche Frage anderwärts zu unterſuchen. Herr Hofrath Buri machet p. 167 eine Ausnahme von der Regel, wenn jemand in den herrſchaftlichen Wäldern zu jagen ſich anmaßen wollte. Da aber auch dieſe nur Res fiſcales, und ſo wenig, als die zu den Fürſtl. Aemtern gehörigen Aecker und Wieſen Regalien ſind, ſo kann ich ihm hierin keinen Beifall geben.

Vom Nichtgebrauch.

Wegen des unterlaſſenen Gebrauchs iſt nur alsdenn den Beſitzern adelicher Güter die Jagd zu unterſagen, wenn nicht erhellet, daß ſie dieſelbe jemals geübet haben, weil ſolches eine Vermuthung wirket, daß dieſe Befugniß nimmer bey dem Gut geweſen, oder demſelben auf rechtliche Art entzogen worden. Stünde aber zu erweiſen, daß die Vorfahren binnen Menſchengedenken gejaget haben, und ſolches von den Nachkommen aus freyer Willkühr unterlaſſen ſey, ſo wäre dadurch die Jagdgerechtigkeit nicht verlohren gegangen, als welche vermöge der natürlichen Freiheit und nicht aus ſonderbarer Mittheilung von dem Adel auf dem Seinigen geübet wird, wenn ſie gleich beſonderer Urſachen halber nicht allen adelichen Gütern anklebet.

§. XXI.

Von dem Poſſeſſorio ſummariiſſimo.

Daß währenden Rechtsſtreits wegen der Jagdgerechtigkeit der Beſitzer ſich des Gebrauchs derſelben enthalten ſolle, findet Herr Hofrath Buri mit mir unbillig zu ſeyn. Er erfordert aber p. 172, daß der geruhige Beſitz dargethan, und nicht nur eine oder die andere Handlung der gebrauchten Jagd angeführet worden, und zwar (1) weil das Summariiſſimum allein zuzulaſſen, wenn thätliche Weiterungen zu befürchten, ein Unterthan aber dem Landesherrn und deſſen Beamten nicht widerſtehen, und ſich mit Gewalt in den Genuß einer unerwieſenen Gerechtigkeit ſetzen dürfe.

(2) Der

(2) Der Landesherr ſolchen kühnen Unterthanen durch Vorkehrung hinlänglicher Mittel leicht Einhalt thun könne.

Wenn (3) auf Eingriffe ein Beſitz gegründet werden möge, ſolcher bis zu ausgemachtem oft ſehr langwierigem Proceß leicht wider den Landesherrn zu bekräftigen ſey, und

(4) Dafern einer den Beſitz der Jagdgerechtigkeit nur durch wenige Handlungen zu beſcheinigen vermag, ſolches eine nicht geringe Vermuthung wider denſelben erwecke.

Allein (1) iſt in den Rechten nirgend verſehen, daß, ſo oft ein Fürſtl. Jäger mit oder ohne Fug einem Edelmann die Jagdgerechtigkeit ſtreitig machet, ihm deren Gebrauch unterſaget, und wohl gar die Flinte nehmen will, dieſer, wenn er gleich zur Jagd berechtiget, keinen Widerſtand thun dürfe, und ſo lange aufhören müſſe, ſeine Befugniß zu üben, bis er in poſſeſſorio ordinario obgeſieget hat, mithin können die Jagdſtreitigkeiten ſehr thätliche Weiterungen veranlaſſen.

Der Landesherr behindert zwar ſolches (2) ohne Schwierigkeit, wenn er allen Widerſtand verbietet. Bisher iſt es aber nicht geſchehen, und eine große Frage, ob die Billigkeit verſtatte, ſolches künftig zu verordnen, es auf der Forſtbedienten Willkühr allein ankommen zu laſſen, und dem geringſten Jäger das Vermögen mitzutheilen, den Adel auf viele Jahre um die Jagd zu bringen.

Ich habe zwar (3) längſt eingeräumet, daß das Summariiſſimum von den Unterthanen bisweilen gemisbrauchet werde. Deswegen aber iſt es bisher weder in Jagdſachen abgeſchaffet, noch ſolches nöthig, da andere billigere Mittel fürhanden, den Schmälerungen der landesherrlichen Rechte vorzubeugen.

Endlich (4) entſtehet keine widrige Vermuthung daher, daß der Unterthan ſich nicht ſogleich in das Poſſeſſorium ordinarium begiebet, ſondern zuförderſt in Summariiſſimo Manutenenz zu erlangen ſuchet. Denn unſern heutigen Proceßordnungen nach kann jenes unmöglich in kurzer Friſt geendiget werden, und da man wider die in ordinario gefällete Urtheile Remedia ſuſpenſiva zuläſſet, ſo muß nothwendig deſſen Behauptung viele Zeit erfordern. Wer alſo mit den beſten Beweisthümern verſehen, und ſogar nicht zweifeln darf, in petitorio obzuſiegen, handelt dennoch vernünftig, wenn er zuförderſt Manutenenz in Summariiſſimo auswirket, welches ſo wenig den Mangel eines hinlänglichen Grundes in Ordinario zu erkennen giebet, als man durch eine Poſſeſſorienklage den Mangel hinlänglicher Gründe in Petitorio äußert.

Herr Hofrath Buri ſtellet auch in keinen Zweifel, daß ſich Umſtände ereignen können, welche einen Richter billig bewegen, die Erweiſung eines längern Beſitzes nicht nach aller Strenge zu fordern, ſondern mittlerweile demjenigen, deſſen lezterer ruhiger Beſitz ſeine Richtigkeit hat, dabey, wenigſtens vorerſt, zu beſchützen. Welche Umſtände meines Ermeſſens alsdenn immer fürhanden, wenn keine ſtarke Vermuthung wider den Beſitzer eines adelichen Guts ſtreitet, und die Evidentia des Poſſeſſorii ordinarii oder des Petitorii das Summariiſſimum nicht verſchlinget.

Von des Landesherrn Mitjagd auf ſeiner Lehnleute und Unterthanen Gründen hat Herr Hofrath Buri p. 173. 174. mit mir gleiche Gedanken, und die Urſachen, worauf er dieſe Meinung gründet, billige ich vollkommen.

Bayerische StaatsBibliothek
Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Strube, David Georg,

David Georg Struben, Königlich Großbritannischen und Churfürstlich-Braunschweig-Lüneburgischen Canzley-Directoris

Bd.: Zweiter Theil

Darmstadt 1789

Bamberg, Staatsbibliothek -- .11 E 28#2
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11401483-6
VD18 90512030